

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

• Die Strukturreformen im chinesischen Statistiksistem • Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen • Verwendung von Hot-Deck-Verfahren in der Außenhandelsstatistik • Die neue Berufsbildungsstatistik • Bildungsausgaben in Deutschland • Wohngeld in Deutschland • Preise



11/2008

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Ab Jahrgang 2009 ändern sich die Preise wie folgt:

Einzelheft: EUR 15,90 [D]
Jahresbezugspreis: EUR 137,80 [D]
(für einen geschlossenen Jahrgang
einschl. der dem Januar-Heft des
folgenden Jahres beigegefügt
Jahrgangs-CD-ROM)

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 4343
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71 / 93 53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71 / 93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Dezember 2008

Einzelpreis: EUR 15,- [D]

Jahresbezugspreis: EUR 130,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-08111-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11 / 75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta = Wirtschaft und Statistik
MD = Monatsdurchschnitt
VjD = Vierteljahresdurchschnitt
HjD = Halbjahresdurchschnitt
JD = Jahresdurchschnitt
D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj = Vierteljahr
Hj = Halbjahr
a. n. g. = anderweitig nicht genannt
o. a. S. = ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St = Stück
Mill. = Million
Mrd. = Milliarde

Zeichenerklärung

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
– = nichts vorhanden
0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
... = Angabe fällt später an
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
| oder — = grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/ = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	935
Textteil	
<i>Günter Moser,</i> <i>Angelika Solymosi</i> Die Strukturreformen im chinesischen Statistiksistem	951
<i>Jürgen Angele,</i> <i>Birgit Frank-Bosch,</i> <i>Jenny Neuhäuser</i> Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen	963
<i>Dorothee Blang,</i> <i>Thomas Helmert</i> Verwendung von Hot-Deck-Verfahren in der Außenhandelsstatistik	974
<i>Daniel Schmidt</i> Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007	982
<i>Thomas Baumann</i> Bildungsausgaben in Deutschland	993
<i>Thomas Haustein</i> Wohngeld in Deutschland 2007	1001
<i>Karsten Sandhop</i> Preise im Oktober 2008	1009
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	1015
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
News in brief		935
Texts		
<i>Günter Moser,</i> <i>Angelika Solymosi</i>	Structural reforms in the Chinese statistical system	951
<i>Jürgen Angele,</i> <i>Birgit Frank-Bosch,</i> <i>Jenny Neuhäuser</i>	Excessive indebtedness of private individuals and consumer insolvencies	963
<i>Dorothee Blang,</i> <i>Thomas Helmert</i>	Use of hot deck procedures in foreign trade statistics	974
<i>Daniel Schmidt</i>	The new statistics on vocational training from 2007	982
<i>Thomas Baumann</i>	Expenditure on education in Germany	993
<i>Thomas Hausteин</i>	Housing allowances in Germany, 2007	1001
<i>Karsten Sandhop</i>	Prices in October 2008	1009
List of the contributions published in the current year		1015
Tables		
Summary		1*
Monthly statistical figures		2*
Table des matières		Pages
Informations sommaires		935
Textes		
<i>Günter Moser,</i> <i>Angelika Solymosi</i>	Réformes structurelles du système statistique chinois	951
<i>Jürgen Angele,</i> <i>Birgit Frank-Bosch,</i> <i>Jenny Neuhäuser</i>	Endettement excessif de personnes privées et insolvabilités chez les consommateurs	963
<i>Dorothee Blang,</i> <i>Thomas Helmert</i>	Utilisation de procédures hot deck dans la statistique du commerce extérieur	974
<i>Daniel Schmidt</i>	La nouvelle statistique de formation professionnelle à partir de 2007	982
<i>Thomas Baumann</i>	Dépenses éducatives en Allemagne	993
<i>Thomas Hausteин</i>	Allocations de logement en Allemagne en 2007	1001
<i>Karsten Sandhop</i>	Prix en octobre 2008	1009
Liste des contributions publiées dans l'année en cours		1015
Tableaux		
Résumé		1*
Chiffres statistiques mensuels		2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Neue GENESIS-Online-Version

Im Oktober 2008 wurde vom Statistischen Bundesamt eine neue Version der Internetdatenbank GENESIS-Online freigeschaltet. Im Zuge der neuen Kommunikationsstrategie des Statistischen Bundesamtes stehen die bisher kostenpflichtigen Tabellen jetzt für alle Nutzer unentgeltlich zur Verfügung.

Die für registrierte Kunden und Premiumkunden nutzbaren Zusatzfunktionen der Datenbank bleiben weiterhin kostenpflichtig bestehen. Dieses Angebot umfasst u. a. personalisierte Funktionen („Mein GENESIS“), beispielsweise das Abspeichern von Tabellenabrufen unter „Meine Tabellen“, sowie individuelle Einstellungsmöglichkeiten zur Nutzung der Datenbank.

Neu im Angebot für registrierte Nutzer ist ein Webservice, mit dessen Hilfe bestimmte Funktionen der Datenbank für eine automatisierte Verarbeitung zugänglich gemacht werden. Damit kann zum Beispiel der Abruf und Download von mehreren Tabellen automatisiert erfolgen.

Dem Ziel eines nutzerfreundlichen Datenbankzugangs wurde mit der Neugestaltung der Zugangsseite von GENESIS-Online Rechnung getragen. Die früher notwendige explizite Anmeldung als Gast ist jetzt nicht mehr erforderlich. Lediglich registrierte Nutzer, die die zusätzlichen Funktionen der Datenbank nutzen möchten, melden sich mit ihrer Zugangskennung an. Auf der neuen Zugangsseite wird – zusätz-

lich zu dem Menüpunkt „Neue Daten“ – über die täglichen Datenaktualisierungen sowie über datenbankspezifische Neuigkeiten informiert.

In der neuen Version wurde zudem die Navigation und die Recherche überarbeitet. Die Navigation durch die hierarchisch aufgebauten Sachgebiete erfolgt nun über Textlinks und führt direkt zu den zugehörigen Tabellen. Zur Recherche über Begriffe wird jetzt im oberen Menü ein Suchfeld einschließlich einer Stichwortliste aller recherchierbaren Begriffe angeboten. Die Begriffsrecherche führt standardmäßig unmittelbar zur Liste der gefundenen Tabellen.

Ferner wurden die Möglichkeiten zur Visualisierung der Ergebnistabellen ausgebaut. Neben der bisher schon möglichen Darstellung in Diagrammen können die Ergebnisse aus regional gegliederten Tabellen nun auch mittels einer Deutschlandkarte veranschaulicht werden.

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Claudia Fleck, Telefon 06 11/75 38 47,

E-Mail: claudia.fleck@destatis.de.

Aus Europa

Statistik im Fokus der Wirtschafts- und Finanzminister

Die Treffen der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister in Brüssel (die sogenannten ECOFIN-Räte) werden seit vielen Wochen von einem Thema dominiert: der internatio-

nalen Finanzkrise und ihrer Bewältigung. Auch bei der Sitzung am 4. November 2008 stand die Unterstützung der Finanzmärkte im Vordergrund der Diskussion.

Neben diesem wichtigen Thema widmeten sich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und seine europäischen Kolleginnen und Kollegen allerdings auch der Statistik und dem Bedarf an statistischen Informationen für die Wirtschafts- und Währungsunion. Wie jedes Jahr veröffentlichten sie sogenannte „Schlussfolgerungen zu den EU-Statistiken“. In den aktuellen Beschlüssen spiegelt sich das Spannungsfeld wider, in dem sich die amtliche Statistik in Europa derzeit bewegt: die Bereitstellung von relevanten, qualitativ hochwertigen Statistiken bei gleichzeitiger Minimierung der Belastung der Befragten und der Ressourcen in den statistischen Ämtern. Im Einzelnen lauten sie:

- Die Weiterentwicklung und Verbesserung der wichtigsten Konjunkturindikatoren ist von großer Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise.
- Obwohl die Statistik nur einen Anteil von schätzungsweise 0,6% an der Gesamtbelastung durch die Verwaltung hat, sind weitere Anstrengungen zur Reduzierung der Belastung von Auskunftspflichtigen erforderlich.
- Bei der Umsetzung des Verhaltenskodex (Code of Practice) sollen die zuständigen Regierungsstellen die Rahmenbedingungen für eine vollständige Erfüllung der Qualitätsgrundsätze schaffen.

Der Weiterentwicklung und Verbesserung der wichtigsten europäischen Konjunkturindikatoren (Principle European Economic Indicators, PEEI) wird von den politischen Entscheidungsträgern eine hohe Bedeutung beigemessen, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise. Den Forderungen nach neuen Indikatoren bzw. einer schnelleren Lieferung der Ergebnisse stehen allerdings begrenzte Ressourcen in den statistischen Ämtern und in einigen Fällen auch Qualitätsbedenken gegenüber.

Von der Statistik fordern die Wirtschafts- und Finanzminister weitere Anstrengungen zur Reduzierung der Belastung von Auskunftspflichtigen und zur Vereinfachung des statistischen Programms – bei gleichzeitiger Befriedigung der statistischen Informationsbedürfnisse und Gewährleistung hoher Qualitätsstandards. Obwohl Untersuchungen zufolge der Anteil der Statistik an der Gesamtbelastung durch die Verwaltung nur 0,6% beträgt, werden viele statistische Informationspflichten von Politik und Wirtschaft nach wie vor als große Belastung empfunden.

Die Umsetzung des Verhaltenskodex europäische Statistiken (Code of Practice) wird ebenfalls im Dokument der Wirtschafts- und Finanzminister aufgegriffen. Die Aufforderung an die zuständigen Regierungsstellen, die Rahmenbedingungen für eine vollständige Umsetzung des Verhaltenskodex durch die statistischen Ämter zu schaffen, ist dabei ein deutliches Signal der Politik, dass die Einhaltung wichtiger statistischer Qualitätsgrundsätze auch außerhalb der Zuständigkeit der amtlichen Statistik gewährleistet werden muss.

Insgesamt geben die Schlussfolgerungen einen guten Überblick über die Themen, die aktuell auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit der Statistik politisch im Vordergrund stehen und die dadurch auch von großer Bedeutung für die strategische Ausrichtung der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes sind.

Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik zum 1. Januar 2009

Das „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2009“ (WA 2009) tritt am 1. Januar 2009 in Kraft und ersetzt die Ausgabe 2008 (WA 2008). Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik dient der Klassifizierung der Waren für die Statistik des Warenverkehrs mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (Intrahandel) und mit Drittländern (Extrahandel) und ist damit die Grundlage für die Darstellung von Außenhandelsergebnissen in tiefer fachlicher Gliederung. Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik entspricht in den Kapiteln 1 bis 98 vollständig der zolltariflichen und statistischen Nomenklatur der Europäischen Gemeinschaften (Kombinierte Nomenklatur), einer tief gegliederten Warenomenklatur, die sowohl den Erfordernissen des Gemeinsamen Zolltarifs als auch denen der Außenhandelsstatistik der Gemeinschaft sowie anderen Zwecken der Gemeinschaftspolitik in den Bereichen Wareneinfuhr und -ausfuhr Rechnung trägt. Die Zahl der Warennummern ist wegen dieser Multifunktionalität außerordentlich hoch (fast 10 000).

Um veränderte Anforderungen in Bezug auf Statistik und Handelspolitik, die Erfüllung internationaler Verpflichtungen, technische oder wirtschaftliche Entwicklungen u. Ä. zu berücksichtigen und die Datenlieferanten zu entlasten, hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften auch zum 1. Januar 2009 wieder eine Reihe von Änderungen in der Kombinierten Nomenklatur vorgenommen. Das betrifft insbesondere die Reduzierung der Tiefengliederung in einigen Kapiteln (z. B. Erzeugnisse der chemischen Industrie).

Insgesamt sank die Zahl der Warennummern um 130 auf nunmehr rund 9 500. Damit wurde der Trend der vergangenen Jahre fortgesetzt und annähernd wieder der Umfang der Kombinierten Nomenklatur in ihrem Einführungsjahr – 1988 – erreicht. In den Jahren 1988 bis 1997 war die Zahl der Warennummern aufgrund verschiedener Maßnahmen (Harmonisierung der bis 1993 in den Mitgliedstaaten unterschiedlichen Tiefengliederungen der Nomenklatur in der neunten Stelle, Anpassung der Tiefengliederung an Erfordernisse der PRODCOM-Liste, Umsetzung von Verpflichtungen gegenüber der Welthandelsorganisation, Umsetzung des Informationstechnologieabkommens) auf 10 606 angestiegen.

Die Änderungen zum 1. Januar 2009 berühren die grundlegende Gliederungsstruktur der Nomenklatur nicht. Auf der Sechststellerebene, das heißt im Bereich des Harmonisierten Systems, bleibt die Nomenklatur unverändert.

Eine Zusammenstellung aller wesentlichen Änderungen und eine ausführliche Gegenüberstellung der Warennummern 2009/2008 kann im Internet (www.destatis.de) abgerufen werden.

Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2009 (Umfang: 810 Seiten, ISBN: 978-3-8246-0823-2, Bestellnummer: 32003000-08700-1) ist zum Preis von 34,- Euro über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) oder den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes, das SFG Servicecenter Fachverlage (destatis@s-f-g.com), erhältlich.

Lebensqualität in europäischen Städten im Vergleich

Rund 74 % der Bevölkerung in den heutigen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-27) leben in Städten mit 5 000 und mehr Einwohnern, das heißt nur etwa ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger der EU-27 wohnt in einer ländlichen Umgebung. Für politische Entscheidungsträger auf europäischer, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ist es daher wichtig, die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den europäischen Städten und Gemeinden zu kennen. Eine hohe Lebensqualität ist nicht zuletzt entscheidend dafür, qualifizierte Arbeitskräfte, Unternehmen, Studierende, Touristen und insbesondere die ortsansässige Bevölkerung dauerhaft an eine Stadt binden zu können.

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) veröffentlicht statistische Ergebnisse zu verschiedenen Aspekten der Lebensqualität für gegenwärtig 357 europäische Städte, deren Bevölkerungszahl zwischen 50 000 und 10 Millionen Einwohnern liegt. Bei diesen Städten handelt es sich um 321 Städte in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, 26 Städte in der Türkei, sechs norwegische und vier schweizerische Städte. Diese Städte wurden gemeinsam mit den nationalen Statistischen Ämtern als repräsentativ für Europas Städte ausgewählt; sie stellen jedoch nicht zwingend die größten Städte eines Landes dar.

Die statistischen Angaben beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2004, ersatzweise wurden auch Ergebnisse für 2003 bzw. 2005 herangezogen.

Die „Stadt“ als räumliche Erhebungseinheit kann nach verschiedenen Konzepten definiert und abgegrenzt werden. Die im europäischen Städtevergleich ausgewiesenen Daten beziehen sich in erster Linie auf den „Stadtkern“ gemäß seiner politischen und verwaltungsmäßigen Grenzen; zusätzlich wurden für den Vergleich auch Angaben für die Stadtregionen (Stadtkern plus Umland) sowie für einzelne Stadtbezirke veröffentlicht.

Über 300 Indikatoren wurden zur Messung verschiedener Aspekte der Lebensqualität definiert und berechnet, wie Daten zur Bevölkerungsstruktur, zur Wohnsituation und zum Arbeitsmarkt, zur Infrastruktur, zu klimatischen Verhältnissen, aber auch beispielsweise zu registrierten Straftaten in einzelnen Städten. Nähere Angaben zur Historie, zu

den Vorläufern dieser Erhebung sowie zu den methodischen Grundlagen enthält die unten genannte Veröffentlichung.

Im Jahr 2004 gab es unter den 357 Städten des „Urban Audit“ 26 Großstädte, deren Bevölkerungszahl die Millionengrenze überstieg, davon lagen 21 Millionenstädte in der EU-27 und fünf in der Türkei. In diesen 26 Städten lebten 65 Mill. Menschen, was 43 % der in die Urban-Audit-Erhebung einbezogenen Bevölkerung entspricht. Unter den 15 größten Städten wies Istanbul mit annähernd 10 Mill. die meisten Einwohner auf, gefolgt von London (rund 7,4 Mill. Einwohner), Paris (rund 6,4 Mill. Einwohner), Ankara und Berlin mit jeweils etwa 3,4 Mill. Einwohnern. Bei den meisten dieser 15 größten Städte mit über einer Million Einwohnern handelt es sich um Hauptstädte, ausgenommen Istanbul und Izmir in der Türkei sowie Hamburg in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung der europäischen Städte im Zeitraum 1999 bis 2004 zeigt, dass unter den zehn Städten mit den höchsten Wachstumsraten der Bevölkerung fünf türkische Städte waren. Die höchste Veränderung in diesem Zeitraum wies allerdings die niederländische Stadt Almere auf, mit einer Zunahme der Bevölkerungszahl um 25,4 %; hohe Wachstumsraten hatten auch Utrecht mit 16,1 % und Leipzig mit 14,0 %. Unter den zehn europäischen Städten mit den größten Bevölkerungsrückgängen waren vier rumänische Städte vertreten. Ausgeprägte negative Veränderungsraten wiesen auch die Städte Frankfurt/Oder (-13,8 %) und Halle an der Saale (-8,6 %) auf.

Wird die Altersstruktur der Bevölkerung der in die Erhebung einbezogenen Städte (ohne solche in der Türkei) untersucht, war im Jahr 2004 der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung in den Städten in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich und in Norwegen mit etwa einem Fünftel am höchsten. Umgekehrt lebten in den italienischen Städten besonders viele Menschen im Alter von mindestens 65 Jahren. In der Rangfolge der Städte mit dem größten Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung insgesamt, nahmen italienische Städte neun der ersten zehn Plätze ein, nur Lissabon konnte sich dazwischen schieben; die nächsten nicht-italienischen Städte waren an zwölfter Stelle der Rangfolge Mülheim an der Ruhr und auf dem 18. Platz Bilbao/Spanien.

Die Arbeitslosenquote ist ein weiterer Indikator, der Aufschluss über die Lebensqualität im europäischen Städtevergleich geben soll. In den europäischen Städten, für die Arbeitslosenquoten vorliegen, weisen diese deutliche Unterschiede auf. Die Spanne reichte im Jahr 2004 von 30,8 % in Radom (Polen) bis zu 0,8 % in Luxemburg. Sieben der zehn Städte, die am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen waren, lagen in Polen. Es kann vermutet werden, dass die Arbeitslosenquoten hauptsächlich von nationalen Faktoren beeinflusst werden; auf städtischer Ebene dürften hier nur geringere Einflussmöglichkeiten bestehen.

Mit den wirtschaftlichen Indikatoren lassen sich strukturelle Unterschiede zwischen den europäischen Städten erkennen. So lag zum Beispiel der Anteil der im Dienstleistungs-

sektor Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt in mittel- und westeuropäischen Städten höher als in den übrigen Regionen. Spitzenreiter war hier Cambridge/Vereinigtes Königreich mit einem Anteil von 94,4%; über 90% lag der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten auch in den Städten Manchester, London und Edinburgh. Bei den „Top ten“ folgte nach Cambridge die Stadt Luxemburg mit einem Anteil von 93,3% auf Position zwei, vor Genf in der Schweiz und Amsterdam in den Niederlanden mit 92,6 bzw. 92,5% auf den Plätzen drei und vier. Potsdam belegte Platz zehn der Rangliste. Bei den meisten der hier ausgewiesenen Städte handelt es sich um anerkannte Zentren für Forschung, Finanzdienstleistungen und Verwaltung.

Vergleicht man den Anteil der freiberuflich oder selbstständig Tätigen, ergibt sich ein anderes Bild. Hier wiesen vor allem Städte in Südeuropa hohe Anteile dieser Beschäftigungsform auf: In acht griechischen Städten hatten die Selbstständigen oder Freiberufler Anteile zwischen 35 und 26% an den Beschäftigten insgesamt, auf den Plätzen neun und zehn folgten die Städte Verona (25,0%) bzw. Florenz (24,3%) in Italien. In den Städten skandinavischer Länder scheint diese Berufsgruppe weniger verbreitet zu sein: Dort lagen die entsprechenden Anteile an den Beschäftigten insgesamt unter 5%.

Polizeilich registrierte Straftaten, die die Attraktivität einer Stadt negativ beeinflussen können, werden ebenfalls im „Urban Audit“ nachgewiesen. Hierzu zählen beispielsweise Wohnungseinbrüche oder Kraftfahrzeugdiebstähle. Kriminalitätsraten für das Jahr 2004 lagen nicht für alle Hauptstädte der EU-27 vor. Die vorderen Plätze im Städteranking belegten hier die belgische Hauptstadt Brüssel (11,2 Wohnungseinbrüche je 1 000 Einwohner), London im Vereinigten Königreich und Amsterdam in den Niederlanden (jeweils 8,8 Wohnungseinbrüche je 1 000 Einwohner). Im Mittelfeld befanden sich unter anderem Tallinn (Estland), Kopenhagen (Dänemark), Lissabon (Portugal), Budapest (Ungarn) und Rom (Italien) mit rund 4 bis 5 Wohnungseinbrüchen je 1 000 Einwohner. In Madrid (Spanien), Helsinki (Finnland) und in der Hauptstadt Luxemburg spielte dieses Delikt nur eine geringe Rolle.

Unter den zehn Städten mit den meisten Kraftfahrzeugdiebstählen je 1 000 Einwohner waren im Jahr 2004 sieben italienische und drei britische Städte. Mit rund 15 gestohlenen Fahrzeugen je 1 000 Einwohner hielt Caserta/Italien den traurigen Rekord.

Als bedeutender Faktor hinsichtlich der Anziehungskraft einer Stadt gilt das Klima. Während die Zahl der in einer Stadt registrierten Sonnenscheinstunden unterschiedlich bewertet werden kann, dürfte die Zahl von Regentagen als Indikator in der Bevölkerung überwiegend negativ besetzt sein.

Städte im Vereinigten Königreich und Irland waren – unter anderem aufgrund ihrer geografischen Lage – unter den zehn Städten mit den meisten Regentagen im Jahr 2004 siebenmal vertreten. Die größte Anzahl an Regentagen unter den einbezogenen Städten wiesen jedoch die deutschen Städte Halle an der Saale und Köln mit 266 bzw. 263 Tagen auf. Die zehn regenärmsten Städte lagen 2004 in der Türkei,

Portugal, Zypern und Griechenland: Hier traten Regenfälle nur an rund sechzig bis siebzig Tagen des Jahres auf.

Dieselben Informationen in englischer Sprache enthält der Beitrag von Dr. Berthold Feldmann: „The Urban Audit – measuring the quality of life in European cities“, der in der Reihe „Statistics in focus – General and regional statistics“, Heft 82/2008, des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften erschienen ist. Weitere Auskünfte über E-Mail: Berthold.Feldmann@ec.europa.eu.

Informationen zu verschiedenen Themenbereichen der europäischen Statistik stellt auch der EDS Europäischer Datenservice unter www.eds-destatis.de zur Verfügung.

Aus dem Inland

Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Amtsleiterkonferenz befasste sich am 4. November 2008 mit den im Dezember 2006 vereinbarten Grundsätzen der Zentralen IT-Produktion und Datenhaltung (ZPD), in denen der Zugang aller statistischen Ämter zu den zentral gehaltenen Mikrodaten geregelt ist. Um sicherzustellen, dass diese Grundsätze statistikübergreifend einheitlich angewendet werden, wurde vorgeschlagen, sie zu konkretisieren und Verfahrensregeln für alle Statistikbereiche festzulegen. In diesem Zusammenhang sollen auch Verfahrensregeln vereinbart werden, die eine effiziente Mehrfachnutzung des gemeinsamen Datenpools der Verbraucherpreisstatistik ermöglichen und dem Statistischen Bundesamt für seine Aufgabenerledigung einen generellen Zugriff auf die Mikrodaten einräumen. Die Amtsleiterkonferenz beschloss, bis zur Amtsleitertagung im Mai 2009 entsprechende generelle Verfahrensregeln zu entwickeln.

Ein weiteres Beratungsthema war die Vorbereitung des registergestützten Zensus 2011. Die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter äußerten ihre große Sorge, dass eine weitere Verzögerung des Gesetzgebungsverfahrens die Vorbereitung des registergestützten Zensus 2011 auf Seiten der Länder und Kommunen gefährdet. Die Amtsleiter der Statistischen Landesämter baten das Statistische Bundesamt, die Sorge dem Bundesministerium des Innern vorzutragen. Weiterhin beauftragte die Amtsleiterkonferenz die Projektleitung „Zensus“, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten, die ein Konzept für eine möglichst zeitnahe Veröffentlichung von Zensusergebnissen entwickeln soll.

Derzeit ermittelt die amtliche Statistik Bevölkerungszahlen mittels der Bevölkerungsfortschreibung. Diese basiert auf der letzten Volkszählung, deren Stand mit den Ergebnissen der Wanderungsstatistik sowie der Statistiken der Geburten und Sterbefälle, der Einbürgerungen/Staatsangehörigkeitsstatistik und der Eheschließungen und Ehescheidungen fortgeschrieben wird. Zur Ermittlung des Bevölkerungsstandes nach dem Zensus 2001 gibt es zwei grundsätzlich unter-

schiedliche Ansätze. Die Amtsleiterkonferenz nahm hierzu einen Zwischenbericht der Referentenbesprechung „Bevölkerungsstatistik“ zu Ergebnissen der methodischen Untersuchungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Ermittlung aktueller Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 zur Kenntnis und beauftragte die Referenten, zur Amtsleiterkonferenz 2009 für die beiden Optionen „Beibehaltung des bisherigen Verfahrens der Bevölkerungsfortschreibung“ und „Umstieg auf die Registernutzung“ jeweils einen Zeitplan sowie eine Übersicht der jeweils erforderlichen Vorarbeiten vorzulegen.

Die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder diskutierten über das Thema „Qualitätssicherung in den Finanzstatistiken“. Die Statistiken über die öffentlichen Finanzen (Finanzstatistiken) stellen wichtige Basisdaten für zentrale nationale und internationale finanz- und geldpolitische Entscheidungen bereit. National ergeben sich insbesondere aus den Beratungen der Föderalismuskommission II und der Finanzministerkonferenz, international aus dem EU-Stabilitätspakt und dem IMF-Standard (Standards des Internationalen Währungsfonds für die Datenveröffentlichung) sehr hohe Anforderungen an die Qualität der Finanzstatistiken, während sich zugleich die Rahmenbedingungen für die Statistik aufgrund der zunehmenden Flexibilisierung des öffentlichen Haushaltswesens (Globalhaushalte, der Ausgliederung öffentlicher Aufgaben aus den Kernhaushalten) und der nicht koordinierten Einführung neuer doppischer Rechnungssysteme bei Ländern und Gemeinden massiv verschlechtern. Die Amtsleiterkonferenz war sich darüber einig, dass die Rahmenbedingungen (einheitliche Haushaltsnachweise sowie einheitliche und zeitnähere Abschlusstermine) für die Finanzstatistiken nur von Seiten der Länderinnenministerien verbessert werden können. Sie bat deshalb das für die Finanzstatistik zuständige Patenland, das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, in Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt um einen detaillierten Bericht an die Innenministerkonferenz, in dem die erforderlichen Maßnahmen der Innen- und Finanzminister zur Verbesserung der Finanzstatistik nochmals aufgezeigt werden sollen.

In ihrer letztjährigen Sitzung hatte die Amtsleiterkonferenz den Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Einsatz telefonischer Interviews im Mikrozensus“ zur Kenntnis genommen und gebeten, im Jahr 2008 über den Stand der Arbeiten zu berichten. Das Statistische Bundesamt informierte über den Fortgang der Arbeiten und speziell über die Umsetzung des hierzu in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern aufgelegten Projekts. In der Amtsleiterkonferenz 2009 soll ein weiterer Zwischenbericht und nach Abschluss des Projekts „Quantifizierung der Methodeneffekte unterschiedlicher Erhebungsinstrumente auf die Datenqualität im Labour Force Survey (Q-MED/LFS)“ der Amtsleiterkonferenz im Jahr 2010 ein Abschlussbericht zum Einsatz telefonischer Interviews im Mikrozensus vorlegt werden. Erst auf Basis der Ergebnisse des Projektes „Q-MED/LFS“ ist abzuschätzen, wie die Datenqualität von Telefoninterviews im Mikrozensus zu bewerten und inwieweit der Einsatz weiterer Ressourcen zur Optimierung und Ausweitung dieses Erhebungsweges gerechtfertigt erscheint.

Vom Statistischen Landesamt Bremen wurde über die methodischen Ansätze zur Aktualisierung der Energieberichterstattung berichtet. Neben dem vom Leipziger Institut für Energie für Sachsen entwickelten Schätzmodell, das bei Bedarf für weitere Länder angepasst werden kann, liegen auch von einigen Statistischen Landesämtern entwickelte Schätzverfahren vor. Der Länderarbeitskreis Energiebilanzen wird sich 2009 intensiver mit dem Thema „Zeitnahe Energieberichterstattung“ befassen. Dabei sollen auch die in einzelnen Statistischen Landesämtern entwickelten Modelle vorgestellt und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf andere Länder geprüft werden. Die Amtsleiterkonferenz stellte fest, dass mit dem nun entwickelten Instrumentarium ein anwendungsbereites Schätzmodell vorliegt, das bei Bedarf nach Anpassung an länderspezifische Gegebenheiten genutzt werden kann. Weiterhin begrüßte sie die Initiativen zur Entwicklung eigener Schätzmethoden innerhalb der Statistischen Landesämter und bat den Länderarbeitskreis Energiebilanzen um Prüfung, ob hieraus ein einheitliches Schätzmodell zur frühzeitigen Bereitstellung von Energie- und CO₂-Bilanzdaten durch die Statistischen Landesämter entwickelt werden kann. Die methodischen Ansätze werden auf der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Fragen der mathematischen Methodik vorgestellt.

Das Statistische Landesamt Sachsen informierte über den Arbeitsstand beim Aufbau der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnung auf Länderebene. Es wurde das Projekt einer regionalen Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnung vorgestellt, in dem sich drei grundlegende Bereiche (Gesundheitsausgabenrechnung, Gesundheitspersonalrechnung sowie Wertschöpfungsansatz für die Gesundheitswirtschaft) herauskristallisiert haben und in denen die Arbeiten in Zukunft fortgesetzt werden sollen.

Weiterhin wurde der Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 16. Legislaturperiode vorgelegt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind in der Umsetzung der 49 Empfehlungen des Beirats weiter vorangekommen. Ohne einer Evaluierung am Ende der laufenden Legislaturperiode vorzugreifen lässt sich festhalten, dass zehn Empfehlungen bereits umgesetzt sind und bei 15 Empfehlungen Fortschritte bei der Umsetzung zu verzeichnen sind.

Das Statistische Bundesamt wirkt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder aktiv an der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems (ESS) und der Gestaltung des Statistischen Programms auf europäischer Ebene mit. Der Amtsleiterkonferenz wurde ein Überblick über neue Entwicklungen auf europäischer Ebene und statistikrelevante Rechtsakte gegeben.

Abgeschlossen wurde die Konferenz mit einem Bericht des Statistischen Bundesamtes über Sachstand und Ausblick der Kooperationsaktivitäten mit seinen Partnerländern. Ziel dieser Kooperationen mit Reformstaaten und Entwicklungsländern ist es, sie beim Aufbau leistungsfähiger marktwirtschaftlich orientierter Statistikprogramme zu unterstützen.

Pflegebedürftige heute und in Zukunft

Pflegebedürftig möchte niemand werden und doch trifft es immer mehr Menschen. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko, wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigungen auf Hilfe im normalen Tagesablauf angewiesen zu sein. Der demografische Wandel mit der zunehmenden Zahl älterer Menschen stellt wachsende Anforderungen an das Gesundheitswesen und die sozialen Sicherungssysteme, nicht zuletzt an die Pflegeversicherung.

Der folgende Beitrag, der auch als STATmagazin (www.destatis.de) erschienen ist, beschäftigt sich mit der Entwicklung der Pflegebedürftigkeit. Es wurden zwei Szenarien erstellt: Das eine Szenario geht von konstanten, das zweite von sinkenden Pflegequoten aus.

2005: gut 2 Mill. Pflegebedürftige in Deutschland

Im Dezember 2005 waren nach den Ergebnissen der zweijährlich durchgeführten Pflegestatistik 2,13 Mill. Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes; 68 % waren Frauen. Die Mehrheit (82 %) der Betroffenen war 65 Jahre und älter; ein Drittel (33 %) 85 Jahre und älter. Mit zunehmendem Alter steigt die Pflegequote. Während bei den 70- bis unter 75-jährigen „nur“ jeder Zwanzigste (5 %) pflegebedürftig war, lag der Anteil der Pflegebedürftigen ab 90 Jahren an allen Menschen dieser Altersgruppe bei 60 %.

Mehr als zwei Drittel (68 % oder 1,45 Mill.) der Pflegebedürftigen wurden im Dezember 2005 zu Hause versorgt. Davon erhielten 980 000 Personen ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 472 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Um sie kümmerten sich jedoch zum Teil oder vollständig ambulante Pflegedienste. 677 000 Pflegebedürftige (32 %) wurden in Pflegeheimen betreut.

Seit Durchführung der Statistik hat die Zahl der Pflegebedürftigen auf Bundesebene durchgängig zugenommen, von 2,02 Mill. im Jahr 1999 auf 2,13 Mill. im Jahr 2005. Das entspricht einem Anstieg um rund 6 % bzw. 112 000 Personen. Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt hat dabei leicht von 2,5 auf 2,6 % zugenommen. Parallel dazu hat der Anteil älterer Personen an der Bevölkerung insgesamt zugenommen. 1999 waren 3,6 % der Bevölkerung 80 Jahre und älter; im Jahr 2005 waren es 4,5 %.

Im Zeitvergleich zeigt sich zudem ein Trend hin zur professionellen Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste: So ist gegenüber 1999 die Zahl der in Heimen betreuten Pflegebedürftigen um rund 18 % (+ 103 000 Personen) und die Zahl der durch ambulante Dienste Versorgten um 14 % (+ 56 000 Personen) gestiegen, während die Pflege durch Angehörige bzw. die Zahl der reinen Pflegegeldempfänger/-innen um 5 % (- 47 000 Personen) abnahm. Durch diese Entwicklung sank auch der Anteil

der zu Hause Versorgten von 72 % im Jahr 1999 über 69 % (2003) auf 68 % im Jahr 2005.

2030: 3,4 Mill. Pflegebedürftige (Status-Quo-Szenario)

Um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Zahl der Pflegebedürftigen abschätzen zu können, haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Modellrechnungen entwickelt. In der Basisvariante der Modellrechnung wird unterstellt, dass die künftigen altersspezifischen Pflegequoten identisch mit denen von heute sind (Status-Quo-Szenario). Hierbei wird u. a. von möglichem medizinisch-technischem Fortschritt abstrahiert.

Danach dürfte die Zahl der Pflegebedürftigen von 2,13 Mill. im Jahr 2005 auf 2,40 Mill. im Jahr 2010 steigen. Im Jahr 2020 sind 2,91 Mill. und im Jahr 2030 etwa 3,36 Mill. Pflegebedürftige zu erwarten. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird zwischen den Jahren 2005 und 2020 um mehr als ein Drittel (+ 37 %) ansteigen, von 2005 bis 2030 um 58 %. Die Zunahme bis zum Jahr 2030 fällt dabei bei den Männern mit + 74 % höher aus als bei den Frauen (+ 50 %). Gleichzeitig wird der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung zunehmen: Von heute 2,6 % wird er bis 2020 auf 3,6 % und bis zum Jahr 2030 auf 4,4 % ansteigen.

Deutliche Verschiebungen sind bei den Altersstrukturen feststellbar: Während im Jahr 2005 rund 33 % der Pflegebedürftigen 85 Jahre und älter waren, werden es im Jahr 2020 rund 41 % und 2030 rund 48 % sein. Demgegenüber verliert die Gruppe der unter 60-jährigen an Bedeutung: Deren Anteil an den Pflegebedürftigen nimmt von 14 % im Jahr 2005 auf 10 % im Jahr 2020 und gut 7 % im Jahr 2030 ab.

Geringeres Pflegerisiko durch medizinisch-technischen Fortschritt (Szenario „sinkende Pflegequoten“)

In einem zweiten, eher optimistischen Szenario wird davon ausgegangen, dass durch den medizinisch-technischen Fortschritt auch das Pflegerisiko in den Altersgruppen abnimmt. Als Orientierungsgröße gilt dabei die erwartete Zunahme der Lebenserwartung im jeweiligen Alter – das Pflegerisiko verschiebt sich entsprechend der steigenden Lebenserwartung daher in ein höheres Alter.

Das Szenario „sinkende Pflegequoten“ hat einen dämpfenden Effekt – allerdings steigt auch bei diesem Szenario die Zahl der Pflegebedürftigen. Für das Jahr 2020 werden etwa 2,68 Mill. Pflegebedürftige und für 2030 rund 2,95 Mill. erwartet. Der Anstieg beträgt somit 26 % bis 2020 und 39 % bis 2030.

Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung liegt entsprechend mit 3,4 % im Jahr 2020 und 3,8 % im Jahr 2030 etwas niedriger als im ersten Szenario. Der Anteil der 85-jährigen und älteren Pflegebedürftigen an den Pflegebedürftigen insgesamt ist hingegen etwas höher als in dem Status-Quo-Szenario (2020: 42 %, 2030: 51 %).

Ergänzende Hinweise zu den Modellrechnungen

Die modellmäßig berechneten Ergebnisse sind keine Prognosen, sondern zeigen lediglich, welche Folgen sich insbesondere durch die demografische Entwicklung für die Zahl an Pflegebedürftigen ergeben würden. Grundlage dieser Modellrechnungen sind aus der gegenwärtigen Situation und den bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen abgeleitete einfache Annahmen zur Pflegebedürftigkeit sowie die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach der Variante zur Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung.

Weitere Ergebnisse – bis zum Jahr 2020 auch nach Bundesländern – enthält die Veröffentlichung „Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2: Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung sind ebenfalls im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) verfügbar.

Weitere Auskünfte erteilt
Heiko Pfaff, Telefon 06 11/75 81 06,
E-Mail: pfllege@destatis.de.

Umweltökonomische Gesamtrechnungen 2008

„Energieverbrauch der privaten Haushalte – Wohnen, Mobilität, Konsum und Umwelt“ lautete das Thema der diesjährigen Pressekonferenz zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen am 5. November 2007 in Berlin. Wie haben die privaten Haushalte auf die starken Energiepreiserhöhungen reagiert? Welche Faktoren haben die Entwicklung von Energieverbrauch und CO₂-Emissionen der privaten Haushalte beeinflusst? Wie haben sich Änderungen im Konsum und Lebensstil auf den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen ausgewirkt? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt der Pressekonferenz.

In Deutschland ist der direkte Energieverbrauch der privaten Haushalte zwischen 1995 und 2006 trotz stark gestiegener Energiepreise mit –0,7% nur leicht zurückgegangen. Der direkte Energieverbrauch setzt sich zusammen aus dem Verbrauch von Wohnenergie (Brennstoffe, Fernwärme und Elektrizität), der nahezu unverändert blieb, und dem Verbrauch von Kraftstoffen, der einen leichten Rückgang (–3,7%) aufweist.

Für Wohnenergie zeigt sich seit dem Jahr 2000 eine deutlich andere Verbrauchsentwicklung als in den Jahren zuvor. Dies ist insbesondere auf den Energieverbrauch für Raumwärme – er hat einen Anteil von etwa drei Vierteln an der gesamten Wohnenergie – zurückzuführen. Während zwischen 1995 und 2000 noch ein Anstieg des temperaturreinigten Energieverbrauchs für Raumwärme zu verzeichnen war, ist der Energieverbrauch im Zeitraum von 2000 bis 2006 um 11,2% gefallen. Ursachen dieses bemerkenswerten Rückgangs sind eine effizientere Nutzung der Energie durch Ver-

besserungen der Heiztechnik und Wärmedämmung, aber auch Verhaltensänderungen der privaten Haushalte.

Der Kraftstoffverbrauch der Haushalte für Pkw-Fahrten ist zwischen 1995 und 2006 um rund 1,4 Mrd. Liter (–3,7%) gesunken. Dabei ist insbesondere der Verbrauch von Ottokraftstoffen zurückgegangen (–14,5%), da viele Autofahrer von benzinbetriebenen Kraftfahrzeugen auf Dieselfahrzeuge umgestiegen sind. Der Verbrauch von Diesel hat dagegen im gleichen Zeitraum um 70% zugenommen. Im Jahr 2006 entfielen bereits 24,3% des Kraftstoffverbrauchs auf Diesel. Im Jahr 2000 waren dies erst 13,9%.

Der Rückgang des Kraftstoffverbrauchs ist hauptsächlich auf die Senkung des Durchschnittsverbrauchs der Fahrzeuge zurückzuführen. Hierzu hat – neben technischen Verbesserungen – auch der Umstieg auf die vergleichsweise verbrauchsgünstigeren Diesel-Pkw beigetragen. Gegenläufige Effekte, die einen weiteren Rückgang des Kraftstoffverbrauchs verhindert haben, waren die insgesamt noch gestiegenen Fahrleistungen sowie eine Tendenz zu größeren Hubraumklassen.

Neben dem direkten Energieverbrauch im Bereich Wohnen und Individualverkehr verursachen die privaten Haushalte durch die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen einen weiteren – indirekten – Einsatz von Energie: Zur Herstellung der von den privaten Haushalten konsumierten Waren und Dienstleistungen wurden 2006 im In- und Ausland schätzungsweise 5,8 Exajoule an Energie aufgewendet. Das ist rund das 1,5-Fache des direkten Energieverbrauchs (3,9 Exajoule). Gegenüber dem Jahr 1995 ist der indirekte Energieverbrauch der privaten Haushalte um 6,3% zurückgegangen, während die Konsumausgaben der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum preisbereinigt um 13% angestiegen sind. Diese „Entkopplung“ von Konsum und Energieeinsatz resultiert insbesondere aus einem effizienteren Einsatz von Energie bei der Herstellung von Konsumgütern.

Informationen des Bundeswahlleiters

Neuer Internetauftritt des Bundeswahlleiters

Der Internetauftritt des Bundeswahlleiters wurde umfassend überarbeitet und aktualisiert. Er ist seit Kurzem freigeschaltet unter der bisherigen Adresse

www.bundeswahlleiter.de.

Rechtzeitig zu den Europa- und Bundestagswahlen 2009 steht damit ein umfangreiches Internetangebot mit allen Informationen des Bundeswahlleiters zur Verfügung, das sich in folgende Bereiche gliedert: Informationen für die Presse, Bundestagswahlen und Europawahlen jeweils mit Ergebnissen und Rechtsgrundlagen, Landtagswahlen, künftige Wahltermine, Parteien (mit Unterlagensammlung des Bundeswahlleiters und Informationen zur Wahlteilnahme),

Glossar, eine Linksammlung zum Thema Wahlen sowie Kontaktmöglichkeit und Bestellformular für die Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters.

Das Angebot an statistischen Daten wurde erheblich erweitert und enthält nun die Ergebnisse aller Bundestags- und Europawahlen sowie umfassenderes Datenmaterial der repräsentativen Wahlstatistik, das zur direkten Bearbeitung geeignet ist. Die Navigation ist benutzerfreundlicher gestaltet. Alle Seiten werden auf Deutsch und Englisch angeboten, wobei der Nutzer von jeder Seite direkt in die jeweils andere Sprache wechseln kann. Zu Erläuterung der Fachbegriffe gibt es ein ausführliches Glossar rund um das Thema Wahlen.

Neuerscheinungen

Datenreport 2008: Sozialbericht für Deutschland neu erschienen

Im November 2008 ist der neue Datenreport 2008 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und bei einem Expertengespräch im i-Punkt des Statistischen Bundesamtes in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Der Datenreport ist ein Gemeinschaftsprojekt des Statistischen Bundesamtes, des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und von GESIS, der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen. Mit seiner Kombination von Daten der amtlichen Statistik und der sozialwissenschaftlichen Forschung ist der Datenreport inzwischen zu einem Standardwerk der deutschen Sozialberichterstattung geworden. Er bietet eine Fülle von Informationen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland und in Europa und beschreibt, wie die Menschen ihre Lebensqualität subjektiv wahrnehmen und bewerten.

Die Ausgabe 2008 liefert wichtige Hintergrundinformationen zu den aktuellen Reformdiskussionen: Wie hat sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren entwickelt? Wie schätzen die Menschen ihren Gesundheitszustand ein und was geben sie für Gesundheit aus? Wie hoch sind die Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme und wer nimmt sie in Anspruch?

Im neuen Datenreport wurden die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes und der Sozialforschungsinstitute neu strukturiert und thematisch in einen engeren Zusammenhang gebracht. Ein farbiges Leitsystem erleichtert die Unterscheidung der Beiträge des Statistischen Bundesamtes und der Sozialforschung.

Der Datenreport steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) kostenlos als Download zur Verfügung. Die Buchausgabe ist gegen eine Bereitstellungspauschale in Höhe von 4 Euro zuzüglich Versandkosten über die Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) und den Vertriebspartner des Statistischen Bun-

desamtes, SFG Servicecenter Fachverlage (destatis@s-f-g.com), erhältlich.

Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2008

Mit der nationalen Strategie für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung aus dem Jahr 2002 wurde Nachhaltigkeit zu einem zentralen Prinzip der Politik in Deutschland. Um die Wirksamkeit dieser Strategie, Erfolge wie auch Misserfolge, messbar zu machen, wurden auf der politischen Ebene geeignete Indikatoren ausgewählt. Sie sind zum großen Teil mit quantitativen Zielvorgaben versehen und zeigen für 21 verschiedene Themenbereiche, inwieweit die Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft den Erwartungen und Zielen entspricht. Die Entwicklung dieser Indikatoren wird jeweils im Abstand von zwei Jahren in einem Indikatorenbericht beschrieben und analysiert, der vom Statistischen Bundesamt vorgelegt wird.

Der Indikatorenbericht 2008 wurde – wie schon der Bericht 2006 – vom Statistischen Bundesamt in eigener Verantwortung erstellt. Er folgt dem Grundsatz einer neutralen und unabhängigen Berichterstattung. Das Statistische Bundesamt unterstützt eine faktenbasierte Nachhaltigkeitspolitik, indem es Daten und statistische Analysen über den Stand der deutschen Nachhaltigkeitsindikatoren zur Verfügung stellt.

Der Indikatorenbericht 2008 steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) kostenlos zum Download zur Verfügung.

Kompakt

Auch Migranten haben 2007 vom Beschäftigungszuwachs profitiert

Im Jahr 2007 konnte die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland erheblich von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt profitieren, wie Ergebnisse aus dem Mikrozensus zeigen. Die Zahl der Erwerbslosen unter ihnen ging im Vergleich zum Vorjahr um 178 000 zurück, die Zahl derjenigen Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund, die nicht nur geringfügig beschäftigt waren, stieg um 221 000 an.

Durch diese Entwicklung hat sich zwar der Abstand zwischen den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verringert, er war aber weiterhin deutlich ausgeprägt. Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 25 bis 65 Jahren waren 2007 nahezu doppelt so häufig erwerbslos wie jene ohne Migrationshintergrund (14,0% gegenüber 7,1% aller Erwerbspersonen) oder gingen ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach (12,6% gegenüber 8,4% aller Erwerbstätigen). In besonderem Maße waren dabei Menschen ohne einen deutschen Pass betroffen – von diesen

waren 16,0% erwerbslos und 13,7% der Erwerbstätigen unter ihnen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund besteht aus den seit 1950 nach Deutschland Zugewanderten und deren Nachkommen. Für ihre Bestimmung werden Angaben zum Zuzug nach Deutschland, zur Staatsangehörigkeit und zur Einbürgerung verwendet. 2007 hatten die 7,3 Mill. Ausländerinnen und Ausländer einen Anteil von 8,9% an der Bevölkerung, die Deutschen mit Migrationshintergrund zählten 8,1 Mill. oder 9,9% der Bevölkerung. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer um 20 000 zurück, die der Deutschen mit Migrationshintergrund nahm um 287 000 zu.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland stieg folglich um rund 268 000 Personen auf 15,4 Mill., die Bevölkerung insgesamt ging dagegen um 112 000 Personen zurück (von 82,4 Mill. auf knapp 82,3 Mill.). Damit verringerte sich die Zahl der Personen ohne Migrationshintergrund um 379 000 Personen (von 67,2 Mill. auf 66,8 Mill.) und der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stieg von 18,4 auf 18,7%.

Mit 10,5 Mill. stellten die seit 1950 Zugewanderten – die Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung – im Jahr 2007 wie im Vorjahr zwei Drittel aller 15,4 Mill. Personen mit Migrationshintergrund; unter ihnen waren die Ausländerinnen und Ausländer mit 5,6 Mill. gegenüber den Deutschen mit 4,9 Mill. in der Mehrheit. 2,8 Mill. dieser 4,9 Mill. Deutschen gaben an, als Aussiedler oder Spätaussiedler oder als Ehegatte oder Kind von Aussiedlern oder Spätaussiedlern nach Deutschland eingereist zu sein.

Die in Deutschland geborene „Bevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung“ veränderte sich – wie schon im Vorjahr – weiter in ihrer Zusammensetzung. Die Ausländerinnen und Ausländer stellten 2007 mit 1,7 Mill. weiterhin 2% der Bevölkerung. Die Zahl der hier geborenen Deutschen mit Migrationshintergrund hat sich gegenüber dem Vorjahr aber um 246 000 auf 3,2 Mill. erhöht (3,9% der Bevölkerung); sie bildeten den größten Teil des Gesamtzuwachses der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Zu der 10,5 Mill. Personen umfassenden Gruppe der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung gehörten 2007 neben den rund 2,8 Mill. (Spät-) Aussiedlern rund 7,8 Mill. ausländische oder eingebürgerte Zuwanderer. Diese Gruppe stammte mehrheitlich (77,0%) aus europäischen Ländern, 32,7% von ihnen kamen aus den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union. Die Türkei (19,4%) führte die Liste der bedeutendsten Herkunftsländer an, gefolgt von Polen (6,8%), der Russischen Föderation (6,6%), Italien (5,5%), Serbien (3,7%), Kroatien (3,2%), Griechenland (3,1%), Bosnien und Herzegowina (2,8%), Rumänien (2,7%) und der Ukraine (2,5%). Kasachstan war mit einem Anteil von 2,6% das einzige wichtige nicht-europäische Herkunftsländer. Bei den (Spät-) Aussiedlern ließen sich nur 1,8 Mill. der 2,8 Mill. nach dem Herkunftsland zuordnen – diese kamen überwiegend aus Polen (518 000 Personen), der Russischen Föderation (475 000), Kasachstan (320 000) und Rumänien (173 000).

Personen mit Migrationshintergrund waren mit einem durchschnittlichen Alter von 34,3 Jahren deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund (44,9 Jahre), weitaus häufiger ledig (45,0 gegenüber 38,1%), und der Anteil der Männer unter ihnen war höher (50,8% gegenüber 48,5%). Sie lebten bevorzugt im früheren Bundesgebiet oder in Berlin (95,9% gegenüber 81,2%). Ein fehlender allgemeiner Schulabschluss war bei ihnen häufiger anzutreffen (12,6% gegenüber 1,6%), ebenso ein fehlender beruflicher Abschluss (58,0% gegenüber 22,9%).

Dies mag auch zu den geschilderten Situationen am Arbeitsmarkt beitragen und erklären, warum der Anteil der ‚working poor‘, das heißt der trotz Erwerbstätigkeit Armutsgefährdeten, bei den Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 25 bis 65 Jahren mit 13,4% deutlich höher war als bei jenen ohne (4,6%).

Weitere Informationen bietet die Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 2.2 „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) zum kostenlosen Download zur Verfügung steht.

Durchschnittserlös für Strom 2007

Im Jahr 2007 betrug der vorläufige Durchschnittserlös (Grenzpreis) für Strom 8,57 Cent je Kilowattstunde. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Grenzpreis damit um 6,9% gestiegen. Der Grenzpreis ist gesetzlich definiert als Durchschnittserlös der Versorgungsunternehmen je Kilowattstunde Strom, berechnet aus den Stromlieferungen an Sondervertragskunden.

Bei der Abgabe an alle Letztverbraucher erlösten die Versorgungsunternehmen 2007 im Durchschnitt 10,93 Cent je Kilowattstunde, 4,5% mehr als 2006. Der Durchschnittserlös an Tarifkunden (Haushalte und Kleinstverbraucher) belief sich auf 16,11 Cent je Kilowattstunde. Das ist ein Plus von 4,9% gegenüber 2006.

Der Durchschnittserlös oder Grenzpreis wird ohne Mehrwertsteuer und ohne rückwirkende Stromsteuerrückerstattungen ausgewiesen. Er enthält jedoch die Netznutzungsentgelte, die Stromsteuer, die Konzessionsabgaben sowie Ausgleichsabgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Gemäß der Konzessionsabgabenverordnung dient der Grenzpreis den Energieversorgungsunternehmen als Grundlage zur Berechnung der Konzessionsabgaben. Das sind Entgelte, die die Energieversorgungsunternehmen den Gemeinden für das Recht zahlen müssen, die Letztverbraucher mit Strom zu versorgen und öffentliche Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen zu nutzen.

Weitere Auskünfte erteilt
Jörg Kaiser, Telefon 06 11/75 23 07,
E-Mail: joerg.kaiser@destatis.de.

Öffentlicher Nahverkehr 2007

Die rund 2 650 Unternehmen, die Personen im öffentlichen Liniennahverkehr (ÖPNV) mit Eisenbahnen, Straßenbahnen und Omnibussen beförderten, konnten im Jahr 2007 ihre Beförderungseinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % und damit erstmals auf über 10,5 Mrd. Euro erhöhen.

Die Fahrgäste nahmen den öffentlichen Personennahverkehr knapp 10,6 Mrd.-mal in Anspruch (+ 0,8 %). Als Produkt aus der Zahl der beförderten Personen und der durchschnittlichen Fahrtweite von 9,4 Kilometern ergab sich daraus eine Beförderungsleistung von 99,6 Mrd. Personenkilometern, 1,0 % mehr als im Jahr 2006. Dagegen ging die Fahrleistung um 0,9 % auf 3,4 Mrd. Fahrzeugkilometer zurück.

Die Fahrgastzahlen blieben bei allen Verkehrsmitteln relativ konstant. Die 65 Unternehmen mit Eisenbahnnahverkehr verzeichneten leichte Einbußen (-0,2 %), während die 62 Straßenbahnunternehmen (+0,4 %) und die 2 590 Unternehmen mit Omnibusnahverkehr (+0,1 %) geringe Zuwächse erzielten.

82 % der Nahverkehrsunternehmen waren in privatem Eigentum, 18 % öffentlich oder gemischtwirtschaftlich strukturiert. Knapp zwei Drittel (64 %) aller Unternehmen beförderten weniger als 250 000 Fahrgäste im Jahr, aber nur jeder hundertste Fahrgast (insgesamt 112 Mill. Fahrgäste) wurde von diesen kleineren Unternehmen befördert. Auf die Linien der 19 größten Unternehmen mit mindestens 100 Mill. beförderten Personen im Jahr entfielen dagegen mit fast 5,5 Mrd. Fahrten 52 % des gesamten Fahrgastaufkommens.

Fahrgäste, die während einer Fahrt zwischen den Verkehrsmitteln eines Unternehmens umstiegen, wurden dabei in die Gesamtzahl einmal einbezogen, in die nach Verkehrsmitteln untergliederten Angaben jedoch mehrmals. Ebenfalls sind bei der Unternehmenszahl nach Verkehrsmitteln Mehrfachangaben möglich.

Weitere Auskünfte erteilt
Bernd Reichel, Telefon 06 11/75 28 48,
E-Mail: strassenpersonenverkehr@destatis.de.

Zahl der Einschulungen geht weiter zurück

Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2008/09 wurden in Deutschland 754 900 Kinder eingeschult. Das waren 2,3 % weniger als im Vorjahr. Am stärksten ging die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger in Bremen (-7,3 %) und Schleswig-Holstein (-8,6 %) zurück. Dagegen stieg die Zahl der ABC-Schützen in Rheinland-Pfalz (+4,5 %), Hessen (+1,8 %) und im Saarland (+0,8 %).

Im Vergleich zu 1998 nahm die Zahl der Einschulungen in Deutschland um 14 % ab. Mit einem Rückgang von 17 % sank die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger im früheren Bundesgebiet besonders stark. In den neuen Bundesländern und Berlin lag sie 2008 auf dem Stand von vor zehn

Jahren. Dort wurden in den Jahren vor 1998 starke Abnahmen der Zahl der Einschulungen verzeichnet.

Der überwiegende Teil der Schulanfängerinnen und -anfänger begann die Schullaufbahn in Grundschulen (95 %). Lediglich knapp 4 % der ABC-Schützen wurden in Förderschulen und 1 % in Freie Waldorfschulen eingeschult. Der Anteil der Schulanfänger, die integrierte Gesamtschulen besuchen, war geringer als 0,5 %. Von allen neu eingeschulten Kindern waren 48 % Mädchen. Während deren Anteil in den Förderschulen nur bei 33 % lag, erreichte er in den Freien Waldorfschulen 50 % und in den integrierten Gesamtschulen 49 %.

Weitere Auskünfte erteilt
Hanna Lutsch, Telefon 06 11/75 24 43,
E-Mail: schulstatistik@destatis.de.

Drittmittleinnahmen der Hochschulen 2006

Deutsche Hochschulen haben im Jahr 2006 ihre Drittmittleinnahmen von privaten und öffentlichen Einrichtungen gegenüber dem Vorjahr um 5,3 % auf 3,86 Mrd. Euro steigern können. Damit lagen die durchschnittlichen Drittmittleinnahmen eines Professors bzw. einer Professorin bei 107 600 Euro. Das entspricht einer Zunahme um 7,6 % gegenüber dem Jahr 2005.

Die Höhe der eingeworbenen Drittmittel ist je nach Hochschulart, Fächergruppe sowie Lehr- und Forschungsbereich sehr unterschiedlich. Wie bereits im Vorjahr erzielten die Universitätsprofessoren und -professorinnen im Jahr 2006 mit durchschnittlich 175 200 Euro (+5,9 % zum Vorjahr) weitaus höhere Drittmittleinnahmen als ihre Kollegen und Kolleginnen an anderen Hochschularten. Die Pro-Kopf-Drittmittleinnahmen an den Fachhochschulen betragen 16 500 Euro (+15,5 % zum Vorjahr) und die an den Kunsthochschulen 9 600 Euro (+32,1 % zum Vorjahr).

Mit rund 353 800 Euro (+5,9 % zum Vorjahr) erzielten die Universitätsprofessoren und -professorinnen im Bereich der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften durchschnittlich die höchsten Drittmittleinnahmen. An zweiter Stelle folgten ihre Kollegen und Kolleginnen im Bereich der Ingenieurwissenschaften mit Einnahmen in Höhe von etwa 311 700 Euro (+4,6 % zum Vorjahr). In der Fächergruppe Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften konnten je Professor bzw. Professorin rund 172 700 Euro (+6,9 % zum Vorjahr) eingeworben werden. Vergleichsweise geringe Drittmittleinnahmen in Höhe von rund 45 700 Euro (-0,7 % zum Vorjahr) verbuchten an deutschen Universitäten die Sprach- und Sozialwissenschaften sowie die Rechts-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften, bei denen die durchschnittlichen Drittmittleinnahmen bei etwa 58 100 Euro (+0,7 %) lagen.

Die höchsten Drittmittleinnahmen unter den Universitäten (ohne Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften) erzielten im Jahr 2006 die Technische Hochschule Aachen (135 Mill. Euro), die Technische Universität Mün-

chen (105 Mill. Euro) und die Universität Stuttgart (102 Mill. Euro). Die höchsten Drittmiteinnahmen je Professor bzw. Professorin erzielten die Universität zu Lübeck (450 000 Euro), die Universität Stuttgart (433 000 Euro) und die Technische Hochschule Aachen (428 000 Euro).

Ausführliche Daten der Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.3.2 „Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006“ stehen kostenlos als Download im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) zur Verfügung.

Todesursache Diabetes

Die Zahl der an Diabetes mellitus Gestorbenen ist im Vergleich aller Bundesländer anteilig in Thüringen und Sachsen-Anhalt am höchsten. In diesen beiden Bundesländern verstarben im Jahr 2007 an dieser Volkskrankheit 61 bzw. 60 Menschen je 100 000 Einwohner. Bayern und Hamburg hingegen hatten anteilig die niedrigste Sterblichkeit an Diabetes mellitus. Hier lag die Zahl der an dieser Krankheit Gestorbenen bei knapp 15 bzw. 16 je 100 000 Einwohner.

In Deutschland starben im Jahr 2007 insgesamt 21 871 Menschen (8 748 Männer und 13 123 Frauen) an Diabetes mellitus. Zwar sank damit im Vergleich zum Vorjahr (22 308 Tote) die Zahl der an dieser Krankheit Verstorbenen in Deutschland um 2%. Über einen längeren Zeitraum betrachtet ist die Zahl jedoch angestiegen. Während 1987 in Deutschland von je 100 000 Personen rund 22 Personen an Diabetes mellitus starben (Männer 15; Frauen 29), waren es 2007 knapp 27 Personen (Männer 22; Frauen 31). Diabetes mellitus ist damit für 2,6% aller Sterbefälle (1987: 1,9%) in Deutschland ursächlich verantwortlich.

Von dieser Todesursache sind überwiegend ältere Menschen betroffen. 94% aller Gestorbenen waren 60 Jahre und älter. Das durchschnittliche Sterbealter der an Diabetes mellitus verstorbenen Menschen lag im Jahr 2007 bei 79,5 Jahren (Männer 74,5 Jahre; Frauen 82,8 Jahre).

Häufig tritt Diabetes mellitus aber auch als Begleitkrankheit auf, wie sich mit den Daten der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) belegen lässt. Im Jahr 2007 wurden 215 208 Patientinnen und Patienten (1,3%) mit der Hauptdiagnose Diabetes mellitus vollstationär im Krankenhaus behandelt. Bei 2,1 Mill. behandelten Patientinnen und Patienten trat der häufig ernährungsbedingte Typ-II-Diabetes (ICD-Position E11) als Nebendiagnose auf. Damit stellt er die dritthäufigste Nebendiagnose aller vollstationär im Krankenhaus Behandelten dar.

Weitere Auskünfte erteilt
Silvia Schelo, Telefon 06 11/75 81 02,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Zahl der Grundsicherungsempfänger steigt weiter

Am Jahresende 2007 erhielten in Deutschland rund 733 000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei

Erwerbsminderung. Insgesamt bezogen damit 1,1% der Bevölkerung ab 18 Jahren diese Sozialleistung. Gegenüber 2006 nahm die Zahl der Hilfebezieher um rund 51 000 Personen zu (+7,4%). Seit dem ersten Erhebungsstichtag am Jahresende 2003, als rund 439 000 Grundsicherungsempfänger gemeldet wurden, hat sich deren Zahl um rund 67% erhöht.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit dem 1. Januar 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Seit dem 1. Januar 2005 werden diese Leistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) gewährt. Sie können bei Bedürftigkeit von 18- bis 64-jährigen Personen, wenn diese dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sowie von Personen ab 65 Jahren in Anspruch genommen werden.

Ende 2007 waren etwa 340 000 Personen (+9,2% gegenüber dem Vorjahr) oder 46% der Grundsicherungsempfänger zwischen 18 und 64 Jahren alt und erhielten Leistungen der Grundsicherung aufgrund ihrer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Damit bezogen 0,7% der Personen dieser Altersgruppe Grundsicherungsleistungen. Diese Menschen werden auch künftig dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen.

392 000 Personen (+5,9% gegenüber dem Vorjahr) oder 54% der Grundsicherungsempfänger waren 65 Jahre und älter. Somit bezogen 2,4% aller Personen dieser Altersgruppe Grundsicherungsleistungen, die den Lebensunterhalt der Empfänger sichern.

Frauen stellten mit rund 414 000 Personen oder einem Anteil von 56% die Mehrzahl der Leistungsempfänger. Allerdings stieg im Vergleich zum Jahr 2006 die Zahl der männlichen Hilfebezieher mit einem Plus von 8,5% etwas stärker als die der Frauen (+6,6%). Insgesamt bezogen bundesweit 1,2% der Frauen und 1,0% der Männer ab 18 Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Mit 185 000 Personen war ein Viertel der rund 733 000 Empfänger in stationären Einrichtungen untergebracht, zum Beispiel in Pflege- oder Altenheimen; drei Viertel (548 000 Personen) lebten außerhalb solcher Einrichtungen.

Wie in den Vorjahren zeigte sich auch 2007 eine höhere Inanspruchnahme dieser Sozialleistung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin): Hier lag die Quote der Grundsicherungsempfänger bei 1,1%, während sie in den neuen Ländern 0,8% betrug. Die höchsten Bezugsquoten wiesen die Stadtstaaten Bremen, Berlin (je 1,8%) und Hamburg (1,7%) auf. Die niedrigsten Bezugsquoten verzeichneten Thüringen und Sachsen (je 0,6%).

Im Durchschnitt errechnete sich für einen Grundsicherungsempfänger zum Jahresende 2007 in Deutschland ein monatlicher Bruttobedarf von 625 Euro, wovon im Schnitt allein 276 Euro auf Unterkunft und Heizung entfielen. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens von durchschnittlich 240 Euro (bezogen auf alle Hilfeempfänger) wurden netto monatlich durchschnittlich 385 Euro an Grundsicherungsleistungen ausbezahlt. Dabei ist festzu-

stellen, dass gut zwei Drittel (71 %) der Grundsicherungsempfänger über angerechnetes Einkommen (z. B. Alters-, Hinterbliebenen- oder Erwerbsminderungsrenten) verfügten; in diesen Fällen lag das angerechnete Einkommen bei durchschnittlich 337 Euro.

Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Träger für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2007 brutto rund 3,6 Mrd. Euro auf. Netto – nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – verblieben rund 3,5 Mrd. Euro, dies entspricht einem Anstieg um 12,7 % gegenüber dem Vorjahr. Die Nettoausgaben haben sich seit Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung damit nahezu verdreifacht (2003: 1,3 Mrd. Euro). Rein rechnerisch wurden im gesamten Jahr 2007 je Einwohner rund 42 Euro für diese Hilfeart ausgegeben.

Weitere Auskünfte erteilt

Markus Dorn, Telefon 06 11/75 85 34,

E-Mail: sozialhilfe@destatis.de.

Hilfe zum Lebensunterhalt 2007

Zum Jahresende 2007 war die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf insgesamt rund 312 000 Personen angestiegen. Der Anteil dieser Hilfebezieher an der Bevölkerung lag damit – wie im Vorjahr – bei 0,4 %. Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des SGB XII „Sozialhilfe“ soll den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken („soziokulturelles Existenzminimum“).

Die höchsten Empfängerquoten gab es Ende 2007 in Berlin (7,4 Empfänger je 1 000 Einwohner) und Sachsen-Anhalt (5,9 je 1 000 Einwohner). Die niedrigsten Quoten verzeichneten Baden-Württemberg (1,3 Empfänger je 1 000 Einwohner) sowie Rheinland-Pfalz (2,4 je 1 000 Einwohner).

Von den insgesamt 312 000 Empfängern bezogen 88 000 Personen (28 % der Empfänger) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (bis Ende 2004 sogenannte „Sozialhilfe im engeren Sinne“); dies entspricht einem Anstieg von 8,1 % gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil dieser Hilfebezieher an der Bevölkerung lag – wie im Vorjahr – bei 0,1 %. Infolge des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) ging die Zahl der Hilfebezieher außerhalb von Einrichtungen drastisch zurück. Ende 2004, also unmittelbar vor Inkrafttreten von „Hartz IV“, hatten noch rund 2,9 Mill. Personen oder 3,5 % der Bevölkerung diese Hilfeleistung bezogen. Seit 2005 erhalten ehemalige Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne, die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Dieser Personenkreis wird seit 2005 nicht mehr in der Sozialhilfestatistik nachgewiesen. Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhalten seit Anfang 2005 somit zum Beispiel

nur noch vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente.

Zur Struktur der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2007 ist Folgendes festzustellen: Rund 77 000 oder 87 % der Hilfebezieher waren Deutsche, 11 000 oder 13 % ausländische Mitbürger. Die Empfängerquote der Ausländer (1,6 Hilfebezieher je 1 000 Einwohner) lag höher als die der Deutschen (1,0 Hilfebezieher je 1 000 Einwohner). Etwas mehr als die Hälfte der Leistungsempfänger (52 %) war männlich. Rund 18 % der Empfänger waren Kinder unter 18 Jahren. Das Durchschnittsalter der Hilfebezieher lag bei 41 Jahren.

Die rund 88 000 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen lebten in 80 000 Haushalten; gut drei Viertel davon (76 %) waren Einpersonenhaushalte.

Neben den Hilfebeziehern außerhalb von Einrichtungen gab es am Jahresende 2007 noch rund 224 000 Personen (72 % der Empfänger insgesamt), die Hilfe zum Lebensunterhalt in einer Einrichtung (z. B. Wohn- oder Pflegeheim) erhielten. Gegenüber dem Vorjahr war hier ein minimaler Rückgang (–0,1 %) festzustellen. Der Ausländeranteil lag bei den Hilfeempfängern in Einrichtungen bei lediglich knapp 3 %. In Einrichtungen überwogen leicht die Hilfebezieherinnen mit 51 %. Das Durchschnittsalter der Hilfeempfänger in Einrichtungen betrug 55 Jahre.

Gegenüber dem Stand Ende 2004 hat sich die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen aufgrund gesetzlicher Änderungen damit mehr als vervierzehnfacht. Bis Ende 2004 wurden nämlich auch die Kosten des reinen Lebensunterhalts in einer Einrichtung (Unterkunft, Verpflegung usw.) im Rahmen der stationären Leistung oder Maßnahme (z. B. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen oder Hilfe zur Pflege) als Bedarf anerkannt. Seit 2005 werden der Lebensunterhalt und die Maßnahmen für diesen Personenkreis jeweils als separate Leistungen bewilligt. Dadurch werden behinderte und pflegebedürftige Menschen in Einrichtungen nun auch in der Statistik über die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt erfasst, sofern sie diesen Bedarf nicht zum Beispiel durch Renteneinkünfte, durch Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder in anderer Weise decken können.

Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Sozialhilfeträger für die Hilfe zum Lebensunterhalt im Jahr 2007 netto, das heißt nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger, 765 Mill. Euro auf; dies entspricht einer Steigerung um 13,1 % gegenüber dem Vorjahr. Rund 335 Mill. Euro (44 % der Ausgaben für diese Hilfeart) wurden dabei für Leistungen außerhalb von Einrichtungen aufgewandt, die Ausgaben für Leistungen in Einrichtungen beliefen sich auf 430 Mill. Euro (56 % der Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt). Im Jahr 2004 wurden noch 8,8 Mrd. Euro für die Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben. Der deutliche Ausgabenrückgang bei dieser Hilfeart ist – wie oben bereits dargestellt – auf die Einführung des SGB II zum 1. Januar 2005 zurückzuführen. Rein rechnerisch wurden im gesamten Jahr 2007 je Einwohner rund 9 Euro für

die Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben, 2004 waren es noch 107 Euro.

Weitere Auskünfte erteilt
Andrea Wolff, Telefon 06 11/75 81 64,
E-Mail: sozialhilfe@destatis.de.

Ausgaben für Schutzmaßnahmen für Kinder 2007

Im Jahr 2007 hat die öffentliche Hand, insbesondere die Jugendämter, 96,7 Mill. Euro für vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aufgewendet. Damit stiegen die Ausgaben für vorläufige Schutzmaßnahmen, zu denen vor allem die Inobhutnahme bei Gefährdung des Kindeswohls gehört, bundesweit um 19 % gegenüber 2006 (81,1 Mill. Euro) an. 2004 beliefen sich die Ausgaben für Schutzmaßnahmen für Kinder auf 77,4 Mill. Euro; sie sind somit innerhalb der letzten drei Jahre um 25 % gestiegen.

Insgesamt gaben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2007 für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe 22,8 Mrd. Euro aus, 9 % mehr als im Vorjahr. Nach Abzug der Einnahmen, unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen, wurden netto rund 20,5 Mrd. Euro für Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet (+ 9,5 % gegenüber 2006).

Mit 11,9 Mrd. Euro wurde mehr als die Hälfte dieser Bruttoausgaben (52 %) für Kindertagesbetreuung geleistet. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 1,5 Mrd. Euro in diesem Bereich verblieben für die öffentliche Hand netto 10,4 Mrd. Euro an Ausgaben.

Für Hilfen zur Erziehung wendeten Bund, Länder und Gemeinden 2007 mit insgesamt 5,4 Mrd. Euro (+ 5 % gegenüber 2006) knapp ein Viertel der Bruttoausgaben (24 %) im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe auf. 3,5 Mrd. Euro (+ 3 % gegenüber 2006) dieser Ausgaben entfielen auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder in anderer betreuter Wohnform. Für sozialpädagogische Familienhilfe erhöhten sich die Ausgaben um 13 % auf 446 Mill. Euro.

Von Jugendämtern im März 2008 geförderte Kinder in Tagespflege

Im März 2008 haben in Deutschland die Eltern von rund 86 000 Kindern das Angebot der öffentlich geförderten Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch genommen. Die Zahl der betreuten Kinder stieg somit gegenüber dem Vorjahr um 13 000 bzw. 18 % an.

51 000 der rund 86 000 in Kindertagespflege betreuten Kinder (59 %) waren jünger als drei Jahre. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8 300 bzw. 20 % erhöht. In Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Kindertagespflege beinahe verdoppelt (+ 91 %), auch Niedersachsen (+ 72 %) und Rheinland-Pfalz (+ 65 %) verzeichnen hohe Zuwachsraten.

Betreut wurden die 86 000 Kinder im März 2008 von rund 36 400 Tagesmüttern oder Tagesvätern, 3 250 mehr als im Jahr zuvor (+ 10 %). Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) stieg die Zahl der Tagespflegepersonen um 11 % an. In vier Ländern (Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen) waren weniger Tagesmütter und Tagesväter aktiv als ein Jahr zuvor, obwohl die Zahl der Kinder in Tagespflege auch dort anstieg. In den neuen Ländern (ohne Berlin) betreuten 6 % mehr Tagesmütter oder Tagesväter Kinder in Kindertagespflege, wobei auch hier zwei Länder (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) einen Rückgang der Zahl der Tagespflegepersonen gegenüber dem Vorjahr aufweisen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Förderung von Kindern in Tagespflege stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 39 Mill. Euro auf nun 199 Mill. Euro; dies entspricht einem Anstieg von 24 %.

Die Statistik zählt nur die Tagespflegeverhältnisse, die mit öffentlichen Mitteln durch die Jugendämter gefördert werden. Darüber hinaus bestehende Tagespflegeverhältnisse auf rein privater Basis, bei denen kein Jugendamt in die Vermittlung oder Förderung eingeschaltet war, werden nicht erfasst.

Weitere Auskünfte zum Thema Jugendhilfe erteilt
Dorothee von Wahl, Telefon 06 11/75 81 67,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Steuereinnahmen aus Genussmitteln 2007

Im Jahr 2007 hat in Deutschland der Konsum von zu versteuernden Genussmitteln Bund und Ländern Steuereinnahmen von insgesamt 18,5 Mrd. Euro eingebracht. Dabei war die Tabaksteuer mit 14,3 Mrd. Euro mit Abstand am ertragreichsten. Mit den anderen Genussmittelsteuern nahmen Bund und Länder im Jahr 2007 zusammen 4,2 Mrd. Euro ein. Im Einzelnen wurden aus der Branntweinsteuer 2,0 Mrd. Euro, der Kaffeesteuer 1,1 Mrd. Euro, der Biersteuer 760 Mill. Euro und der Steuer auf Schaumwein bzw. Zwischenerzeugnisse wie zum Beispiel Sherry 400 Mill. Euro vereinnahmt. Lediglich 3 Mill. Euro erbrachte im gleichen Jahr dagegen die Alcopopsteuer, die Mischungen aus Softdrinks und Alkohol besteuert.

Das Biersteueraufkommen steht den Bundesländern zu, alle anderen Steuereinnahmen aus Genussmitteln fließen in die Bundeskasse.

Gestiegen ist das Steueraufkommen in den vergangenen zehn Jahren bei der Tabaksteuer (+ 28,8 %) und der Kaffeesteuer (+ 1,0 %). Die anderen Steuern auf Genussmittel erbrachten im Jahr 2007 zwischen 11,0 % (Biersteuer) und 29,2 % (Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer) weniger Steuereinnahmen als 1998.

Weitere Auskünfte erteilt
Klaus Jürgen Hammer, Telefon 06 11/75 23 80,
E-Mail: klaus-juergen.hammer@destatis.de

Pensionierungen von Lehrern wegen Dienstunfähigkeit gehen weiter zurück

Knapp 20000 verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer gingen im Jahr 2007 in den Ruhestand. Das waren rund 9 % mehr als im Vorjahr. Wie schon in den Jahren zuvor ging aber die Dienstunfähigkeit als Grund für die Pensionierung in ihrer Bedeutung weiter zurück und lag im Jahr 2007 bei einem Anteil von 23 % (2006: 24 %) an allen Pensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern. Dies ist der niedrigste Stand seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1993. Nach einer durchgängig hohen Relevanz der Dienstunfähigkeit in den 1990er-Jahren und einem Spitzenanteil von 64 % der Pensionierungen im Jahr 2000, setzte nach der Einführung von Versorgungsabschlägen bei vorzeitiger Pensionierung der nun fortdauernde Rückgang der Dienstunfähigkeit bei Lehrerinnen und Lehrern ein. Trotzdem war in den übrigen Tätigkeitsbereichen der Gebietskörperschaften, für die ebenfalls die Regelaltersgrenze von 65 Jahren gilt, der Anteil der Dienstunfähigkeit mit rund 17 % an allen Pensionierungen immer noch niedriger als bei den Lehrerinnen und Lehrern.

Gleichzeitig stieg unter den Lehrerinnen und Lehrern im Jahr 2007 der Anteil derjenigen, welche die Regelaltersgrenze erreichten und mit 65 Jahren in Pension gingen, auf knapp 37 %. Im Vorjahr waren es noch 35 % und im Jahr 2000 lediglich 6 % gewesen. Im Durchschnitt waren die Lehrerinnen und Lehrer beim Eintritt in den Ruhestand 62,5 Jahre alt (2006: 62,4 Jahre).

Umfangreiches Zahlenmaterial zu diesem Thema enthält die Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 6.1 „Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen, Suchwort „Versorgungsempfänger“) zum kostenlosen Download zur Verfügung steht.

Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche bei 113 Hektar je Tag

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland hat in den Jahren 2004 bis 2007 insgesamt um 1 648 km² zugenommen. Das entspricht rechnerisch einem täglichen Anstieg von 113 Hektar oder der Fläche von etwa 161 Fußballfeldern. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, die tägliche Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar je Tag zu reduzieren.

Betrachtet man die Ergebnisse der jährlichen Erhebungen der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den vergangenen Jahren, so fällt die Höhe des Anstiegs der Flächeninanspruchnahme unterschiedlich aus. Da auf ein einzelnes Jahr bezogene Aussagen häufig durch externe Effekte – in erster Linie Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster – beeinflusst sind, spiegeln vierjährige Durchschnittszahlen die langfristige Entwicklung besser wider. So hat sich der tägliche Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche, der

im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 noch 115 Hektar betrug, inzwischen etwas abgeschwächt.

Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke hat im Jahr 2007 um 351 km² oder 0,8 % gegenüber 2006 zugenommen. Der Zuwachs der Siedlungsfläche betrug dabei 264 km² oder 0,9 %, die Zunahme der Verkehrsfläche 88 km² oder 0,5 %. Gegenüber 1992, dem ersten Jahr, für das nach der deutschen Vereinigung gesamtdeutsche Zahlen vorliegen, hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 6 484 km² (+ 16,1 %) zugenommen. Davon entfielen 5 210 km² auf die Siedlungsfläche (+ 21,9 %) und 1 274 km² auf die Verkehrsfläche (+ 7,7 %).

Die gegenwärtige Struktur der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke zeigt folgendes Bild: 13,1 % der Bodenfläche Deutschlands (357 104 km²) werden für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen. Davon entfallen 8,1 % auf die Siedlungsfläche und 5,0 % auf die Verkehrsfläche.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt in den Stadtstaaten Berlin (69,8 %), Hamburg (59,5 %) und Bremen (57,0 %) am höchsten. In den anderen Bundesländern reicht die Spanne des Siedlungs- und Verkehrsflächenanteils von 7,6 % in Mecklenburg-Vorpommern bis 22,1 % in Nordrhein-Westfalen.

„Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungs- und Verkehrsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Detaillierte Ergebnisse zur Flächennutzung stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de, Pfad: Weitere Themen → Umwelt → Umweltökonomische Gesamtrechnungen → Publikationen → Flächennutzung), zur Verfügung.

Haushaltsabfälle 2007

Im Jahr 2007 wurden in Deutschland insgesamt 37,4 Mill. Tonnen (t) Abfälle bei den Haushalten eingesammelt. Das entspricht rein rechnerisch 454 Kilogramm (kg) je Einwohner. Damit ist das Abfallaufkommen je Einwohner gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Es setzt sich zusammen aus 200 kg Haus- und Sperrmüll, 146 kg Wertstoffen und 107 kg Bioabfällen je Einwohner. Die sonstigen Abfälle haben mit 2 kg je Einwohner nur einen unbedeutenden Anteil.

Etwa 20,8 Mill. t aller Abfälle wurden von den Haushalten im Jahr 2007 getrennt gesammelt (56 %). Davon waren 8,8 Mill. t organische Abfälle und 12,0 Mill. t getrennt erfasste Wertstoffe, insbesondere Papier, Glas und gemischte Verpackungen einschließlich Leichtverpackungen. Die Menge der gemischt erfassten Abfallfraktionen Haus- und Sperrmüll lag bei 16,4 Mill. t (44 %).

Bei den getrennt gesammelten Abfällen setzte sich der schon in den Vorjahren beobachtete Anstieg des Aufkommens an organischen Abfällen (Biotonne) fort. Gegenüber 2006 gab es eine Steigerung von 0,4 Mill. t. Die Menge der

getrennt gesammelten Wertstoffe blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Im Jahr 2007 hatte am Aufkommen dieser Wertstoffe von 12,0 Mill. t Altpapier (Zeitschriften, Zeitungen, Kartons und Ähnliches) mit 6,2 Mill. t den höchsten Anteil. An gemischten Verpackungen (Leichtverpackungen, Verbunde) wurden über die gelben Tonnen/Säcke oder auch über Wertstoffhöfe 2,5 Mill. t eingesammelt und an Glas 2,0 Mill. t.

Beim gemischt erfassten Haus- und Sperrmüll ist in den letzten vier Jahren eine rückläufige Tendenz zu beobachten. 2004 waren es noch gut 17,0 Mill. t, im Jahr 2006 16,7 Mill. t.

Die durchschnittliche Verwertungsquote aller Haushaltsabfälle lag im Jahr 2007 bei 59%. Die getrennt erfassten Bioabfälle und die getrennt gesammelten Wertstoffe wurden dabei nahezu vollständig verwertet. Haus- und Sperrmüll konnten hingegen nur zu insgesamt 9% verwertet werden. Dabei betrug die Verwertungsquote für Abfälle aus der Restmülltonne (Hausmüll) 5% und für Sperrmüll 36%.

Weitere Auskünfte erteilt
 Brigitte Apel, Telefon 02 28/99 64 38 22 8,
 E-Mail: umwelt@destatis.de.

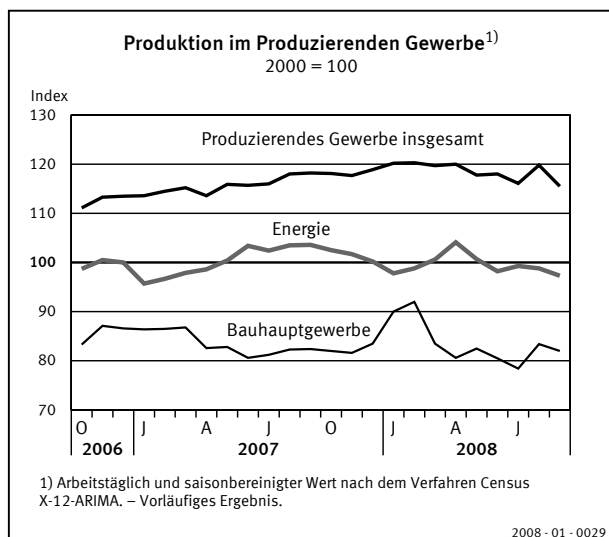
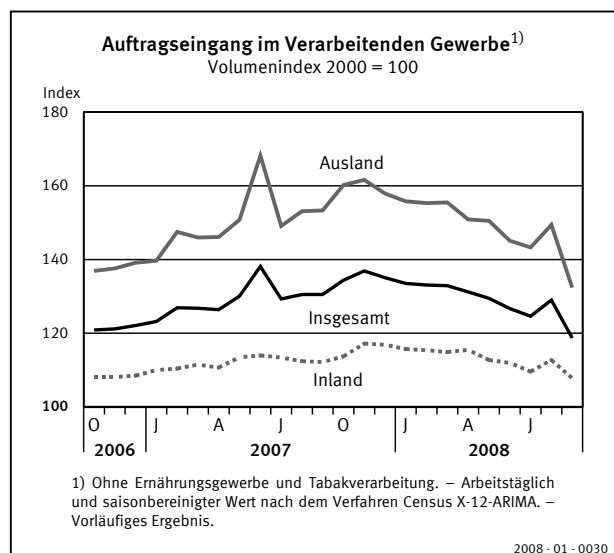
Weitere wichtige Monatszahlen

Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe ist im September 2008 vorläufigen Angaben zufolge preis-, kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) kräftig um 3,6% zurückgegangen. Sie war im Monat zuvor abwärts revidiert um 3,2% angestiegen. Der aktuelle Produktionsrückgang ging vor allem auf die schwache Entwicklung der Industrieproduktion zurück, die um 3,8% gesunken ist. Das Bauhauptgewerbe hatte – nach einem kräftigen Plus im Vormonat August 2008 von +6,4% – zuletzt einen Rück-

gang der Erzeugung um 1,7% zu verzeichnen. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen kam es vor allem bei den konjunkturell wichtigen Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten zu kräftigen Produktionseinbußen von –4,6 bzw. –3,5%. Die Hersteller von Konsumgütern schränkten ihren Ausstoß um 2,9% ein.

Die *Auftragseingänge* in der Industrie sind vorläufigen Angaben zufolge im September 2008 preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) um 8,0% zurückgegangen. Im Vormonat waren sie leicht abwärts revidiert um 3,5% angestiegen. Die Nachfrage aus dem Ausland gab mit einem Rückgang um –11,4% stärker nach als die Inlandsnachfrage, die um –4,3% sank. Alle industriellen Hauptgruppen verbuchten im September weniger Bestellungen als im Vormonat. Am stärksten war dieser Rückgang mit –11,0% bei den Investitionsgüterproduzenten, die im Vormonat allerdings auch durch Großaufträge begünstigt waren. Bei den Produzenten von Vorleistungen sank das Ordervolumen um 5,4% und bei den Konsumgüterproduzenten um 1,5%.

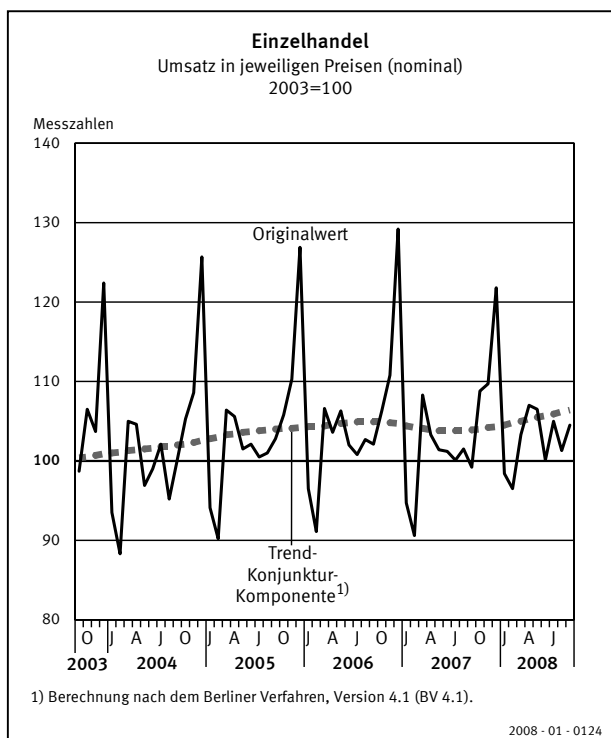


Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im *September* 2008 nominal 5,3% und real 2,4% mehr um als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Der September 2008 hatte mit 26 Verkaufstagen einen Verkaufstag mehr als der September 2007.

Im Vergleich zum August 2008 war der Umsatz des Einzelhandels im September 2008 unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 1,1% und real um 1,0% niedriger.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im September 2008 nominal 3,9% mehr und real 0,8% weniger um als im September 2007. Bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten wurde nominal 4,1% mehr und real 0,5% weniger umgesetzt, beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln lagen die



Umsätze nominal 0,9% höher und real 3,1% niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

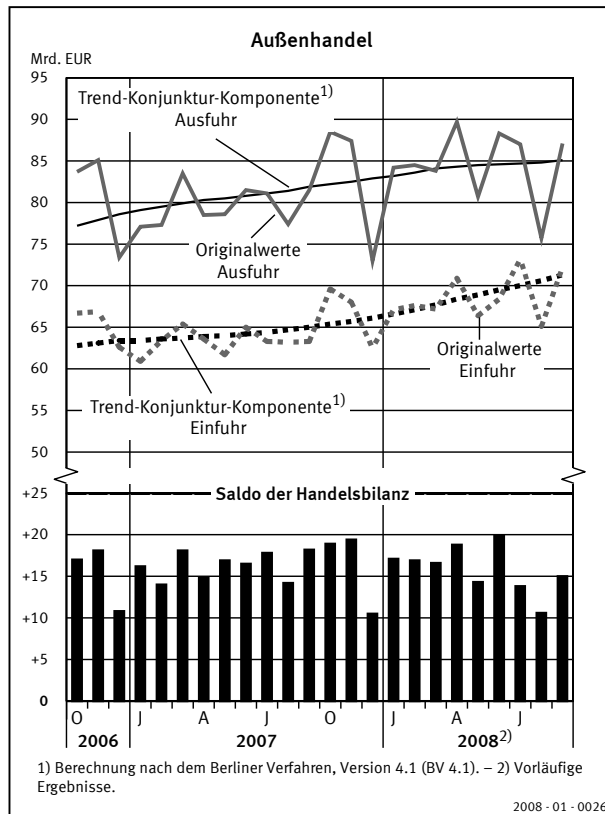
Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde nominal und real mehr umgesetzt als im September 2007 (nominal +6,4%, real +4,2%). Lediglich im sonstigen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art lagen die Umsätze unter denen des Vorjahresmonats (nominal -0,7% und real -1,6%).

In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 setzte der Einzelhandel nominal 2,5% mehr und real 0,3% weniger um als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Außenhandel

Im *September 2008* ist der Wert der Ausfuhren aus Deutschland im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 6,9% auf 87,1 Mrd. Euro gestiegen. Eine deutlichere Steigerung wiesen die Einfuhren nach Deutschland auf. Hier wurden Warenbewegungen im Wert von 72,2 Mrd. Euro getätigt, das entspricht einer Steigerung um 14,1% im Vergleich zum September 2007. Die Einfuhrpreise waren im September 2008 um 7,6% höher als im Vorjahresmonat, ein Anstieg, der sich im Vergleich mit den Veränderungsraten von jeweils +9,3% in den beiden Vormonaten schon beinahe wieder moderat ausnimmt. Besonders hoch waren im September 2008 die Steigerungen bei den Einfuhrpreisen für Energieträger (+35,9%), obwohl hier gegenüber August 2008 ein Rückgang um 4,4% zu verzeichnen war. Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse war im September 2008 um 4,7% höher als im September 2007. Eisenerze waren um 63,9% teurer als im Vorjahr, während die Importpreise für Getreide gegenüber September 2007 um 14,3% gefallen sind. Die Preise für Milch und Milcherzeugnisse gin-

gen um 5,7% zurück. Der Index der Ausführpreise dagegen stieg im September 2008 um 2,8% im Vergleich mit dem Vorjahresmonat. Allerdings lag er noch um 0,1% niedriger als im Vormonat.



Der Überschuss der Außenhandelsbilanz blieb im September 2008 mit 15,0 Mrd. Euro unter dem Wert des Vorjahresmonats (18,2 Mrd. Euro). Zusammen mit dem positiven Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+4,7 Mrd. Euro) sowie den negativen Werten der Dienstleistungsbilanz (1,5 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (2,7 Mrd. Euro) und der Bilanz der Ergänzungen zum Außenhandel (0,5 Mrd. Euro) ergab sich nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank im September 2008 ein Leistungsbilanzsaldo von +15,0 Mrd. Euro. Im entsprechenden Vorjahresmonat hatte der Leistungsbilanzüberschuss noch 17,0 Mrd. Euro betragen.

Gegenüber dem Vormonat lag der Wert der Waren, die aus Deutschland ausgeführt wurden, im September 2008 nominal um 15,2% über dem Vorjahreswert, der Wert der Einfuhren wurde um 10,9% gesteigert. Saisonbereinigt war die Entwicklung von August 2008 auf September 2008 mit +0,7% bei den Exporten und +0,9% bei den Importen weniger stark ausgeprägt. [uu](#)

Günter Moser, Angelika Solymosi

Die Strukturreformen im chinesischen Statistiksistem

Die Qualität der statistischen Daten über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China wird seit Jahren von den internationalen und chinesischen Datennutzern angezweifelt. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in der Struktur des chinesischen Statistiksystems. Es existieren zwei parallele Statistiksysteime, ein nationales und ein sektorales, die beide über ein großes Maß an Autonomie verfügen. Im Bereich des nationalen Statistiksystems besitzt das Nationale Statistikamt (National Bureau of Statistics of China – NBS) die Befugnis, Statistiken anzuordnen und zu erheben, die Ministerien und Behörden unterhalb der Ministerialebene haben diese Befugnisse innerhalb des sektoralen Statistiksystems.

Der Beitrag beschreibt und analysiert diese Strukturen, die daraus resultierenden Probleme und die bisherigen Reformmaßnahmen. Er verfolgt auch den Zweck, die statistischen Daten über die Volksrepublik China besser verstehen zu können und die Expertenbeiträge der deutschen Statistik-Kooperation mit der Volksrepublik China im strukturellen Kontext zu werten, denn die deutsche amtliche Statistik unterstützt seit 15 Jahren die chinesische amtliche Statistik bei der Reform des chinesischen Statistiksystems.

Das NBS war das erste nationale Statistikamt, mit dem – nach chinesischer Initiative – eine bilaterale Kooperationsvereinbarung abgeschlossen wurde. Inzwischen hat diese Vereinbarung vor dem Hintergrund des Gesetzes vom 8. Mai 2002 zu dem Abkommen vom 30. Juni 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf den

Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik¹⁾ erheblich an Bedeutung gewonnen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden nationalen Statistikbehörden ist ausdrücklich in Artikel 4 des Gesetzes geregelt. Somit basiert die Kooperation zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem NBS auf einer gesetzlichen Bestimmung.

Abschließend werden Lösungsansätze für weitergehende Reformen auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen bei der bilateralen Zusammenarbeit aufgezeigt.

Vorbemerkung

Die statistischen Daten der Volksrepublik China zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung sind seit den durch Deng Xiaoping eingeleiteten Reformen Ende der 1970er- und zu Beginn der 1980er-Jahre insbesondere für die internationalen Datennutzer in Politik und Wirtschaft von wachsender Bedeutung. Dieses Interesse verstärkte sich in den letzten Jahren durch die zunehmende Globalisierung, der sich auch die chinesische Wirtschaft öffnet.

Die internationalen und selbst die chinesischen Datennutzer bewerten die veröffentlichten statistischen Daten mit großen Vorbehalten in Bezug auf deren Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit. In den internationalen und auch den chinesischen Medien werden die Einflussnahme durch die Politik und die Regierung auf die publizierten statistischen Daten und die unzureichende Datenqualität immer wieder herausgestellt und entsprechend kommentiert²⁾.

1) BGBl. II 2002 S. 1022.

2) Beispielsweise durch Hu Shuli: „Nachdenken über das System anlässlich der Differenzen in den statistischen Daten“ in *Caijing Magazine* 2004, oder Hein, C.: „Die Qualität des chinesischen Wachstums“ in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2006.

Die Gründe für diese Einflussnahme auf die statistischen Daten sind hauptsächlich in der Struktur des chinesischen Statistiksystems zu suchen. In der chinesischen amtlichen Statistik existieren zwei parallele Statistiksysteme, ein nationales und ein sektorales, die beide über ein großes Maß an Autonomie verfügen.

Nachfolgend werden die beiden Systeme beschrieben und analysiert sowie bisherige und geplante Reformen erläutert.

1 Statistische Rechtsgrundlagen

Gesetzliche Grundlage für die statistischen Arbeiten aller Institutionen, die in der Volksrepublik China statistische Erhebungen durchführen, ist das Statistikgesetz von 1984.³⁾ Im Zuge der Wirtschaftsreformen und der daraus entstandenen neuen Informationsanforderungen wurde dieses Gesetz im Jahr 1996 novelliert. Das NBS hatte sich bei der Erstellung des Entwurfes für das überarbeitete Gesetz auch am Bundesstatistikgesetz der Bundesrepublik Deutschland orientiert.

Anders als in Deutschland gibt es in der chinesischen amtlichen Statistik keine speziellen Gesetze für die einzelnen statistischen Erhebungen. Ermächtigungsgrundlage für die Anordnung von statistischen Erhebungen ist grundsätzlich das chinesische Statistikgesetz. Nur bei größeren Erhebungen, wie dem Bevölkerungs- oder Wirtschaftszensus, bedarf es einer Rechtsverordnung des Staatsrats.

Die zunehmende wirtschaftliche Öffnung des chinesischen Marktes für ausländische Investoren und Unternehmen sowie die wachsende Globalisierung verlangten eine weitere Novellierung des chinesischen Statistikgesetzes. Ein erster überarbeiteter Gesetzentwurf, der nunmehr 52 Artikel statt bisher 34 Artikel umfasst und ebenfalls mit deutscher Unterstützung erstellt wurde, liegt zurzeit dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses zur Prüfung vor. Anschließend wird der Gesetzentwurf der Vollversammlung des Nationalen Volkskongresses, dem chinesischen Gesetzgebungsorgan, übermittelt, die über den endgültigen Gesetzentwurf abstimmt.

Die Bedeutung dieses Gesetzes für die Weiterentwicklung des chinesischen Statistiksystems kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wenn es gelingt, mit ihm die Stellung des NBS zu stärken, die statistische Geheimhaltung als Grundprinzip zu verankern und mehr Transparenz über die angewendeten Methoden und Produktionsverfahren aller Statistikbereiche herzustellen, ist ein entscheidender Schritt zu weiteren Reformen des Systems getan.

2 Das nationale Statistiksystem

Die Bezeichnung *nationales Statistiksystem* begründet sich dadurch, dass das NBS landesweite Statistiken initiieren, anordnen und erheben darf. Die Erhebungen haben

in der Regel umfassenden Charakter. Als Beispiel ist hier der im Jahr 2004 durchgeführte erste Wirtschaftszensus zu nennen. Im Rahmen dieser Totalerhebung wurden umfassende Daten über die Wirtschaftsunternehmen erfragt, wie zum Beispiel Branchenzugehörigkeit, Niederlassungen, Beschäftigte, Umsätze, Investitionen und Steuerabgaben.

Dem NBS fachlich unterstellt sind die statistischen Regionalämter auf Provinzebene, die auch regierungsunmittelbare Städte und autonome Gebiete umfasst, sowie die statistischen Ämter der Bezirke und Kreise einschließlich der jeweiligen bezirks- und kreisfreien Städte.

Administrativ sind die statistischen Regionalämter den Regionalregierungen der jeweiligen Ebene untergeordnet. Die administrativen Kompetenzen erstrecken sich u. a. auf die Einstellung des statistischen Personals und dessen Bezahlung sowie auf die Bereitstellung der Hälfte des Budgets für die Durchführung der nationalen statistischen Erhebungen.

Die statistischen Regionalämter stehen durch diese Einbindung in die Administration der Regionalregierungen in einem großen Interessenkonflikt. Zum einen müssen sie die vorgegebenen statistischen Methoden und Standards des NBS einhalten und umsetzen, zum anderen die Interessen der Regionalregierungen berücksichtigen.

Dem NBS fachlich *und* administrativ unterstellt sind die im November 2005 eingerichteten NBS-Zweigstellen auf Provinzebene und die NBS-Erhebungsabteilungen auf Präfektur- und Kreisebene, die die landesweiten Erhebungen auf regionaler Ebene durchführen. Die Gründe werden unten näher beschrieben. Somit existieren auf regionaler Ebene parallele statistische Strukturen.

Das NBS ist neben seiner originären Aufgabe als zentrale Erhebungs- und Überwachungsbehörde im Bereich des nationalen Statistiksystems auch im Gesamtsystem der chinesischen amtlichen Statistik gemäß dem chinesischen Statistikgesetz für die Festlegung und Überwachung der statistischen Methoden und für die Koordinierung und Genehmigung aller statistischen Erhebungen zuständig.

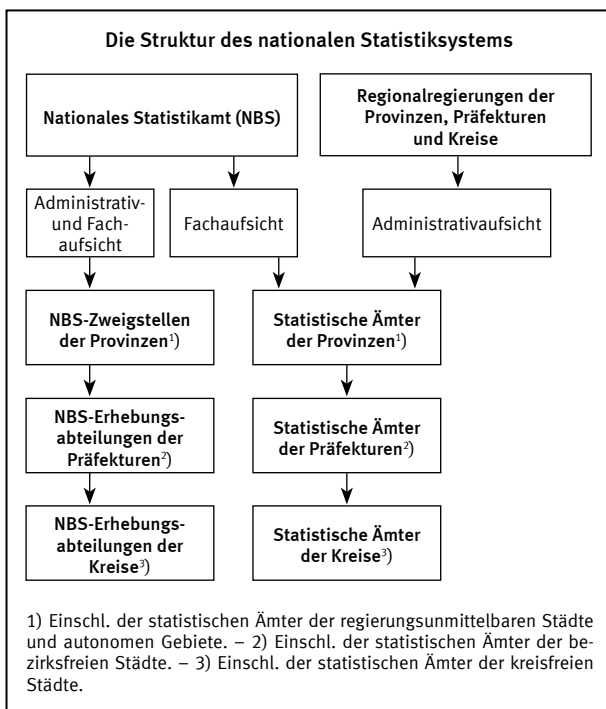
Dadurch sollen Doppelerhebungen, thematische Überlappungen und die Anwendung unterschiedlicher Methoden vermieden werden.

Bestehen zwischen dem NBS und der jeweiligen Erhebungsbehörde Meinungsunterschiede, so besitzt das NBS theoretisch nach dem Statistikgesetz das Recht, endgültige und verbindliche Entscheidungen zu treffen.

Wie im Weiteren darzulegen ist, gestaltet sich die Anwendung der gesetzlichen Vorschriften sehr schwierig.

³⁾ Nationales Statistikamt der Volksrepublik China. Online: <http://www.stats.gov.cn/english/lawsandregulations> (Stand: 30. Oktober 2008).

Schaubild 1



3 Das Nationale Statistikamt der Volksrepublik China

Geschichte

Nach der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 durch Mao Zedong wurde ein Statistisches Büro im Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Staatsverwaltungsrates eingerichtet. Dieses wurde 1950 mit der Durchführung des ersten Industriezensus beauftragt. Zwei Jahre später, am 7. August 1952, wurde das "State Statistical Bureau", das Staatliche Statistikamt, gegründet.

Dem Staatlichen Statistikamt nachgeordnet wurden statistische Ämter in den Provinzen („Flächenbundesländer“) und regierungsunmittelbaren Städten („Stadtstaaten“), den Großstädten und Präfekturen („Regierungsbezirke“), den Landkreisen und Bezirken, ferner wurden kleinere statistische Stellen in den Gemeinden eingerichtet.

Während der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 verlor das Staatliche Statistikamt seine Eigenständigkeit und wurde als Abteilung in die Staatliche Planungskommission eingegliedert. Erst im Jahr 1978 wurde es im Zuge der durch Deng Xiaoping eingeleiteten Wirtschaftsreformen wieder selbstständig. Im Rahmen der Regierungs- und Verwaltungsreformen von 1998 wurde das Staatliche Statistikamt in Nationales Statistikamt umbenannt.

Aufsichtsbehörde

Das Nationale Statistikamt ist eine staatliche Institution, die direkt dem Staatsrat, der chinesischen Regierung, unterstellt ist. Damit ist sie rangmäßig niedriger angesiedelt als

die Organe auf Ministerialebene (staatliche Kommissionen und Ministerien), ist aber keine nachgeordnete Behörde einer Staatlichen Kommission oder eines Ministeriums.

Amtsleitung

Der Leiter des Nationalen Statistikamtes – der Commissioner – wird vom chinesischen Ministerpräsidenten ernannt und kann jederzeit von diesem wieder abberufen werden. Er steht im Rang eines Stellvertretenden Ministers und ist unmittelbar dem ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten unterstellt. Neben seiner Funktion als Leiter des NBS ist der Commissioner wirtschaftspolitischer Berater des Staatsrats und hat damit weit über die reine Bereitstellung statistischer Informationen hinausgehenden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik des Landes. Der Amtsleiter ist fachlicher Vorgesetzter der statistischen Regionalamtsleiter, die auf seinen Vorschlag hin von den jeweiligen Regionalregierungen ernannt bzw. entlassen werden.

In jüngster Zeit gab es häufige Wechsel in der Amtsleitung des NBS aufgrund von Beförderungen in höhere staatliche Regierungsämter. Bei den letzten fünf Amtsleitern betrug die durchschnittliche Amtsperiode jeweils etwa zwei Jahre. Die Amtsleiter waren zuvor in Leitungsfunktionen zentraler staatlicher Behörden oder in der hohen Provinzadministration tätig.

Der derzeitige Amtsleiter, Herr Ma Jiantang, war zuvor stellvertretender Regierungschef der west-chinesischen Provinz Qinghai und wurde am 22. September 2008 zum Nachfolger von Herrn Xie Fuzhan ernannt, der das NBS 19 Monate leitete. Herr Xie Fuzhan ist nun Leiter des Staatlichen Forschungsamtes des Staatsrats und steht damit im Rang eines Ministers.

Unterstützt wird der Commissioner von fünf Stellvertretern – Deputy Commissioners – in hierarchischer Rangfolge.

Dem Commissioner und seinen Stellvertretern ist jeweils ein Sekretär zugeteilt, der für administrative Angelegenheiten zuständig ist. Darüber hinaus gibt es eine Leiterin für „Parteidisziplin und interne Ermittlungen“, die im Rang einer stellvertretenden Amtsleiterin steht.

Personal

Das NBS hat in der Zentrale in Beijing rund 1 000 Beschäftigte in 28 Abteilungen. Neben den klassischen Abteilungen für Verwaltungsaufgaben (Personal, Haushalt, Vertragsangelegenheiten) existieren u. a. die statistischen Abteilungen für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Industriestatistiken sowie für Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstatistiken.

Darüber hinaus unterstehen dem NBS rund 12 000 Beschäftigte, die in den Zweigstellen des NBS auf Ebene der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Gebiete (etwa 4 000) sowie in den NBS-Erhebungsabteilungen auf Präfektur- und Kreisebene nationale statistische Erhebungen durchführen.

Das Ruhestandsalter beträgt für männliche Bedienstete 60 Jahre, für weibliche 55 Jahre. Ausgenommen von letzterer Regelung sind Abteilungsleiterinnen. Für sie beträgt die Altersgrenze 60 Jahre. Der Amtsleiter kann jederzeit vom chinesischen Ministerpräsidenten abberufen werden, muss aber spätestens mit 65 Jahren in den Ruhestand gehen.

In jüngster Zeit arbeiten immer mehr ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Eintritt in den Ruhestand auf Vertragsbasis für das Nationale Statistikamt (u. a. für den Auskunftsdienst).

Organisatorischer Aufbau

Organisatorisch ist das Nationale Statistikamt in 17 administrative und elf nicht-administrative Abteilungen gegliedert, die dem Amtsleiter, den stellvertretenden Amtsleitern, dem Inspektor für Parteidisziplin und interne Ermittlungen, dem Chef-Statistiker, dem Chef-Ökonomen und dem Chef-Informationssprecher unterstellt sind.

Administrativ und fachlich unmittelbar geleitet werden die Abteilungen durch den jeweiligen Abteilungsleiter (Director-General). Unterstützt werden die Abteilungsleiter von ein bis drei Stellvertretern (Deputy Director-General), je nach Größe der Abteilung. Diese sind innerhalb der Abteilung für bestimmte Gruppen (Divisions) zuständig. Die stellvertretenden Abteilungsleiter verfügen jedoch über keinerlei Entscheidungskompetenzen. Diese sind ausschließlich dem Abteilungsleiter vorbehalten.

Nachfolgend gibt es die Ebene der Gruppen als kleinste organisatorische Einheiten, die von einem Gruppenleiter (Director) geleitet werden.

Bei den administrativen Abteilungen handelt es sich – neben den klassischen Abteilungen für Verwaltungsaufgaben (Personal, Haushalt, usw.) – im Wesentlichen um fachstatistische Abteilungen.

Besonders zu nennen sind hier die Abteilungen für Zusammenfassende Statistiken, deren Leiter auch der Pressesprecher des Nationalen Statistikamtes ist, und die Abteilung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, die u. a. für die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes zuständig ist.

Die nicht-administrativen Abteilungen sind hauptsächlich für die Informationsverbreitung und Analyse von statistischen Daten zuständig.

Aufgaben

Die Aufgaben des NBS sind im chinesischen Statistikgesetz geregelt. Diese sind im Wesentlichen:

- die Erarbeitung von statistischen Rechtsgrundlagen,
- die Koordinierung und Überwachung der statistischen Arbeiten aller Institutionen, die statistische Erhebungen durchführen, im Rahmen der vom NBS festgelegten Methoden und Verfahren,
- die Organisation der nationalen Großzählungen (Zensen),

- die konzeptionelle, methodische und organisatorische Vorbereitung von Stichprobenerhebungen,
- die Berechnung des nationalen Bruttoinlandsprodukts,
- die Beratung der Regierung in wirtschaftspolitischen Fragen.

Für das Jahr 2008 wurden folgende Aufgaben als prioritär festgelegt:

- die Vorbereitung des für 2009 geplanten zweiten nationalen Wirtschaftszensus,
- die Reformen der Organisation der amtlichen Statistik,
- die Übernahme oder Adaption der statistischen Methoden nach Empfehlungen der Vereinten Nationen,
- die Umsetzung des "System of National Accounts" der Vereinten Nationen,
- die Vorbereitung und Durchführung von statistischen Erhebungen in den Bereichen Dienstleistungen, Energie, Baugewerbe und Lebensbedingungen privater Haushalte,
- die Verbesserung der statistischen Informationsdienstleistungen,
- die Verbesserung der Koordinierung und methodischen Unterstützung der statistischen Arbeiten der Ministerien.

3.1 Erhebungsbereiche und Erhebungspraxis

Dem NBS obliegen die folgenden statistischen Erhebungsbereiche:

- Bevölkerungsstatistiken
- Erwerbstätigkeitsstatistiken
- Industriestatistiken
- Energiestatistiken
- Binnenhandelsstatistiken
- Dienstleistungsstatistiken
- Städtische Erhebungen
- Ländliche Erhebungen
- Bau- und Investitionsstatistiken
- Finanzstatistiken
- Sozialstatistiken
- Wissenschafts- und Technologiestatistiken.

Die statistischen Erhebungen können von den Leitern der jeweiligen statistischen Abteilung des NBS initiiert werden.

Nach Prüfung und Genehmigung der Erhebung durch die Abteilung für statistische Methoden und Planung und durch die Abteilung für Finanzen des NBS wird die Erhebung in einem vom NBS herausgegebenen Amtsblatt angeordnet. Das Amtsblatt beschreibt u. a. Zweck, Umfang, Merkmale, Auskunftspflicht und Methodik der Erhebung.

Kommt es zwischen der initiiierenden statistischen Abteilung und der Abteilung für statistische Methoden und Planung zu Unstimmigkeiten, entscheidet die Amtsleitung (Amtsleiter bzw. stellvertretender Amtsleiter) über die Notwendigkeit der Erhebung.

Die Durchführung der Erhebungen obliegt nach einer Strukturreform, die mit einer Verlagerung der statistischen Zuständigkeiten auf regionaler Ebene einherging, seit 2005 den NBS-Zweigstellen auf Provinzebene und den NBS-Erhebungsabteilungen der Präfekturen und Kreise. Dieser Reform war eine Entscheidung auf der 3. Plenarsitzung des 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2003 vorausgegangen, in der die Verbesserung des statistischen Systems und die Verbesserung des statistischen Überwachungssystems im Hinblick auf die Wirtschaftsleistung gefordert wurde.

Auf Provinzebene ordnet zunächst die NBS-Zweigstelle die Erhebung an und delegiert die Anordnung auf die untergeordneten NBS-Erhebungsabteilungen der Präfekturen und Kreise. Die Daten der NBS-Erhebungsabteilungen der Kreise werden über die NBS-Erhebungsabteilungen der Präfekturen an die NBS-Zweigstellen der Provinzen übermittelt. Abschließend übermitteln die NBS-Zweigstellen der Provinzen die aggregierten Provinzdaten an die Zentrale des NBS, das ein nationales Ergebnis erstellt.

Die statistischen Ämter der Provinzen sind somit nicht mehr für die nationalen statistischen Erhebungen auf regionaler Ebene zuständig, sondern erstellen und veröffentlichen auf Basis der von den NBS-Zweigstellen erhobenen Daten monatliche, vierteljährliche und jährliche statistische Berichte zum Beispiel über die regionale industrielle Wertschöpfung, die Investitionen oder über den Transport- und Telekommunikationssektor. Statistische Daten erheben sie nur noch auf Weisung der Provinzregierungen.

3.2 Die statistische Methoden- und Aufsichtskompetenz

Zahlreiche Ministerien und Behörden unterhalb der Ministerialebene erheben zu eigenen Zwecken Statistiken entweder auf der Grundlage ihres Verwaltungshandelns oder als Primärerhebungen. Diese Erhebungen im Bereich des *sektoralen Statistiksystems*⁴⁾ bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Abteilung für statistische Methoden und Planungen des NBS, um zum Beispiel Doppelerhebungen oder falsche Methodenanwendung zu vermeiden. In der Praxis ist die Genehmigung der Erhebung nur ein formaler Akt ohne Vetorecht des NBS. Das NBS vergibt eine Identifikationsnummer, die auf dem Fragebogen vermerkt sein

muss, wenn Erhebungen von Ministerien oder Behörden unterhalb der Ministerialebene angemeldet werden. Erhebungen, die ohne eine entsprechende Identifikationsnummer durchgeführt werden, sind illegal. Kontrollen oder gar die Ahndung von festgestellten Verstößen finden aber praktisch nicht statt.

Falls verschiedene Behörden dieselbe Erhebung durchführen wollen, entscheidet die Amtsleitung des NBS über die Zuständigkeit. Gemäß dem chinesischen Statistikgesetz hat das NBS im Bereich des sektoralen Statistiksystems zwar die Methoden- und Aufsichtskompetenz bei statistischen Erhebungen, diese kann in der Praxis aber nur eingeschränkt durchgesetzt werden.

Ein Beispiel dafür ist die Außenhandelsstatistik. Die Zuständigkeit für die Außenhandelsstatistik obliegt dem Ministerium für Handel. Datenlieferant ist das Staatliche Hauptzollamt. Für die Methodik der Außenhandelsstatistik ist gemäß dem chinesischen Statistikgesetz ausschließlich das NBS zuständig. In der Praxis ist das NBS aber weder bei den methodischen Vorarbeiten noch bei der methodischen Umsetzung eingebunden. Das NBS wird lediglich von der Erhebung in Kenntnis gesetzt und erhält die erhobenen Daten für Veröffentlichungszwecke und zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts. Es kann somit nicht sicherstellen, dass in der chinesischen Außenhandelsstatistik die Vorgaben des Harmonisierten Systems für die Bezeichnung und Codierung der Waren (HS) der Vereinten Nationen angewendet werden.

Ein weiteres Beispiel sind die Gesundheits- und Bildungsstatistiken. Auch hier erhält das NBS von den zuständigen Ministerien nur Informationen über die Erhebungen und die erhobenen Daten als Summentabellen. Eine Überwachung der Methodik findet nicht statt. Die Daten werden vom NBS zusammengestellt und veröffentlicht.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Durchsetzung der Methodenkompetenz des NBS gegenüber den übrigen Datenproduzenten war demgegenüber die Diskussion zur Einführung eines von der Zentralregierung und insbesondere von der Staatlichen Umweltbehörde mit Nachdruck geforderten Green-GDP („Grünes Bruttoinlandsprodukt“).

Das Green-GDP soll das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt abzüglich der durch das Wirtschaftswachstum entstandenen Umweltschäden ermitteln. Diese Methode ist aber international umstritten und findet praktisch kaum Anwendung, da die entstandenen Umweltschäden monetär nur ungenau zu quantifizieren sind, also größtenteils geschätzt werden müssten.

Obwohl das NBS aufgrund von Gesprächen mit international renommierten Experten in diesem Bereich frühzeitig Vorbehalte für die Berechnung eines Green-GDP anmeldete, bestanden die Zentralregierung und insbesondere die Staatliche Umweltbehörde auf einem solchen Vorhaben. Eine intensive Einbindung des NBS als Datenlieferant und Instanz methodischer Expertise war aber unumgäng-

⁴⁾ Das sektorale Statistiksistem wird in Kapitel 4 näher beschrieben.

lich. Das NBS, das in den internationalen Expertengremien der Umweltstatistik und der Umweltgesamtrechnung vertreten ist, sprach sich vehement gegen die Einführung eines Green-GDP aus.

Im Ergebnis hat sich das NBS durchgesetzt, und die Berechnung eines Green-GDP wurde von der Zentralregierung aufgegeben.

3.3 Reformen

Kritik der Zentralregierung an den statistischen Daten

Die bis zur Einrichtung der NBS-Zweigstellen auf Provinzebene im November 2005 bestehende Doppelstruktur in fachlicher und administrativer Aufsicht über das Statistikwesen trug wesentlich dazu bei, dass die Regionalregierungen im eigenen Interesse handelten und teilweise in erheblichem Maße Druck auf die Leiter der statistischen Regionalämter ausübten, regionale Wirtschaftswachstumsraten zu errechnen, die den Wünschen der Regionalregierungen entsprachen.

Die jährlichen Wachstumsraten des regionalen Bruttoinlandsprodukt sind für die Regionalregierungen von herausragender politischer Bedeutung, da sie ein Gradmesser für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Entwicklung der Regionen sind und auch die politische Zukunft der Entscheidungsträger in den Regionalregierungen beeinflussen.

Der Zentralregierung ist das Problem der Einflussnahme auf die statistischen Daten und insbesondere auf die regionalen Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt durch die regionalen Partei- und Regierungsfunktionäre bekannt und sie hat dies auch mehrfach öffentlich kritisiert.

Nachfolgend einige Beispiele von offiziellen chinesischen Regierungsstellen:

Während eines internationalen statistischen Symposiums am 11. Mai 2004 in Beijing räumte der damalige stellvertretende chinesische Finanzminister Lou Jiwei in seiner Rede ein: „(...) Ich kann nicht sagen, dass die Daten des Bruttoinlandsprodukts Fälschungen sind, aber Tatsache ist, dass die Summe der lokalen Daten des Bruttoinlandsprodukts nicht den Daten auf Provinzebene entspricht und die Summe der Daten der Provinzen nicht den Daten auf nationaler Ebene (...)“⁵⁾.

Im Jahr 2002 waren in der Stadt Jiang, in der südwestlichen Provinz Sichuan, zwölf Funktionäre wegen Zahlenmanipulationen verurteilt worden. Bei einer offiziellen Untersuchung stellte sich heraus, dass nur fünf von insgesamt 57 Städten der Provinz verlässliche Statistiken geliefert hatten. Der damalige Leiter des NBS, Li Deshui: „(...) Jeder Funktionär, der falsche Zahlen nach oben reicht, hat damit zu rechnen, seinen Job zu verlieren (...)“⁶⁾.

Auch das chinesische Außenministerium hat diese Unregelmäßigkeiten auf regionaler Ebene öffentlich verurteilt⁷⁾, weil sie das internationale Ansehen der chinesischen Statistik beschädigen.

Einrichtung von regionalen NBS-Zweigstellen und -Erhebungsabteilungen

Durch die nationale und internationale kritische Beurteilung der statistischen Daten war die chinesische Regierung genötigt, nicht nur die Qualität der Daten öffentlich infrage zu stellen, sondern auch grundlegende Reformen einzuleiten. Das NBS wurde deshalb angewiesen, die Qualität der in den statistischen Regionalämtern erhobenen Daten und die angewendeten Methoden zu überprüfen. Im Rahmen seiner Fachaufsicht gegenüber den Regionalämtern hatte das NBS bei Kontrollen festgestellt, dass es insbesondere auf Provinz- und Kreisebene zu Unregelmäßigkeiten bei den statistischen Erhebungen und errechneten Ergebnissen kommt.

Zunächst wurden im Dezember 2004 interne Kontrollgruppen des NBS auf regionaler Ebene eingerichtet, um die Datenqualität und die angewendeten Methoden zu untersuchen.

Die Untersuchungsergebnisse haben bestätigt, dass die Datenqualität unzureichend ist und die vom NBS vorgegebenen Methoden nur teilweise oder gar nicht umgesetzt werden. Gründe hierfür sind neben der zuvor dargestellten Einflussnahme durch die Regionalregierungen auf die statistischen Daten die mangelnden fachlichen Qualifikationen der Regionalstatistiker und die weitgehende Unkenntnis der vom NBS vorgegebenen Methoden und Standards.

Die Anwendung oder zumindest die Adaption der international anerkannten Methoden und Standards ist jedoch ein wichtiger Indikator für die Qualität der erhobenen statistischen Daten.

Nach einer eingehenden Evaluierung der Untersuchungsergebnisse unterbreitete das NBS dem Staatsrat Vorschläge zur Neuordnung der statistischen Erhebungsstruktur auf regionaler Ebene. Der Staatsrat genehmigte die Vorschläge im März 2005 und wies das NBS an, diese zu implementieren. Im November 2005 richtete das NBS Zweigstellen auf Ebene der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Gebiete ein.

Die bisher auf dieser regionalen Ebene dem NBS direkt unterstellten 90 Erhebungsabteilungen für städtische und ländliche Erhebungen sowie für Erhebungen im Dienstleistungsbereich wurden aufgelöst. Es ist davon auszugehen, dass das Personal der Erhebungsabteilungen in die NBS-Zweigstellen überführt wurde.

Die den Provinzregierungen administrativ unterstehenden statistischen Provinzämter bestehen aber weiterhin.

5) Nationales Statistikamt der Volksrepublik China. Online: http://www.stats.gov.cn/english/specialtopics/intsymposium/t20041026_402203022.htm (Stand: 31. Oktober 2008).

6) „Chinas Wirtschaft – wie viel Wahrheit, wie viel Dichtung?“ in VDI-Nachrichten, Nr. 15 vom 15. April 2005, S. 6.

7) Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China. Online: <http://www.fmprc.gov.cn/ce/cede/det/jjj/t269050.htm> (Stand: 31. Oktober 2008).

Die Arbeitsteilung zwischen den NBS-Zweigstellen und den statistischen Provinzämtern sieht vor, dass die NBS-Zweigstellen die nationalen Erhebungen auf Provinzebene durchführen, während die statistischen Provinzämter die statistischen Daten für die regelmäßigen regionalen monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen statistischen Berichte zusammenstellen und veröffentlichen. Darüber hinaus führen sie spezielle statistische Arbeiten auf Weisung der Provinzregierungen durch.

Nach Gründung der NBS-Zweigstellen auf Provinzebene sind schrittweise auch auf Präfektur- und Kreisebene NBS-Erhebungsabteilungen installiert worden, die die nationalen statistischen Erhebungen auf diesen regionalen Ebenen durchführen.

Die Ausübung der Dienst- und Fachaufsicht obliegt den jeweils übergeordneten NBS-Stellen.

Durch diese Maßnahmen vollzog sich im nationalen Statistiksistem der Volksrepublik China ein Paradigmenwechsel in der statistischen Erhebungspraxis, der zu einem erheblichen Kompetenzverlust der statistischen Regionalämter führte. Faktisch sind diese bei den nationalen Erhebungen nicht mehr eingebunden. Ihre Aufgaben haben nunmehr die NBS-Zweigstellen der Provinzen und die NBS-Erhebungsabteilungen der Präfekturen und Kreise übernommen. Die statistischen Regionalämter sind schwerpunktmäßig nur noch für die Zusammenstellung und Veröffentlichung der regionalen Daten im Rahmen der nationalen Erhebungen und für Erhebungen auf Anordnung der Regionalregierungen zuständig.

Dieser Wandlungsprozess ist auch bei anderen nationalen Institutionen, wie der chinesischen Zentralbank, festzustellen.

Berechnung eines zentral ermittelten Bruttoinlandsprodukts

Aufgrund der erwähnten Einflussnahme der Regionalregierungen auf die Wachstumsraten des regionalen Bruttoinlandsprodukts hat sich das NBS entschlossen, die regionalen Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt zwar zu veröffentlichen, eine Aggregation auf nationaler Ebene findet jedoch nicht mehr statt. Diese Methode ("Bottom-up") ist international umstritten und entspricht auch nicht den Vorgaben des "System of National Accounts" (SNA) der Vereinten Nationen, da sie zu stark überhöhten nationalen Ergebnissen führen kann. International wird überwiegend die sogenannte "Top-down"-Methode angewendet, bei der zunächst ein nationales Ergebnis auf der Grundlage von nationalen Daten errechnet wird. Anschließend wird das nationale Ergebnis nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel (u. a. Bevölkerungszahl, Unternehmensstruktur, Erwerbstätige, Einkommensverteilung) auf die einzelnen regionalen Gebiete verteilt. Im Ergebnis stehen die regionalen Wachstumsraten.

Das NBS berechnet ebenfalls ein nationales Bruttoinlandsprodukt auf Grundlage der Daten, die es von den regionalen Erhebungseinheiten des NBS erhält. Hinzu kommen noch einige Schätzgrößen, die auch international Anwendung finden. Dieses Ergebnis wird nicht auf die einzelnen Regionen heruntergerechnet, sondern bleibt als nationaler Wert stehen. Die regionalen Daten für das Bruttoinlandsprodukt werden – ebenfalls durch das NBS – mit dem Hinweis veröffentlicht, dass die Summe der regionalen Daten aufgrund der dezentralen Berechnungsmethode durch die statistischen Provinzämter (Summierung der regionalen Ergebnisse auf Provinzebene) nicht dem nationalen Ergebnis entspricht. Würde man die nationale Wachstumsrate auf Grundlage der regionalen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts berechnen, läge zum Beispiel das Wirtschaftswachstum im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2005 bei 16,8% statt der vom NBS zentral errechneten 11,4%⁸⁾.

Implementierung des "System of National Accounts"

Die Berechnung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfolgt weltweit nach den Vorgaben des "System of National Accounts" (SNA) der Vereinten Nationen. Hier werden u. a. die Methoden und die zu verwendenden Wirtschaftserhebungen, anderen Datenquellen und Schätzgrößen beschrieben.

Die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts ist Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; es wird sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her berechnet. Zwischen den resultierenden Rechenergebnissen findet anschließend eine Abstimmung statt, die zum Veröffentlichungsergebnis führt.

Im Zuge der Kooperation mit anderen nationalen Statistikbehörden und internationalen Organisationen versucht das NBS, die Methodenvorgaben des SNA 1993 schrittweise umzusetzen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das SNA ständig weiterentwickelt wird, um die zunehmende Globalisierung der Weltwirtschaft und die damit verbundenen Finanz- und Warenströme besser abbilden zu können. Dies erfordert, dass die chinesische amtliche Statistik – wie die amtliche Statistik aller Schwellenländer – das Tempo der methodischen Anpassung beschleunigen muss. Damit verbunden sind weitere notwendige Strukturreformen, die sich mittelfristig auch auf die sektoralen Statistiken erstrecken müssen, da sonst die Weiterentwicklung des SNA nicht vollständig nachvollzogen werden kann.

Beitritt zum "General Data Dissemination System"

Die Methoden- und Überwachungskompetenzen des NBS sind von der chinesischen Regierung beträchtlich aufgewertet worden, indem sie das NBS als nationalen Ansprechpartner für das General Data Dissemination System⁹⁾ des Internationalen Währungsfonds benannt hat.

Mit dem Beitritt zum General Data Dissemination System hat sich die Volksrepublik China verpflichtet, die angewandten

8) Nationales Statistikamt der Volksrepublik China. Online: <http://www.stats.gov.cn/english/newsandcomingevents/index.htm> (Stand: 31. Oktober 2008).

9) Internationaler Währungsfond. Online: <http://dsbb.imf.org/Applications/web/dsbbhome> (Stand: 31. Oktober 2008).

Methoden und die Veröffentlichungspraxis für seine wichtigsten Wirtschafts-, Sozial- und Bevölkerungsstatistiken sowie die Entwicklungsprioritäten der chinesischen amtlichen Statistik auf den Internetseiten des Internationalen Währungsfonds transparent zu machen. Damit verbunden sind auf chinesischer Seite umfassende Know-how-Transfers im Bereich entsprechender statistischer Konzepte und Methoden.

Des Weiteren kommt der Rolle der Statistik als Messinstrument bei der Zielerreichung der Millennium Development Goals¹⁰⁾ der Vereinten Nationen ebenfalls eine wichtige Bedeutung zu. Die Millennium Development Goals sind in der chinesischen Version der "Xiao Kang Society"¹¹⁾ beschrieben. Es handelt sich um ein chinesisches Entwicklungsprogramm zur Armutsminderung und zur Errichtung einer modernen Gesellschaft „mit bescheidenem Wohlstand“ unter der Leitung der Nationalen Reform- und Entwicklungskommission.

Mit Verabschiedung der Millennium Development Goals durch 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, darunter auch die Volksrepublik China, im September 2000 erhielt die „Xiao Kang Initiative“ einen wichtigen internationalen Impuls.

Für die statistischen Informationsgrundlagen des chinesischen Entwicklungsprogramms ist ausschließlich das NBS zuständig.

4 Das sektorale Statistiksysteem

Innerhalb ihres fachlichen Zuständigkeitsbereiches dürfen die Ministerien und Behörden unterhalb der Ministerialebene selbst Statistiken anordnen und erheben. Da es sich um spezielle statistische Bereiche handelt, spricht man von *sektoralen Statistiken*.

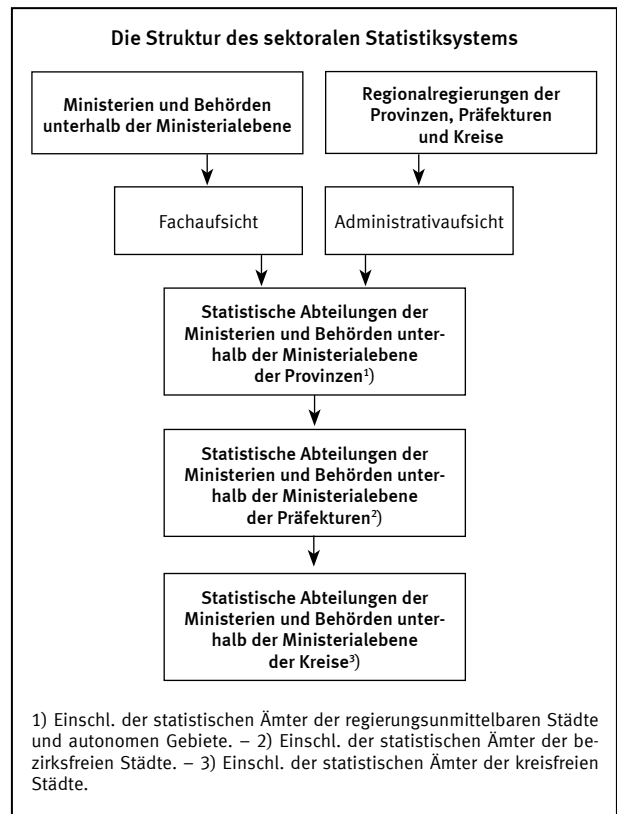
Den Statistikabteilungen der Ministerien und Behörden unterhalb der Ministerialebene sind deren Statistikabteilungen auf Provinz-, Präfektur- und Kreisebene fachlich unterstellt. Die fachliche Aufsicht obliegt den regional übergeordneten Statistikabteilungen, die Administrativaufsicht den entsprechenden Regionalregierungen.

4.1 Erhebungsbereiche und Erhebungspraxis

Die statistischen Institutionen im Bereich des sektoralen Statistiksystems sind für die Anordnung und Durchführung nachstehender Statistiken zuständig (Beispiele):

- Binnenhandelsstatistiken (Ministerium für Handel),
- Gesundheitsstatistiken (Ministerium für das Gesundheitswesen),
- Bildungsstatistiken (Ministerium für das Bildungswesen),

Schaubild 2



- Kulturstatistiken (Kulturministerium),
- Landwirtschaftsstatistiken (Ministerium für Landwirtschaft),
- Außenhandelsstatistiken (Ministerium für Handel/Hauptzollamt),
- Zahlungsbilanzen (Chinesische Zentralbank).

Das NBS ist somit nicht für alle Statistiken zuständig. In Deutschland sind nur in wenigen Ausnahmefällen auch andere Stellen mit der Durchführung von Bundesstatistiken beauftragt. So werden zum Beispiel die Geld-, Währungs- und Zahlungsbilanzstatistiken von der Deutschen Bundesbank, einige Arbeitsmarktstatistiken von der Bundesagentur für Arbeit, die Energieverbrauchsstatistiken vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie oder die Kraftfahrzeugbestandsstatistik vom Kraftfahrt-Bundesamt bereitgestellt. Die überwiegende Mehrheit der Bundesstatistiken (320) wird vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt.

Im Bereich des sektoralen Statistiksystems der Volksrepublik China ordnen die statistischen Abteilungen der Ministerien oder Behörden unterhalb der Ministerialebene die statistischen Erhebungen an. Die statistischen Abteilungen auf Provinz-, Präfektur- und Kreisebene der entsprechenden Institutionen führen die statistischen Erhebungen durch.

10) Vereinte Nationen. Online: <http://www.undp.org/mdg> (Stand: 31. Oktober 2008).

11) Vereinte Nationen. Online: <http://www.undp.org.cn> (Stand: 31. Oktober 2008).

Die Datenübermittlung erfolgt entsprechend der regionalen Ebene von der Kreis- über die Präfektur- und Provinzebene an die Zentrale.

Das sektorale Statistiksysteem ist ein weitgehend autonomes Statistiksysteem, das wichtige statistische Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft erfasst und abbildet. Das NBS kann durch seine schwächere Stellung in der staatlichen Hierarchie seine statistische Methodenkompetenz nur eingeschränkt durchsetzen. Im chinesischen Kontext ist die hierarchische Stellung einer Behörde von großer Bedeutung.

4.2 Reformen

Über Reformmaßnahmen im Bereich des sektoralen Statistiksystems liegen nur wenige Informationen vor. Eine der Hauptaufgaben des NBS für das Jahr 2008 ist die Verbesserung der Koordinierung und methodischen Unterstützung der statistischen Arbeiten der Ministerien. Dadurch könnte das NBS erreichen, dass die aktuellen internationalen statistischen Standards auch bei diesen Institutionen Anwendung finden. Ob tatsächlich eine Implementierung stattfindet, wird sich wahrscheinlich nach bisheriger Praxis weitgehend der Kenntnis des NBS entziehen. Hier sind die anderen Statistikproduzenten gefordert, den Empfehlungen des NBS bei der Durchführung der statistischen Arbeiten auch nachzukommen.

Als weitere indirekte Reformmaßnahme kann die Veröffentlichungspolitik des NBS betrachtet werden. Die Ministerien und Behörden unterhalb der Ministerialebene liefern nach wie vor ihre statistischen Daten überwiegend an Regierungsstellen. Allerdings erhält und veröffentlicht das NBS zum Teil auch Statistiken dieser Datenproduzenten, sodass diese Statistiken durch das NBS den Datennutzern zugänglich sind. Diese Veröffentlichungsstrategie könnte mittelfristig auch positive Auswirkungen auf die Datenqualität der anderen Statistikproduzenten haben.

5 Internationale Kooperation

Von Bedeutung für die Reform des chinesischen Statistiksystems ist auch die Mitwirkung des NBS in allen wichtigen internationalen statistischen Gremien, wie den Vereinten Nationen, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Internationalen Währungsfonds, die für die Weiterentwicklung der weltweiten statistischen Standards und Methoden zuständig sind. Andere chinesische Datenproduzenten sind in diesen Gremien nicht vertreten. Das NBS nimmt somit international eine wichtige Stellung ein.

Mit der Weltbank hat das NBS im Oktober 2005 einen Masterplan zur Reform des chinesischen Statistiksystems entwickelt, der mit internationaler Unterstützung bis 2015 umgesetzt werden soll. Er umfasst u. a. Reformmaßnahmen in den Bereichen Organisationsstruktur des NBS, statistische Rechtsvorschriften, Einsatz von modernen Informationstechnologien bei der Datenerhebung und Datenverbreitung

sowie die Implementierung internationaler statistischer Standards und Methoden im Zuständigkeitsbereich des NBS.

5.1 Die deutsch-chinesische Kooperation

Auch die Zusammenarbeit mit Ländern, die bereits über ein gut ausgebautes Statistiksysteem verfügen, kann zur Verbesserung der Struktur des statistischen Systems und der Qualität der statistischen Daten in der Volksrepublik China beitragen.

Die deutsche amtliche Statistik engagiert sich auf Grundlage einer bilateralen Kooperationsvereinbarung, die am 4. November 1993 von den damaligen Amtsleitern beider Länder unterzeichnet wurde, im Rahmen von gemeinsamen Kooperationsprojekten mit dem NBS bei der Reform des chinesischen Statistiksystems.

Die Zusammenarbeit umfasst den Austausch von statistischen Veröffentlichungen, die gegenseitige Entsendung von Experten zum wissenschaftlichen Austausch, die Beratung der chinesischen Seite in Fach- und Grundsatzfragen und die Betreuung von Delegationen und Studiengruppen.

Des Weiteren ist die Zusammenarbeit zwischen beiden nationalen Statistikbehörden in Artikel 4 des deutsch-chinesischen Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik geregelt.¹²⁾

Die Projektthemen werden von chinesischer Seite vorgeschlagen und nach Abstimmung mit den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes durchgeführt.

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt bei der Vermittlung der statistischen Methoden und Standards nach Vorgaben der Vereinten Nationen in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialstatistiken.

Weitere Felder der Zusammenarbeit sind die statistische Gesetzgebung und die nutzerorientierte Informationsverbreitung mithilfe moderner Informationstechnologien.

Aktivitäten und Teilnehmer

Seit Beginn der Zusammenarbeit im Jahr 1995 fanden bisher 70 Studienaufenthalte und 14 Fortbildungsseminare in Deutschland und in der Volksrepublik China sowie 50 Beratungseinsätze deutscher Experten in China statt. An den Studienaufenthalten und Fortbildungsseminaren in Deutschland nahmen rund 800 chinesische Statistiker und Statistikerinnen aus dem Nationalen Statistikamt und den statistischen Regionalämtern sowie weiteren Behörden teil, an den Beratungseinsätzen in China waren 80 Fachleute aus dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern beteiligt.

Auf Bundes- und Landesamtsleiter Ebene bzw. auf National- und Regionalamtsleiter Ebene fanden elf Besuche statt, davon sieben in Deutschland und vier in China.

¹²⁾ Siehe Fußnote 1, hier: S. 1024.

Darüber hinaus wurden methodische Dokumente und Artikel ins Chinesische übersetzt sowie drei Fachpublikationen gedruckt.

Laufende Projekte

Seit 2006 werden zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem NBS gemeinsame Projekte in den Bereichen „Statistische Gesetzgebung“, „Preisindizes“ und „Bildungs- und Gesundheitsstatistiken“ durchgeführt. Des Weiteren untersucht die von den zuständigen deutschen und chinesischen Ministern für Wirtschaft bzw. Handel eingerichtete Arbeitsgruppe „Handelsstatistik“ die Asymmetrien in den beiderseitigen Außenhandelsstatistiken.

Diese Projekte sollen voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2009 abgeschlossen werden.

Statistische Gesetzgebung

Ziel des Projektes war es, mit deutscher Unterstützung das chinesische Statistikgesetz von 1995 zu novellieren, um den Anforderungen an ein modernes Statistiksysteem gerecht zu werden.

Während der Projektlaufzeit fanden drei Studienaufenthalte chinesischer Rechtsexperten in Deutschland und drei Beratungseinsätze deutscher Fachleute in China statt.

Schwerpunkte der Konsultationen waren u. a. das Gesetzgebungsverfahren in Deutschland, die Grundprinzipien der amtlichen Statistik sowie die Regelungen des Bundesstatistikgesetzes, insbesondere die Bestimmungen über die statistische Geheimhaltung, die Auskunftspflicht und die Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Darüber hinaus wurden den chinesischen Kolleginnen und Kollegen der Inhalt und die Anwendung weiterer statistischer Rechtsvorschriften vorgestellt. Die Experten des Statistischen Bundesamtes referierten dabei u. a. über das Mikrozensusgesetz, das Unternehmensregister sowie das Verwaltungsdatenverwendungsgesetz. Als weitere Themen wurden das Europäische Statistische System und die Verordnung über die Gemeinschaftsstatistik behandelt.

Kollegen des Hessischen Statistischen Landesamtes erläuterten den chinesischen Experten die Durchführung eines Statistikgesetzes auf Landesebene am Beispiel des Mikrozensus.

Der hohe Stellenwert, den die statistische Geheimhaltung in Deutschland genießt, hat die chinesische Seite letztlich dazu veranlasst, eine entsprechende Regelung in den Entwurf des neuen chinesischen Statistikgesetzes aufzunehmen. Der Gesetzentwurf liegt zurzeit dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses zur Prüfung vor.

Aufgrund des erfolgreichen Projektverlaufs ist die chinesische Seite an einer Fortsetzung des Projekts zum Thema „Statistische Gesetzgebung“ interessiert, wobei man den

Schwerpunkt der künftigen Zusammenarbeit auf die praktische Umsetzung der gesetzlichen Regelungen legen will.

Das Bundesministerium für Justiz ist vom Statistischen Bundesamt über das Projekt und über die Zusammenarbeit mit dem Nationalen Statistikamt der Volksrepublik China informiert worden und hat angeregt, das Thema „Statistische Gesetzgebung“ in den Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog¹³⁾ aufzunehmen.

Preisindizes

Die Umstellung der chinesischen Wirtschaft von plan- auf marktwirtschaftliche Strukturen erforderte den Übergang von einer mengen- auf eine preisbasierte Statistik. Um diese nach internationalen Standards und Methoden valide erfassen und berechnen zu können, benötigte die chinesische amtliche Statistik internationale Unterstützung.

Insbesondere die Indizes für die Erzeuger-, Verbraucher- und Dienstleistungspreise sind für den chinesischen Markt von besonderer Bedeutung. Die Preisentwicklungen in diesen Bereichen werden zunehmend von den gestiegenen Rohstoffpreisen und der wachsenden Globalisierung der chinesischen Wirtschaft beeinflusst.

Mit deutscher Unterstützung sollen der chinesischen Seite die international anerkannten Methoden und Verfahren zur Erstellung der entsprechenden Indizes vermittelt werden, um diese in der Volksrepublik China einführen zu können.

Das Projekt ist von 2006 bis 2010 terminiert, wobei das NBS die drei Preisindizes im Jahr 2009 zu Testzwecken in einigen Regionen Chinas einführen will und im Jahr 2010 beabsichtigt, sie auf der Grundlage eines bis zu diesem Zeitpunkt erstellten methodischen Konzepts auch landesweit zu ermitteln.

Im Rahmen des Projekts fanden in den Jahren 2006 bis 2008 ein Studienaufenthalt chinesischer Statistikerinnen und Statistiker in Deutschland und zwei Beratungseinsätze deutscher Expertinnen und Experten in China statt. Während des Studienaufenthaltes im Jahr 2007 waren auch Fachleute des Thüringer Landesamtes für Statistik involviert.

In der ersten Jahreshälfte 2009 ist ein Studienaufenthalt in Deutschland und zum Abschluss des Projekts ein Beratungseinsatz in China geplant.

Bildungs- und Gesundheitsstatistiken

Das von 2006 bis 2009 durchgeführte Projekt hat zum Ziel, die Datensammlung, Datenverarbeitung, Datenzusammenstellung und Datenveröffentlichung in den Bereichen Bildungs- und Gesundheitsstatistiken zu verbessern. Die Datenerhebung für diese Statistiken in China erfolgt durch die Ministerien für Bildung und Gesundheit. Während der Projektlaufzeit waren punktuell auch Vertreter dieser Institutionen beteiligt.

13) Weitere Informationen unter www.bmj.de, Pfad: Themen → Internationale Zusammenarbeit → Deutsch-Chinesischer Rechtsstaatsdialog.

Bei den Studienaufenthalten und Beratungseinsätzen stellte die deutsche Seite den chinesischen Experten die verschiedenen Datenquellen, Berichterstattungssysteme, Publikationen und Verbreitungsmedien vor. Um sich einen Gesamtüberblick über den Stand des jeweiligen Bildungs- und Gesundheitswesens zu verschaffen, besuchten die deutschen und chinesischen Fachleute universitäre und medizinische Einrichtungen in Deutschland und in der Volksrepublik China.

Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse beabsichtigt das NBS, ein Veröffentlichungskonzept in den Bereichen Bildungs- und Gesundheitsstatistiken zu erstellen.

Auf deutscher Seite waren an den fachlichen Beratungen Experten des Statistischen Bundesamtes und des Hessischen Statistischen Landesamtes beteiligt. Neben zwei Studienaufenthalten chinesischer Experten in Deutschland in den Jahren 2007 und 2008 besuchten deutsche Fachleute aus den Bereichen Bildung und Gesundheit im Jahr 2006 das NBS zu Konsultationen. Ein weiterer Beratungseinsatz ist im Jahr 2009 vorgesehen.

Arbeitsgruppe Handelsstatistik

Die deutsch-chinesische Arbeitsgruppe „Handelsstatistik“ ist im Rahmen der 12. Tagung des Deutsch-Chinesischen Gemischten Wirtschaftsausschusses am 11. November 2005 durch die beiden zuständigen deutschen und chinesischen Minister für Wirtschaft bzw. Handel eingerichtet worden. Dies zeigt die hohe Bedeutung, die die Arbeitsgruppe für die deutsch-chinesischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen besitzt. Auftrag der Arbeitsgruppe ist es, die Asymmetrien in den beiderseitigen Außenhandelsstatistiken zu analysieren und nach Möglichkeit zu verringern.

Arbeitsgruppenmitglieder auf deutscher Seite sind Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Statistischen Bundesamtes, auf chinesischer Seite des Ministeriums für Handel, des Nationalen Statistikamtes und der Hauptzollverwaltung.

Als Untersuchungszeitraum wurden die Berichtsjahre 2003 bis 2005 festgelegt.¹⁴⁾ Am Ende der Arbeiten ist ein gemeinsam erarbeiteter Abschlussbericht mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen dem Deutsch-Chinesischen Gemischten Wirtschaftsausschuss vorzulegen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass es zwischen der chinesischen und der deutschen Außenhandelsstatistik kontinuierlich hohe Differenzen gibt, die parallel zum Wachstum des deutsch-chinesischen Außenhandels wertmäßig zunehmen. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede in den von China nach Deutschland laufenden Güterströmen. Die Analyse hat gezeigt, dass unterschiedliche Angaben zum Ziel- und Partnerland der Hauptgrund für die Asymmetrien sind.

Neben abweichenden Partnerlandangaben ist die unterschiedliche, aber nach internationaler Methodik korrekte Abgrenzung zwischen Einfuhrwerten (CIF – Cost Insurance

Freight) und Ausfuhrwerten (FOB – Free On Board) ein weiterer Grund für die Differenzen in den Ergebnissen.

Betrachtet man nur die direkten Warenströme zwischen der Volksrepublik China und Deutschland und rechnet dann die jeweiligen Einfuhren von CIF auf FOB um, so reduzieren sich die ursprünglichen Differenzen drastisch. Die dann noch verbleibenden Differenzen liegen im Rahmen der Asymmetrien, die auch bei Spiegelvergleichen mit anderen Ländern zu beobachten sind.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Gründe für Abweichungen in den Ergebnissen, die aber einen vergleichsweise geringen Einfluss haben oder sich nicht zuverlässig quantifizieren lassen, wie zum Beispiel Wechselkurseinflüsse, Unterschiede in der Methodik, zeitliche Verschiebungen zwischen den Statistiken, nicht erkannte Unstimmigkeiten in den Zoll-erklärungen sowie Datenerhebungs- oder Datenaufbereitungsfehler.

Die Asymmetrien zwischen der chinesischen und der deutschen Außenhandelsstatistik sind durch die Forschungsarbeiten und Analysen nunmehr erklärbar und im Wesentlichen systemimmanent. Nur zu einem geringen Teil beruhen sie auf fehlerhaften Daten. Sie lassen sich deshalb auch langfristig nicht wesentlich verringern.

Die handelspolitische Dimension der Arbeitsgruppe steht aus Sicht des zuständigen Bundesministeriums klar im Vordergrund. Die statistischen Ergebnisse der Arbeitsgruppe dienen demnach einem Hauptzweck, nämlich die Wettbewerbsbedingungen deutscher Unternehmen in der Volksrepublik China zu verbessern und deren Marktposition im Partnerland zu stärken. Als ein konkretes Ergebnis zur Verringerung des in der Arbeitsgruppe festgestellten deutschen Handelsdefizits mit der Volksrepublik China nannte das Ministerium die zwischenzeitlich erfolgte Einrichtung einer weiteren Importmesse für deutsche Unternehmen in China.

Angesichts der bisherigen Erfolge der Arbeitsgruppe sind nun beide Regierungen bestrebt, sie mit einer neuen Aufgabe, der Untersuchung des gegenseitigen Dienstleistungshandels und der Unternehmensinvestitionen im jeweiligen Partnerland, zu betrauen. Mit der Erteilung eines neuen Mandates durch die beiden zuständigen Minister sollen ab 2009 die Deutsche Bundesbank, das Statistische Bundesamt, das chinesische Handelsministerium, das chinesische Staatliche Amt für den Devisenverkehr und das chinesische Nationale Statistikamt diese Aufgabe erfüllen.

Geplante Projekte

Nach Abschluss dieser Projekte im Jahr 2009 ist auf Vorschlag des NBS eine Zusammenarbeit in den Sektoren „Erwerbstätigen-, Verdienst-, Bau-, Wohnungs- und Investitionsstatistiken“ und im Bereich der „Internet-Datenverbreitung“ und des „Statistischen Informationsdienstes“ geplant.

Die Planungsgespräche werden zurzeit zwischen den Projektverantwortlichen und den zuständigen Experten auf deutscher und chinesischer Seite durchgeführt. Erste Ge-

¹⁴⁾ Die Eckdaten zum deutsch-chinesischen Handel und die dabei aufgetretenen Asymmetrien wurden allerdings aus Aktualitätsgründen bis 2007 fortgeschrieben.

sprache fanden zu den Projekten Erwerbstätigen- und Verdienststatistiken statt.

In der ersten Jahreshälfte 2009 sollen die weiteren Projekte im Detail geplant werden.

6 Mögliche strukturelle Reformen zur Lösung fortbestehender Probleme

Der Idealfall wäre die Wahrnehmung aller statistischen Aufgaben in der Volksrepublik China durch eine übergeordnete unabhängige Institution. Dieses Vorhaben ist aber in der Praxis nicht realisierbar. Selbst in Ländern, in denen die amtliche Statistik einen großen Stellenwert hat, gibt es keine statistische Institution, die eine derartige Position innehat. Zumindest eine Aufwertung des NBS auf Ministerialebene könnte aber die statistischen Methoden- und Überwachungskompetenzen des NBS gegenüber den bisher in der staatlichen Hierarchie übergeordneten Ministerien verbessern.

Ein realisierbarer Lösungsansatz wäre die grundsätzliche Übertragung aller statistischen Arbeiten auf das NBS und seine nachgeordneten statistischen Regionalämter. Dies resultierte in einer größeren Fachkompetenz und erzeugte eine gewisse Unabhängigkeit und Neutralität der Statistik, weil das NBS im Gegensatz zu den Ministerien keine politischen Entscheidungen trifft. Für die Ministerien wäre jedoch die Verlagerung der statistischen Arbeiten zum NBS mit einem Kompetenzverlust verbunden. Hier könnte die Zentralregierung eventuellen Widerständen entgegensteuern, indem sie auf Grundlage einer gesetzlichen Bestimmung ein einheitliches Statistiksysteem unter der Leitung des NBS errichtete.

Darüber hinaus sollten die statistischen Erhebungen ausschließlich durch den Staatsrat auf Basis einer rechtlichen Bestimmung angeordnet werden, statt wie bisher per Erlass eines Amtsblattes des NBS. Diese können dazu beitragen, dass die statistischen Erhebungen gemäß den methodischen Vorgaben des NBS auf nationaler und regionaler Ebene besser durchgesetzt und Verstöße leichter sanktioniert werden könnten.

7 Fazit

Die national und international kritische Beurteilung ihrer statistischen Daten hat die chinesische Regierung veranlasst, nicht nur deren Qualität öffentlich in Frage zu stellen, sondern auch grundlegende Reformen einzuleiten.

Im Bereich des nationalen Statistiksystems ist die Einrichtung von NBS-Zweigstellen und NBS-Erhebungsabteilungen auf regionaler Ebene ein guter Lösungsansatz zur Verbesserung der bisherigen Strukturen, da nunmehr die statistischen Regionalämter bei nationalen Erhebungen nicht mehr involviert sind und die Erhebungen bzw. ihre Ergebnisse somit der Einflussnahme durch die jeweiligen Regionalregierungen entzogen sind. Diese Maßnahme stellt sicher, dass die vom NBS vorgegebenen internationalen Standards

auch umgesetzt werden, was mittelfristig zu einer Verbesserung der statistischen Datenqualität führen kann. Die damit verbundenen Parallelstrukturen des nationalen Statistiksystems auf Regionalebene müssen als kleines Übel zumindest mittelfristig in Kauf genommen werden.

Zentrales Problem im chinesischen Statistiksysteem bleibt das sektorale Statistiksysteem, da dies weitgehend autonom ist. Eine Überwachung der angewendeten statistischen Methoden durch das NBS findet in der Praxis nicht statt, obwohl die Statistikproduzenten des sektoralen Systems wichtige wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen statistisch abbilden. Somit kann nicht sichergestellt werden, dass die internationalen Standards auch angewendet werden. Das NBS müsste hier seine methodischen Kompetenzen, die es gemäß dem chinesischen Statistikgesetz besitzt, gegenüber den Ministerien und Behörden unterhalb der Ministerialebene konsequenter durchsetzen können, was sich angesichts seiner schwächeren Stellung in der staatlichen Hierarchie aber zum Teil als sehr schwierig erweist. Hier wäre die chinesische Regierung gefordert, entsprechende Reformmaßnahmen einzuleiten.

Des Weiteren sind die Institutionen des sektoralen Statistiksystems auch mehrheitlich politische Entscheidungsträger, die den Erfolg ihrer Maßnahmen unter Umständen mit eigenen Statistiken belegen. Eine Trennung von Politik und Statistik wäre hier sinnvoller, um die Glaubwürdigkeit und die Qualität der statistischen Daten zu verbessern.

Letztlich werden die statistischen Systeme weltweit an ihren Produkten, das heißt an der Qualität ihrer statistischen Ergebnisse, gemessen. Die Organisationsstruktur eines Statistiksystems ist dabei nur insoweit von Relevanz, als strukturelle Defizite auch Auswirkungen auf die Datenqualität haben. In der chinesischen amtlichen Statistik ist dies der Fall. Durch interne und externe Reformen bemühen sich die chinesische Regierung und das NBS seit Jahren, die strukturellen Probleme schrittweise zu lösen.

Die internationalen und nationalen Nutzer von statistischen Daten der Volksrepublik China müssen jedoch berücksichtigen, dass weitergehende Strukturreformen, insbesondere im chinesischen Kontext, nur langfristig zu erreichen sind. [UU](#)

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele, Dipl.-Volkswirtin Birgit Frank-Bosch, Dipl.-Volkswirtin Jenny Neuhäuser

Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Menschen, die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind, verlieren häufig ihren sozialen Status und nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung. Oft sind Arbeitslosigkeit oder unerwartete gravierende Änderungen der Lebensumstände Auslöser der Überschuldung. Sie stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar – auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Im Zusammenhang mit der Armuts- oder Sozialberichterstattung wird häufig die Frage gestellt, wer sind die Menschen, die in eine finanzielle Notlage geraten und was löst hauptsächlich ihre finanzielle Misere aus? Wie hoch sind ihre Schulden und wer sind ihre wichtigsten Gläubiger? Wie hoch ist das Einkommen, das ihnen zur Verfügung steht?

Wer kann besser über die Situation der Betroffenen Auskunft geben als die Schuldnerberatungsstellen, die täglich in Kontakt mit diesen Menschen stehen. Deshalb ist es naheliegend, Informationen über die ver- oder überschuldeten Personen, die ohnehin schon bei den Schuldnerberatungsstellen vorliegen, zu erfragen und statistisch auszuwerten. Die neue Überschuldungsstatistik wird nach § 7 des Bundesstatistikgesetzes als freiwillige Erhebung bei den Schuldnerberatungsstellen durchgeführt, die die Daten der von ihnen beratenen Personen mit deren Zustimmung anonymisiert an das Statistische Bundesamt übermitteln. Für das Jahr 2007 hat das Statistische Bundesamt erstmals umfangreiche Daten der überschuldeten Personen ausgewertet. Damit liegen nun belastbare Strukturdaten zu diesen Personen vor, wenngleich sich mit dieser Statistik nicht die Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder Haus-

halte in Deutschland ermitteln lässt, da bei weitem nicht alle überschuldeten Personen die Dienste einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nehmen.

Neben den Angaben der Schuldnerberatungsstellen enthält der Beitrag auch Ergebnisse der Insolvenzstatistik zu den Fällen absoluter Überschuldung, die zu einem Verbraucherinsolvenzverfahren geführt haben. Diese Daten werden monatlich von den Gerichten an die amtliche Statistik gemeldet.

1 Privatin solvenzen

1.1 Verbraucherinsolvenz: Ausweg aus der Überschuldung

Seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999 bis heute sind fast 500 000 Anträge auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens in Deutschland gestellt worden.

Die Insolvenzordnung¹⁾ bietet für zahlungsunfähige private Schuldner die Möglichkeit, mit der Durchführung eines Insolvenzverfahrens nach einer mindestens sechsjährigen Wohlverhaltensphase die restlichen Schulden erlassen zu bekommen. In der Wohlverhaltensphase muss der verschuldete Verbraucher den pfändbaren Teil seines Einkommens an einen Treuhänder abtreten. Von der Möglichkeit der Verbraucherinsolvenz machten zunächst nur wenige überschul-

1) Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026).

dete Personen Gebrauch, da sie die Kosten für die Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens in der Größenordnung von 2 000 Euro nicht aufbringen konnten. Die Verfahrenseröffnung ist aber Voraussetzung für die Erteilung der Restschuldbefreiung. Erst als Ende 2001 die Stundung der Verfahrenskosten durch die Staatskassen gesetzlich geregelt wurde, sahen ab 2002 von Jahr zu Jahr mehr Schuldner ihre Chance, dauerhaft von ihrer Schuldenlast befreit zu werden. Vor Einführung der Stundung der Verfahrenskosten hatten im Jahr 2001 gut 13 000 Verbraucher einen Insolvenzantrag gestellt. Ein Fünftel dieser Anträge wurde abgelehnt, da der private Schuldner die Verfahrenskosten nicht aufbringen konnte und auch keine Prozesskostenhilfe erhielt. Nach Einführung der Stundung drängten immer mehr überschuldete Personen auf die Durchführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stieg seitdem von Jahr zu Jahr bis auf rund 105 000 Anträge im Jahr 2007, von denen auch nur wenige abgewiesen wurden. Zum Jahresende 2007 und in der ersten Jahreshälfte 2008 zeichnet sich jedoch erstmals seit Einführung der Insolvenzordnung 1999 eine Beruhigung ab. 48 000 Verbraucherinsolvenzen gab es im ersten Halbjahr 2008 und damit 7 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Der leichte Rückgang dürfte mehrere Gründe haben. Zum einen wurden viele Verfahren der schon seit längerem überschuldeten Haushalte von den Gerichten zwischenzeitlich abgearbeitet, zum anderen ist die Arbeitslosigkeit, die Hauptauslöser der Überschuldung ist, zurückgegangen.

Tabelle 1: Verbraucherinsolvenzen

Jahr Halbjahr	Eröffnete Verfahren	Mangels Masse abge- wiesene Verfahren	Schulden- bereini- gungs- plan ange- nommen	Verfahren ins- gesamt	Verände- rung gegen- über dem Vor- jahres- zeitraum	Durch- schnitt- liche Schulden je Fall
1999	1 634	1 496	227	3 357	X	179
2000	6 886	2 449	1 144	10 479	+212,2	189
2001	9 070	2 552	1 655	13 277	+26,7	193
2002	19 857	489	1 095	21 441	+61,5	115
2003	32 131	244	1 234	33 609	+56,8	92
2004	47 230	252	1 641	49 123	+46,2	75
2005	66 945	279	1 674	68 898	+40,3	69
2006	94 389	285	1 912	96 586	+40,2	61
2007	103 085	361	1 792	105 238	+9,0	59
1. Hj 2008 .	47 168	181	1 117	48 466	-7,1	59

Von 1999 bis heute haben fast 500 000 Verbraucher einen Insolvenzantrag in der Erwartung gestellt, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bewältigen. Auch andere natürliche Personen, deren finanzielle Schwierigkeiten vor allem auf das Scheitern ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit zurückzuführen sind, können in einem vereinfachten Verfahren ihre Schulden gerichtlich regulieren. So haben weitere 300 000 Personen, die zum Beispiel als Gesellschafter oder als ehemals selbstständig Tätige zahlungsunfähig geworden sind, ein Insolvenzverfahren beantragt. Diese zusammen etwa 800 000 Personen müssen zu dem Zeitpunkt, an dem sie das Insolvenzverfahren beantragen, als absolut überschuldet gelten.

Das Insolvenzverfahren soll dazu dienen, einen gerechten Ausgleich zwischen überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen. Dazu werden die Gerichte bemüht, die auf der Grundlage der Insolvenzordnung diese Auseinandersetzung regeln. Auf den Angaben der Gerichte beruht auch die Insolvenzstatistik.

Bevor eine Person, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommt, ein Verbraucherinsolvenzverfahren beantragen kann, muss sie eine außergerichtliche Einigung mit ihren Gläubigern versuchen. Ein Scheitern ist durch eine geeignete Stelle, das sind vor allem die Schuldnerberatungsstellen, zu bescheinigen. Im ersten Stadium des gerichtlichen Verfahrens soll mithilfe eines Schuldenbereinigungsplans eine Einigung erzielt werden. Wenn auch dieser Versuch nicht zustande kommt, kann ein Insolvenzantrag gestellt werden.

1.2 Deutschlandweit rund 600 Verbraucherinsolvenzen je 100 000 Einwohner

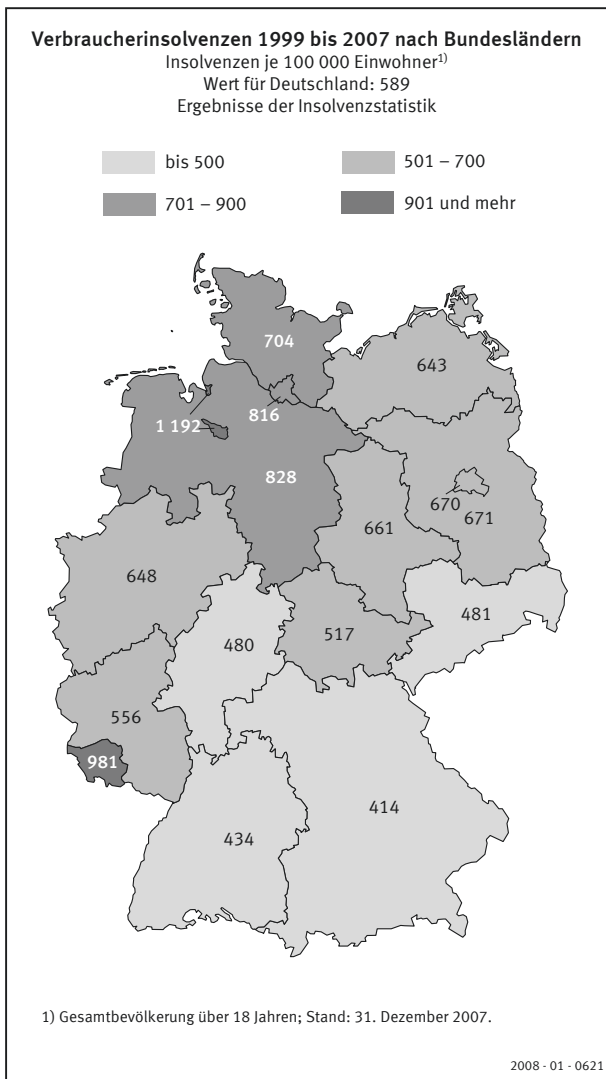
Gemessen an der Bevölkerung über 18 Jahren fällt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen regional unterschiedlich aus. Von 1999 bis 2007 kamen im Bundesdurchschnitt auf 100 000 Einwohner 589 Verbraucherinsolvenzen. Am häufigsten traten in diesem Zeitraum Schuldner in Bremen den Gang zu einem Insolvenzgericht an – 1 192 Personen je 100 000 Erwachsene. Am seltensten – mit 414 Fällen je 100 000 Erwachsene – nahmen die bayerischen Verbraucher die Insolvenzgerichte in Anspruch (siehe Schaubild 1). Insgesamt zeigt sich ein deutliches Nord-Süd-Gefälle, in dem sich auch die unterschiedlichen Arbeitslosenquoten reflektieren. Hinzu kommt, dass im Norden und Osten Deutschlands relativ mehr Schuldnerberatungsstellen tätig sind, die ihren Klienten diese Form der Entschuldung vermitteln können.

1.3 Die durchschnittlichen Forderungen nehmen ab

Nach Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens im Jahr 1999 strebten vor allem solche Schuldner zu den Gerichten, die in der Lage waren, die Verfahrenskosten aufzubringen. Diese Schuldner hatten andererseits hohe Schulden, im Durchschnitt zwischen 180 000 und 190 000 Euro. Als ab 2002 die Verfahrenskosten gestundet werden konnten, fanden immer mehr mittellose Schuldner, die jedoch deutlich niedriger verschuldet waren, den Weg zum Insolvenzgericht. 2007 betrugen die durchschnittlichen Schulden mit 59 000 Euro nur noch rund ein Drittel der Durchschnittssumme des Jahres 2001.

Seit 1999 summieren sich die Gesamtforderungen von Gläubigern bei Verbraucherinsolvenzen auf 38 Mrd. Euro. In welcher Höhe die Schuldner in der Lage oder bereit sind, Rückzahlungen an ihre Gläubiger zu leisten, kann erst später statistisch ermittelt werden. Frühere Auswertungen legen

Schaubild 1



2.1 Rund 300 Schuldnerberatungsstellen beteiligen sich an der neuen Statistik

Seit dem Berichtsjahr 2006 wird – bisher auf freiwilliger Basis – eine Überschuldungsstatistik vom Statistischen Bundesamt durchgeführt, die auf Daten der Schuldnerberatungsstellen zugreift. Durch ihre Beratungstätigkeit verfügen die Schuldnerberatungsstellen über einen großen Datenpool, der sich anonymisiert auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Mit der Überschuldungsstatistik kann die Datenlage zur Situation von Personen und Haushalten, die in finanziellen Schwierigkeiten oder sogar überschuldet sind, erheblich verbessert werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können dazu beitragen, Lösungsvorschläge zu entwickeln, wie Überschuldungssituationen zu verhindern sind oder wie sich Wege aus einer schwierigen finanziellen Lage finden lassen.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen, die in soziale wirtschaftliche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Diese zielt auf eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen ab und soll sie in die Lage versetzen, ihr Leben künftig eigenständig zu gestalten. Aber auch Präventionsmaßnahmen zu erörtern, gehört zum Beratungsangebot.

In Deutschland gibt es etwa 950 Schuldnerberatungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände oder der Kommunen stehen oder Mitglied in einem der Verbände sind. Im Beratungsjahr 2007 haben 212 Beratungsstellen an der freiwilligen Erhebung teilgenommen und die Angaben von rund 57 000 Personen – mit deren Einverständnis – bereitgestellt. Für das Beratungsjahr 2008 haben weitere 91 Beratungsstellen ihre Teilnahme zugesagt (siehe Schaubild 2 auf S. 966).

jedoch nahe, dass die Rückzahlungsquoten unter 10% liegen werden.

2 Angaben der Schuldnerberatungsstellen verbessern Datenlage zur Überschuldung privater Haushalte

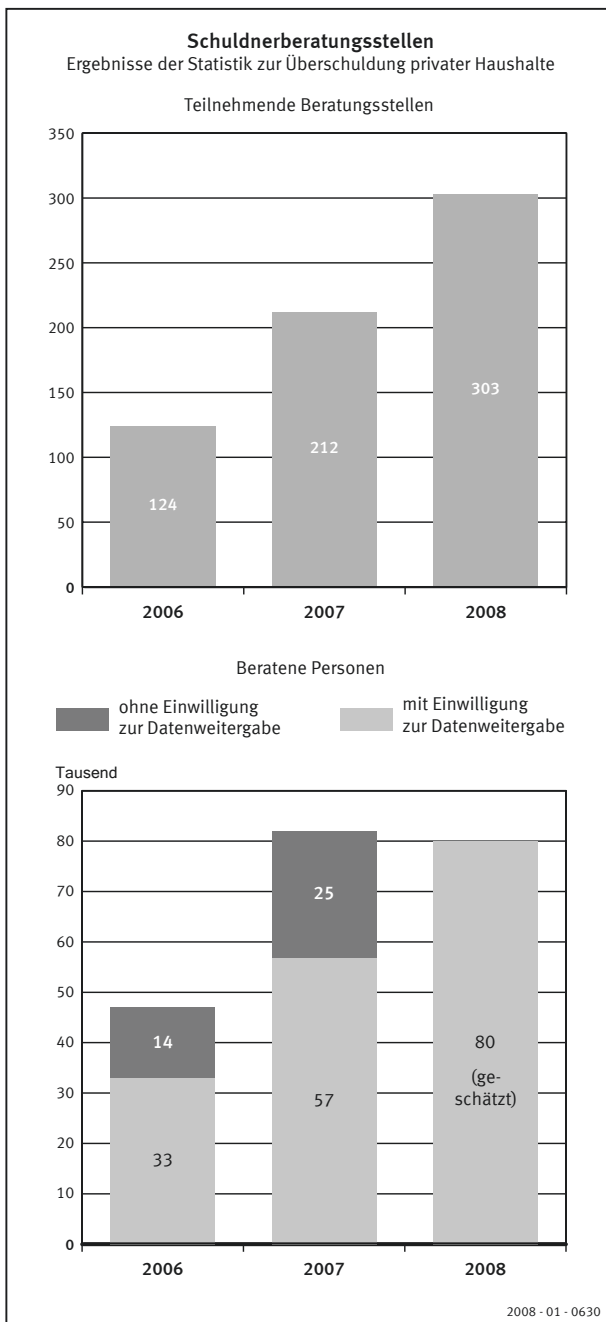
Die Menge der Schulden, die von den Gerichten ermittelt wird, zeigt die finanzielle Dimension der Überschuldung von Privatpersonen. Die gerichtlich abgehandelten Fälle von Überschuldung stellen jedoch nur einen Teil des Phänomens der Überschuldung von Privatpersonen dar, da viele Überschuldete auf den Gang zum Insolvenzgericht verzichten. Darüber hinaus enthalten die Akten der Gerichte keine Informationen zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Daher wird auch im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gefordert, die Datenlage zu diesem Teil der Sozialberichterstattung weiter auszubauen.

Tabelle 2: Teilnahmebereitschaft der Beratungsstellen¹⁾ für das Beratungsjahr 2008

Land	Beratungsstellen insgesamt	Darunter: Beratungsstellen, die ihre Teilnahme bekundet haben
Deutschland	942	303
Baden-Württemberg	89	13
Bayern	117	10
Berlin	22	22
Brandenburg	45	14
Bremen	15	11
Hamburg	10	8
Hessen	54	7
Mecklenburg-Vorpommern	43	28
Niedersachsen	122	38
Nordrhein-Westfalen	206	15
Rheinland-Pfalz	52	49
Saarland	15	15
Sachsen	54	3
Sachsen-Anhalt	27	3
Schleswig-Holstein	39	39
Thüringen	32	28

1) Mit Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände und Kommunen oder einer Mitgliedschaft in einem dieser Verbände (ohne Zweigstellen).

Schaubild 2



2.2 Überschuldungsstatistik erlaubt keine Aussagen über die Gesamtzahl der überschuldeten Haushalte oder Personen

Personen, die eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen, müssen nicht zwangsläufig überschuldet sein. Manchmal ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten, mit deren Folgen die beratenen Personen überfordert sind, oder es gilt, die Probleme, die nach einer Zahlungsunwilligkeit aufgetreten sind, zu beseitigen.

Das ist einer der Gründe, warum diese Statistik keinen Beitrag zur Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder

Haushalte leisten kann. Ein weiterer Grund liegt darin, dass viele Personen, obwohl sie überschuldet sind, nicht die Dienste von Schuldnerberatungsstellen in Anspruch nehmen. Außerdem gibt es auch andere Stellen wie Sozialämter, Rechtsanwälte oder Steuer- und Wirtschaftsberater, die Beratungen durchführen sowie Bescheinigungen für das Scheitern außergerichtlicher Einigungsversuche ausstellen und danach das Insolvenzverfahren begleiten können.

2.3 Fortführung dieser Statistik nicht gewährleistet

Die rechtliche Grundlage für die Überschuldungsstatistik erlaubt eine Fortführung der Befragung der Beratungsstellen nur bis zum Jahr 2010. Sofern vom Gesetzgeber keine eigene Rechtsgrundlage geschaffen wird, muss die Befragung dann eingestellt werden.

Die Teilnahme an dieser Erhebung nach § 7 Bundesstatistikgesetz ist freiwillig und es gibt große regionale Unterschiede bei der Beteiligung in den Bundesländern, verbunden mit einem Nord-Süd-Gefälle. Aus diesem Grund lassen sich die ermittelten Strukturen und Werte nicht uneingeschränkt auf das gesamte Bundesgebiet übertragen. Eine stärkere Teilnahme von Beratungsstellen in den bislang schlechter repräsentierten Ländern wäre deshalb von großer Bedeutung. Eine gesetzliche Grundlage könnte dies regeln.

3 Auslöser der Überschuldung

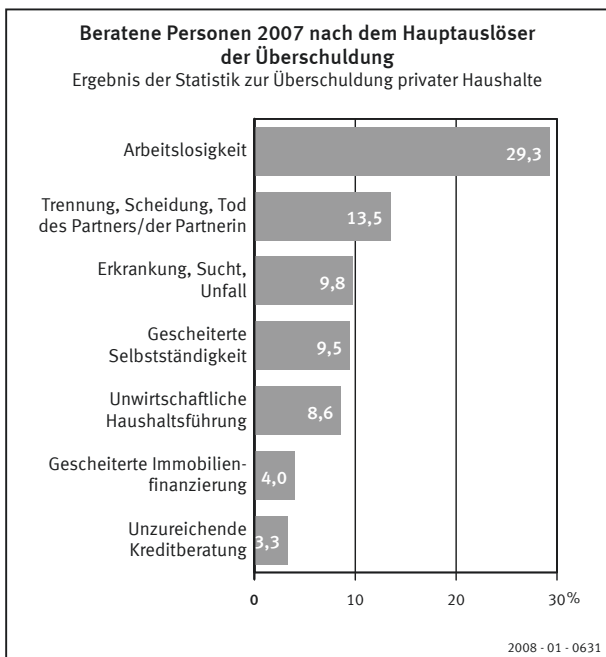
3.1 Arbeitslosigkeit führt häufig bei Personen unter 35 Jahren zur Überschuldung

Die Gründe, weshalb eine Person nicht mehr in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, werden von den Beratungsstellen aus den oftmals subjektiven Ausführungen der Beratenen abgeleitet. Meistens verursachen mehrere Faktoren die Überschuldung, insbesondere wenn bei ohnehin schon niedrigem Einkommen unerwartete Ereignisse die bisherige Lebensführung beeinträchtigen. Für die Statistik ist immer nur der Hauptgrund maßgeblich.

Die Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Einkommenseinbußen waren im Jahr 2007 bei 29% der überschuldeten Personen der wichtigste Faktor für das Entstehen der Überschuldung. Besonders häufig war Arbeitslosigkeit bei jüngeren Personen unter 35 Jahren Hauptauslöser für die kritische finanzielle Situation (34%).

Nach der Arbeitslosigkeit war eine Änderung der Lebensumstände durch Trennung, Scheidung oder Tod des Partners/der Partnerin der zweitwichtigste Auslöser einer Überschuldung. Solche geänderten Lebensumstände waren im Jahr 2007 bei 14% der beratenen Personen der wichtigste Faktor für die Überschuldung. Besonders häufig wurde dieser Anlass von beratenen Personen im Alter von 35 bis unter 45 Jahren genannt (18%).

Schaubild 3



Erkrankung, Sucht oder Unfall waren genauso oft wie eine gescheiterte Selbstständigkeit Hauptgrund für die finanziellen Probleme (bei jeweils rund 10% der überschuldeten Personen). Beide Gründe wurden am häufigsten (14 bzw. 16%) von den 55- bis unter 65-Jährigen für die finanzielle Notsituation verantwortlich gemacht.

Durch eine unwirtschaftliche Haushaltsführung gerieten insgesamt knapp 9% der überschuldeten Personen im Jahr 2007 in die Überschuldungssituation. Mit 17% wurde dieser Auslöser überdurchschnittlich häufig von den unter 25-Jährigen genannt.

Eine gescheiterte Immobilienfinanzierung war bei 4% der beratenen Personen der Hauptauslöser für die Überschuldung. Überdurchschnittlich oft betraf dies die über 35-Jährigen, wobei die Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren am häufigsten diesen Auslöser nannte (6,2%).

Tabelle 3: Beratene Personen 2007 nach Alter und dem Hauptauslöser der Überschuldung
Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ausgewählte Hauptauslöser der Überschuldung					
	Arbeitslosigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	Erkrankung, Sucht, Unfall	gescheiterte Selbstständigkeit	unwirtschaftliche Haushaltsführung	gescheiterte Immobilienfinanzierung
Insgesamt	29,3	13,5	9,8	9,5	8,6	4,0
unter 25	33,5	3,3	6,4	1,4	16,6	0,2
25 – 35	34,3	10,1	7,6	5,5	11,2	1,9
35 – 45	28,1	18,3	10,0	10,7	7,1	5,0
45 – 55	29,9	16,0	11,3	12,5	5,8	5,2
55 – 65	24,7	12,0	14,2	15,5	5,5	6,2
65 und mehr ..	6,3	11,6	9,9	10,7	11,0	5,8

3.2 Überschuldung aufgrund von Arbeitslosigkeit trifft besonders oft alleinlebende Männer und Paare mit Kind(ern)

Zu einer Überschuldung nach einem Verlust des Arbeitsplatzes kommt es überdurchschnittlich häufig bei alleinlebenden Männern sowie bei Paaren mit drei und mehr Kindern. Im Jahr 2007 war dies bei jeweils 33% dieser Haushaltstypen, die sich beraten ließen, der Hauptauslöser. Trennung, Scheidung sowie Tod der Partnerin oder des Partners waren vor allem bei Alleinerziehenden der wichtigste Auslöser für die Überschuldung (Frauen: 29%; Männer: 30%). Erkrankung, Sucht und Unfall waren besonders oft bei alleinlebenden Männern für die finanzielle Notsituation maßgeblich (15%). Aber auch bei alleinlebenden Frauen wurde dieser Grund häufig genannt (12%). Eine erfolgreiche Selbstständigkeit wurde überdurchschnittlich häufig von Paaren ohne Kind für die Überschuldung verantwortlich gemacht (14%). Unabhängig davon, ob Paare Kinder haben oder nicht, ist eine gescheiterte Immobilienfinanzierung bei Paaren häufiger Auslöser für eine Überschuldung als bei den anderen Haushaltstypen.

Tabelle 4: Beratene Personen 2007 nach Haushaltstyp und dem Hauptauslöser der Überschuldung
Prozent

Haushaltstyp	Ausgewählte Hauptauslöser der Überschuldung					
	Arbeitslosigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	Erkrankung, Sucht, Unfall	gescheiterte Selbstständigkeit	unwirtschaftliche Haushaltsführung	gescheiterte Immobilienfinanzierung
Insgesamt	29,3	13,5	9,8	9,5	8,6	4,0
darunter:						
Alleinlebende						
Frau	27,0	15,6	11,6	6,9	7,0	3,2
Alleinlebender						
Mann	33,0	11,5	14,8	9,7	6,9	2,1
Alleinerziehende						
Frau	25,4	29,2	4,9	5,2	8,9	2,8
Alleinerziehender						
Mann	28,1	30,2	5,2	10,2	5,5	4,5
Paar ohne Kind	27,7	8,2	9,3	13,5	9,2	6,2
Paar mit						
Kind(ern)	30,8	7,0	5,4	11,3	10,8	6,5
dar.: Paar mit						
drei und mehr						
Kindern	32,6	6,5	4,2	9,3	12,4	6,3

4 Sozioökonomische Strukturen der beratenen Personen

4.1 Alleinlebende am häufigsten überschuldet

Männer und Frauen sind in nahezu identischer Zahl als Klienten bei den Schuldnerberatungsstellen anzutreffen. 44% aller beratenen Personen lebten allein und waren somit

nicht direkt in eine Familie eingebunden. Einpersonenhaushalte, die einen Anteil von 38 % an allen Haushalten haben, waren damit überproportional von Überschuldung betroffen. Dabei steckten erheblich mehr alleinlebende Männer (27%) als alleinlebende Frauen (17%) in einer finanziellen Krise. Alleinlebende Männer waren unter den beratenen Personen besonders stark vertreten, denn in Deutschland lag ihr Anteil an allen Haushalten im Jahr 2007 bei 17%.

Über ein Fünftel aller überschuldeten Personen lebte in einer Partnerschaft mit Kind(ern). Rechnet man noch die Haushalte hinzu, bei denen ein Elternteil für die Erziehung der Kinder die alleinige Verantwortung trägt (16%), waren in 37% der Fälle Kinder von der Überschuldung ihrer Familie und den damit verbundenen Problemen betroffen. Bei den alleinerziehenden überschuldeten Personen handelt es sich fast ausschließlich um Frauen (14% gegenüber knapp 2% alleinerziehender Männer). An der Gesamtzahl der Haushalte haben alleinerziehende Frauen aber nur einen Anteil von rund 6%. 16% der beratenen Personen lebten in einer Partnerschaft ohne Kind. Dieser Personenkreis war damit deutlich seltener überschuldet, als es seinem Anteil an der Bevölkerung entspricht (30%). 3% der beratenen Personen lebten in Heimen oder Anstalten.

Tabelle 5: Beratene Personen und Haushalte 2007 nach dem Haushaltstyp
Prozent

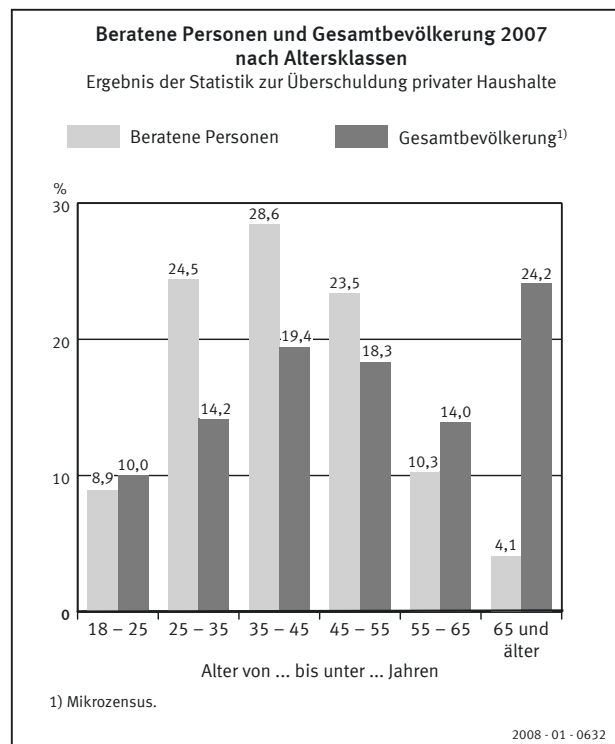
Haushaltstyp	Beratene Personen	Alle Haushalte ¹⁾
Insgesamt	100	100
darunter:		
Alleinlebende insgesamt	44,2	38,2
Alleinlebende Frau	16,9	20,8
Alleinlebender Mann	27,3	17,4
Alleinerziehende insgesamt	15,5	6,7
Alleinerziehende Frau	13,9	5,8
Alleinerziehender Mann	1,6	0,9
Paar ohne Kind	16,0	29,4
Paar mit Kind(ern)	21,2	24,7
dar.: Paar mit drei und mehr Kindern	4,2	3,3

1) Ergebnis des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

4.2 Vor allem Menschen im Alter zwischen 35 und 45 Jahren benötigen die Schuldnerberatung

Knapp 30% aller Personen, die zum Klientenkreis der Beratungsstellen gehörten, waren 2007 zwischen 35 und 45 Jahren alt. Diese Altersgruppe nahm damit am häufigsten Beratungsdienste in Anspruch. Jeweils ein knappes Viertel aller beratenen Personen war zwischen 25 und 35 Jahren bzw. zwischen 45 und 55 Jahren alt. Betrachtet man die Anteile der Altersgruppen 25 bis unter 35 Jahre und 35 bis unter 45 Jahre an der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren (14 bzw. 19%), so zeigt sich, dass Menschen dieser beiden Altersgruppen überdurchschnittlich häufig eine Beratungsstelle aufsuchten. Jüngere Menschen unter 25 Jahren hatten an den beratenen Personen nur einen Anteil von 9%; dies entspricht in etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (10%). Senioren ab 65 Jahren zählten noch seltener (4%)

Schaubild 4



zur Klientel der Beratungsstellen. Sie waren damit deutlich weniger häufig bei den Beratungsstellen anzutreffen, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (24%) entsprach.

4.3 Ausländische Mitbürger nutzen die Beratungsstellen eher selten

Der Anteil der beratenen Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, war relativ gering. 2007 besaßen nur knapp 8% der beratenen Personen einen anderen als den deutschen Pass. Gemessen an der gesamten Wohnbevölkerung Deutschlands über 18 Jahren beläuft sich der Anteil der ausländischen Mitbürger auf 9%. Das weist darauf hin, dass ausländische Personen die Dienste der Beratungsstellen weniger beanspruchen als die deutschen Staatsangehörigen. Dies muss aber nicht bedeuten, dass sie weniger überschuldet sind. Möglicherweise können auch fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache oder Unkenntnis der vorhandenen Einrichtungen dazu geführt haben, dass ausländische Mitbürger seltener bei den Beratungsstellen anzutreffen sind. Über überschuldete Deutsche mit Migrationshintergrund liegen keine Angaben vor.

4.4 Zwei Drittel der Überschuldeten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung

Mehr als die Hälfte (53%) aller beratenen Personen waren, als sie eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, arbeitslos oder erwerbsfähige Bezieher von öffentlichen Transferzahlungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II). Nicht einmal 30% gingen einer geregelten Beschäftigung nach. Fast jede sechste beratene Person war anderweitig nicht erwerbstätig, also Rentner/-in, Student/-in, Haus-

frau/-mann oder nichterwerbsfähige(r) Bezieher/-in von Transferzahlungen nach dem SGB XII.

Besonders hoch war der Anteil der Arbeitslosen bzw. Transferempfänger bei alleinerziehenden Frauen (65%). Ledige Personen gehörten häufiger dieser Kategorie an als solche mit einem anderen Familienstand. Von den jungen Frauen und Männern unter 25 Jahren, die sich im Jahr 2007 beraten ließen, waren nahezu zwei Drittel arbeitslos.

Arbeitslosigkeit betrifft aber nicht nur ungelernete Schuldner, denn zwei Drittel aller überschuldeten Personen besaßen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder befanden sich in der Ausbildung. Von den jüngeren überschuldeten Personen unter 25 Jahren hatten jedoch nur 38% eine Berufsausbildung abgeschlossen oder waren noch in der Ausbildung; über 60% konnten keinen Abschluss aufweisen.

5 Zahl und Art der Gläubiger, Höhe der Schulden

5.1 Die meisten überschuldeten Personen haben nur wenige Gläubiger

Die meisten beratenen Personen haben verhältnismäßig wenige Gläubiger. 39% aller überschuldeten Personen hatten 2007 finanzielle Verpflichtungen gegenüber höchstens vier Gläubigern, bei 14% gab es sogar nur Forderungen eines Gläubigers. Diese Aussage ist aber mit Einschränkungen verbunden, da die Forderungen oftmals an ein Inkassobüro abgetreten sind, sodass die wahre Anzahl der Gläubiger nicht bekannt ist. Nur in 10% der Fälle besaßen 20 und mehr Gläubiger Ansprüche gegenüber der überschuldeten Person. Diese hohe Gläubigerzahl dürfte vor allem Personen betreffen, die früher einer selbstständigen Tätigkeit nachgegangen sind und daraus Verbindlichkeiten haben.

Alleinlebende Frauen haben weniger Gläubiger als die anderen Haushaltstypen. Eine geringe Anzahl von Gläubigern haben auch Paare ohne Kind. Ältere Menschen haben im

Tabelle 6: Beratene Personen 2007 nach Alter, Haushaltstyp und Zahl der Gläubiger
Prozent

Alter Ausgewählte Haushaltstypen	Insgesamt	Zahl der Gläubiger			
		1 – 4	5 – 9	10 – 19	20 und mehr
Insgesamt	100	39,1	27,9	23,2	9,9
von ... bis unter ... Jahren					
unter 25	100	38,3	30,2	22,2	9,3
25 – 35	100	31,1	27,6	28,1	13,3
35 – 45	100	36,5	28,2	24,8	10,6
45 – 55	100	41,9	28,4	21,2	8,5
55 – 65	100	50,0	26,7	17,5	5,8
65 und mehr	100	62,7	22,6	11,0	3,7
Alleinlebende Frau	100	46,5	26,9	19,2	7,4
Alleinlebender Mann	100	37,3	28,9	24,4	9,4
Alleinerziehende Frau	100	35,0	26,8	25,6	12,6
Alleinerziehender Mann	100	31,7	26,6	27,5	14,2
Paar ohne Kind	100	44,0	27,2	20,5	8,3
Paar mit Kind(ern)	100	34,8	28,3	25,2	11,7

Durchschnitt weniger Gläubiger als alle übrigen Altersklassen. Die Altersgruppe zwischen 25 und 45 Jahren hat überdurchschnittlich viele Gläubiger.

5.2 Viele beratene Personen haben weniger als 10 000 Euro Schulden

41% der beratenen Personen waren 2007 mit weniger als 10 000 Euro bei ihren Gläubigern im Rückstand. Nur bei knapp 8% der beratenen Personen überstiegen die Verbindlichkeiten die 100 000-Euro-Grenze.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte bezüglich der Art und der Höhe der Schulden: Jüngere Menschen unter 35 Jahren hatten zwar häufiger mehr Gläubiger als Ältere, jedoch lagen bei rund drei Fünfteln dieser Altersgruppe (59%) die Schulden unter 10 000 Euro. Ältere überschuldete Personen hatten zwar weniger Gläubiger, aber oft höhere Schulden angehäuft, insbesondere bei Banken. So hatten 13% der 55- bis unter 65-Jährigen Verbindlichkeiten in Höhe von 100 000 Euro und mehr. Diese hohen Beträge dürften in Zusammenhang mit einer gescheiterten Immobilienfinanzierung stehen.

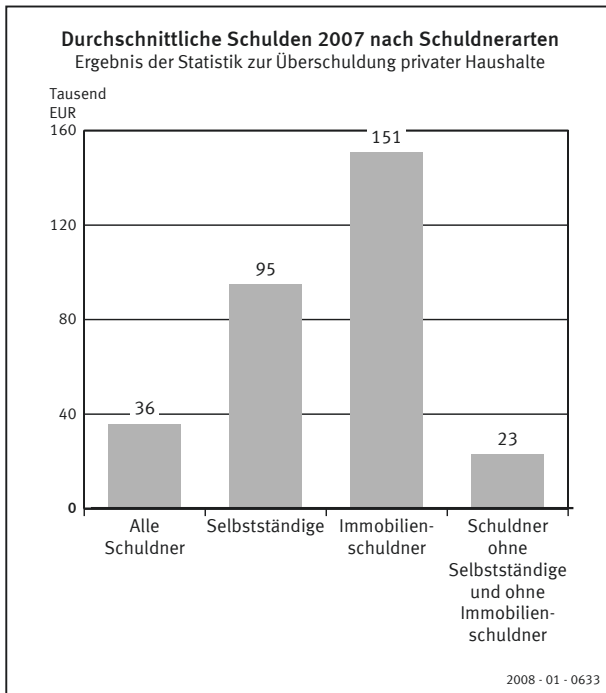
Tabelle 7: Beratene Personen 2007 nach Alter, Haushaltstyp und Höhe der Forderungen
Prozent

Alter Ausgewählte Haushaltstypen	Insgesamt	Forderungen von ... bis unter ... EUR				
		unter 10 000	10 000 – 25 000	25 000 – 50 000	50 000 – 100 000	100 000 und mehr
Insgesamt	100	40,9	27,6	16,4	7,6	7,5
von ... bis unter ... Jahren						
unter 25	100	82,8	14,2	2,1	0,4	0,4
25 – 35	100	49,8	31,4	12,4	3,6	2,7
35 – 45	100	31,6	29,0	20,8	9,9	8,7
45 – 55	100	32,4	27,0	19,3	10,3	11,0
55 – 65	100	31,0	27,2	18,3	10,9	12,6
65 und mehr	100	35,0	28,9	18,8	7,2	10,1
Alleinlebende Frau	100	49,9	27,3	12,2	5,2	5,3
Alleinlebender Mann	100	43,7	28,6	15,5	6,9	5,3
Alleinerziehende Frau	100	46,0	28,1	13,8	6,1	6,0
Alleinerziehender Mann	100	27,7	28,4	21,6	10,7	11,6
Paar ohne Kind ...	100	31,8	26,3	20,1	10,4	11,5
Paar mit Kind(ern)	100	33,3	27,6	19,7	9,4	10,1

5.3 Durchschnittlich 36 000 Euro Schulden

Die überschuldeten Personen hatten 2007 im Durchschnitt Schulden in Höhe von 36 000 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Summe auch die hypothekarisch gesicherten Kredite für die Immobilienfinanzierung und die Verbindlichkeiten aus Selbstständigkeit enthalten sind. Hatte eine Person mit Immobilienbesitz Schulden, denen sie nicht mehr nachkommen konnte, beliefen sich diese durchschnittlich auf 151 000 Euro. Personen, die aufgrund ihrer Selbstständigkeit für Verbindlichkeiten aufkommen mussten, schuldeten ihren Gläubigern im Durchschnitt 95 000 Euro. Die finanzierten Immobilien weisen in der Regel Wert-

Schaubild 5



beständigkeit auf, bei den Selbstständigen vermischen sich private Schulden und Schulden aus Unternehmertätigkeit. Aus diesen Gründen und weil die Schulden in diesen Fällen deutlich höher sind als die anderer Schuldner, ist es sinnvoll, die Personen mit Immobilienschulden und die Selbstständigen herauszurechnen. Die durchschnittlichen Schulden der übrigen Personen (84 % aller Schuldner) beliefen sich auf 23 000 Euro.

5.4 Banken sind die wichtigsten Gläubiger

Wichtigste Gläubiger der beratenen Personen sind die Banken. Geht man von dem durchschnittlichen Schuldenbetrag aller beratenen Personen in Höhe von rund 36 000 Euro aus, so entfielen im Jahr 2007 davon 21 000 Euro oder 58 % auf Schulden bei Banken.

Frauen haben im Durchschnitt deutlich weniger Schulden als Männer. Mit 28 000 Euro hatten alleinstehende Frauen 2007 die niedrigsten durchschnittlichen Schulden im Vergleich zu den anderen ausgewählten Haushaltstypen. Je nach Alter und Lebensform der beratenen Personen variierte die Höhe der Schulden bei den unterschiedlichen Gläubigern. Beispielsweise hatten die 65- bis 70-jährigen bei Banken die höchsten Schulden, insbesondere wegen hoher Immobilienschulden. Die größten Rückstände bei der Einhaltung

Schaubild 6

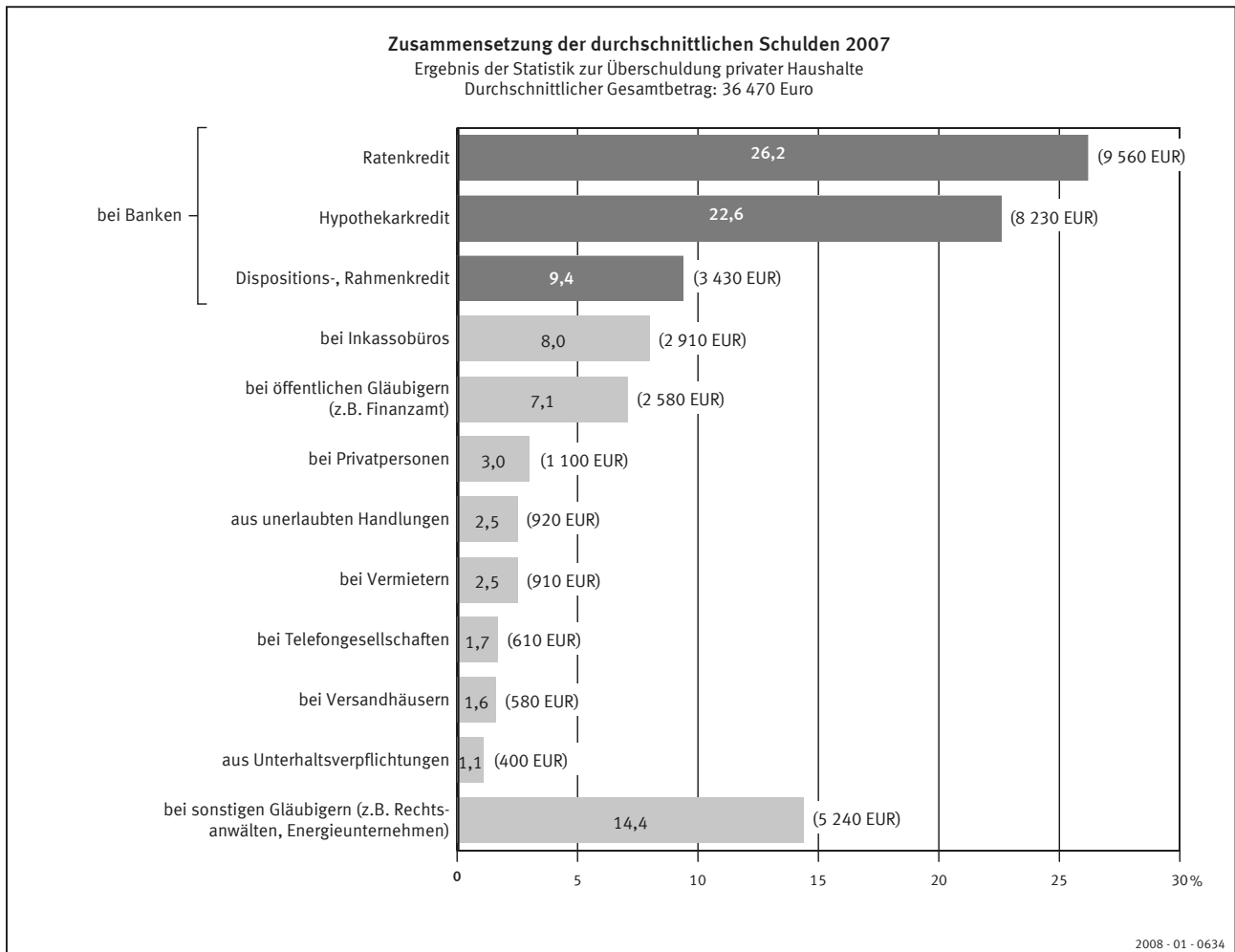


Tabelle 8: Durchschnittliche Schulden 2007 nach Alter, Haushaltstyp und Gläubigern
EUR

Alter Ausgewählte Haushaltstypen	Insgesamt	Ausgewählte Gläubiger				
		Banken	Inkassobüros	Öffentliche Gläubiger	Vermieter	Telefongesellschaften
Insgesamt	36 467	21 212	2 913	2 584	913	606
von ... bis unter ... Jahren						
unter 25	6 810	1 389	846	601	536	1 034
25 – 35	22 320	11 856	1 954	1 659	1 027	899
35 – 45	41 096	24 605	3 042	2 937	1 015	554
45 – 55	47 507	29 011	3 760	3 210	965	401
55 – 65	51 891	29 690	4 573	3 870	769	312
65 und mehr	51 223	30 600	3 214	3 142	410	204
Alleinlebende						
Frau	27 536	15 005	2 923	1 576	810	483
Alleinlebender						
Mann	29 985	14 941	2 524	2 862	822	689
Alleinerziehende						
Frau	28 654	16 954	2 784	1 661	1 116	747
Alleinerziehender						
Mann	44 905	26 052	3 623	4 461	978	677
Paar ohne Kind ...	56 589	37 441	3 491	3 286	790	444
Paar mit Kind(ern)	42 758	25 230	3 213	3 075	1 071	586

ihrer Unterhaltsverpflichtungen wiesen Männer auf, die zwischen 35 und 45 Jahren alt waren. Die Schulden alleinerziehender Mütter mit drei und mehr Kindern waren sowohl bei Versandhäusern als auch bei Vermietern wesentlich höher als im Durchschnitt. Besonders hohe Schulden bei Telefongesellschaften hatten beratene Personen unter 25 Jahren.

Die Personen, die weder Verpflichtungen aus Hypothekarkrediten hatten noch selbstständig sind oder waren, hatten – wie oben dargestellt – im Durchschnitt 23 000 Euro Schulden. Davon entfiel knapp die Hälfte auf Schulden aus Raten- und Dispositionskrediten bei Banken. Mit großem Abstand folgten die Schulden gegenüber Inkassobüros (12%). Des Weiteren hatte der genannte Personenkreis Schulden bei öffentlichen Gläubigern wie Finanzämtern (7%), Schulden bei Privatpersonen (4%) sowie Schulden bei seinen Vermietern wegen nicht geleisteter Mietzahlungen (4%).

Tabelle 9: Durchschnittliche Schulden 2007 nach Gläubigern¹⁾

Gläubiger	Durchschnittliche Schulden	
	EUR	%
Insgesamt	22 555	100
darunter:		
Banken	11 017	48,8
Inkassobüros	2 663	11,8
Öffentliche Gläubiger	1 620	7,2
Privatpersonen	904	4,0
Vermieter	885	3,9
Telefongesellschaften	664	2,9

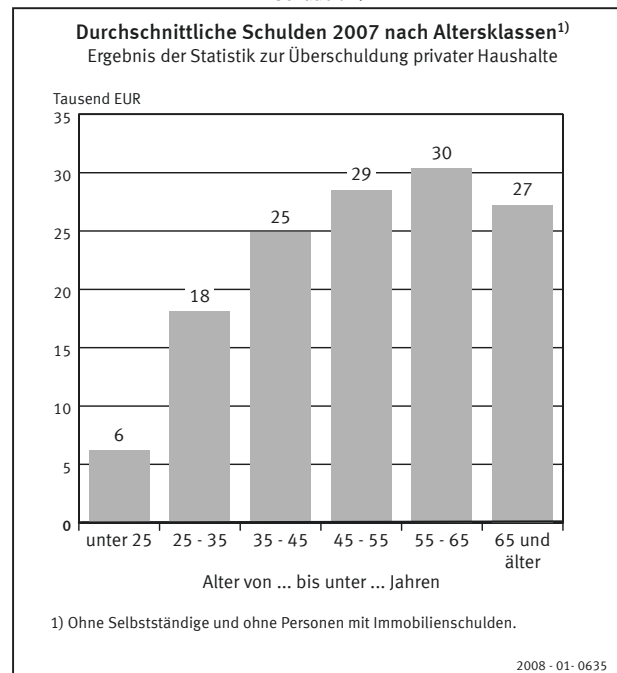
1) Ohne Selbstständige und Personen mit Immobilienschulden.

Hatte eine beratene Person bei einem bestimmten Gläubiger Schulden, so lagen diese sehr viel höher. Wenn die überschuldeten Personen zum Beispiel Ratenkredite aufgenommen hatten und diesen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten, standen sie 2007 bei ihren Banken für diese Ratenkredite im Durchschnitt mit 21 000 Euro im Soll. Hatte eine Person Schulden bei einer anderen Privat-

person, so beliefen sich diese auf 13 400 Euro. Für nicht geleistete Unterhaltsverpflichtungen hatten die unterhaltspflichtigen Personen einen durchschnittlichen Rückstand von 6 700 Euro.

Die 55- bis unter 65-Jährigen tragen im Durchschnitt die höchste Schuldenlast aller Altersgruppen, auch wenn die Immobilienschuldner und die Selbstständigen nicht berücksichtigt werden.

Schaubild 7



6 Einkommen und Einkunftsarten

6.1 Monatliches Nettoeinkommen der Beratenen meist unter 900 Euro

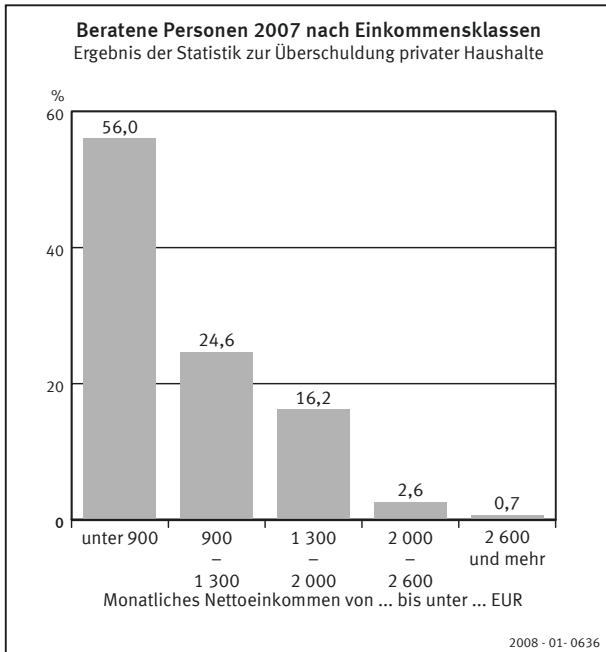
Bei mehr als der Hälfte aller überschuldeten Personen (56%) lag 2007 das monatliche Nettoeinkommen unter 900 Euro und damit unter der Pfändungsfreigrenze, die derzeit für Alleinstehende ohne Unterhaltspflicht 990 Euro beträgt. Nur rund 3% der überschuldeten Personen verfügten über Einkünfte von mehr als 2 000 Euro je Monat (siehe Schaubild 8 auf S. 972).

Bei den alleinstehenden Frauen und Männern mussten sogar fast drei Viertel mit einem Nettoeinkommen unter 900 Euro auskommen. Über 70% der alleinerziehenden Frauen bezogen dagegen ein höheres Nettoeinkommen als 900 Euro.

6.2 Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen der überschuldeten Haushalte liegt bei 1165 Euro

Zusammen mit den Einkünften der übrigen Haushaltsmitglieder verfügten die überschuldeten Personen 2007 über ein monatliches Nettoeinkommen von durchschnittlich

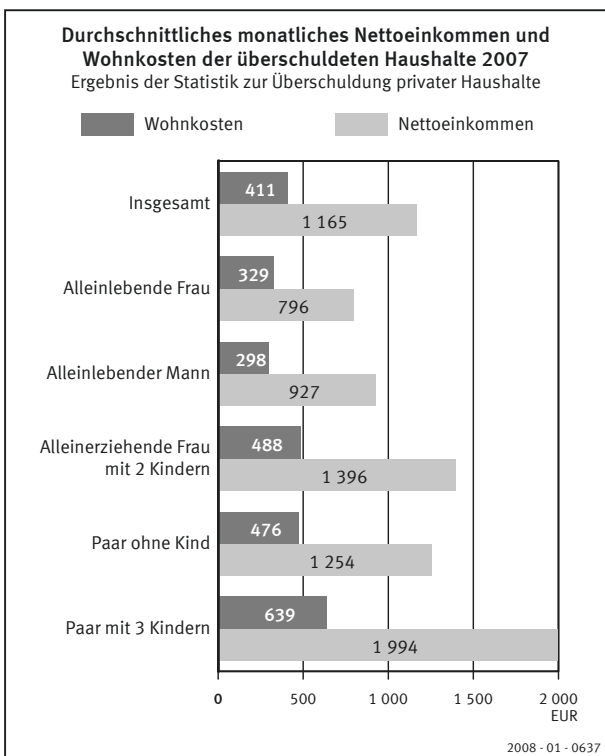
Schaubild 8



1 165 Euro. Über ein Drittel davon mussten sie für das Wohnen aufwenden, sodass für den übrigen Lebensunterhalt rund 750 Euro zur Verfügung standen.

Alleinerziehende überschuldete Frauen mit zwei Kindern konnten mit 1 400 Euro netto zwar über ein höheres durchschnittliches Einkommen verfügen. Nach Abzug der Wohnkosten blieben der dreiköpfigen Familie jedoch nur rund 900 Euro übrig.

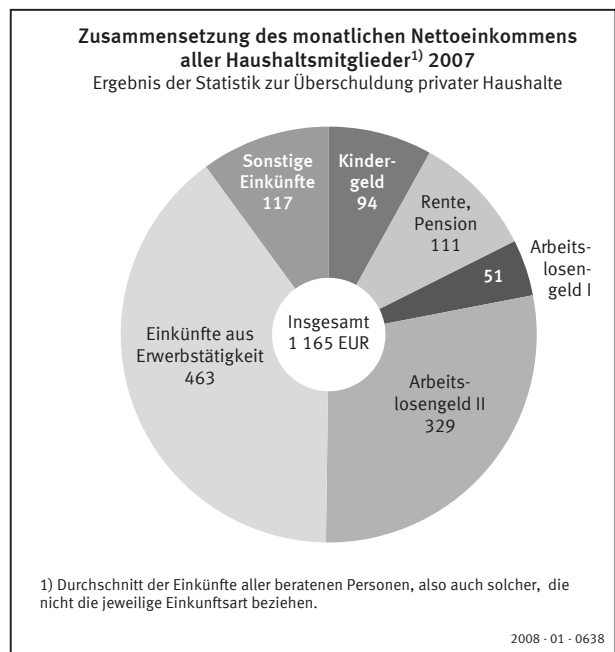
Schaubild 9



6.3 Bezüge aus Erwerbstätigkeit sind die wichtigste Einkommensquelle

Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der überschuldeten Haushalte in Höhe von 1 165 Euro setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen. Wichtigste Einkommensquelle für die Haushalte waren im Beratungsjahr 2007 die Bezüge aus Erwerbstätigkeit, die mit durchschnittlich 463 Euro 40% des Nettoeinkommens ausmachten. Zweitwichtigste Einnahmequelle war das Arbeitslosengeld II, das aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe entstanden ist und 28% zum Haushaltsnettoeinkommen beisteuerte. Dies ist im Zusammenhang zu sehen mit der Tatsache, dass 46% aller beratenen Personen Leistungen nach SGB II oder SGB XII erhielten.

Schaubild 10



Bei alleinerziehenden Frauen machte das Arbeitslosengeld II mit 470 Euro mehr als ein Drittel des Haushaltsnettoeinkommens in Höhe von 1 250 Euro aus. Auch für alleinlebende Frauen war das Arbeitslosengeld II mit 32% des Haushaltsnettoeinkommens der wichtigste Einkommensbestandteil. Alleinlebende Männer bezogen zwar höhere Einkünfte aus Erwerbstätigkeit (441 Euro), trotzdem machte das Arbeitslosengeld II mit 281 Euro noch 30% ihres Nettoeinkommens aus. Bei überschuldeten Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, war das Arbeitslosengeld II mit knapp 40% die wichtigste Einkommenskomponente.

Zum durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen der überschuldeten Haushalte in Höhe von 1 165 Euro trug die beratene Person im Durchschnitt 949 Euro bei. Dies bedeutet, dass alle übrigen Haushaltsmitglieder nicht einmal ein Fünftel zum Gesamteinkommen beisteuerten. Das erscheint plausibel, da 60% der überschuldeten Personen alleinstehend oder alleinerziehend waren und in diesen Fällen somit

Tabelle 10: Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen 2007 nach Einkunftsarten und Haushaltstyp
EUR

Haushaltstyp	Insgesamt	Ausgewählte Einkunftsarten				
		Erwerbstätigkeit	Arbeitslosengeld II	Rente, Pension	Kindergeld	Unterhaltszahlungen von Privatpersonen
Insgesamt	1 165	463	329	111	94	17
darunter:						
Alleinlebende						
Frau	796	236	251	169	15	6
Alleinlebender						
Mann	927	441	281	81	6	–
Alleinerziehende						
Frau	1 250	254	470	48	222	75
Alleinerziehender						
Mann	1 218	493	333	65	144	16
Paar ohne Kind .	1 254	585	262	239	17	5
Paar mit						
Kind(ern)	1 682	741	424	51	246	18

nur ein Einkommensbezieher existiert. Allerdings kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass die Einkünfte der übrigen Haushaltsmitglieder nicht immervollständig offengelegt wurden oder der beratenen Person nicht bekannt waren.

6.4 Erwerbstätige überschuldete Personen haben aus ihrer Erwerbstätigkeit durchschnittlich 1 106 Euro Nettoeinkommen

Das durchschnittliche monatliche Einkommen der Personen, die die jeweilige Einkunftsart bezogen hatten, war deutlich höher. So erhielten überschuldete Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, im Jahr 2007 im Durch-

Tabelle 11: Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen je Person 2007 mit der jeweiligen Einkunftsart

Einkünfte aus ...	EUR
Erwerbstätigkeit	1 106
Ausbildungsbezügen und Beihilfen	398
Selbstständiger Tätigkeit	852
Arbeitslosengeld I	699
Arbeitslosengeld II	644
Rente, Pension	732
Unterhaltszahlungen von Privatpersonen ...	261
Vermögen	449
Sozialhilfe gemäß SGB XII ¹⁾	370
Kindergeld	258
Erziehungsgeld	311
Wohngeld	171
Krankengeld	806
Sonstigen Quellen	269

1) SGB XII – Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch.

schnitt ein Entgelt von 1 106 Euro. Arbeitslose bezogen ein Arbeitslosengeld I in Höhe von durchschnittlich 699 Euro oder ein Arbeitslosengeld II in Höhe von durchschnittlich 644 Euro. [uu](#)

Dipl.-Wirtschaftsmathematikerin Dorothee Blang, Dipl.-Volkswirt (Univ.) Thomas Helmert

Verwendung von Hot-Deck-Verfahren in der Außenhandelsstatistik

Wieviel wiegt eine Trägerrakete für Raumfahrzeuge? Dürfen Diamanten aus Sierra Leone in die Europäische Union (EU) eingeführt werden? Können Einfuhren aus Island im Eisenbahnverkehr die EU erreicht haben? Gibt es tropische Hölzer aus Norwegen? Kann Champagner ursprünglich aus den Vereinigten Staaten kommen? Wird in Deutschland Erdöl gefördert? Gibt es Pferde, die über 2 000 kg wiegen?

Viel zu häufig sind die Angaben zu grenzüberschreitenden Warenbewegungen, die beim Statistischen Bundesamt eingehen, in sich widersprüchlich. Spätestens die Nutzer der veröffentlichten Ergebnisse kennen sich mit dem für sie jeweils interessanten Marktsegment aus und machen auf die Kaschmirpullover von durchschnittlich 3 kg je Stück aufmerksam. Sind die Zahlen aber erst einmal veröffentlicht, so haben sie an anderer Stelle vielleicht bereits Eingang in weitere Auswertungen und Analysen gefunden, ohne dass die Fehler entdeckt wurden. Die Auskunftspflichtigen und die Nutzer dürfen zu Recht erwarten, dass das Statistische Bundesamt aus den übermittelten Meldungen, die vergleichsweise hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen, Ergebnisse in bestmöglicher Qualität erstellt. Die Anstrengungen, die unter den aktuellen Bedingungen von Seiten des Statistischen Bundesamtes unternommen werden müssen, um die Daten rechtzeitig von den Auskunftspflichtigen zu erhalten und zu plausibilisieren, gestalten sich angesichts des anhaltenden Stellenabbaus jedoch als schwer umsetzbar. Auch wenn das Expertenwissen und die Recherchen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den bestmöglichen Korrekturen führen würden, müssen deren Kapazitäten immer

stärker auf die für die Ergebnisse wichtigsten Meldungen konzentriert werden. Für die Plausibilisierung von Warenbewegungen, die die Ergebnisse weniger stark dominieren, muss auf durchdachte automatisierte Korrekturverfahren zurückgegriffen werden.

1 Nutzen der Außenhandelsstatistik

Deutschland ist seit dem Jahr 2003 Exportweltmeister. Schon diese Tatsache lässt die Bedeutung der Warenexporte für die Gesamtwirtschaft erahnen; der Außenhandel gilt in Deutschland als Konjunkturmotor. Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts hängt zunehmend von der Nachfrage des Auslands nach deutschen Produkten ab, denn der Anteil des Außenbeitrags, das heißt des Saldos der Exporte und Importe, am Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 1995 und 2005 fast durchgängig gestiegen. Dies wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus, denn gleichzeitig ist der Anteil der exportabhängig Beschäftigten ebenfalls kontinuierlich gestiegen. Aber auch das Ausland trägt erheblich zur Wertschöpfungskette deutscher Warenexporte bei. Die Importabhängigkeit der Warenexporte ist heute wesentlich höher als vor zehn Jahren.¹⁾

Schon Kurt Tucholsky war 1931 der Meinung „Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.“²⁾ Mehr als 75 Jahre später gilt dieser Ausspruch mehr denn je – eine Entwicklung, die Teil des Prozesses der Globalisierung ist.

1) Siehe Materialienband zum Pressegespräch „Konjunkturmotor Export“, kostenfreier Download unter www.destatis.de (Pfad: Presse → Pressekonferenzen → 2006), sowie Loschky, A./Ritter, L.: „Konjunkturmotor Export“ in WiSta 5/2007, S. 478 ff.

2) Tucholsky, K.: „Kurzer Abriss der Nationalökonomie“ in „Die Weltbühne“, 1931, S. 393.

Das Wachstum des weltweiten Warenhandels ist einer von vielen Indikatoren der Globalisierung. Insofern ist die Außenhandelsstatistik, die den grenzüberschreitenden Handel mit Waren erfasst und darstellt, ein wichtiger Baustein zur Messung und Bewertung der Verflechtungen der deutschen Wirtschaft mit ausländischen Volkswirtschaften. Sie liefert Informationen über die wichtigsten Exportgüter, über die wichtigsten Absatzmärkte, die wichtigsten Ursprungsländer und über die Auswirkungen von Preisänderungen auf den grenzüberschreitenden Warenhandel. Sie liefert einen Beitrag zur Export-Performance als Indikator für Deutschlands Marktanteile in ausländischen Märkten, Daten zur Abhängigkeit des Arbeitsmarktes vom Export, zur Abhängigkeit des Exports vom Import und zur Berechnung von Konjunkturindikatoren.

Vertrauenswürdige statistische Daten sind die Basis aller Analysen der außenwirtschaftlichen Verflechtungen. Es genügt nicht, das Volumen des Außenhandels zu kennen, man benötigt tiefere Kenntnisse über die Strukturen. Aufgabe der Außenhandelsstatistik ist es nicht nur, die Meldungen über grenzüberschreitende Warenbewegungen zu sammeln und in aggregierter Form zu veröffentlichen, sondern auch diese auf Plausibilität zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Dies betrifft sowohl die Plausibilität der Angaben zu einer einzelnen Warenbewegung als auch die Plausibilität der Ergebnisse im Vergleich mit den Detailergebnissen der Vorperioden.

2 Rahmenbedingungen der Außenhandelsstatistik

Während sich der weltweite Handel in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt hat, nahm die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Statistischen Bundesamt im Bereich Außenhandelsstatistik arbeiten, im gleichen Zeitraum um etwa ein Drittel ab. Die Angaben zu den einzelnen Warenbewegungen können nicht mehr mit der gleichen Sorgfalt geprüft werden wie früher. Deshalb muss versucht werden, so viel Expertenwissen wie möglich in IT-Verfahren einfließen zu lassen, die die Prüf- und Korrekturarbeiten teilweise übernehmen.

Vergleichsweise unproblematisch ist die Spezifikation der Plausibilitätsprüfungen. Um die Gültigkeit von Schlüsseln bzw. die Zulässigkeit von Kombinationen von Merkmalsausprägungen zu prüfen, stehen seit Jahrzehnten fachspezifische Werkzeuge zur Verfügung, die laufend weiterentwickelt werden. An die Feststellung von möglicherweise unplausiblen Meldungen schloss sich jedoch normalerweise eine Beurteilung und Korrektur durch Sachbearbeiter/-innen an, die sich mit den fraglichen Sachverhalten auskannten. Dies ist aus den geschilderten Gründen heute jedoch nur noch für die wichtigsten Warenbewegungen möglich.

2.1 Neuausrichtung der Aufbereitung der Außenhandelsstatistik

Die Gruppe Außenhandelsstatistik hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren zusammen mit der Informationstechnik(IT)-

Abteilung des Statistischen Bundesamtes und einem externen Softwareentwickler eine IT-Anwendung konzipiert und realisiert, mit der der Aufbereitungsprozess der Außenhandelsstatistik auf den Output ausgerichtet werden kann und der Korrekturprozess auf die für die Ergebnisse wichtigsten Daten konzentriert wird. Dabei kommen Steuerungsinstrumente zum Einsatz, die dies bestmöglich unterstützen.

Verbesserung der Steuerungsinformationen

Voraussetzung für die Ausrichtung des Korrekturprozesses auf den Output und die für die Ergebnisse wichtigsten Meldungen ist eine gute Datenbasis, die für die Steuerung der Prozesse eingesetzt wird. Dies betrifft

- die Datenbasis, auf die die Plausibilitätsprüfungen zuzugreifen,
- die Daten, die zur Priorisierung der zu korrigierenden Datensätze eingesetzt werden,
- die Daten, die die Basis dafür bilden, Ausreißer zu identifizieren, und
- die Daten, die bei der automatischen Korrektur zum Einsatz kommen.

Aufbau und Inhalt dieser verschiedenen Dateien wurden gleichzeitig mit der Entwicklung des neuen Aufbereitungssystems „Automatisierte Sachbearbeitung in der Außenhandelsstatistik“ (ASA) neu konzipiert. Außerdem wurden jeweils auch Methoden entwickelt, mit denen diese Daten künftig regelmäßig aktualisiert und verbessert werden können.

Verdichtung der Meldepositionen

Ein wichtiger Beitrag, die vorhandenen Personalkapazitäten auf die für die Ergebnisse wichtigsten Meldungen zu konzentrieren, ist auch, Datensätze mit gleichen Ausprägungen in den Ordnungsmerkmalen zu einem einzigen Aufbereitungssatz zu aggregieren. Da die meldenden Unternehmen die Meldedateien häufig automatisiert mithilfe von Warenwirtschaftsprogrammen erstellen, enthalten diese oft hundertfach Warenbewegungen, die sich nur in den numerischen Merkmalen „Wert“, „Eigenmasse“ und „Besondere Maßeinheit“ unterscheiden. Durch die Verdichtung dieser Sätze zu einem Aufbereitungssatz lässt sich die Zahl der zu bearbeitenden Datensätze auf weniger als die Hälfte reduzieren. Auf diese Weise müssen Fehler, die die Auskunftgebenden in einer Monatsmeldung wiederholt begehen, nur einmal durch die Sachbearbeiter im Statistischen Bundesamt korrigiert werden.

Unternehmensbezogene Prüfungen

Unter unternehmensbezogenen Prüfungen sind die Vollständigkeitskontrolle, in Teilen auch die Vollständigkeitskontrolle zu verstehen sowie die Prüfung, ob diejenigen Auskunftspflichtigen, die ihrer Meldepflicht nachkommen, dies auch rechtzeitig tun. Diese Prüfungen und die daraus resultierenden Arbeitsschritte wurden in dem neuen Aufbereitungssystem zu einem Modul zusammengeführt. Dadurch

lassen sich die Bemühungen um eine rechtzeitige Übermittlung der statistischen Daten und der weitere Arbeitsfluss effizienter gestalten.

Selektive Bearbeitung

Die selektive Bearbeitung ist das zentrale Mittel, die vorhandenen Kapazitäten so zielgerichtet wie möglich einzusetzen. Dabei geht es darum, fehlerhafte Datensätze, die einen großen Einfluss auf die Ergebnisse haben, mit höherer Priorität zu korrigieren als Datensätze mit geringer Bedeutung für die betroffenen Aggregate. Die Reihenfolge, in der fehlerhafte Datensätze bearbeitet werden, wird im künftigen Aufbereitungssystem über die Auswahl von Aggregaten und Einzeldatensätzen nach der Bedeutung der darin enthaltenen fehlerhaften Daten gesteuert.

Mit der Einführung der Automatisierten Sachbearbeitung in der Außenhandelsstatistik (ASA) ab dem Berichtsjahr 2009 wird die Entscheidung darüber, ob ein Datensatz manuell oder maschinell korrigiert wird, bis zum Ende der Korrekturphase zurückgestellt, denn die Fehlerkorrektur durch einen Sachbearbeiter ist einem automatischen Korrekturverfahren in jedem Fall vorzuziehen. Bei unplausiblen Angaben in einer Meldung zu grenzüberschreitenden Warenbewegungen ist es häufig nicht möglich, eindeutig zu entscheiden, welches der betroffenen Merkmale tatsächlich für den Fehler verantwortlich ist. Automatische Korrekturverfahren können die Angaben zwar so korrigieren, dass der Datensatz in sich plausibel ist. Damit sind die Angaben aber nicht zwangsläufig richtig. Ein Sachbearbeiter, der sich in dem Warenbereich, den er bearbeitet, Wissen über die gehandelten Waren und über die handelnden Unternehmen erworben hat, ist weitaus besser in der Lage, Fehler zu erkennen und zu korrigieren. Zudem kann er im System vielfältige Recherchen zu vergleichbaren Warenbewegungen in der Vergangenheit anstellen und im Fall von besonders bedeutenden Meldungen mit den Auskunftspflichtigen in Kontakt treten, um eventuell fehlende Informationen zu erfragen.

Outputorientierte Überprüfung der Ergebnisse

Die Überprüfung der Ergebnisse startet mit der automatischen Suche nach Abweichungen im Vergleich zu den Ergebnissen der Vormonate. Dabei wird die Abweichung eines Aggregats vom Mittelwert der zwölf Vormonate ins Verhältnis zur Standardabweichung der Vormonate gesetzt. Bei der anschließenden Ursachenforschung wird wie bei der Korrektur der Meldungsdatensätze wieder selektiv gearbeitet. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung sollte das Ergebnis nur tatsächliche Entwicklungen widerspiegeln. In der Phase der Output-Prüfung können außergewöhnliche Entwicklungen ihre Ursache jedoch auch in Fehlern haben, die in der Phase der Einzelsatzbearbeitung gemacht oder nicht behoben wurden. In dieser abschließenden Phase der Aufbereitung sind die Sachbearbeiter zur Verifizierung bzw. Falsifizierung der vorangegangenen Arbeitsschritte aufgefordert. Dabei werden zunächst die größten Ausreißer in den Ergebnissen untersucht und je nach Arbeitsanfall dann auch die weniger großen Abweichungen überprüft.

2.2 Bedeutung von Imputationsverfahren

Die Konzentration der manuellen Bearbeitung durch die Sachbearbeiter/-innen auf die für die Ergebnisse wichtigsten Meldungen bedeutet, dass diese Datensätze mit besonderer Sorgfalt bearbeitet werden, auf Kosten der Meldungen, die die Ergebnisse weniger stark beeinflussen. Aber auch die für das Ergebnis weniger bedeutsamen Warenbewegungen führen zu auffallend falschen Ergebnissen, wenn sie in sich unplausibel sind. Daher ist es wichtig, zur Korrektur der Datensätze von geringerer Bedeutung für die Ergebnisse möglichst „intelligente“ Imputationsverfahren einzusetzen. Da die Kapazitäten für die manuelle Datenbearbeitung trotz steigenden Meldevolumens weiter reduziert werden, nimmt die Bedeutung automatischer Korrekturverfahren für die Außenhandelsstatistik künftig noch zu. Zur Sicherung der Datenqualität werden Verfahren benötigt, die zu vollständig plausiblen Ergebnissen führen, ohne diese zu verzerren. Dies leistet das nachfolgend beschriebene Hot-Deck-Verfahren, das ab dem Berichtsjahr 2009 im neuen Aufbereitungssystem zum Einsatz kommt und nach Auswertung der ersten Erfahrungen im Echtbetrieb kontinuierlich weiterentwickelt werden soll.

3 Bisherige automatische Fehlerkorrektur

Die automatische Fehlerkorrektur kann prinzipiell mit verschiedenen Methoden durchgeführt werden. In der Aufbereitung der Außenhandelsstatistik erfolgte die automatische Fehlerkorrektur von kategorialen Merkmalen bisher durch deterministische Verfahren. Bei dieser Korrekturmethode werden die Daten durch vorher definierte Korrekturregeln bzw. Wenn-Dann-Beziehungen bereinigt.

Die Korrektur von fehlerhaften Sätzen durch die deterministische Korrekturmethode kann aber unter Umständen zu nicht optimalen Ergebnissen führen, denn eine wichtige Voraussetzung für die problemlose Anwendung dieser Methode ist, dass eindeutige Beziehungen zwischen den Merkmalen vorliegen.³⁾ Eine eindeutige Beziehung liegt zum Beispiel vor, wenn aus Ausprägung A in Merkmal 1 und Ausprägung B in Merkmal 2 zwingend folgt, dass Merkmal 3 die Ausprägung C haben muss. Wenn in diesem Fall bei einer Meldung das Merkmal 3 fehlt oder ein anderer Wert als C gemeldet wird, dann kann durch die deterministische Korrekturmethode problemlos der Wert C für das Merkmal 3 eingesetzt werden. Im Allgemeinen sind diese eindeutigen Beziehungen aber eher die Ausnahme als die Regel.

Des Weiteren ist oft nicht eindeutig, welches Merkmal einen Fehler verursacht. So ist bei einer unplausiblen Kombination von importierter Ware und Ursprungsland nicht ohne Weiteres ersichtlich, ob bei dieser Meldung das Ursprungsland falsch gemeldet wurde oder ob eine falsche Klassifizierung der Ware vorliegt. Bei der deterministischen Fehlerkorrektur müssen in solchen Fällen Annahmen darüber getroffen werden, welche Merkmale richtig oder falsch sind, um dementsprechend die Korrekturregeln definieren zu können.

³⁾ Siehe dazu Giles, P./Patrick, C.: "Imputation Options in a Generalized Edit and Imputation System" in Survey Methodology, Vol. 12, No. 1, 1986, S. 49 ff.

Ein weiterer Nachteil der deterministischen Korrektur ist die geringe Variabilität der eingesetzten Werte. Falls beispielsweise ein fehlender Wert für das Ursprungsland ersetzt werden muss und sich durch die anderen Merkmale keine eindeutige Korrekturregel ergibt, dann wird bei der deterministischen Korrektur entweder immer ein bestimmter Wert eingesetzt oder es muss eine genaue Abfolge der Einsetzungen bestimmt werden. Durch die mangelhafte Abbildung der tatsächlich vorhandenen Variabilität kann deshalb die Fehlerkorrektur die Ergebnisse verzerren.

Ein weiteres Problem bei der generellen Anwendung dieser Methode ist die zu bewältigende Komplexität bei der Definition der Korrekturregeln. Da die Änderung einer Merkmalsausprägung wiederum zu einem Fehler in Verbindung mit einem anderen Merkmal führen kann, ist es sehr wichtig, dass die Regeln vollständig und in sich konsistent sind. Dies ist aber in der Aufbereitung der Außenhandelsstatistik mit vertretbarem Aufwand kaum zu erreichen, da bis zu 24 kategoriale Merkmale fehlerhaft sein können. Falls die deterministische Fehlerkorrektur aber nicht in sich konsistent ist, besteht die Gefahr, dass Endlosschleifen entstehen, die den Aufbereitungsprozess erheblich stören können.

4 Umgestaltung der automatischen Fehlerkorrektur in der Außenhandelsstatistik

Um die oben genannten Nachteile der deterministischen Korrekturmethode zu überwinden, wird im Zuge der Einführung der Automatisierten Sachbearbeitung in der Außenhandelsstatistik (ASA) auch die automatische Fehlerkorrektur neu gestaltet. Dabei wird ein Verfahren angestrebt, das eine komplette Fehlerbereinigung mit Berücksichtigung der vorhandenen Variabilität der Merkmale ermöglicht, ohne ein komplexes und fehleranfälliges Regelwerk definieren zu müssen. Weil künftig die automatische Fehlerkorrektur nicht mehr vor der manuellen Bearbeitung der Daten, sondern als abschließende Korrektur erst am Ende des Aufbereitungszeitraums stattfindet, sind weitere Korrekturen an den durch die automatische Fehlerkorrektur bearbeiteten Daten nur noch sehr begrenzt vor der ersten Veröffentlichung möglich.

Eine Korrekturmethode, die prinzipiell über die gewünschten Eigenschaften verfügt und damit die neue Arbeitsweise unterstützt, ist die Hot-Deck-Spendermethode. Diese wird künftig bei der Mehrzahl der Korrekturen von kategorialen Merkmalen zum Einsatz kommen und nur bei bestimmten Ausnahmen werden die Daten weiterhin durch die deterministische Fehlerkorrektur bereinigt.

4.1 Prinzip des Hot-Deck-Verfahrens

Bei der automatischen Fehlerkorrektur durch eine Hot-Deck-Spendermethode werden fehlerhafte Meldungen durch fehlerfreie Meldungen aus dem laufenden Aufbereitungszeit-

raum korrigiert. Dabei werden für eine fehlerhafte Meldung (Empfängersatz) die Merkmalsausprägungen einer fehlerfreien Meldung (Spendersatz) eingesetzt. Der Name ‚Hot-Deck-Verfahren‘ geht auf die Zeit zurück, als die Datenverarbeitung noch durch Lochkarten erfolgte. Diese Lochkarten wurden beim Bearbeiten heiß, weshalb die Korrektur durch aktuelle, noch „heiße“ Daten Hot-Deck-Verfahren genannt wurde. Die Fehlerkorrektur durch Lochkarten, die bereits abgekühlt waren, weil die Bearbeitung der Daten bereits abgeschlossen war, wurde demzufolge Cold-Deck-Verfahren genannt.⁴⁾

Vor der Verwendung der Hot-Deck-Spendermethode müssen eine Reihe von Entscheidungen über die Ausgestaltung des Verfahrens zur Bestimmung der Spendersätze getroffen werden. Zum einen muss bestimmt werden, ob es Merkmale gibt, die die Auswahl an möglichen Spendern für einen fehlerhaften Datensatz beschränken. In vielen Bereichen dürfte es nicht sinnvoll sein, alle fehlerfreien Meldungen als potenzielle Spender für einen Empfängersatz zuzulassen. Zum anderen muss bei der Verwendung eines Hot-Deck-Verfahrens die Prozedur bestimmt werden, mit der die Spendersätze für die Empfängersätze gefunden werden. Es gibt bei der Hot-Deck-Imputationsmethode mehrere Möglichkeiten, wie festgelegt wird, welcher Spendersatz einen Empfängersatz korrigiert. Dabei haben die einzelnen Bestimmungsverfahren jeweils gewisse Vor- und Nachteile.⁵⁾

4.2 Die Bestimmung des Spendersatzes durch eine Distanzfunktion

In der Außenhandelsstatistik wird künftig für einen fehlerhaften Datensatz der „Nächste-Nachbar“-Datensatz als Spender genommen werden und damit die fehlerfreie Meldung, die der fehlerhaften Meldung am ähnlichsten ist. Potenzielle Spender sind im Allgemeinen alle plausiblen Meldungen mit derselben Warennummer wie der fehlerhafte Datensatz. Die Ähnlichkeit von potenziellen Spendersätzen und dem jeweiligen Empfängersatz wird über eine Distanzfunktion ermittelt.⁶⁾

$$D_{XY} = D(X, Y) = \left[\sum_{k=1}^r w_k |x_k - y_k|^p \right]^{1/p}$$

Wie an der generellen Darstellung einer Distanzfunktion deutlich wird, ist die Distanz D_{xy} abhängig von der fehlerhaften Meldung X und der fehlerfreien Meldung Y . Wesentlich für die Distanz der Meldungen voneinander ist die Abweichung der Merkmalsausprägungen des Empfängersatzes (x_k) von den Merkmalsausprägungen des potenziellen Spendersatzes (y_k). Falls bei der Berechnung der Distanz von Datensätzen auch kategoriale Merkmale berücksichtigt werden, dann müssen numerische Werte für die Übereinstimmung von diesen Merkmalen definiert werden. Ein übliches Vorgehen ist, bei gleicher Ausprägung eines kategorialen Merkmals des Spender- und Empfängersatzes ($x_k = y_k$) den Dis-

4) Dies können zum Beispiel Daten aus anderen Befragungen oder eines vergangenen Zeitraums sein.

5) Eine Übersicht über die verschiedenen Methoden geben Kalton, G./Kasprzyk, D.: "The Treatment of Missing Survey Data" in Survey Methodology, Vol. 12, No. 1, 1986, S. 1 ff.

6) Siehe Fußnote 3.

tanzwert gleich 0 und bei ungleicher Ausprägung ($x_k \neq y_k$) den Distanzwert gleich 1 zu setzen. Bei numerischen Merkmalen ist es ratsam, die jeweiligen Werte zu normieren, wenn eine ungleiche Bedeutung der Merkmale für die Distanzfunktion nicht erwünscht ist. Durch den Parameter p kann bestimmt werden, ob die Auswirkung der Merkmale auf die Distanz von zwei Meldungen mit zunehmender Abweichung überproportional zu- oder abnimmt. Mithilfe des Parameters w_k kann die Bedeutung der Merkmale gewichtet werden. Dadurch ist es zum Beispiel möglich, dem Merkmal „Ursprungsland“ eine höhere Bedeutung bei der Beurteilung der Ähnlichkeit von zwei Meldungen zukommen zu lassen als dem Merkmal „Inländischer Verkehrszeitpunkt an der Grenze“. Die Distanz D_{xy} zwischen einem Empfänger- und einem Spendersatz ist somit die Summe der gewichteten Abweichung der Merkmale dieser beiden Sätze. Als Spendersatz wird der Datensatz mit der kleinsten Distanz ausgewählt und somit die Meldung, die gemäß der Distanzfunktion dem Empfängersatz am ähnlichsten ist.

Durch den Gewichtungsparemeter w_k und den Parameter p sind eine Vielzahl von Spezifikationen der Distanzfunktion denkbar. Bei der automatischen Korrektur der Außenhandelsstatistik wird der Parameter p gleich 1 gesetzt und damit eine relativ einfache Distanzfunktion verwendet, in der die Abweichung der Merkmale entsprechend ihrem Gewicht proportional in die Berechnung eingeht.

4.3 Die Auswirkungen des Gewichtungsparemters

Der Gewichtungsparemeter w_k hat einen wesentlichen Einfluss auf die Distanz der Meldungen. Dadurch kann die Auswahl der Spendersätze gesteuert werden. Es ist also zu beachten, dass die Werte der Gewichtungsparemeter einen starken Einfluss auf die Ergebnisse der Fehlerkorrektur haben können. Welche Auswirkungen unterschiedliche Werte des Gewichtungsparemters auf die Änderungen von Merkmalsausprägungen von fehlerhaften Datensätzen durch die Hot-Deck-Spendermethode haben können, zeigt die Tabelle.

Auswirkungen des Gewichtungsparemters auf die Änderungen der Merkmale
Prozent

Wert des Gewichtungsparemters des Merkmals Bestimmungsland/ Ursprungsland	Anteil der korrigierten Meldungen mit Änderung des Merkmals Bestimmungsland/ Ursprungsland	Anteil der korrigierten Meldungen mit Übereinstimmung des Melders
1	66,68	32,05
2	56,64	30,58
3	50,55	27,75
4	45,77	24,14
5	42,62	21,26
6	39,03	17,73
7	38,51	17,23
8	38,37	17,10
9	38,31	17,05
10	38,30	17,04

In der Tabelle sind die Ergebnisse eines Tests der Hot-Deck-Spendermethode dargestellt, bei dem der Gewichtungsparemeter des Merkmals Bestimmungsland/ Ursprungsland verändert wurde.⁷⁾ In den verwendeten Testdaten gab es rund 697 000 potenzielle Spendersätze für rund 297 000 fehlerhafte Datensätze.⁸⁾ Die fehlerhaften Datensätze wurden durch den jeweils ähnlichsten fehlerfreien Datensatz korrigiert, der durch die Distanzfunktion bestimmt wurde. Die Gewichtungsparemeter der Distanzfunktion waren fast alle auf 1 gesetzt. Lediglich das Gewicht des Hilfsmerkmals Melder wurde auf 5 gesetzt und der Parameter für das Merkmal Bestimmungsland/ Ursprungsland war variabel. In der Tabelle wird deutlich, dass mit zunehmender Gewichtung des Merkmals Bestimmungsland/ Ursprungsland sehr viel seltener ein Spenderdatensatz gewählt wird, der dieses Merkmal verändert. Zugleich wird immer seltener ein Spenderdatensatz gefunden, der vom gleichen Melder stammt. Bei einem Gewichtungsparemeter von 1 für das Merkmal Bestimmungsland/ Ursprungsland ist dieses Merkmal für die Bestimmung der Distanz der Meldungen von gleicher Bedeutung wie die meisten anderen Merkmale und im Vergleich zur Übereinstimmung des Melders eher unwichtig. Dementsprechend werden bei einem Parameter von 1 in rund zwei Dritteln der Fälle bei einem fehlerhaften Satz das Bestimmungs- bzw. das Ursprungsland geändert. Dieser Anteil verringert sich bei einem Wert des Gewichtungsparemters von 7 deutlich um 42,2 % bzw. 28,17 Prozentpunkte. Weitere Erhöhungen des Gewichtungsparemters haben kaum noch eine Wirkung, weil für die fehlerhaften Sätze, bei denen das Merkmal Bestimmungsland/ Ursprungsland weiterhin geändert wird, in der Regel keine Spendersätze mit gleichem Bestimmungsland/ Ursprungsland verfügbar sind. Mit steigendem Gewichtungsparemeter für das Merkmal Bestimmungsland/ Ursprungsland geht die Bedeutung der restlichen Merkmale für die Distanz zurück. Deutlich wird dies bei der Übereinstimmung des Melders in den Spender- und Empfängersätzen. Bei einem Wert des Gewichtungsparemters von 1 für das Merkmal Bestimmungsland/ Ursprungsland und von 5 für einen ungleichen Melder wurden 32,05 % der fehlerhaften Daten durch einen Spendersatz vom selben Melder korrigiert. Bei einem Wert des Gewichtungsparemters des Merkmals Bestimmungsland/ Ursprungsland von 7 und unverändertem Wert des Melders sinkt dieser Anteil um fast die Hälfte auf 17,23 %. Eine weitere Steigerung des Gewichtungsparemters des Merkmals Bestimmungsland/ Ursprungsland hat auch für die Übereinstimmung der Spender- und Empfängersätze hinsichtlich des Melders kaum noch Auswirkungen. Durch diese Ergebnisse wird deutlich, dass durch die Wahl der Gewichtungsparemeter eine begrenzte Steuerung der Korrektur der einzelnen Merkmale möglich ist. Allerdings müssen auch die Konsequenzen der unterschiedlichen Relevanz von Merkmalen für die Distanz bedacht werden. So steigt bei größeren Werten des Gewichtungsparemters die Wahrscheinlichkeit, dass ein Merkmal nicht geändert wird, auch wenn es selbst Ursache des Fehlers in einer Meldung ist.

7) In der Verkehrsrichtung Import bzw. Einfuhr ist das entsprechende Merkmal „Ursprungsland“ und in der Verkehrsrichtung Export bzw. Ausfuhr ist das entsprechende Merkmal „Bestimmungsland“.

8) Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist zu beachten, dass im Wirkbetrieb der automatischen Korrektur in der Aufbereitung der Außenhandelsstatistik wesentlich mehr Spendersätze zur Verfügung stehen werden und damit die hier vorgestellten Ergebnisse keine Aussage über die künftige Situation ermöglichen.

4.4 Beispiel einer Fehlerkorrektur durch den „Nächsten-Nachbar“-Datensatz

Die prinzipielle Funktionsweise des Hot-Deck-Spenderverfahrens und der Fehlerkorrektur durch den Nächsten-Nachbarn soll anhand eines Beispiels im Schaubild veranschaulicht werden.

In dem im Schaubild aufgezeigten beispielhaften Fall ist ein Datensatz fehlerhaft, weil dessen Kombination der Merkmalsausprägungen von drei kategorialen Merkmalen unplausibel ist. Zur Korrektur dieser Meldung gibt es drei fehlerfreie Datensätze, die im Rahmen des Hot-Deck-Spenderverfahrens als potenzielle Spendersätze in Frage kommen. Der Spendersatz wird durch eine Distanzfunktion bestimmt, da die Meldung ausgewählt werden soll, die dem fehlerhaften Satz am ähnlichsten ist. Die Distanz wird auf Grundlage der drei relevanten Merkmale berechnet, wobei bei Übereinstimmung der Merkmalsausprägungen ein Distanzwert von 0 und bei ungleichen Ausprägungen ein Distanzwert von 1 für das jeweilige Merkmal definiert wird. Der Parameter p der Distanzfunktion wird ebenso auf 1 gesetzt wie der Gewichtungparameter w_k der Merkmale 1 und 2. Das Merkmal 3 hat bei der Bestimmung der Ähnlichkeit hingegen eine höhere Priorität und dementsprechend ist der Gewichtungparameter w_k dieses Merkmals mit einem Wert von 2 doppelt so hoch wie der Parameter der Merkmale 1 und 2. Die Auswirkungen der höheren Gewichtung des Merkmals 3 sind an den Distanzwerten der potenziellen Spender 1 und 3 ersichtlich. Obwohl beide potenziellen Spender bei jeweils zwei Merkmalen Abweichungen aufweisen, würde im Zweifelsfall der Spendersatz 1 als Spender genommen. Denn die Abweichung des Spendersatzes 3 beim Merkmal 3 wird höher gewichtet als die Abweichung des Spendersatzes 1 beim Merkmal 1. Die niedrigste Distanz hat hingegen der potenzielle Spender 2 mit lediglich einer abweichenden Merkmalsausprägung beim Merkmal 2. Demzufolge würde in diesem Beispiel der fehlerhafte Datensatz durch Imputation der Merkmalsausprägungen aus dem potenziellen Spendersatz 2 korrigiert.

4.5 Künftige Fehlerkorrektur

Die Funktionsweise der Hot-Deck-Spendermethode, wie sie als Beispiel im Schaubild dargestellt wird, ist relativ einfach. Für eine adäquate automatische Fehlerkorrektur der Außenhandelsstatistik ist aber auch in Zukunft eine gewisse Komplexität notwendig, vor allem durch eine differenzierte Auswahl der möglichen Spendersätze und eine Kombination der verschiedenen Korrekturmethode. In Zukunft wird gegen Ende des Aufbereitungszeitraumes die automatische Fehlerkorrektur durchgeführt, um alle noch verbliebenen, üblicherweise für die Ergebnisse weniger bedeutenden, unplausiblen Meldungen zu plausibilisieren. Für das Hot-Deck-Verfahren werden die Daten anhand des Bearbeitungszustandes und der Fehlerschlüssel in Empfängersätze und potenzielle Spendersätze eingeteilt. Bei den Empfängersätzen wird dabei unterschieden, ob Merkmale in Kombination mit der Warennummer der Meldungen fehlerhaft sind oder ob die Warennummer für die Fehler keine Rolle spielt. Dies ist darin begründet, dass Empfängersätze mit einer zweifelhaften Warennummer beim nächsten Schritt nicht berücksichtigt werden. Der nächste Schritt ist die Korrektur der fehlerhaften Datensätze durch Spendersätze mit derselben Warennummer. Empfängersätze, die einen Fehler haben, der durch eine unplausible Kombination eines Merkmals mit der Warennummer begründet ist, haben möglicherweise eine falsche Warennummer. Die Warennummer kann aber bei einem Spendersatz mit derselben Warennummer nicht korrigiert werden. Deswegen werden diese Empfängersätze und die fehlerhaften Sätze, für die es keine Spender mit derselben Warennummer gibt, durch Spendersätze mit derselben HS-Unterposition korrigiert.⁹⁾ Dabei werden – anders als bei der Korrektur durch Spendersätze mit derselben Warennummer – nicht nur kategoriale Merkmale bei der Berechnung der Distanz berücksichtigt, sondern auch die numerischen Merkmale „Statistischer Wert“, „Eigenmasse“ und „Besondere Maßeinheit“.¹⁰⁾ Diese Merkmale haben für die Bestimmung der Distanz von Meldungen mit derselben Warennummer keine Relevanz, falls lediglich kategoriale Merkmale korrigiert werden. Bei der Korrektur durch Spendersätze mit unterschiedlichen Warennummern hingegen lassen sich durch den Statistischen Wert je

Beispiel einer Fehlerkorrektur durch Spendersätze

	Merkmal 1 $w_1=1$	Merkmal 2 $w_2=1$	Merkmal 3 $w_3=2$	Distanz $D_{XY} = \sum_{k=1}^3 w_k x_k - y_k $
Fehlerhafter Satz	A	B	C	
Potenzieller Spendersatz 1	B	D	C	2
Potenzieller Spendersatz 2	A	C	C	1
Potenzieller Spendersatz 3	A	C	A	3
Korrigierter Satz	A	C	C	

9) HS = Harmonisiertes System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Die HS-Unterposition ergibt sich aus den ersten sechs Stellen der Warennummer. Eine Warennummer besteht aus acht Stellen und gehört somit immer zu einer bestimmten HS-Unterposition.

10) Das Merkmal „Eigenmasse“ beschreibt das Gewicht einer Ware, während das Merkmal „Besondere Maßeinheit“ die gemeldete Menge angibt. Der Statistische Wert ist der Wert einer Ware an der deutschen Grenze.

Maßeinheit einer Meldung in Relation zu dem durchschnittlichen Verhältnis von Statistischem Wert je Maßeinheit einer Warennummer im Idealfall Rückschlüsse auf die richtige Warennummer ziehen, die dann durch entsprechende Spendersätze realisiert wird.¹¹⁾ Sollte es bei diesem Korrekturdurchlauf wiederum Empfängersätze geben, für die es keinen Spender mit derselben Unterposition gibt, dann werden anschließend für diese fehlerhaften Meldungen Spender mit derselben HS-Position gesucht.¹²⁾ Meldungen, die dadurch immer noch nicht korrigiert wurden, müssen manuell bearbeitet werden.

Ergänzt wird die Hot-Deck-Spendermethode bei der künftigen automatischen Fehlerkorrektur der Außenhandelsstatistik auch weiterhin durch die deterministische Fehlerkorrektur. Diese kommt dann zum Einsatz, wenn auf Grundlage einer eindeutigen Beziehung zwischen den Merkmalen eine problemlose Fehlerkorrektur durch eine regelbasierte Einsetzung möglich ist. Des Weiteren werden Datensätze deterministisch korrigiert, wenn das fehlerhafte Merkmal durch das Hot-Deck-Verfahren mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit durch eine bestimmte Ausprägung korrigiert wird. Dies ist beispielsweise bei dem Merkmal „Art des Geschäfts“ der Fall. Da für über 90% der Meldungen dieses Merkmal die Ausprägung „freier Verkehr“ hat, ist die deterministische Korrektur dieses Merkmals die effizientere Methode. Als weitere Korrekturmethode wird in Zukunft die regressionsbasierte Einsetzung für die numerischen Merkmale „Besondere Maßeinheit“, „Eigenmasse“ und „Statistischer Wert“ verwendet. Wenn der Wert eines dieser Merkmale fehlt, dann wird dieser Wert auf Grundlage eines anderen numerischen Merkmals und dem im Vorjahreszeitraum betrachteten Verhältnis zwischen den beiden Merkmalen berechnet und eingesetzt.¹³⁾ Etwas schwieriger ist die Situation bei einem unplausiblen Verhältnis der Merkmale zueinander. Wenn der gemeldete Statistische Wert in Relation zur gemeldeten Eigenmasse unplausibel ist, dann ist ohne weitere Analyse nicht eindeutig, welches der beiden Merkmale die Ursache für den Fehler ist. In diesem Fall wird angenommen, dass der Melder eher weiß, wie viel eine Ware kostet, und dementsprechend wird die Eigenmasse dem gemeldeten Statistischen Wert angepasst. Bei einem unplausiblen Verhältnis von Statistischem Wert zu Besonderer Maßeinheit wird analog ebenfalls der Statistische Wert als korrekt angenommen. Das Verhältnis von Besonderer Maßeinheit zu Eigenmasse kann ebenfalls unplausibel sein; in diesem Fall wird die Eigenmasse an die Besondere Maßeinheit angepasst, weil wiederum davon ausgegangen wird, dass der Melder eher Kenntnis über die Stückzahl (bzw. die relevante Maßeinheit) als über das Gewicht hat.¹⁴⁾ Wenn diese Annahmen nicht erfüllt sind, weil zum Beispiel keine falsche Angabe aus Unwissen vorliegt, sondern ein Tippfehler, kann dieses Vorgehen allerdings zu problematischen Ergebnissen führen.

4.6 Vorteile der neuen automatischen Fehlerkorrektur

Die neu gestaltete automatische Fehlerkorrektur bietet gegenüber dem jetzigen Verfahren eine Reihe von Vorteilen. Der Zeitpunkt der automatischen Fehlerkorrektur wird auf das Ende des Aufbereitungszeitraumes verlegt, wodurch bestimmte fehlerhafte Meldungen nicht mehr von vornherein verändert werden. Dies ist möglich, weil anders als bisher weitgehend alle Fehler am Ende des Aufbereitungszeitraumes korrigiert werden können. Bisher mussten bestimmte Fehlertypen manuell bearbeitet werden und dies unabhängig davon, ob die betreffende Meldung für das Ergebnis bedeutend war oder eher nicht. Bei der Automatisierten Sachbearbeitung in der Außenhandelsstatistik (ASA) hingegen werden durch die regressionsbasierte Korrektur auch die numerischen Merkmale bei weniger bedeutenden Meldungen korrigiert, was bisher nicht geschehen ist. Bei den kategorialen Merkmalen wird die Anwendung der deterministischen Korrekturmethode auf wenige Ausnahmen beschränkt, bei denen diese Methode eine problemlose Fehlerkorrektur ermöglicht. Durch die Beschränkung auf die Fälle, die prädestiniert für die Plausibilisierung durch die deterministische Korrektur sind, sinkt der Aufwand zur Definition und Pflege von Korrekturregeln erheblich. Die meisten Fehler werden durch das Hot-Deck-Spenderverfahren korrigiert, welches ein leistungsfähiges und einfach zu handhabendes Korrekturverfahren ist, das im Allgemeinen sinnvolle Änderungen vornimmt, ohne die Ergebnisse systematisch zu verzerren.¹⁵⁾ Besonders hervorzuheben ist die Berücksichtigung der Variabilität der Merkmalsausprägungen bei der Berichtigung der Daten und die bessere Korrektur bei unplausiblen Kombinationen von Merkmalen bei dieser Methode. Darüber hinaus lässt sich durch die Bestimmung der ähnlichsten Meldung als Spender die Fehlerkorrektur in begrenztem Ausmaß steuern.

Die künftige automatische Korrektur ist auf mehreren Gebieten vorteilhaft, jedoch steigen auch die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit die automatische Korrektur eine hohe Datenqualität gewährleistet. Im Gegensatz zu den bisherigen Korrekturverfahren kann die automatische Fehlerkorrektur nicht mehr isoliert von den anderen Aufbereitungsschritten betrachtet werden. Vielmehr ist eine wesentliche Bedingung für einen einwandfreien Ablauf der Hot-Deck-Spendermethode, dass genügend Spendersätze mit hoher Qualität zur Verfügung stehen. Dafür muss die vorhergehende Aufbereitung der Meldungen auch mit hoher Qualität vorgenommen werden. Insbesondere die manuelle Bearbeitung der Datensätze muss sicherstellen, dass es für jede Warennummer fehlerfreie Datensätze gibt, die das Handelsgeschehen abdecken. Falls nur relativ wenige Datensätze einer Warennummer fehlerfrei sind, dann wer-

11) Falls zum Beispiel Champagner mit Ursprungsland Vereinigte Staaten gemeldet wird, dann ist zunächst nicht klar, ob es sich bei der Meldung eigentlich um anderen Schaumwein mit 8,5% Vol Alkohol oder mehr handelt oder ob das tatsächliche Ursprungsland Frankreich ist. Durch die Distanz zwischen zwei Meldungen, bei der auch das Merkmal „Statistischer Wert“ je Stück berücksichtigt wird, kann im Idealfall ein Spender gefunden werden, der die angemessene Korrektur vornimmt und beispielsweise bei einem relativ hohen Statistischen Wert je Stück das Ursprungsland in Frankreich ändert.

12) Die HS-Position ergibt sich aus den ersten vier Stellen der Warennummer; damit gehört eine Warennummer immer zu einer bestimmten HS-Position.

13) Die Korrektur durch Regressionsmodelle wird unter anderem dargestellt von Giles, P./Patrick, C., a. a. O. (Fußnote 3).

14) Das Verhältnis von Besonderer Maßeinheit zu Eigenmasse in der Außenhandelsstatistik wird beschrieben von Meyer, S.: „Entlastungseffekte in der Intrahandelsstatistik durch vereinfachte Mengenangaben“ in WiSta 9/2008, S. 784 ff.

15) Die Vorteile der Hot-Deck-Spendermethode und des Nächsten-Nachbar-Verfahrens werden dargestellt von Chen, J./Shao, J.: „Nearest Neighbor Imputation for Survey Data“ in Journal of Official Statistics, Vol. 16, No. 2, 2000, S. 113 ff.

den diese unter Umständen sehr häufig als Spendersätze verwendet, was zu problematischen Ergebnissen führen kann. Eine weitere sehr wichtige Voraussetzung für eine vernünftige Anwendung des Hot-Deck-Spenderverfahrens sind fehlerfreie Plausibilitätsprüfungen. Da die Bedeutung einer Meldung sehr stark steigen kann, wenn sie möglicherweise mehrfach als Spendersatz verwendet wird, ist es sehr wichtig, dass im Rahmen der Plausibilitätsprüfungen alle fehlerhaften Datensätze erkannt werden. Falls unplausible Meldungen nicht als fehlerhaft erkannt werden, können sie potenzielle Spender sein. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich fehlerhafte Daten durch das Hot-Deck-Verfahren potenzieren und damit die automatische Fehlerkorrektur zu einer Verringerung der Datenqualität führt.¹⁶⁾

Ein vergleichbares Problem kann es bei der automatischen Korrektur der numerischen Merkmale durch das regressionsbasierte Verfahren geben. Auch für dieses Verfahren ist es wesentlich, dass fehlerhafte Datensätze erkannt und entsprechend korrigiert werden. Falls ein fehlerhafter Ausreißer nicht korrigiert wird, kann dieser Satz die Durchschnittswerte der numerischen Merkmale ernsthaft beschädigen. Diese Fehler schreiben sich selbst fort, wenn die Durchschnittswerte wieder für künftige Fehlerkorrekturen verwendet werden.

5 Ausblick

Die neugestaltete automatische Fehlerkorrektur in der Außenhandelsstatistik, die mit der Automatisierten Sachbearbeitung in der Außenhandelsstatistik eingeführt wird, unterscheidet sich sehr stark von der bisher verwendeten Methode. Um den Beitrag des Verfahrens zur Verbesserung der Qualität der statistischen Ergebnisse beurteilen zu können, sollen im Rahmen eines von der EU finanzierten Projekts die Ergebnisse genauer untersucht werden. Insbesondere soll analysiert werden, ob die Ergebnisse der automatischen Datenbearbeitung signifikant von den Ergebnissen der manuellen Datenbearbeitung abweichen. Falls es zu signifikanten Unterschieden kommt, selbst wenn lediglich die eher unbedeutenden Datensätze maschinell korrigiert werden, dann ist darüber hinaus eine genauere Analyse der Auswirkungen auf die Asymmetrien der Außenhandelsstatistik durch Spiegelvergleiche geplant.¹⁷⁾ Durch dieses Projekt sollen weitreichende Erkenntnisse über die Auswirkungen der automatischen Fehlerkorrektur gewonnen werden. Insbesondere soll eine Abschätzung der Auswirkungen eines verstärkten Einsatzes der automatischen Korrektur möglich sein. Dadurch könnte bestimmt werden, bis zu welchem Ausmaß der Einsatz der automatischen Fehlerkorrektur unproblematisch ist. Des Weiteren soll mithilfe der Ergebnisse der Untersuchung die automatische Fehlerkorrektur weiterentwickelt werden. [u](#)

16) Siehe dazu Sande, I.: "Hot-Deck Imputation Procedures" in Madow, W./Olkin, I. (Hrsg.): "Incomplete Data in Sample Surveys", Vol. 3: Proceedings of the Symposium, New York 1983, S. 339 ff.

17) Die Analyse von Asymmetrien durch Spiegelvergleiche wird vorgestellt von Loschky, A.: „Asymmetrien in der Außenhandelsstatistik“ in WiSta 3/2006, S. 257 ff.

Dipl.-Kaufmann Daniel Schmidt

Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007

Erweiterte Möglichkeiten für eine Analyse der dualen Berufsausbildung

Ein Leitsatz der Qualifizierungsinitiative für Deutschland „Aufstieg durch Bildung“, die von der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder jüngst vereinbart wurde, ist die Stärkung der beruflichen Bildung und Qualifizierung. Bildungsabschlüsse sind eine wichtige Grundlage für den weiteren Lebensweg jedes Einzelnen, insbesondere aber für den Eintritt ins Arbeitsleben. Eine Voraussetzung für Letzteres ist ein beruflicher Bildungsabschluss, der in Deutschland in einem beträchtlichen Umfang im dualen System der Berufsausbildung erworben wird. Angesichts rascher Veränderungen der Märkte und der Produktionsprozesse und des zunehmenden Wandels in der Arbeitswelt ist die Beobachtung des Angebots von und der Nachfrage nach Lehrstellen von großer Bedeutung für die Bildungspolitik. Hierfür liefert die amtliche Berufsbildungsstatistik seit nunmehr über dreißig Jahren jährlich aktuelle Daten.

Durch das Berufsbildungsreformgesetz vom 23. März 2005¹⁾ wurde für die Berufsbildungsstatistik ab dem Erhebungsjahr 2007 eine Vielzahl von Änderungen angeordnet. Im vorliegenden Beitrag werden die inhaltlichen und erhebungstechnischen Veränderungen der Berufsbildungsstatistik beschrieben. Dabei wird neben der Umstellung von einer Aggregat- auf eine Individualstatistik auch die Anpassung des Merkmalskatalogs dargestellt. Durch die Umstellung auf eine Individualstatistik sind die verschiedenen Merkmale nun frei kombinierbar, wodurch das Analysepotenzial stark erweitert wird, sodass beispielsweise auch

multivariate Zusammenhänge dargestellt werden können. Abschließend werden die Probleme bei der Umstellung beschrieben und erste Ergebnisse zu den Auszubildenden im Jahr 2007 skizziert.

Vorbemerkung

Formale berufliche Bildungsabschlüsse werden in Deutschland im Rahmen der dualen Ausbildung, in beruflichen Vollzeitschulen, an Fachschulen und Fachakademien sowie an Hochschulen erworben. Daneben werden berufliche Qualifikationen in Unternehmen und in Bildungseinrichtungen anderer Institutionen vermittelt, ohne dass ein anerkannter formaler Abschluss verliehen wird (z. B. Traineeprogramme, Berufsvorbereitung, „Training on the job“ oder Weiterbildung). Im Jahr 2007 hatten nach Angaben des Mikrozensus rund 70 % der Bevölkerung (15 Jahre und älter) einen beruflichen Bildungsabschluss. Etwa 12 % hatten einen Hochschulabschluss, gut 7 % einen Fachschulabschluss bzw. eine Meister-/Technikerausbildung oder einen Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens und 51 % einen dualen oder einen gleichwertigen vollzeitschulischen Bildungsabschluss erworben. Die berufliche Ausbildung wird in Deutschland überwiegend im dualen System der Berufsausbildung durchgeführt, das heißt im Zusammenwirken der Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen.²⁾ Dabei bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit dieser rechtlich voneinander unabhängigen Ausbildungsträger, um eine optimale

1) Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung (Berufsbildungsreformgesetz – BerBiRefG) vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), Artikel 2a – Änderung des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung (das Berufsbildungsgesetz selbst steht in Artikel 1 BerBiRefG).

2) Im Handwerk ergänzen überbetriebliche Ausbildungsstätten die Berufsausbildung. Unter der Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten versteht man Ausbildungsteile, die von Auszubildenden aus verschiedenen Betrieben genutzt werden, weil die einzelnen Betriebe diese Ausbildungsteile nicht selbst erbringen können. Die überbetriebliche Ausbildung ist als Teil der betrieblichen Ausbildungsphasen fest in der dualen Berufsbildung verankert.

berufliche Qualifizierung der Auszubildenden zu gewährleisten. Die duale Berufsausbildung vermittelt eine breit angelegte berufliche Grundbildung in einem geordneten Ausbildungsgang. Dabei erwirbt die bzw. der Auszubildende in der mehrjährigen betrieblichen Ausbildungsphase die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit notwendigen fachlichen Fertigkeiten und Kenntnisse, während die Förderung der Allgemeinbildung und die Vermittlung theoretischer Fachkenntnisse in den Berufsschulen erfolgt. Die durch die Ausbildung in den Betrieben gewonnene Berufserfahrung erleichtert nach Abschluss der Ausbildung außerdem den Übergang in das Beschäftigungssystem.

1 Reformprozesse in der Berufsbildungsstatistik

Die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen und Kammern haben unabhängig von bundeseinheitlichen Regelungen bereits früh begonnen, Lehrlingsdaten aus ihren Geschäftsstatistiken zusammenzustellen und zu veröffentlichen. Ergebnisse für Lehrlinge in einzelnen Berufsbereichen finden sich schon in den Statistischen Jahrbüchern der 1930er-Jahre. Ab 1950 wurden diese allgemeinen Strukturinformationen für einzelne Berufsbereiche bundesweit zusammengefasst und systematisch aufbereitet. Mit dem Kapitel zur „Planung und Statistik“ im 1976 erlassenen Ausbildungsplatzförderungsgesetz³⁾ erhielt die Statistik der Auszubildenden erstmals eine rechtliche Grundlage. Seither führte die amtliche Statistik die Berufsbildungsstatistik jährlich mit dem Stichtag 31. Dezember als Bundesstatistik durch. Zu dem damaligen, mit etwa 30 Merkmalen umfangreichen Merkmalskatalog gehörten neben den allgemeinen Strukturangaben der Auszubildenden beispielsweise auch verschiedene Angaben zur Ausbildungsstätte, wie der Wirtschaftsbereich oder die Anzahl der beschäftigten Fachkräfte.

Nachdem das Ausbildungsplatzförderungsgesetz im Dezember 1980 vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt worden war, bestand für die Berufsbildungsstatistik zunächst keine gesetzliche Regelung mehr. Mit dem im Dezember 1981 verabschiedeten Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBiFG)⁴⁾ wurde die Berufsbildungsstatistik auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Parallel zur gesetzlichen Neuregelung fand eine weitgehende Umgestaltung des Merkmalskatalogs statt. Zum einen entfielen etliche Merkmale, vor allem im Bereich der Ausbildungsstätten, zum anderen wurden erstmals neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gesondert nachgewiesen und ergänzend zur allgemeinen Vorbildung die berufliche Vorbildung der Auszubildenden als Merkmal aufgenommen. Waren nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz noch die unmittelbar Betroffenen wie Ausbilderinnen und Ausbilder, Auszubildende usw. für die Statistik auskunftspflichtig, wurden es durch das Berufsbil-

dungsförderungsgesetz die zuständigen Stellen und Kammern. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Im Laufe der 1990er-Jahre wurde der Merkmalskatalog des Berufsbildungsförderungsgesetzes weiter verschlankt, blieb aber bezüglich der zentralen Merkmale unverändert. Zugleich wurden aber auch zusätzliche Informationen zur Beschreibung der aktuellen Ausbildungssituation benötigt, beispielsweise zum Angebot und zur Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auf regionaler Ebene. Parallel dazu stieg der Datenbedarf für die Bildungspolitik der Europäischen Union (EU) und die internationale Bildungsberichterstattung. Ein nicht mehr zeitgemäßer Merkmalskatalog und die Forderung beinahe aller Beteiligten nach Individualdaten für die Berufsbildungsforschung⁵⁾ führten im Jahr 2005 schließlich zur Revision des § 88 des Berufsbildungsgesetzes durch Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG)⁶⁾. Durch die Änderung der Rechtsgrundlage wurde es möglich, die Berufsbildungsstatistik zu revidieren. Im Rahmen der Umstrukturierung erfolgte eine vollständige Neukonzeption der Berufsbildungsstatistik, vom Erhebungsverfahren zu den Erhebungsmerkmalen, von der Art der Datenlieferung über die Datenaufbereitung und tabellarische Auswertung bis hin zur Veröffentlichung der Ergebnisse.

2 Aufgaben der Berufsbildungsstatistik

Die Berufsbildungsstatistik ist ein wichtiger Teil der Bildungsstatistik in Deutschland. Ohne sie wäre die Beobachtung des Bildungswesens unvollständig. Gleichzeitig entfaltet sich ihre Aussagekraft in weiten Bereichen erst im Zusammenspiel mit den Daten anderer Statistiken mit bildungsrelevanten Merkmalen (z. B. der Statistik der beruflichen Schulen). In diesem Beitrag kann nur auf die wichtigsten Aufgabengebiete eingegangen werden.

2.1 Strukturinformationen über Teilnehmende und das Angebot in der dualen Ausbildung

Das Hauptaugenmerk im Rahmen der Berufsbildungsstatistik gilt den Merkmalen zu den Auszubildenden und darunter insbesondere den Zahlen zu den im jeweiligen Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in der Gliederung nach Geschlecht, Alter sowie allgemeinbildender und beruflicher Vorbildung der Auszubildenden. Im Zusammenhang mit wechselnden quantitativen Versorgungsproblemen auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind derartige Informationen von besonderer Bedeutung. So lassen sich mit den Daten zu den Auszubildenden nicht nur aktuelle Entwicklungen und bestehende Defizite an Ausbildungsstellen bzw. eine Überversorgung abbilden, sondern auch Effekte und Wirkungen

3) Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APlFG) vom 7. September 1976 (BGBl. I S. 2658).

4) Berufsbildungsförderungsgesetz vom 23. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1692).

5) Zur Diskussion dieser Problematik in der Wissenschaft siehe Brosi, W.: „Anmerkungen zur Verfügbarkeit von Statistiken im Bereich der beruflichen Bildung als Basis für eine umfassende Bildungsberichterstattung“ in Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Bildungsreform Band 8, Expertisen zu den konzeptionellen Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht – Berufliche Bildung und Weiterbildung/Lebenslanges Lernen, Berlin/Bonn 2004, S. 103 ff.

6) Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zu den Änderungen der Statistik siehe S. 963 ff. Diese Änderungen traten zum 1. April 2007 in Kraft.

reformpolitischer Maßnahmen⁷⁾ aufzeigen bzw. kritisch hinterfragen.

Mit der Erfassung des Wirtschaftszweigs der Ausbildungsstätte (auf Ebene der Zweisteller) lassen sich die bisherigen groben Analysen nach der Bereichszugehörigkeit – entsprechend der Ausbildungsbereiche⁸⁾ – nunmehr weiter differenzieren. Dadurch können die Erkenntnisse aus den Daten der Berufsbildungsstatistik der Situation des Ausbildungsmarktes im spezifischen Wirtschaftszweig trennscharf gegenübergestellt werden. Bisher war es nicht möglich, die Ausbildung in bereichsfremden Berufen zu quantifizieren. Dies führte speziell im öffentlichen Dienst und bei den Freien Berufen zu einer Untererfassung der Anzahl der Auszubildenden, da diese Bereiche vermehrt in bereichsfremden Berufen ausbilden. Anhand des Merkmals Wirtschaftszweig der Ausbildungsstätte lässt sich demnächst die Ausbildungsleistung des jeweiligen Wirtschaftszweigs genau beziffern.

2.2 Strukturinformationen über Ausbildungsanfänger/-innen

Der Erwerb eines beruflichen Bildungsabschlusses ist für die gesellschaftliche Teilhabe und die Möglichkeiten, ein adäquates Einkommen auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen, von großer Bedeutung. In den vergangenen Jahrzehnten hatten im Rahmen der dualen Ausbildung auch Personen ohne oder mit Hauptschulabschluss noch die Möglichkeit, eine berufliche Qualifikation zu erwerben. Deren Chancen auf eine Ausbildungsstelle haben sich jedoch in den letzten Jahren gegenüber Bewerberinnen und Bewerbern mit Hochschulreife verschlechtert. Die Vorbildung der Auszubildenden und die damit verbundenen Chancen bzw. Schwierigkeiten beim Eintritt in das duale System der Berufsausbildung sind daher von hohem bildungspolitischen und gesellschaftlichen Interesse. Der aktuelle nationale Bildungsbericht 2008 beispielsweise beschreibt diese Übergangsproblematik und deren Bedeutung für das Bildungswesen in einem Schwerpunktthema.⁹⁾

Mit der neuen Berufsbildungsstatistik ist nunmehr eine differenzierte Abbildung qualifikationsspezifischer Übergangsmuster in das duale System der Berufsausbildung möglich. Durch die getrennte Erfassung von allgemeinbildendem Schulabschluss, Teilnahme an Berufsvorbereitung sowie beruflicher Vorbildung für alle Auszubildenden stehen umfassende Daten zur Beschreibung von Zugangswegen bereit, die sich beispielsweise auch für Deutsche und Ausländer getrennt ermitteln lassen. Ferner lassen sich jene Jugendlichen separieren, die erstmalig eine berufliche Ausbildung aufnehmen. Letzteres war bisher nur mit Unschärfen und zusätzlichen methodischen Annahmen möglich, denn junge Erwachsene mit einem im Berichtsjahr neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag müssen nicht unbedingt auch Erstauszubildende sein, da die Mehrzahl der Ausbildungsabbrecher wieder einen Vertrag abschließt. Die differenzierte Erfassung der schulischen und beruflichen

Vorbildung dient jedoch noch einem weiteren Zweck. So lassen sich damit auch Fragestellungen untersuchen, inwieweit Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit unterschiedlichen Qualifikationsniveaus im dualen System der Berufsausbildung aufgenommen werden oder ob sie sich im Prüfungserfolg unterscheiden. Darüber hinaus kann eine Betrachtung der Einstellungsmuster im Zeitverlauf für einzelne Ausbildungsberufe künftig als Basis für eine Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage auf dem jeweiligen Ausbildungsstellenmarkt genutzt werden.

2.3 Beobachtung des regionalen Ausbildungsmarktes

Die neue Berufsbildungsstatistik erfasst für die Ausbildungsstätten die Merkmale Ort, Wirtschaftszweig sowie die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst. Damit ist eine Darstellung der Ergebnisse nicht mehr nur auf die Gliederungsebene der Bundesländer beschränkt, sondern auch auf der Ebene von Arbeitsagenturbezirken oder von Kommunen möglich. Regionale Disparitäten von Angebot und Nachfrage können dabei direkt am Ort des Entstehens erforscht werden. So kann beispielsweise untersucht werden, ob in einer Region ein quantitativ ausreichendes Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen unter Berücksichtigung eines voraussehbaren Bedarfs (Nachfragevorausberechnung anhand der Zahl der Schulabgänger) zur Verfügung steht und damit auch, wie stark bzw. in welche Richtung der Gesetzgeber gegebenenfalls intervenieren muss. Eine Möglichkeit, jungen Menschen eine berufliche Qualifikation zu ermöglichen und die Chancengleichheit zu sichern, wäre unter anderem die Schaffung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten bzw. vollzeitschulischen beruflichen Bildungsangeboten durch die Gebietskörperschaften oder andere Organisationen auf regionaler Ebene.

2.4 Sicherung eines adäquaten Angebotes an Fachkräften

Ein ausreichendes Fachkräfteangebot ist von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft. Die Berufsbildungsstatistik liefert jährlich Informationen über die Auszubildenden und Absolventinnen und Absolventen nach erlernten Ausbildungsberufen und Fachrichtungen. Zusammen mit den Daten der Erwerbstätigkeitsstatistik und der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit kann die Berufsbildungsstatistik Unternehmen und Verwaltungen wichtige Informationen darüber liefern, ob – unter Berücksichtigung der Altersstruktur und des Arbeitskräftebedarfs – ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

2.5 Internationale Bildungsstatistik

Deutschland beteiligt sich seit Jahrzehnten an der gemeinsamen Bildungsstatistik der Organisation der Vereinten

7) Hier ist zum Beispiel der von der Bundesregierung initiierte Ausbildungsbonus zu nennen, der bereits für das aktuelle Ausbildungsjahr 2008/2009 staatliche Förderleistungen für Betriebe vorsieht, die junge Erwachsene, die sich seit mindestens einem Jahr vergeblich um eine Ausbildungsstelle bemüht haben (sogenannte Altbewerber), als Auszubildende aufnehmen.

8) Es werden folgende Ausbildungsbereiche unterschieden: Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Freie Berufe, öffentlicher Dienst, Hauswirtschaft und Seeschifffahrt.

9) Siehe Autorengruppe Bildungsberichterstattung: „Bildung in Deutschland 2008, Ein Indikatoren gestützter Bericht mit der Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I“, Bielefeld 2008, S. 153 ff. Eine Onlineversion steht unter www.bildungsbericht.de zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur¹⁰⁾, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung¹¹⁾ und der Europäischen Union (EU). Die Daten der Berufsbildungsstatistik sind ein notwendiger Bestandteil der internationalen UOE-Datenlieferung¹²⁾ und dienen den internationalen Organisationen zum Vergleich der beruflichen Bildungssysteme ihrer Mitgliedstaaten in indikatoren-gestützten Bildungsberichten (zum Beispiel „Bildung auf einen Blick – OECD-Indikatoren“).

2.6 Berufsbildungsbericht und nationaler Bildungsbericht

Nach dem Berufsbildungsgesetz ist die Bundesregierung verpflichtet, jährlich einen Berufsbildungsbericht zu erstellen. Dabei stützt sie sich in weiten Teilen auf die Daten der Berufsbildungsstatistik. Die Berufsbildungsstatistik liefert außerdem wichtige Informationen für den nationalen Bildungsbericht. Ohne die Informationen über Anzahl, Alter und Geschlecht der Auszubildenden könnte das Bildungsgeschehen in Deutschland nur unzureichend beschrieben werden. Zudem stellt die Berufsbildungsstatistik in Verbindung mit der Kostenerhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung grundlegende Basisinformationen für die Berechnung des Bildungsbudgets in Deutschland bereit.

3 Methodik der Berufsbildungsstatistik

3.1 Allgemeine Angaben zur Statistik

Bei der Berufsbildungsstatistik handelt es sich um eine jährliche Totalerhebung mit dem Erfassungstichtag 31. Dezember. Berichtszeitraum ist das Kalenderjahr. Rechtsgrundlage ist das Berufsbildungsgesetz (BBiG)¹³⁾. Berichtspflichtig sind die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Landwirtschaftskammern sowie die zuständigen Stellen des öffentlichen Dienstes, der Freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Seeschifffahrt. Gemäß § 88 BBiG werden in der Berufsbildungsstatistik Daten zu Auszubildenden, Prüfungen und zu Ausbilderinnen und Ausbildern des dualen Systems der Berufsausbildung erhoben. Außerdem werden Angaben zu Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberatern und neu ab 2007 zu den Teilnehmenden an einer Berufsausbildungsvorbereitung bei den zuständigen Stellen und Kammern erfragt. Die Daten liegen in regionaler Gliederung für das Bundesgebiet, die Bundesländer und neu ab 2007 auch für Arbeitsagenturbezirke oder einzelne Gemeinden vor.

3.2 Erhebungsmerkmale

In der bisherigen Aggregatstatistik wurden alle Ausbildungsverträge, Prüfungen, Ausbilderinnen und Ausbilder sowie

Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater des dualen Systems der Berufsausbildung gezählt.¹⁴⁾ Bei der Ermittlung der Zahl der Ausbildungsverträge – insbesondere der Neuabschlüsse – wurden auch Merkmale der Auszubildenden und vorzeitige Vertragslösungen erfasst. Die Abschlussprüfungen der Auszubildenden wurden differenziert nach Erst- oder Wiederholungsprüfung, ferner wurden der Prüfungserfolg sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an sonstigen Prüfungen¹⁵⁾ erhoben.

Im Vergleich zur bisherigen Aggregatstatistik werden in der revidierten Berufsbildungsstatistik folgende Merkmale zusätzlich erhoben:

- Teilnehmende an einer Berufsausbildungsvorbereitung nach Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit und Berufsrichtung;
- vorherige Teilnahme der Auszubildenden an einer dualen Berufsausbildung (erfolgreich oder nicht erfolgreich) bzw. erfolgreiche Teilnahme an einer schulischen Berufsausbildung;
- Verkürzung der Ausbildungszeit (in Monaten) und Teilzeitausbildung;
- allgemeinbildende und berufliche Vorbildung der externen Prüfungsteilnehmerinnen bzw. Prüfungsteilnehmer;
- überwiegend öffentlich finanzierte Auszubildendenverhältnisse;
- Geburtsjahr der Ausbilderinnen und Ausbilder;
- Ort und Wirtschaftszweig der Ausbildungsstätte sowie die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst;
- zeitliche Erfassung (Monat und Jahr) von Ausbildungsbeginn und -ende, vorzeitiger Vertragsauflösung, Erst- und Wiederholungsprüfung.

Darüber hinaus werden einzelne Merkmale differenzierter erfragt. Zum einen ist der allgemeinbildende Schulabschluss nun für alle Ausbildungsverträge anzugeben und nicht mehr nur für die im Berichtsjahr neu abgeschlossenen Verträge, zum anderen wird die vorausgegangene Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung nun getrennt von der schulischen Vorbildung erfasst. Die Übersicht auf S. 986 zeigt die Erhebungsmerkmale der neuen Berufsbildungsstatistik ab 1. April 2007.

3.3 Erfassung von Individualdaten

Ein Ausweis der Ergebnisse der Aggregatstatistik war auf Länderebene für die einzelnen Ausbildungsbereiche zwar möglich, jedoch stets abhängig von der Anordnung der

10) United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, UNESCO.

11) Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD.

12) UOE = UNESCO, OECD und EU.

13) Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Artikel 9b des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).

14) Zu den bis 2006 erhobenen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik siehe § 5 Berufsbildungsförderungsgesetz, Fußnote 3, hier: S. 1693.

15) Hierbei handelt es sich um Externenprüfungen aufgrund von Berufserfahrung oder eines abgeschlossenen schulischen Bildungsgangs, Fortbildungsprüfungen, Umschulungsprüfungen und Ausbildereignungsprüfungen.

Erhebungsmerkmale der Berufsbildungsstatistik –
§ 88 Berufsbildungsgesetz (BBiG)¹⁾

§ 88
Erhebungen
(1) Die jährliche Bundesstatistik erfasst
1. für jeden Auszubildenden und jede Auszubildende:
a) Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit;
b) allgemeinbildender Schulabschluss, vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung, berufliche Vorbildung;
c) Ausbildungsberuf einschließlich Fachrichtung;
d) Ort der Ausbildungsstätte, Wirtschaftszweig, Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst;
e) Ausbildungsjahr, Abkürzung der Ausbildungsdauer, Dauer der Probezeit;
f) Monat und Jahr des Beginns der Berufsausbildung, Monat und Jahr der vorzeitigen Auflösung des Berufsausbildungsverhältnisses;
g) Anschlussvertrag bei Stufenausbildung mit Angabe des Ausbildungsberufs;
h) Art der Förderung bei überwiegend öffentlich, insbesondere auf Grund des Dritten Buches Sozialgesetzbuch geförderten Berufsausbildungsverhältnissen;
i) Monat und Jahr der Abschlussprüfung, Art der Zulassung zur Prüfung, Monat und Jahr der Wiederholungsprüfung, Prüfungserfolg;
2. für jeden Prüfungsteilnehmer und jede Prüfungsteilnehmerin in der beruflichen Bildung mit Ausnahme der durch Nummer 1 erfassten Auszubildenden:
Geschlecht, Geburtsjahr, Berufsrichtung, Vorbildung, Wiederholungsprüfung, Art der Prüfung, Prüfungserfolg;
3. für jeden Ausbilder und jede Ausbilderin:
Geschlecht, Geburtsjahr, Art der fachlichen Eignung;
4. für jeden Ausbildungsberater und jede Ausbildungsberaterin:
Geschlecht, Geburtsjahr, Vorbildung, Art der Beratertätigkeit, fachliche Zuständigkeit, durchgeführte Besuche von Ausbildungsstätten;
5. für jeden Teilnehmer und jede Teilnehmerin an einer Berufsausbildungsvorbereitung, soweit der Anbieter der Anzeigepflicht des § 70 Abs. 2 unterliegt:
Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, Berufsrichtung.
(2) ...

1) Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung (Berufsbildungsreformgesetz – BerBiRefG) vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), hier Artikel 2a – Änderung des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung (BGBl. I S. 963).

Merkmale in den jeweiligen Erhebungstabellen. Die tabellarische Fixierung der Datenlieferungen, zurückzuführen auf die in den 1990er-Jahren noch vorhandenen DV-technischen Einschränkungen, erlaubte keine freie Kombination der einzelnen Merkmale. Die Grenzen für die Auswertung der Daten der Berufsbildungsstatistik waren bereits durch die Gestaltung der Erhebungstabellen vorgegeben. Die Umstellung auf eine Individualstatistik erlaubt nun eine weitestgehend freie Kombination der Merkmale der Individualdatensätze für die Ausbildungsverträge einschließlich der Abschlussprüfungen, sonstigen Prüfungen, Ausbilderinnen und Ausbilder, Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater sowie der Teilnehmenden an einer Berufs-

ausbildungsvorbereitung. Dadurch verbessern sich die Auswertungsmöglichkeiten erheblich. Eine Vielzahl interessanter Fragestellungen lässt sich erst jetzt mit den Individualdaten beantworten. So ist es beispielsweise möglich, die Merkmale schulische Vorbildung und Prüfungserfolg zu kombinieren und nach Geschlecht, Alter oder Nationalität¹⁶⁾ der Auszubildenden auszuwerten. Ebenso können vorzeitige Vertragslösungen differenziert nach Geschlecht, Nationalität oder schulischer Vorbildung der Auszubildenden untersucht werden.

Individuelle Ausbildungsverläufe oder die Zahl der Jugendlichen, die endgültig das duale System der Berufsausbildung verlassen, können auch nach der gesetzlichen Neuregelung der Berufsbildungsstatistik nicht abgebildet und analysiert werden, weil der Gesetzgeber auf die Einführung einer Kennnummer verzichtet hat. Zudem fehlen wichtige Merkmale, die eine näherungsweise Verknüpfung ermöglichen würden (z. B. zeitliche Angaben zum Beginn und zum erfolgreichen Abschluss der allgemeinbildenden oder beruflichen Vorbildung). Eine individuelle Kennnummer ist auch erforderlich, um (Aus-)Bildungsverläufe – wie eine Vertragslösung und einen sich daran anschließenden erneuten Vertrag – über mehrere Berichtsjahre darstellen zu können. Das Fehlen eindeutiger statistikübergreifender Kennnummern ist ein grundsätzliches Problem bei Auswertungen im Rahmen der Bildungsstatistik und wurde bereits mehrfach diskutiert¹⁷⁾.

Die Erhebung von Individualdaten verbessert nicht nur die Analysemöglichkeiten, sondern entlastet mittelfristig auch die Auskunftspflichtigen. Zur Meldung für die Statistik müssen sie nämlich nicht mehr umfangreiche Erhebungstabellen ausfüllen, sondern lediglich einen Auszug aus ihren Verwaltungsdaten anfertigen.

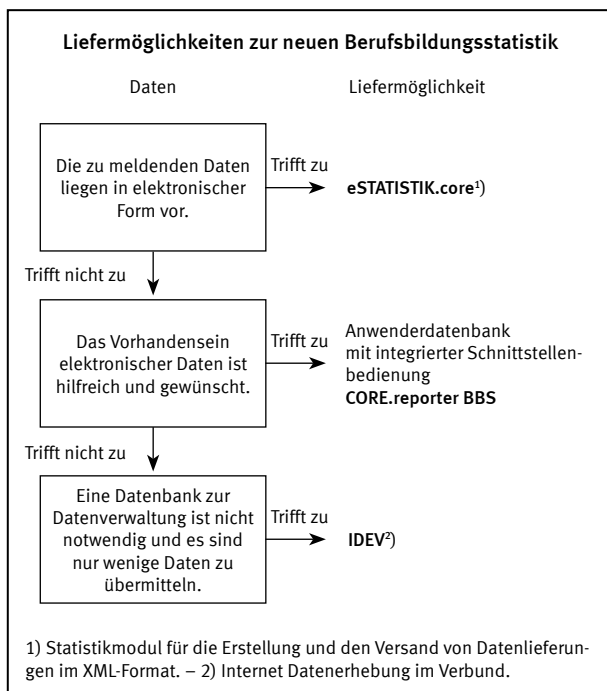
3.4 Neue Formen der Datenübermittlung an die statistischen Ämter

Aus Aktualitäts- und Kostengründen sollen ab 2007 die Daten der Berufsbildungsstatistik von den Auskunft gebenden Stellen und Kammern an die statistischen Ämter nur noch auf elektronischem Wege in XML-Struktur (Darstellung hierarchisch strukturierter Daten in Form von Textdateien) übermittelt werden. Um den unterschiedlichen Ansprüchen und technischen Gegebenheiten des heterogenen Berichtskreises für die Berufsbildungsstatistik gleichermaßen gerecht zu werden, sind verschiedene Alternativen für die Übermittlung der Daten an die amtliche Statistik vorgesehen. So kann die Datenbereitstellung über „eSTATISTIK.core“ oder „IDEV“ erfolgen. Ergänzend dazu steht die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Anwenderdatenbank CORE.reporter BBS zur Verfügung. Diese Datenbank kann von den zuständigen Stellen und Kammern nicht nur für die Datenlieferung im XML-Format, sondern auch für die interne Verwaltung der Ausbildungsverträge genutzt werden. Die Auswahl des Lieferweges ist den auskunftspflichtigen Stellen und Kammern vorbehalten.

16) Die Berufsbildungsstatistik erfasst nicht den Migrationshintergrund der jungen Erwachsenen, sondern unterscheidet lediglich nach der Staatsangehörigkeit.

17) Siehe z. B. „Internationale Praktiken in der Bildungsstatistik.“ Ausarbeitung zum Vortrag von Hetmeier, H.-W., beim Workshop der Kultusministerkonferenz: „Datengewinnungsstrategie für die Bildungsstatistik“ am 13. Februar 2007 in Berlin (www.kmk.org/aktuell/070213_Doku_hetmeier.pdf, Stand: 4. November 2008).

Schaubild 1



ten, sie richtet sich unter anderem danach, ob die Daten bereits elektronisch in einer Datenbank vorliegen oder nicht (siehe Schaubild 1). Es ist auch möglich, für einzelne Bereiche der Statistik (Auszubildende, Prüfungen usw.) unterschiedliche Lieferwege zu nutzen.¹⁸⁾

Im Vorfeld der Erhebung für das Jahr 2007 konnten die für die Datenlieferung zuständigen Personen bei den auskunftspflichtigen Stellen und Kammern bzw. deren IT-Dienstleister an Informationsveranstaltungen und Anwenderschulungen, die von den Statistischen Ämtern der Länder angeboten wurden, teilnehmen, um die verschiedenen Lieferwege und deren Funktionalitäten kennenzulernen. Parallel dazu fanden im Statistischen Bundesamt mehrere Workshops zu eSTATISTIK.core statt. Ergänzend stehen ausführliche Benutzerhandbücher für die einzelnen Lieferwege auf den Internetseiten der Statistischen Landesämter sowie auch beim Statistischen Bundesamt (www.destatis.de) zum Download bereit.

3.5 Neuprogrammierung der Datenaufbereitung in den statistischen Ämtern

Während sich das bisherige Programm der Berufsbildungsstatistik, das zu Beginn der 1990er-Jahre entwickelt wurde, noch an den damaligen beschränkten technischen Kapazitäten bei Auskunftspflichtigen und statistischen Ämtern orientieren musste, bot sich aufgrund der Entwicklungen auf dem Gebiet der Datenverarbeitung bei der Neuprogrammierung eine veränderte Ausgangssituation. Die neuen technischen Möglichkeiten konnten zur Vereinfachung und

Beschleunigung der Erhebung sowie zur Verbesserung der Aussagefähigkeit der Ergebnisse genutzt werden.

Mit den IT-Entwicklungsarbeiten für die neue Berufsbildungsstatistik war das Landesamt für Zentrale Dienste – Statistisches Amt des Saarlandes betraut. Die neuen Aufbereitungsprogramme sehen eine zentrale Serverlösung vor, das heißt das Programm muss nur noch an einer Stelle gepflegt und gewartet werden und nicht gesondert in jedem Statistischen Landesamt. Die Aufbereitungsprogramme wurden so geändert, dass sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Statistischen Landesämtern individuell gesteuert werden können. Außerdem wurden Vorkehrungen getroffen, dass alle mit den jeweils aktuellsten Leitdateien der Ausbildungsberufe, Fortbildungsprüfungen usw. arbeiten.¹⁹⁾

3.6 Bereitstellung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik werden jährlich in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 3 „Berufliche Bildung“ veröffentlicht.

Daneben werden die Daten der neuen Berufsbildungsstatistik ab 2007 in einer zentralen Datenbank, die als Basis für Sonderaufbereitungen dient, im Landesamt für Zentrale Dienste – Statistisches Amt des Saarlandes gespeichert. Durch diese zentrale Datenbank, die die Individualdaten der Berufsbildungsstatistik aller Länder für zunächst 15 Jahre aufnehmen soll, entfällt eine aufwendige Archivierung des jeweiligen Datenmaterials in den einzelnen Statistischen Landesämtern. Außerdem wird der zeitliche und finanzielle Aufwand für Sonderaufbereitungen erheblich reduziert.

3.7 Andere Aspekte des Umstellungsprozesses

3.7.1 Gemeinsame Vorbereitung der Revision mit dem Arbeitskreis Berufsbildungsstatistik

Die Neukonzeption der Berufsbildungsstatistik wurde vom „Arbeitskreis Berufsbildungsstatistik“ begleitet. Das bedeutet, dass dieses Gremium aktiv in alle Phasen der Umstellung einbezogen war, sei es bei der Auswahl der Liefermöglichkeiten oder aber bei der Entwicklung der Verfahren zur Datenaufbereitung. Mitglieder des „Arbeitskreises Berufsbildungsstatistik“ waren unter anderem Vertreter der Spitzenverbände (Deutscher Handwerkskammertag, Deutscher Industrie- und Handelskammertag), des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Bundesagentur für Arbeit, des Bundesinstitutes für Berufsbildung und der statistischen Ämter.

Eine zentrale Aufgabe des Arbeitskreises bestand in der Kommunikation der Umstellung der Statistik und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Datenbereitstellung und -übermittlung der auskunftspflichtigen Stellen und

18) Es hat sich gezeigt, dass bei den für die Berufsbildung zuständigen Stellen und Kammern zwar die Daten der Auszubildenden elektronisch in Datenbanken vorlagen, die Angaben zu Ausbilderinnen und Ausbildern sowie Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberatern dagegen lediglich auf Papier existierten.

19) Die Pflege der Leitdateien ist dem Statistischen Bundesamt vorbehalten.

Kammern. Auch galt es, die jeweils individuelle Umsetzung der Neuerungen bei den Datenlieferanten zu erleichtern.

Wie bereits erwähnt werden die Daten der Berufsbildungsstatistik von den für die Berufsbildung zuständigen Stellen in Form von Individualdaten übermittelt. Diese werden grundsätzlich bei den Auskunftsstellen als Verwaltungsdaten vorgehalten. Da zum Zeitpunkt der Umstellung noch nicht alle benötigten Merkmale in den Ausbildungsverträgen und damit auch nicht in den Verwaltungsdaten enthalten waren, entwickelte das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung einen Fragebogen als Ergänzung zu den Ausbildungsverträgen in den einzelnen Ausbildungsbereichen (insbesondere für den Bereich „Freie Berufe“). Darüber hinaus wurden den Auskunftspflichtigen weitere Hilfen bereitgestellt. Neben einer umfassenden Broschüre mit Begriffen und ausführlichen Erläuterungen zur neuen Berufsbildungsstatistik und der Zusammenstellung von häufig gestellten Fragen mit den dazugehörigen Antworten (FAQ-Liste) zählten dazu auch eine Hotline zur Beantwortung spezieller Rückfragen aus allen Bereichen der neuen Statistik beim Statistischen Bundesamt sowie die Bereitstellung der verschiedenen Schlüsselverzeichnisse (Berufsschlüssel, Wirtschaftszweige usw.) im Internet.

3.7.2 Schwierigkeiten bei der Umstellung

Nach der Änderung des Berufsbildungsgesetzes im März 2005 begann ein umfangreicher Umstellungsprozess bei allen Beteiligten. Zunächst war die amtliche Statistik gefordert, die mit der Neuprogrammierung der Berufsbildungsstatistik die Grundlage für die Erfassung von Individualdaten schuf. Parallel dazu wurden die Spitzenverbände und anschließend die Auskunftspflichtigen über die vorgesehenen Neuerungen informiert. Der Mehraufwand in der Umstellungsphase sowie die Auswirkungen auf die Datenmeldung für das Berichtsjahr 2007 waren bei den verschiedenen Stellen und Kammern unterschiedlich. Wo aus den internen Geschäftsstatistiken bereits elektronisch Individualdatensätze vorlagen, konnten diese unter Berücksichtigung der Merkmalkataloge der einzelnen Statistikbereiche (Auszubildende, Ausbilderinnen und Ausbilder usw.) direkt für die Meldung verwendet werden, sodass der Mehraufwand überschaubar blieb. Bei für die Berufsausbildung zuständigen Stellen und Kammern ohne derartige Datenbanken lag der Mehraufwand deutlich höher, da die erforderlichen elektronischen Datenbanken mit den Individualdatensätzen erst eingeführt und den methodischen Anforderungen der Statistik angepasst werden mussten. Vorrangig für diese Gruppe der Auskunftspflichtigen wurde die Anwenderdatenbank CORE.reporter BBS entwickelt. Alternativ bestand die Möglichkeit, auch weiterhin ohne interne Datenbanken zu arbeiten und die Daten online im Dialog (IDEV) zu erfassen. Dieses Vorgehen wählten meist die kleineren Kammern, um den Mehraufwand fürs Erste in Grenzen zu halten, auch wenn der Aufwand für die jährlichen Meldungen – zumindest für neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und die Prüfungen – dadurch größer ist.

Bereits mit der Datenlieferung zur Berufsbildungsstatistik 2008 wird sich der Mehraufwand der Umstellungsphase bei den zuständigen Stellen und Kammern amortisiert haben. Anstatt wie bis zum Berichtsjahr 2006 die Daten jährlich aufwendig nach unterschiedlichen Merkmalen aggregieren zu müssen, kann die Lieferung der Individualdaten direkt aus den für die Zwecke der Berufsbildungsstatistik optimierten Datenbanken erfolgen.

Die Umstellung von einer Aggregatstatistik, basierend auf starren, nach Merkmalskombinationen systematisch in Tabellen zusammengefassten Summensätzen, auf eine Statistik, die Individualdaten erfasst, förderte eine Vielzahl individueller Sonderfälle und unplausibler Datensätze zutage. Innerhalb der Aggregate waren diese bisher nicht ersichtlich, was unter anderem am Aufbau der bisherigen Liefertabellen lag. So wurde beispielsweise das Alter der Auszubildenden mit offenen Randgruppen erhoben. Da in den Datensätzen dieser Randgruppen das tatsächliche Alter der Auszubildenden nicht zu erkennen war, bestand auch keine Möglichkeit, auffallend junge bzw. alte Auszubildende zu identifizieren und die Datensätze gegebenenfalls zu bereinigen. Infolgedessen lag das Hauptaugenmerk bei der Plausibilisierung der Individualdaten zur Berufsbildungsstatistik 2007 – neben der systematischen Prüfung von Sonderfällen – auf der Sichtung und Berichtigung solcher Datensätze.²⁰⁾

Während der Datenaufbereitung in den Statistischen Landesämtern wurden die Sonderfälle zusammengetragen. Einige im Vorfeld nicht zu erwartende Sachverhalte machten eine teilweise Überarbeitung der Plausibilitätsprüfungen notwendig. Hierfür waren vorrangig die Angaben zum Ausbildungsverlauf verantwortlich. Mit der zeitlichen Erfassung von Ausbildungsbeginn und -ende, vorzeitiger Vertragsauflösung sowie Abschluss- bzw. Wiederholungsprüfung waren neben den gängigen Ausbildungsverläufen auch Besonderheiten im Rahmen des Ausbildungsverlaufs zu berücksichtigen. Entgegen der üblichen Meinung, dass nach der vorzeitigen Lösung eines Ausbildungsvertrages auch das jeweilige Ausbildungsverhältnis endet, gibt es beispielsweise Auszubildende, die ihren Ausbildungsvertrag vorzeitig lösen, aber dennoch an der Abschlussprüfung teilnehmen. Diese Ausbildungsverhältnisse bleiben zunächst weiter eingetragen und werden erst nach Ablegung der Abschlussprüfung bei den Kammern gelöscht. In diesem speziellen Fall sind die Jugendlichen zwar keine Auszubildenden mehr, die Abschlussprüfung wird aber trotzdem bei dem bereits gelösten Ausbildungsvertrag erfasst und nicht als externe Prüfung. Die Plausibilisierung der Daten war sehr zeitaufwendig, für die Qualität und Einheitlichkeit der Statistik aber außerordentlich wichtig.

Als problematisch erwies sich im Verlauf der Datenaufbereitung, dass der Datenbestand zum 31. Dezember 2007 nicht bei allen Auskunft gebenden Stellen und Kammern gesichert worden war. Die Unstimmigkeiten und fehlerhaften Angaben in einigen Lieferungen erforderten oftmals eine wiederholte Datenlieferung. Das bereinigte Datenmaterial

²⁰⁾ Die ersten Datenlieferungen wiesen eine Vielzahl von Fehlern auf. Nach Rücksprachen mit den Daten liefernden Stellen und Übermittlung von Fehlerlisten wurden die Daten größtenteils erneut geliefert; teilweise wiederholte sich dieser Vorgang.

entsprach dann häufig nicht mehr dem Stand am Stichtag, sondern enthielt bereits Datensätze des neuen Berichtsjahres, was die Plausibilisierung zusätzlich erschwerte.

Im Rahmen der Statistikumstellung wurde der Schwerpunkt zunächst auf die Vollständigkeit und Genauigkeit der Merkmale zu den Auszubildenden gelegt. Für die Bereiche sonstige Prüfungen, Ausbilderinnen und Ausbilder, Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater sowie Teilnehmende an einer Berufsausbildungsvorbereitung wurden oft auch unvollständige Datenlieferungen akzeptiert, weil beim überwiegenden Teil der Auskunftspflichtigen derartige Daten nicht bzw. noch nicht in der zur Datenübertragung notwendigen technischen Form vorlagen. An einer Verbesserung der Datenqualität in diesen Bereichen der Berufsbildungsstatistik wird aber sowohl bei den Auskunftspflichtigen als auch vonseiten der amtlichen Statistik (in Form von technischen Hilfestellungen und fachlicher Unterstützung) gearbeitet, sodass der Bereitstellung qualitativ besserer Individualdaten für die Berufsbildungsstatistik 2008 entgegenzusehen werden kann.

3.7.3 Übergangsregelungen

Die Änderungen der Berufsbildungsstatistik sind am 1. April 2007 in Kraft getreten. Das bedeutet, dass die zusätzlichen bzw. erweiterten Merkmale für neu abgeschlossene Ausbildungsverträge oder externe Prüfungen erst ab diesem Datum von den zuständigen Stellen und Kammern zu erfassen waren. Im ersten Quartal des Berichtsjahres 2007 galten dagegen noch die bisherigen gesetzlichen Regelungen. Damit mussten in Ausbildungsverträgen, die bis zum 31. März 2007 bei den Kammern eingetragen wurden, auch nur die bisherigen Merkmale enthalten sein. Aus diesem Grund war es notwendig, Übergangsregelungen vorzusehen, wonach auch fehlende Angaben für die zusätzlich oder differenzierter erhobenen Merkmale bei der Datenlieferung zur Berufsbildungsstatistik 2007 zugelassen waren.

Ab dem Berichtsjahr 2008 werden nur noch Altverträge von den Übergangsregelungen betroffen sein. Die Übergangsfrist endet mit dem Berichtsjahr 2010. Der mit den Übergangsregelungen verbundene Informationsverlust wurde im Interesse einer periodisch vollständigen Statistik hingenommen. Gleichwohl sind die Auswirkungen auf den Aussagegehalt der quantitativen Auswertungen – insbesondere zur beruflichen Vorbildung der Auszubildenden sowie zu den Ausbildungsstätten – in diesen Bereichen nicht unerheblich und deshalb bei Vergleichsanalysen in den folgenden Jahren zu berücksichtigen.

Weitere Übergangsregelungen gelten für die Datenlieferungen zu den Fortbildungsprüfungen. Hier können bis einschließlich des Berichtsjahrs 2009 anstelle von Individualdatensätzen noch aggregierte Summensätze für männliche und weibliche Prüfungsteilnehmer nach Fortbildungsberufen, Art der Prüfung und Prüfungserfolg ohne Angabe des Geburtsjahres übermittelt werden. Dadurch sind altersspezifische Auswertungen der Teilnehmenden an Fortbildungsprüfungen in der Übergangsfrist nicht möglich.

4 Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik 2007

Im Jahr 2007 haben 623 929 junge Menschen einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen; das waren 7,4 % mehr als im Vorjahr (siehe Tabelle 1 auf S. 990).

Gegenüber 2006 hatten damit 42 748 junge Erwachsene mehr die Möglichkeit, einen anerkannten Ausbildungsberuf im dualen System der Berufsausbildung zu erlernen. Während 7,9 % mehr Frauen als 2006 einen Ausbildungsvertrag abschlossen, waren es bei den Männern 7,0 %. Regional betrachtet zeigen sich bei der Verteilung der Neuverträge innerhalb der dualen Berufsausbildung erhebliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin. Die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge hat zwar auch in den neuen Ländern und Berlin um 2,6 % zugenommen, diese Zuwachsrate liegt aber 6 Prozentpunkte unter der im früheren Bundesgebiet (+ 8,6 %). Ein Grund für diese Entwicklung ist die unterschiedliche Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die eine allgemeinbildende Schulart verlassen (sogenannte Absolventen bzw. Abgänger), in den Regionen. Während die Zahl der Schulabgänger im früheren Bundesgebiet seit dem Jahr 2000 stetig zugenommen hat, war deren Zahl in den neuen Ländern und Berlin im gleichen Zeitraum rückläufig. Des Weiteren ist das Ausbildungsplatzangebot in den neuen Ländern und Berlin aufgrund der Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur geringer.

In nahezu allen Ausbildungsbereichen hat sich im Jahr 2007 die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge erhöht. Unterschiedliche Entwicklungen weisen die beiden großen Bereiche Industrie und Handel sowie Handwerk auf: Während die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Bereich Industrie und Handel bei Frauen und Männern in etwa gleichem Umfang gestiegen ist, kann das Handwerk nur bei den Ausbildungsverträgen von Frauen annähernd gleich hohe Steigerungsraten aufweisen. Einen großen Anteil daran haben die angehenden Friseurinnen und die Fachverkäuferinnen im Lebensmittelhandwerk. Der Anteil der Ausbildungsanfängerinnen in diesen Berufen an allen weiblichen Ausbildungsanfängerinnen im Handwerk beträgt über 60 %. Auffallend ist abermals der starke relative Anstieg der Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge in den landwirtschaftlichen Ausbildungsberufen – geprägt durch die Berufe Gärtner/-in sowie Landwirt/-in – bei Frauen (+ 13,4 %), aber auch bei Männern (+ 10,8 %).

Von den 623 929 neuen Ausbildungsverhältnissen im Jahr 2007 wurden etwa 5 % (29 806) von Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit angetreten. Deutsche Jugendliche waren bei Vertragsantritt jünger als ihre ausländischen Mitbewerber (siehe Schaubild 2 auf S. 991). Besonders deutlich wird dieser Altersunterschied bei den Männern: 53 % der männlichen Deutschen, die 2007 ein Ausbildungsverhältnis begonnen haben, waren 18 Jahre alt oder jünger. Die Neuverträge von ausländischen Männern der gleichen Altersgruppe hatten dagegen nur einen Anteil von 42 % an allen von Männern mit ausländischer Staatsangehörigkeit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen.

Tabelle 1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Deutschland			Nachrichtlich					
	2006	2007 ¹⁾	Veränderung 2007 gegenüber 2006 in %	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin		
				2006	2007 ¹⁾	Veränderung 2007 gegenüber 2006 in %	2006	2007 ¹⁾	Veränderung 2007 gegenüber 2006 in %
Männer									
Zusammen	342 411	366 341	+ 7,0	268 061	290 321	+ 8,3	74 350	76 020	+ 2,2
Industrie und Handel ²⁾	195 590	214 731	+ 9,8	150 218	167 491	+ 11,5	45 372	47 240	+ 4,1
Handwerk	126 760	130 561	+ 3,0	103 159	106 876	+ 3,6	23 601	23 685	+ 0,4
Landwirtschaft	12 231	13 547	+ 10,8	8 602	10 134	+ 17,8	3 629	3 413	- 6,0
Öffentlicher Dienst ³⁾⁴⁾	5 112	4 585	- 10,3	3 912	3 476	- 11,1	1 200	1 109	- 7,6
Freie Berufe ³⁾	2 074	2 226	+ 7,3	1 739	1 846	+ 6,2	335	380	+ 13,4
Hauswirtschaft	343	351	+ 2,3	150	184	+ 22,7	193	167	- 13,5
Seeschifffahrt	301	340	+ 13,0	281	314	+ 11,7	20	26	+ 30,0
Frauen									
Zusammen	238 770	257 588	+ 7,9	190 383	207 707	+ 9,1	48 387	49 881	+ 3,1
Industrie und Handel ²⁾	141 073	154 176	+ 9,3	109 627	122 124	+ 11,4	31 446	32 052	+ 1,9
Handwerk	42 120	45 693	+ 8,5	34 395	37 616	+ 9,4	7 725	8 077	+ 4,6
Landwirtschaft	3 588	4 070	+ 13,4	2 408	2 778	+ 15,4	1 180	1 292	+ 9,5
Öffentlicher Dienst ³⁾⁴⁾	8 817	8 367	- 5,1	6 703	6 214	- 7,3	2 114	2 153	+ 1,8
Freie Berufe ³⁾	39 348	40 929	+ 4,0	34 651	35 927	+ 3,7	4 697	5 002	+ 6,5
Hauswirtschaft	3 812	4 330	+ 13,6	2 587	3 028	+ 17,0	1 225	1 302	+ 6,3
Seeschifffahrt	12	23	+ 91,7	12	20	+ 66,7	-	3	X
Insgesamt									
Insgesamt	581 181	623 929	+ 7,4	458 444	498 028	+ 8,6	122 737	125 901	+ 2,6
Industrie und Handel ²⁾	336 663	368 907	+ 9,6	259 845	289 615	+ 11,5	76 818	79 292	+ 3,2
Handwerk	168 880	176 254	+ 4,4	137 554	144 492	+ 5,0	31 326	31 762	+ 1,4
Landwirtschaft	15 819	17 617	+ 11,4	11 010	12 912	+ 17,3	4 809	4 705	- 2,2
Öffentlicher Dienst ³⁾⁴⁾	13 929	12 952	- 7,0	10 615	9 690	- 8,7	3 314	3 262	- 1,6
Freie Berufe ³⁾	41 422	43 155	+ 4,2	36 390	37 773	+ 3,8	5 032	5 382	+ 7,0
Hauswirtschaft	4 155	4 681	+ 12,7	2 737	3 213	+ 17,4	1 418	1 469	+ 3,6
Seeschifffahrt	313	363	+ 16,0	293	334	+ 14,0	20	29	+ 45,0

1) Im Berichtsjahr 2007 angetretene Ausbildungsverhältnisse, die bis zum 31. Dezember 2007 nicht vorzeitig gelöst wurden. – 2) Einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe. – 3) Ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden. – 4) Durch die Umstellung der Datenmeldung zur Berufsbildungsstatistik ist die zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse in diesem Ausbildungsbereich eingeschränkt.

Bei Frauen waren die Abweichungen weniger stark (siehe Tabelle 2). Hier betrug der Unterschied zwischen den Anteilen der von deutschen bzw. ausländischen Jugendlichen der Altersgruppe 18 Jahre und jünger begonnenen Ausbildungsverhältnisse an allen jeweils neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen lediglich 6 Prozentpunkte zugunsten der deutschen Frauen.

42 % der jungen Erwachsenen, die im Jahr 2007 eine Berufsausbildung im dualen System begonnen haben, hatten einen Realschulabschluss oder einen damit vergleichbaren

Abschluss. Einen Abschluss, der auch zu einem Studium an einer Hochschule oder Fachhochschule berechtigt hätte, wiesen 19 % der Neuzugänge auf. Andererseits besaß etwa jeder dritte Jugendliche nur einen Hauptschulabschluss. Auch den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss eröffnet die duale Berufsausbildung Chancen. Der Anteil dieser Gruppe an allen Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag lag bei rund 4 %.

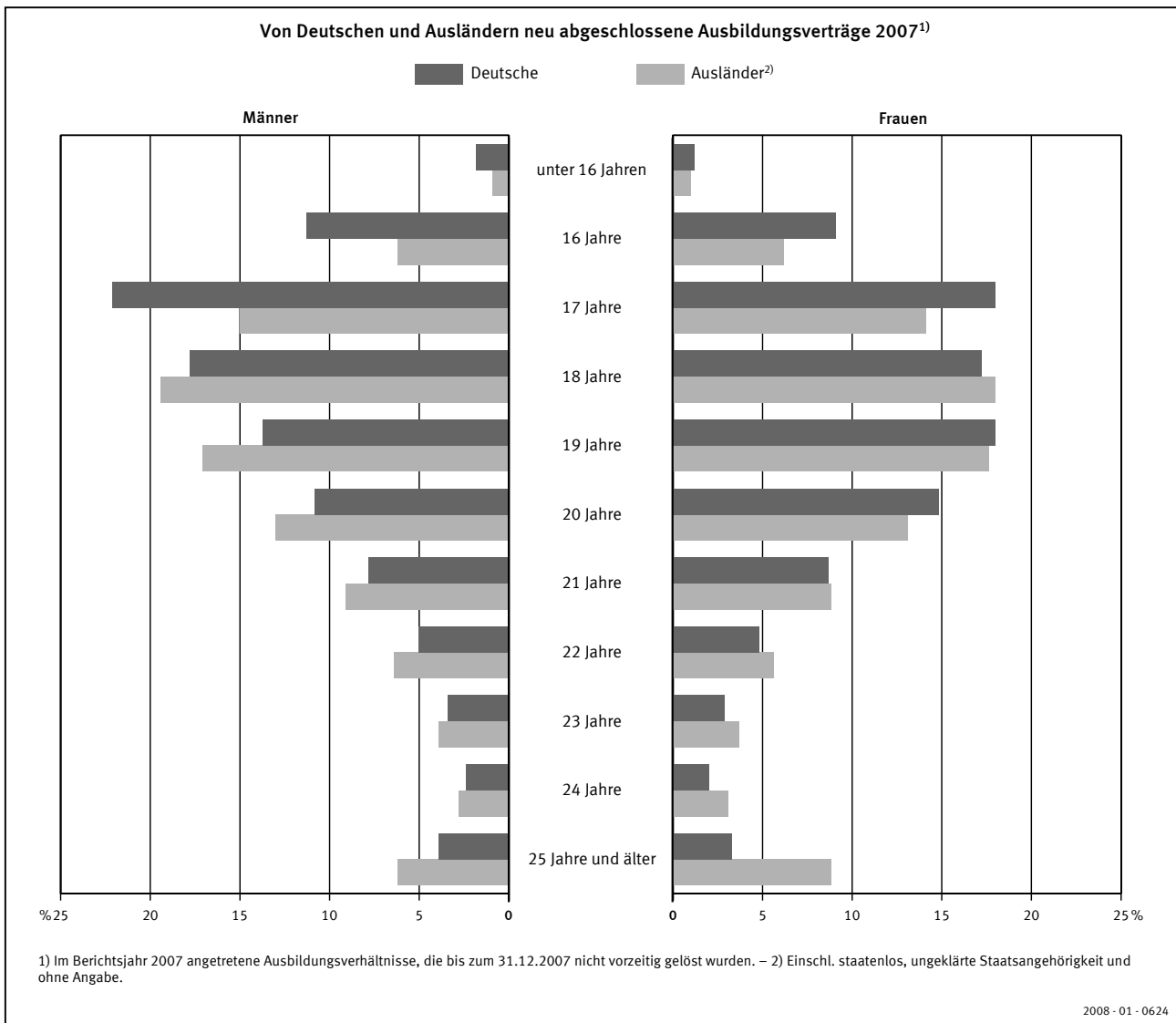
Im Gegensatz zu Deutschen haben Ausländer relativ häufiger nur einen Hauptschulabschluss beim Eintritt in das

Tabelle 2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2007¹⁾ nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit

Alter	Deutsche						Ausländer ²⁾					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 16 Jahren	9 260	1,6	6 367	1,8	2 893	1,2	285	1,0	152	0,9	133	1,0
16 Jahre	61 694	10,4	39 445	11,3	22 249	9,1	1 846	6,2	1 024	6,2	822	6,2
17 Jahre	121 399	20,4	77 394	22,1	44 005	18,0	4 351	14,6	2 492	15,0	1 859	14,1
18 Jahre	104 271	17,6	62 205	17,8	42 066	17,2	5 590	18,8	3 221	19,4	2 369	18,0
19 Jahre	91 969	15,5	48 049	13,7	43 920	18,0	5 169	17,3	2 844	17,1	2 325	17,6
20 Jahre	73 845	12,4	37 700	10,8	36 145	14,8	3 898	13,1	2 167	13,0	1 731	13,1
21 Jahre	48 507	8,2	27 259	7,8	21 248	8,7	2 677	9,0	1 513	9,1	1 164	8,8
22 Jahre	29 328	4,9	17 481	5,0	11 847	4,8	1 796	6,0	1 060	6,4	736	5,6
23 Jahre	19 071	3,2	11 875	3,4	7 196	2,9	1 145	3,8	653	3,9	492	3,7
24 Jahre	13 129	2,2	8 307	2,4	4 822	2,0	871	2,9	465	2,8	406	3,1
25 Jahre und älter	21 650	3,6	13 645	3,9	8 005	3,3	2 178	7,3	1 023	6,2	1 155	8,8
Insgesamt ...	594 123	100	349 727	100	244 396	100	29 806	100	16 614	100	13 192	100

1) Im Berichtsjahr 2007 angetretene Ausbildungsverhältnisse, die bis zum 31. Dezember 2007 nicht vorzeitig gelöst wurden. – 2) Einschl. staatenlos, ungeklärte Staatsangehörigkeit und ohne Angabe.

Schaubild 2



duale System der Berufsausbildung. Addiert man zu den Ausbildungsverträgen von ausländischen Jugendlichen mit Hauptschulabschluss diejenigen derer ohne Hauptschulabschluss, macht dies über die Hälfte aller von Ausländern

Tabelle 3: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2007¹⁾ nach schulischer Vorbildung und Staatsangehörigkeit

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Insgesamt	Deutsche		Ausländer ²⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss	23 567	21 999	3,7	1 568	5,3
Hauptschulabschluss	198 070	183 707	30,9	14 363	48,2
Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss .	263 960	254 887	42,9	9 073	30,4
Hochschul-/Fachhochschulreife	117 038	113 655	19,1	3 383	11,4
Im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuzuordnen	21 294	19 875	3,3	1 419	4,8
Insgesamt ...	623 929	594 123	100	29 806	100

1) Im Berichtsjahr 2007 angetretene Ausbildungsverhältnisse, die bis zum 31. Dezember 2007 nicht vorzeitig gelöst wurden.– 2) Einschl. staatenlos, ungeklärte Staatsangehörigkeit und ohne Angabe.

im Jahr 2007 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge aus. Der entsprechende Wert für Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit lag dagegen bei etwa einem Drittel der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Der Anteil der höher qualifizierten ausländischen Neuzugänge, die über eine Hochschul- oder Fachhochschulreife verfügen, lag mit 11,4% deutlich unter dem entsprechenden Wert bei deutschen Ausbildungsanfängern (19,1%).

5 Fazit und Ausblick

Nach einer mehrjährigen schwierigen Umstellungsphase liegen nun erste Ergebnisse aus der revidierten Berufsbildungsstatistik vor. Mit der Erfassung von Individualdaten bei den zuständigen Stellen und Kammern eröffnen sich vielfältige neue Auswertungsmöglichkeiten, da die durch die bisherigen Erhebungstabellen vorgegebene starre Merkmalsstruktur aufgebrochen wird und einzelne Merkmale nun frei kombiniert werden können. Für die Auskunftsspflichtigen stellt die neue Berufsbildungsstatistik verschiedene elek-

tronische Lieferwege bereit. Hieraus können die zuständigen Stellen und Kammern ein ihren individuellen Bedürfnissen bezüglich Datenhaltung und der jeweiligen technischen Ausstattung entsprechendes Verfahren wählen. Durch die Nutzung bereits vorhandener Datenquellen (beispielsweise eigener Ausbildungsdatenbanken oder der internen Buchhaltung) bei den Datenlieferanten entfallen die aufwendigen Aggregationen der Daten. Mittelfristig folgt daraus eine wesentliche Entlastung der Auskunftspflichtigen.

Aufgrund der Neuprogrammierung und der damit verbundenen Änderungen im Erhebungsablauf verzögerte sich die Datenaufbereitung für die Berufsbildungsstatistik 2007. Eine Vielzahl unerwarteter Sonderfälle erschwerte die kontinuierliche Aufbereitung der Einzeldaten in den Statistischen Landesämtern. Auch hatten die zuständigen Stellen und Kammern vereinzelt Schwierigkeiten, die geforderten Merkmale, insbesondere für sonstige Prüfungen und Ausbilderinnen und Ausbilder, zu liefern. Die bei den Datenlieferanten vor der Übermittlung der Daten sowie im Rahmen der Datenaufbereitung in den Statistischen Landesämtern für die Individualdatensätze durchgeführten Plausibilitätskontrollen werden zu einer weiteren Verbesserung der Datenqualität beitragen.

In den kommenden Jahren gilt es, die Verfahren der revidierten Berufsbildungsstatistik im Rahmen einer engen Kooperation zwischen allen Beteiligten zu optimieren. Darüber hinaus gilt es, die mit der neuen Berufsbildungsstatistik eröffneten Analysepotenziale weiter zu erschließen. [u](#)

Dipl.-Soziologe Thomas Baumann

Bildungsausgaben in Deutschland

Ziele, Konzepte und Ergebnisse des nationalen Bildungsbudgets im Vergleich zur internationalen Berichterstattung

Der „Bildungsgipfel“ von Bund und Ländern am 22. Oktober 2008 in Dresden belegt das aktuelle Interesse an Informationen zu Bildung insgesamt und zu Bildungsausgaben. Dieses Treffen und das Erscheinen des jüngsten Bildungsberichtes der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 9. September 2008 nimmt der vorliegende Beitrag zum Anlass, in systematischer Weise auf Fragen von Nutzerinnen und Nutzern einzugehen, die im Zusammenhang mit der nationalen und internationalen Berichterstattung über Bildungsausgaben immer wieder auftreten. Im Kern geht es um einen Vergleich des nationalen Bildungsbudgets, das vom Statistischen Bundesamt herausgegeben wird, mit der internationalen Bildungsberichterstattung, für die das Statistische Bundesamt ebenfalls die Daten für Deutschland bereitstellt. Dabei werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Bildungsausgaben in nationaler und internationaler Abgrenzung erläutert.

1 Überblick

Das vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Bildungsbudget ist ein wichtiges Element der nationalen Bildungsfinanzberichterstattung, orientiert sich aber neben nationalen auch an internationalen Abgrenzungen und Methodenvorgaben. Dementsprechend fragen Nutzerinnen und Nutzer immer wieder nach den Gründen für unterschiedliche Ergebnisse für Deutschland in nationaler und internationaler Abgrenzung.

In diesem Kapitel werden zunächst das nationale Bildungsbudget und anschließend die international harmonisierte UOE-Datenbasis für Bildung skizziert. Die UOE-Daten sind

Grundlage für die jeweiligen Bildungsberichte der UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur), der OECD und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Am Schluss des ersten Kapitels wird aufgezeigt, aus welchem Anlass die Grundkonzeption des Bildungsbudgets im Jahr 2007 geändert wurde.

1.1 Ziel des Bildungsbudgets als Teil der nationalen Berichterstattung

Bildung ist gleichzeitig Wirtschaftsfaktor und Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe in einer globalen Wissensgesellschaft. Ebenso wie bei Investitionen in Forschung und Entwicklung handelt es sich bei Bildungsausgaben um Zukunftsinvestitionen einer Gesellschaft.

Ein Konzept, das diese Zukunftsinvestitionen messbar machen will, ist das Bildungsbudget des Statistischen Bundesamtes. Es zeigt als Gesamtrechnung die kumulierten Ausgaben von öffentlicher und privater Hand eines Jahres für den Bildungsbereich. Das Bildungsbudget ist das Ergebnis einer Reihe von Grundsatzentscheidungen:

- (1) *Bildungsprozess/Lebenshaltung*: Im Zentrum der Berichterstattung steht der Bildungsprozess. Darin enthalten sind unterrichtsbezogene Ausgaben für Bildung ebenso wie private Ausgaben für Lehrbücher und Nachhilfeunterricht. Als unterrichtsbezogene Ausgaben für Bildungseinrichtungen zählen Lehrkräfte, Lehr- und Lernmittel, Heizung, Reinigung, Elektrizität, Gebäudesanierung und -neubau u.Ä. Darüber hinaus werden Ausgaben der privaten Lebensführung nur insoweit be-

rücksichtigt, wie sie öffentlich finanziert und für die Teilnahme am Bildungsprozess erforderlich sind. Beispiele hierfür sind an den Status der Teilnahme gekoppelte Ausgaben der öffentlichen Hand für private Haushalte (BAföG für Schüler/-innen und Studierende u. Ä.).

- (2) *Periodizität*: Das Bildungsbudget wird jährlich in einer Pressemitteilung veröffentlicht und in verschiedenen amtlichen und nichtamtlichen Publikationen verwendet. Berichtszeitraum ist das Haushaltsjahr, das dem Kalenderjahr entspricht. Der zeitliche Abstand zwischen Veröffentlichungsjahr und Berichtsjahr hängt – wie in allen OECD-Staaten – davon ab, wann die verwendeten Basisdaten zur Verfügung stehen.
- (3) *Ausgabenkonzept*: Das zugrunde liegende Ausgabenkonzept des Bildungsbudgets besteht aus Ausgaben und Einnahmen, nicht jedoch aus Aufwendungen und Erträgen. Hintergrund dafür ist, dass die Finanzstatistik öffentlicher Haushalte als Hauptdatenquelle verwendet wird und es sich an methodische Vorgaben internationaler Organisationen zur vergleichbaren Berichterstattung von Bildungsausgaben anlehnt. Bis alle öffentlichen Haushalte vollständig auf kaufmännische Buchführung umgestellt haben, sind Beeinträchtigungen der Vergleichbarkeit, insbesondere bei der Bewertung und Periodenzuordnung (Abschreibungen, Rückstellungen usw.), unvermeidlich. Zu den Personalausgaben (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträgen) zählen auch unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Krankenversorgung im Versorgungsfall der jetzt im Bildungsbereich aktiven Beamten nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Bereits im Ruhestand befindliche Personen stehen dem Bildungsbereich nicht mehr zur Verfügung. Daher werden Versorgungszahlungen für sie nicht als Personalausgaben berücksichtigt. Investitionen werden im vollen Umfang in die Ausgaben der Rechnungsperiode einbezogen, in der sie anfallen.¹⁾ Die unter (1) erwähnte Unterscheidung von Bildungsprozess und Lebenshaltung bedeutet hinsichtlich des Ausgabenkonzepts Folgendes: Ausgaben für den Bildungsprozess umfassen im Kern die Ausgaben für den Unterricht, das heißt für das Lehr- und sonstige Personal, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für Heizung, Elektrizität, die Reinigung und Erhaltung von Unterrichtsräumen und -gebäuden sowie deren Neubau und andere Investitionsgüter. Erfasst werden auch Ausgaben der Bildungsteilnehmenden selbst zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts (z. B. für Nachhilfeunterricht, zur Anschaffung von Taschenrechnern, Büchern, Schreibwaren). Konzeptionell nicht zu den Ausgaben für den Bildungsprozess zählen Ausbildungsvergütungen, Lohn- und Gehaltskosten von Teilnehmenden an betrieblicher Aus- oder Weiterbildung, Ausgaben der

medizinischen Einrichtungen der Hochschulen für die Krankenbehandlung sowie private Ausgaben für die eigene Lebenshaltung. Neben den Ausgaben für den Bildungsprozess enthält das Budget noch öffentlich subventionierte Ausgaben der privaten Lebenshaltung, soweit diese an eine Bildungsteilnahme gekoppelt sind. Dabei handelt es sich um Stipendien (Zuschüsse und Darlehen) für Schülerinnen, Schüler und Studierende, direkte Zahlungen für die Schülerbeförderung, für die Errichtung von Studentenwohnheimen und dergleichen. Außerdem werden Kindergeldzahlungen berücksichtigt, soweit diese durch die Bildungsbeteiligung bedingt sind (einschließlich der Wirkungen durch Kinderfreibeträge).

- (4) *Öffentliche/Private Ausgaben*: Das Bildungsbudget umfasst die Ausgaben von Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft (einschließlich der Ausgaben der Unternehmen für die betriebliche Aus- und Weiterbildung). Über die Finanzstatistik öffentlicher Haushalte hinaus berücksichtigt die Budgetrechnung daher auch zahlreiche weitere amtliche und nichtamtliche Datenquellen zu Bildungsfinanzen. So soll dem Ziel, einen Überblick über möglichst alle Bildungsbereiche und Mittelgeber zu geben, nähergekommen werden, als dies mit der Finanzstatistik allein möglich ist. Erforderlich wurde diese Erweiterung auch, da bestimmte Aktivitäten aus den öffentlichen Haushalten ausgegliedert wurden.
- (5) *Durchführungs- und Finanzierungsbetrachtung*: Die Analyse der Bildungsausgaben in Deutschland kann aus zwei verschiedenen Blickwinkeln erfolgen: Welcher Bereich erbringt die Bildungsleistungen und wer finanziert sie? Bei der ersten Frage handelt es sich um eine Durchführungsbetrachtung, bei der zweiten um eine Finanzierungsbetrachtung.

Die hier nur skizzierte Grundkonzeption des Bildungsbudgets wurde im Jahr 2000 ausführlicher vorgestellt.²⁾ Ergebnisse der Budgetrechnung stehen seitdem für verschiedene Berichtsjahre zur Verfügung. Dabei wurde das Bildungsbudget – bei identischem Aufbau – im Laufe der Jahre kontinuierlich weiterentwickelt.

Legt man für Vergleichszwecke das im aktuellen OECD-Bericht ausgewiesene Haushaltsjahr 2005 zugrunde, dann umfasst das Bildungsbudget für Deutschland Gesamtausgaben in Höhe von 141,6 Mrd. Euro. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt waren das 6,3 %. In der öffentlichen Diskussion über Bildungsausgaben wird dieser Prozentwert häufig mit dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von nur 5,1 % verglichen, der im OECD-Bildungsbericht für dasselbe Berichtsjahr für Deutschland ausgewiesen wird. Seiner Berechnung liegen absolut gesehen Ausgaben in Höhe von 114,5 Mrd. Euro zugrunde. Auf diesen Indikator, den OECD-Bericht und seine Grundlagen geht der nächste Abschnitt ein.

1) Allerdings werden in der amtlichen Finanzstatistik nur die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden erfasst. Diese Ausgaben sind aber nicht identisch mit den Ressourcen, die Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern für Bildungsprozesse effektiv zur Verfügung stehen. So lässt die Höhe der Personalausgaben nur bedingt Rückschlüsse auf den Umfang der Unterrichtsleistungen zu. Unterrichtsausfälle durch Krankheit, der Umfang der Lehrverpflichtungen, die Zahl der Freistunden für administrative Tätigkeiten usw. spiegeln sich in den Finanzdaten nicht wider. Andererseits wird die Höhe der Personalausgaben stark beeinflusst durch die Besoldungsstruktur des Personals (z. B. Eingruppierung, Altersstruktur, Familienstand), die wiederum nur bedingt mit den tatsächlichen Unterrichtsleistungen zusammenhängt.

2) Siehe Hetmeier, H.-W./Schmidt, P.: „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach dem Durchführungs- und Finanzierungskonzept“ in WiSta 7/2000, S. 500 ff.

1.2 UOE-Datensammlung als Kern der internationalen Berichterstattung

Das Statistische Bundesamt liefert auch für internationale Bildungsberichte die erforderlichen Basisdaten für Deutschland. Grundlage für die Ergebnisse sowohl zu Finanzen als auch zu Bildungsteilnehmenden, zum Bildungspersonal u. a. ist die sogenannte UOE-Datensammlung, eine harmonisierte Datenbasis für Bildung, die den drei internationalen Organisationen UNESCO, OECD und Eurostat als einheitliche Bezugsquelle für deren jeweilige Bildungsberichte dient.

Der bekannteste hiervon ist der jährlich erscheinende Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung³⁾. Darin werden die Bildungssysteme der 30 OECD-Mitgliedstaaten in einer einheitlichen Systematik im Hinblick auf vier Aspekte verglichen:

- (A) Bildungsergebnisse und Bildungserträge
- (B) Die in Bildung investierten Finanz- und Humanressourcen
- (C) Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungsvverlauf
- (D) Das Lernumfeld und die Organisation von Schulen

Jeder dieser vier Gesichtspunkte wird durch zahlreiche Indikatoren gemessen.

Ein häufig zitierter Indikator für die öffentliche und private Wertschätzung von Bildung sind die „Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts“. Der Indikator umfasst Ausgaben aus öffentlichen und privaten Quellen für öffentliche und private Bildungseinrichtungen in ISCED⁴⁾-Gliederung. Auf den Begriff der Bildungseinrichtung und der ISCED-Gliederung wird in Abschnitt 2.1 eingegangen. Im aktuellen Bericht der OECD lagen die deutschen Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Jahr 2005 bei einem Anteil von 5,1 % am Bruttoinlandsprodukt.

1.3 Ziel und Anlass für eine Neukonzeption des Bildungsbudgets

Der parallele Nachweis von Bildungsausgaben in Deutschland in nationaler (Abschnitt 1.1) und internationaler Darstellung (Abschnitt 1.2) führt immer wieder zu Nachfragen von Datennutzerinnen und -nutzern nach Ursachen für unterschiedliche Ergebnisse. Besonders häufig betrifft dies die bereits erwähnte Kennzahl Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

Grundsätzlich werden für das Bildungsbudget und die internationale Bildungsberichterstattung dieselben Basisstatistiken verwendet. Diese sind bereichsspezifisch abgegrenzt und müssen für die Gesamtbetrachtung nach den jeweiligen Konzepten harmonisiert werden.⁵⁾

Der Grundkonzeption des Budgets aus dem Jahr 2000 lag bei der Abgrenzung der Bildungsbereiche eine nationale Perspektive von Bildungseinrichtungen zugrunde. Diese orientierte sich beispielsweise für den Schulbereich an der Schulartensystematik der amtlichen Schulstatistik. Die internationalen Liefervorgaben für die UOE-Datenbasis hingegen orientieren sich an der ISCED-Systematik von Bildungsprogrammen. Ausgaben für und Teilnehmer an ein(em) Bildungsprogramm nach der internationalen Konvention sind nicht identisch mit den entsprechenden Angaben für eine bestimmte Schulart nach nationaler Systematik. Im Kern werden dieselben Volumina an Personen und Finanzen unterschiedlich verteilt. Diese „zweigleisige“ Berechnung verursachte in der Vergangenheit zusätzlichen Aufwand sowie Verunsicherungen und Irritationen der Datennutzerinnen und -nutzer, die mit unterschiedlichen Zahlen zum vermeintlich selben Sachverhalt konfrontiert wurden. Ursächlich war aber, dass für die internationale Bildungsberichterstattung internationale Klassifikationen und Konventionen bindend sind.

2007 wurde als Antwort auf diese Probleme erstmals das Bildungsbudget mit neuem, modularem Aufbau veröffentlicht. Nachfolgend soll die Neukonzeption erläutert und ihr Bezug zur internationalen UOE-Datenbasis herausgestellt werden.

2 Modularer Aufbau des neu konzipierten Bildungsbudgets

Bereits im Jahr 2005 hat das Statistische Bundesamt der damals für den Bildungsfinanzbericht verantwortlichen Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung die Idee vorgestellt, das bis dahin rein nach nationalen Systematiken abgegrenzte Bildungsbudget so zu gestalten, dass es künftig zwei Anforderungen gleichzeitig gerecht werden kann:

- (1) Kompatibilität mit der internationalen Berichterstattung zu Bildungsausgaben und
- (2) Beibehaltung der Berichterstattung über jene Ausgaben, die bereits bisher im Bildungsbudget enthalten waren, von den internationalen Organisationen aber nicht angefordert werden.

Ferner sollte das Konzept des lebenslangen Lernens stärker als bisher berücksichtigt werden. In weiteren Arbeitsgruppentreffen im Jahr 2006 wurden Ausgestaltungen der Konzeption vorgestellt und diskutiert, die schließlich in eine Modularisierung des Bildungsbudgets mündeten. Im Modul A werden jetzt anstelle von Bildungseinrichtungen in nationaler Systematik Bildungsbereiche bzw. Bildungsprogramme in internationaler Systematik nachgewiesen (ISCED-Systematik). Sie stellen den formalen Teil des lebenslangen Lernens dar. Ausgaben außerhalb der internationalen Ziel-

3) OECD (Hrsg.): „Education at a Glance 2008: OECD Indicators“, Paris 2008, deutsche Ausgabe: „Bildung auf einen Blick 2008: OECD-Indikatoren“, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin 2008.

4) International Standard Classification of Education – Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens.

5) Siehe als ein Beispiel dieser Harmonisierung Baumann, T.: „Ausgaben für die duale Ausbildung in Deutschland“ in WiSta 8/2004, S. 888 ff.

setzung, in der Regel non-formale Angebote, werden im Teilbereich B des neuen Bildungsbudgets nachgewiesen.

Im Jahr 2007 (Berichtsjahr 2004) veröffentlichte das Statistische Bundesamt erstmals das modulare Bildungsbudget; mittlerweile liegen Daten für das Berichtsjahr 2005 vor.

Auf die Definition der Typen des lebenslangen Lernens wird im übernächsten Abschnitt eingegangen. Zuvor soll die internationale Kompatibilität des neuen Moduls A des Bildungsbudgets vorgestellt werden.

2.1 International kompatibler Teilbereich A des neu konzipierten Bildungsbudgets

Die konzeptionelle Weiterentwicklung des Bildungsbudgets im Hinblick auf eine stärkere internationale Kompatibilität besteht in der Trennung von formaler Ausbildung in internationaler Abgrenzung von den sonstigen Bildungsangeboten, darunter in erster Linie allen Arten von Weiterbildung nach Abschluss einer formalen Ausbildung. In seiner ursprünglichen Konzeption war das Bildungsbudget an der Grundunterscheidung Bildungsprozess/Lebenshaltung orientiert, ohne dabei strikt zwischen Aus- und Weiterbildung sowie formaler Bildung und anderen Bildungsarten zu unterscheiden. So enthielten die Ausgaben für den Bildungsprozess – um nur einige Beispiele zu nennen – u. a. gleichrangig betriebliche Ausgaben für die duale Ausbildung und die Weiterbildung der Beschäftigten sowie Ausgaben für Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen u. Ä. Seit der Neukonzeption werden die Ausgaben für betriebliche Ausbildung, Schulen und Hochschulen dem Teilbereich A, die Ausgaben für betriebliche Weiterbildung und die Volkshochschulen hingegen dem Teilbereich B zugeordnet. Die genaueren Definitionen ergeben sich aus der internationalen Bildungsklassifikation und dem Ansatz des lebenslangen Lernens, auf die weiter unten noch eingegangen wird.

2.1.1 Internationale Klassifikation von Bildungssystemen im Rahmen der UOE-Datenbasis als methodische Vorgaben

Eine Ausrichtung auf die internationale UOE-Datenbasis ist mit zahlreichen methodischen Vorgaben verbunden, von denen die ISCED-Systematik die wichtigste darstellt. Sie steht im Zentrum der nachfolgenden Ausführungen. Die Internationale Standard-Klassifikation des Bildungswesens (ISCED-97) dient im Bildungsbudget wie in der UOE-Datensammlung als Grundlage zur Festlegung der Bildungsbereiche und Bildungsgänge. Sie unterscheidet zwischen folgenden Bildungsbereichen:

(1) *Elementarbereich (ISCED 0)*: Der Elementarbereich ist definiert als erste Stufe organisierten Unterrichts, der sehr kleine Kinder an eine schulähnliche Umgebung heranführen soll, das heißt er soll eine Brücke zwischen der Atmosphäre im Elternhaus und der in der Schule herstellen. Programme auf ISCED-Stufe 0 sollten in Einrichtungen oder Schulen stattfinden, die dazu geeignet sind, den Bedürfnissen von mindestens drei Jahre alten Kindern hinsichtlich ihrer Erziehung und Bildung sowie Entwicklung gerecht zu werden, und über entsprechend

ausgebildetes Personal verfügen, um für Kinder dieser Altersgruppe adäquate Angebote durchzuführen.

- (2) *Primarbereich (ISCED 1)*: Der Primarbereich beginnt normalerweise im Alter von fünf, sechs oder sieben Jahren und dauert vier bis sechs Jahre (der Normalfall in den OECD-Staaten sind sechs Jahre). Bildungsgänge des Primarbereichs erfordern normalerweise keine vorherige formale Bildung, obwohl es immer häufiger vorkommt, dass Kinder vor dem Primarbereich schon den Elementarbereich besucht haben. Die Grenze zwischen Elementar- und Primarbereich wird normalerweise durch den Beginn des für den Primarbereich üblichen systematischen Lernens, zum Beispiel des Lesens, Schreibens und Rechnens, gekennzeichnet. Es ist jedoch üblich, dass schon im Elementarbereich mit den ersten Lese-, Schreib- und Rechenübungen begonnen wird.
- (3) *Sekundarbereich I (ISCED 2)*: Der Sekundarbereich I setzt inhaltlich die grundlegenden Bildungsgänge des Primarbereichs fort, wenn auch normalerweise stärker fachorientiert, wobei häufig stärker spezialisierte Lehrer zum Einsatz kommen, die Unterricht in ihren Spezialfächern erteilen. Der Sekundarbereich I ist entweder „abschließend“ (d. h. er bereitet die Schüler auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt vor) und/oder „vorbereitend“ (d. h. er bereitet Schüler auf den Sekundarbereich II vor). Dieser Bereich umfasst in der Regel zwei bis sechs Schuljahre (der Normalfall in den OECD-Staaten sind drei Jahre).
- (4) *Sekundarbereich II (ISCED 3)*: Der Sekundarbereich II entspricht in den meisten OECD-Staaten der letzten Phase des Sekundarbereichs. Der Unterricht ist oft fächerspezifischer als auf der ISCED-Stufe 2, und die Lehrkräfte benötigen in der Regel höherwertige bzw. fächerspezifischere Qualifikationen als auf ISCED-Stufe 2. Das Eintrittsalter für diesen Bildungsbereich liegt normalerweise bei 15 oder 16 Jahren. Es gibt wesentliche Unterschiede in der typischen Dauer von ISCED 3-Bildungsgängen, sowohl zwischen den einzelnen Staaten als auch innerhalb der Staaten, normalerweise beträgt sie zwischen zwei und fünf Jahren. ISCED 3 kann entweder „abschließend“ sein (d. h. die Schüler auf den direkten Eintritt in das Erwerbsleben vorbereiten) und/oder „vorbereitend“ (d. h. die Schüler auf den Tertiärbereich vorbereiten). Die Bildungsgänge auf ISCED-Stufe 3 kann man auch in drei Kategorien einteilen, je nachdem bis zu welchem Grad der Bildungsgang speziell auf eine bestimmte Gruppe von Berufen oder Tätigkeiten vorbereitet und auf arbeitsmarktrelevante Qualifikationen vorbereitet: allgemeinbildend, berufsvorbereitend oder berufsbildend/technisch.
- (5) *Postsekundärer nichttertiärer Bereich (ISCED 4)*: Bildungsgänge im postsekundären nichttertiären Bereich befinden sich aus internationaler Sicht im Grenzbereich zwischen Sekundarbereich II und postsekundärem Bereich, auch wenn sie im nationalen Zusammenhang eindeutig als zum Sekundarbereich II oder zum postsekundären Bereich gehörig angesehen werden können. Selbst wenn der Inhalt dieser Bildungsgänge nicht we-

sentlich anspruchsvoller ist als der des Sekundarbereichs II, können sie doch den Kenntnisstand derjenigen, die schon einen Abschluss im Sekundarbereich II erworben haben, erweitern. Die Teilnehmer der betreffenden Bildungsgänge sind in der Regel älter als im Sekundarbereich II.

- (6) *Tertiärbereich B (ISCED 5B)*: Studiengänge des Tertiärbereichs B sind typischerweise kürzer als im Tertiärbereich A und konzentrieren sich auf praktische/technische/berufsbezogene Fähigkeiten für den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt, obwohl in diesen Studiengängen auch einige theoretische Grundlagen vermittelt werden können. Verwaltungsfachhochschulen werden dem Tertiärbereich B (ISCED 5B) zugeordnet, der außerdem Fachschulen, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens und Berufsakademien umfasst. Sie dauern mindestens zwei Jahre (Vollzeitäquivalent).
- (7) *Tertiärbereich A (ISCED 5A)*: Der Tertiärbereich A ist weitgehend theoretisch orientiert und soll hinreichende Qualifikationen für den Zugang zu weiterführenden Forschungsprogrammen und Berufen mit hohem Qualifikationsniveau, wie Medizin, Zahnmedizin oder Architektur, vermitteln. Die theoretische Gesamtdauer eines tertiären Studiengangs des Tertiärbereichs A beträgt mindestens drei Jahre (Vollzeitäquivalent), normalerweise dauert er jedoch vier Jahre oder länger. Derartige Studiengänge werden nicht ausschließlich an Universitäten angeboten. Umgekehrt erfüllen nicht alle Studiengänge, die national als Universitätsstudium anerkannt werden, die Kriterien für die Einstufung in den Tertiärbereich A. Der Tertiärbereich A schließt Zweitabschlüsse wie den amerikanischen „Master“ mit ein. Erst- und Zweitabschlüsse sind klassifiziert nach der Gesamtstudiendauer, das heißt nach der Gesamtstudiendauer im Tertiärbereich, die notwendig ist, um den Abschluss zu erhalten. Der Tertiärbereich A (ISCED 5A) schließt in Deutschland Universitäten, Theologische und Pädagogische Hochschulen sowie Kunsthochschulen und Fachhochschulen mit ein.

2.1.2 Umsetzung der ISCED-Klassifikation im Bildungsbudget

Da die im Überblick genannten Grundentscheidungen des Bildungsbudgets – Bildungsprozess/Lebenshaltung, Periodizität, Ausgabenkonzept – nicht nur im alten und neuen Bildungsbudget Gültigkeit haben, sondern auch für die internationale UOE-Datenbasis zutreffen, bedeutet eine internationalere Ausrichtung des Bildungsbudgets im Wesentlichen, national abgegrenzte Bildungseinrichtungen durch Bildungsprogramme nach der ISCED zu ersetzen. Die Ausrichtung auf die ISCED-Systematik beendet die Zweigleisigkeit der Berechnung im Bereich formaler Ausbildung. Hier gibt es jetzt jährlich nur noch eine Berechnung, die gleichzeitig für die internationale Datenlieferung und für das nationale Bildungsbudget (im Teilbereich A) verwendet wird.

Eine ausführliche Zuordnungstabelle nationaler Bildungseinrichtungen zu ISCED-Stufen, die gleichermaßen der deutschen Datenlieferung für die UOE-Datenbasis und dem international kompatiblen Teilbereich A des Bildungsbudgets zugrunde liegt, wird jährlich veröffentlicht⁶⁾. Darin werden Unterricht erteilende Bildungseinrichtungen nach nationaler Systematik den ISCED-Stufen zugeordnet. Diese Zuordnung gilt sowohl für die monetären als auch nicht-monetären Daten, die das Statistische Bundesamt für die UOE-Datenbasis bereitstellt. Bei Bildungsausgaben im Bildungsbudget Teil A und der UOE-Datensammlung kommen in den einzelnen ISCED-Stufen noch jene Ausgaben hinzu, die in nichtunterrichtenden Einrichtungen anfallen.

Generell ist der Begriff der Bildungseinrichtung in der UOE-Datensammlung und damit auch im Modul A des Bildungsbudgets weiter gefasst als im üblichen Sprachgebrauch. Zwar entfallen die Ausgaben überwiegend auf „klassische“ Unterricht erteilende Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Hochschulen. Zu den Bildungseinrichtungen zählen aber auch Ministerien und andere Einrichtungen, die Steuerungs- und Serviceleistungen für das Bildungssystem erbringen, ohne selbst Personen zu unterrichten. Dies betrifft beispielsweise auch die Serviceleistungen für Studierende durch das Deutsche Studentenwerk oder die jeweils zuständigen Ämter für Ausbildungsförderung.

In der UOE-Methodik werden öffentliche und private Bildungseinrichtungen unterschieden. Das Zuordnungskriterium ist dabei nicht die Finanzierungsquelle, sondern die Kontrolle der Einrichtung. Zwar stehen ganz allgemein auch private Schulen unter der staatlichen Schulaufsicht, alle konkreten Entscheidungen über interne Abläufe, wie die Stundenplangestaltung oder die Verwendung eingenommener Finanzmittel, liegen aber beim jeweiligen privaten Schulträger. Eine Bildungseinrichtung wird als privat angesehen, wenn sie von einer nichtstaatlichen Organisation (z. B. einer Kirche, einer Gewerkschaft oder einem Wirtschaftsunternehmen) beaufsichtigt und geführt wird oder wenn ihr Verwaltungsgremium zur Mehrheit aus Mitgliedern besteht, die nicht von einer staatlichen Stelle oder Behörde ernannt wurden. Davon unabhängig ist die Frage der Finanzierung. Hinsichtlich des Grades öffentlicher Finanzierung unterscheiden die internationalen Konventionen privater Bildungseinrichtungen weiter in staatsabhängige und staatsunabhängige Einrichtungen. So erhalten staatsabhängige Bildungseinrichtungen mehr als 50 % ihrer Kernfinanzierung aus öffentlichen Quellen oder ihre Lehrkräfte werden von staatlichen Stellen bezahlt. Im Gegensatz dazu erhalten staatsunabhängige Einrichtungen weniger als 50 % ihrer Kernfinanzierung aus öffentlichen Quellen und ihr Lehrpersonal wird nicht von öffentlichen Stellen bezahlt. Zu beachten ist, dass der Begriff öffentliche Quellen nicht nur die Haushalte der Länder umfasst.

Ein weiterer grundlegender Aspekt der Budgetberechnung ist die auch im internationalen Bereich übliche Unterscheidung zwischen dem Ort der Leistungserbringung (innerhalb oder außerhalb von Bildungseinrichtungen) sowie der Leis-

6) Statistische Ämter des Bundes und der Länder: „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“, Wiesbaden 2008.

tungsart (Ausgaben für den Bildungsprozess oder für die Lebenshaltung der Bildungsteilnehmer).

2.2 National ergänzender Teilbereich B des neu konzipierten Bildungsbudgets

Mit dem Teilbereich A des neu konzipierten Bildungsbudgets wurde die internationale Kompatibilität der Erfassung von Bildungsausgaben hergestellt. Über die international angeforderten Daten hinaus enthält das Bildungsbudget weitere Ausgaben für Bildungsangebote, die für das deutsche Bildungssystem wichtig sind. Diese Ausgaben sind im Teilbereich B des Bildungsbudgets gebündelt. Dazu zählen Ausgaben für Krippen und Horte, für die Jugendarbeit, für Volkshochschulen, für betriebliche Weiterbildung u. Ä.

Beide Teilbereiche zusammen lassen sich unter dem Ansatz des lebenslangen Lernens integrieren. Die bisherigen Ausführungen charakterisierten den Teilbereich A des Budgets als formale Ausbildung in ISCED-Abgrenzung. Eine detaillierte Analyse des Konzeptes des lebenslangen Lernens hinsichtlich der verfügbaren Datenlage findet man bei Hörner⁷⁾, der Lernaktivitäten in drei Kategorien differenziert: formelle Bildung, nicht-formelle Bildung und informelles Lernen. Bezogen auf die finanziellen Aspekte lebenslangen Lernens sei auf den Abschlussbericht der Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“, die ebenfalls von einer ähnlichen Dreiteilung lebenslanger Lernaktivitäten ausgeht⁸⁾, verwiesen. Danach sollen die verschiedenen Wege bisheriger formaler Ausbildung stärker mit den anschließenden verschiedenen Typen der Weiterbildung verzahnt werden und die Autoren fordern einen größeren Ressourceneinsatz aller Beteiligten, der sich am Ende jedoch auszahlt: „Lebenslanges Lernen als Investition zu verstehen bedeutet, dass der einzelne Mensch, die Unternehmung oder die Gesellschaft heute Ressourcen bereitstellen müssen (z. B. in Form von Zeit, Geld, sächlichen Ressourcen oder Anstrengung), damit sie morgen und übermorgen Rückflüsse in Form von Nutzen und Erträgen (z. B. höhere Zufriedenheit, höheres Einkommen, höhere Produktivität, höheres Wachstum) genießen können.“⁹⁾ Nach den Analysen der Kommission steht eine systematische Integration der allgemeinen Weiterbildung in einen Rahmen lebenslangen Lernens in Deutschland vor drei Schwierigkeiten:

- (1) *Eine zu geringe Bildungsbeteiligung*: So lag die Beteiligungsquote an allgemeiner Weiterbildung selbst in Hochphasen immer unter einem Drittel der Gesamtbevölkerung und ist sogar rückläufig.¹⁰⁾
- (2) *Eine unübersichtliche und uneinheitliche Träger- und Einrichtungsstruktur*: Die Kommission geht hier von einer unbekanntem Anzahl von Einrichtungen im fünfstelligen Bereich mit einer ebenfalls unbekanntem Anzahl von Kursen im sechsstelligen Bereich aus. Größte Einzelanbieter sind die rund 1 000 Volkshochschulen in Deutschland.

- (3) *Eine unübersichtliche und uneinheitliche Finanzierungsstruktur*: Es herrscht ein intransparentes Mischfinanzierungssystem. Die Volkshochschulen sind im Mischsystem der Weiterbildungsträger in ihren Ausgaben und ihrer Finanzierung statistisch am eindeutigsten, systematischsten und kontinuierlichsten erfasst.

Wendet man das Konzept des lebenslangen Lernens auf das Bildungsbudget an, dann liegt der Schwerpunkt der Anstrengungen im Teilbereich A auf der hoch institutionalisierten Ausbildung junger Menschen. In einer alternden Gesellschaft wird darüber hinaus die Weiterbildung zunehmend wichtiger, die den Schwerpunkt des Teilbereichs B des Bildungsbudgets ausmacht.

Die umfassende Abbildung des lebenslangen Lernens erfordert die Berücksichtigung verschiedenster Datenquellen. Die Erstellung und Fortschreibung des Bildungsbudgets wird dadurch erschwert, dass Erhebungen zu den Bildungsausgaben des non-formalen Lernens nur für Teilbereiche durchgeführt werden und dies vielfach nur in mehrjährigen Abständen.

Von den Komponenten, die im Abschlussbericht der Kommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ erwähnt wurden, sind die Volkshochschulen als größte Einzelanbieter von Weiterbildung, die Förderung der beruflichen Bildung durch die Bundesagentur für Arbeit und die betriebliche Weiterbildung sowohl konzeptionell als auch faktisch bereits im Teilbereich B des Bildungsbudgets enthalten. Ebenfalls im Budgetbereich B bereits erfasst sind Ausgaben für die Kinderbetreuung in Krippen und Horten sowie für die Jugendarbeit. Eine Datenlücke bei der Umsetzung des Konzeptes des lebenslangen Lernens enthält das Bildungsbudget insbesondere bei individuellen Weiterbildungsausgaben von Privatpersonen.

3 Ergebnisse für das Berichtsjahr 2005

Die Modularisierung des Bildungsbudgets führt zu einer Unterteilung des Bildungsprozesses und der Bildungsförderung in der ursprünglichen Budgetkonzeption aus dem Jahr 2000 in einen international kompatiblen Teil A und einen zusätzlichen Teil B, der nicht Gegenstand der internationalen Datenlieferung ist (siehe Schaubild).

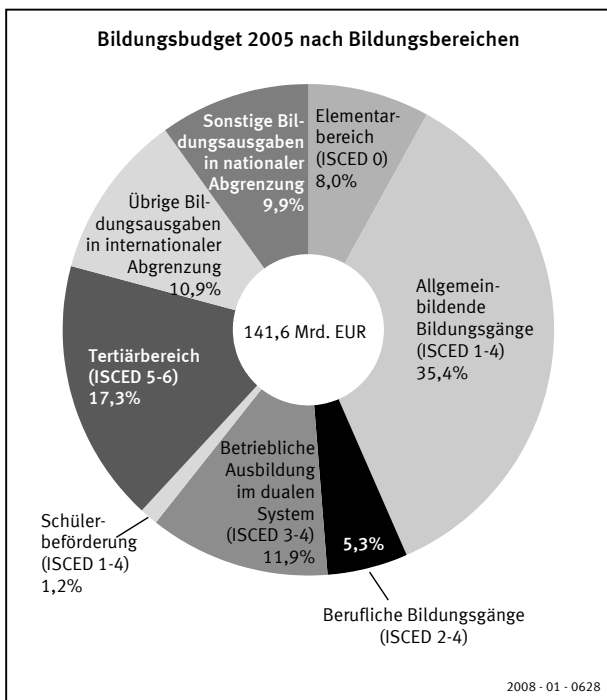
Von den 141,6 Mrd. Euro Ausgaben im gesamten Bildungsbudget entfielen 127,6 Mrd. Euro auf den Teilbereich A, also auf das Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung. Dies entspricht 90% des gesamten Bildungsbudgets. Der national ergänzende Teil des Bildungsbudgets betrug 14,0 Mrd. Euro (siehe Tabelle 1).

7) Hörner, W.: „Zur statistischen Erfassung des Lebenslangen Lernens“ in WiSta 8/2001, S. 667 ff.

8) Schlussbericht der unabhängigen Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens: „Der Weg in die Zukunft“, Bielefeld 2004 (www.bmbf.de/pub/schlussbericht_kommission_III.pdf; Stand: 20. November 2008).

9) Fußnote 8, hier: S. 7.

10) Fußnote 8, hier: S. 75.



Bezogen auf die Eingangsfrage nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen nationalen und internationalen Berichten über Bildungsausgaben in Deutschland, ist an Tabelle 1 ein Aspekt besonders hervorzuheben: In der öffentlichen Diskussion der Ergebnisse des internationalen Bildungsberichts der OECD (Bildung auf einen Blick) steht der OECD-Indikator „Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt“ regelmäßig im Mittelpunkt. In der aktuellen Veröffentlichung 2008 ist für Deutschland ein Wert in Höhe von 5,1 % angegeben. Wie man sieht, gibt es hier keinen Widerspruch zur entsprechenden Zahl im Bildungsbudget in Zeile (A30) in Tabelle 1 – weder in der absoluten Höhe (114,5 Mrd. Euro), noch beim Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

Hinsichtlich der Definition der Teilbudgets C und D sei auf den bereits genannten Aufsatz von Hetmeier/Schmidt (siehe Fußnote 2) verwiesen. Diese Teilbudgets werden hier nur aufgeführt, um zu verdeutlichen, dass die Neukonzeption des Bildungsbudgets auch Auswirkungen auf die Gesamtsumme des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft hat. Das internationale Modul A des neuen Bildungsbudgets enthält den internationalen Methodenvorgaben entsprechend im Tertiärbereich auch Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen. Diese sind aber im Gesamtbudget zusätzlich im Teilbudget für Forschung und Entwicklung enthalten. Daher wird seit dem Veröffentlichungsjahr 2007 bei der Aggregierung der Teilbudgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft eine Konsolidierung vorgenommen, sodass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen separat in zwei Teilbudgets gezeigt werden können, im Gesamtbudget aber nur einmal gezählt werden. Neben der Umstellung von Bildungseinrichtungen auf ISCED-Programme ist dies der zweite wesentliche Unterschied zur ursprünglichen Budgetkonzeption.

Tabelle 1: Bildungsbudget im Berichtsjahr 2005 in der Neukonzeption im Rahmen des Gesamtbudgets für Bildung, Forschung und Entwicklung

Teilbudget		Ausgaben	Anteil am Bruttoinlandsprodukt
		Mrd. EUR	%
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung (einschließlich Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	127,6	5,7
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	114,5	5,1
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	5,0	0,2
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	8,1	0,4
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	14,0	0,6
B10	Betriebliche Weiterbildung	7,9	0,4
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	4,8	0,2
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung	1,3	0,1
A + B	Bildungsbudget	141,6	6,3
C	Forschung und Entwicklung (einschließlich Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	55,7	2,5
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	4,1	0,2
A + B + C + D	Gesamtbudget (konsolidiert um Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	192,2	8,6

Während die ISCED-Umstellung nur die Verteilung der Ausgaben innerhalb des Bildungsbudgets betrifft, betrifft die Berücksichtigung der Hochschulforschung im Bildungsbudget auch dessen Volumen.

4 Verwendete Datenquellen

Sowohl Bildungsbudget als auch die UOE-Datenbasis haben den Charakter von Gesamtrechnungssystemen, für die Ergebnisse aus zahlreichen Datenquellen verwandt werden. Da es keine einzelne Erhebung gibt, die alle Fragen zu Bildungsausgaben für alle Bildungsbereiche beantwortet, müssen bei der Berechnung des Budgets und der UOE-Datensammlung unterschiedliche amtliche und nicht-amtliche Datenquellen zusammengetragen und entsprechend den zuvor beschriebenen Zielsetzungen, methodischen Abgrenzungen und Systematiken aufbereitet werden. Außerdem müssen Datenlücken in vielen Bereichen durch Schätzungen geschlossen werden. Die wichtigsten Datenquellen werden in Tabelle 2 nach der Datenherkunft systematisiert.

Hauptdatenquelle für das Bildungsbudget ist trotz Ausgliederungen immer noch die Jahresrechnungsstatistik öffentlicher Haushalte. Entsprechend der Zielsetzung des Bildungsbudgets werden die oben genannten Basisstatistiken und weitere Datenquellen gemäß den konzeptionellen Kri-

Tabelle 2: Wichtigste Datenquellen für das Bildungsbudget in neuer Abgrenzung

Datenquelle	UOE-Datensammlung und Bildungsbudget A	Bildungsbudget B
Amtliche Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Jahresrechnungsstatistik • Hochschulfinanzstatistik • Ad-hoc-Erhebungen nach § 7 Bundesstatistikgesetz • Personalstandstatistik • Bevölkerungsstatistik • Statistik allgemeinbildender Schulen • Statistik beruflicher Schulen • Nicht-monetäre Hochschulstatistik • Berufsbildungsstatistik • BAföG-Statistik • Mikrozensus • Statistik der Ausgaben und Einnahmen von Tageseinrichtungen für Kinder • Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen für Kinder • Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte • Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen • Haushaltsrechnung der Bundesagentur für Arbeit • Datensammlung Steuerpolitik des Bundesministeriums der Finanzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Jahresrechnungsstatistik • Haushaltsrechnung der Bundesagentur für Arbeit • Erhebung zu Kosten beruflicher Weiterbildung (CVTS) • Statistik der Ausgaben und Einnahmen von Tageseinrichtungen für Kinder • Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen für Kinder • Kinder- und Jugendhilfestatistik
Nichtamtliche Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Studentenwerkerhebung zu Einnahmen und Ausgaben von Studierenden • Geschäftsstatistik der Studentenwerke • Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung zu den Kosten betrieblicher Ausbildung 	<ul style="list-style-type: none"> • Volkshochschulstatistik • Weiterbildungsstatistiken

terien des Bildungsbudgets herangezogen, um ein *Gesamtbild* der Bildungsausgaben in Deutschland zu erstellen. Für *Detailfragen* von Nutzerinnen und Nutzern zur Finanzierung und zu Regelungen in den einzelnen Bereichen sind die jeweiligen bereichsspezifischen Spezialveröffentlichungen die geeignete Informationsgrundlage.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Der vorliegende Artikel stellt vergleichend Ziele, Konzepte und Ergebnisse des Bildungsbudgets und der UOE-Datensammlung zu Bildungsfinanzen für Deutschland vor. Die gemeinsame Schnittmenge zwischen nationaler und internationaler Berichterstattung besteht aus jenen Ausgabenkomponenten, die im Modul A des neu konzipierten Bildungsbudgets zusammengefasst sind. Entgegen dem ersten Eindruck ist das Bildungsbudget damit international kompatibel. Unterschiede gibt es lediglich in der Art und Tiefe der Veröffentlichung.

Eine Weiterentwicklung des Bildungsbudgets wird auch in Zukunft erforderlich sein. Nachfolgend sind wichtige Anlässe aufgeführt:

- Auf internationaler Ebene wird zurzeit über eine Revision der ISCED beraten. Dies wird insbesondere Anpassungen im Teilbereich A erforderlich machen. Die ISCED-Revision hat auch Auswirkungen über das Arbeitsgebiet der Bildungsberichterstattung hinaus.¹¹⁾
- Zum anderen wurde auf dem bereits erwähnten Bildungsgipfel das Ziel erklärt, bis zum Jahr 2015 10 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung zu verwenden. Aus statistischer Sicht ist für die Messung der Zielerreichung von Bedeutung, dass das System der

Statistiken insbesondere im Bereich der non-formalen Bildung ausgebaut wird.

- Durch bildungspolitische Entscheidungen zur Verweildauer in bestimmten Bildungsbereichen (z.B. Ausbau der Ganztagschulen, frühere Einschulung, Verzahnung von Vorschul- und Schulbereich, Verkürzung der Gymnasialzeit u. Ä.) wird sich die relative Bedeutung der einzelnen Bildungsbereiche in den nächsten Jahren verschieben.
- Modifizierte Regelungen zur finanziellen Bildungsbeteiligung (z.B. Senkung der Kindergartengebühren, Einführung von Studienbeiträgen) sowie generell die gestiegene Bedeutung privater Einnahmequellen sind zu berücksichtigen. [u](#)

11) Siehe dazu beispielsweise Stache, D./Forster, T./Kuschel, M./Meißner, C./Schmidt, P.: „Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen – Datenbasis zur Beurteilung der Qualität der Staatsausgaben?“ in WiSta 12/2007, S. 1180 ff.

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Thomas Haustein und Mitarbeiterinnen

Wohngeld in Deutschland 2007

Ergebnisse der Wohngeldstatistik

Zum Jahresende 2007 bezogen rund 580 000 Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 1,5 % aller privaten Haushalte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Empfängerhaushalte um 12,9 % gesunken. Im Durchschnitt hatte ein Empfängerhaushalt Ende 2007 einen monatlichen Wohngeldanspruch von 88 Euro. Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2007 auf rund 924 Mill. Euro (– 20,5 % gegenüber 2006). Damit hat sich die rückläufige Entwicklung der letzten beiden Jahre bei der Zahl der Wohngeldhaushalte bzw. bei den Wohngeldausgaben auch im Jahr 2007 fortgesetzt.

Aufgrund der zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht („Hartz IV“) hatte sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert, da ab diesem Zeitpunkt für Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft der Wohngeldanspruch entfallen ist. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, sodass sich für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Hinzu kommt, dass Anfang 2005 der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge entfiel. Ende 2004, also unmittelbar vor Inkrafttreten von „Hartz IV“, bezogen noch 3,5 Mill. Haushalte Wohngeld.

1 Aufgabe und Ausgestaltung der Wohngeldförderung

Wohngeld ist ein je zur Hälfte von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als *Mietzuschuss* für Mieter oder als *Lastenzuschuss* für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung und ergibt sich im Einzelfall letztendlich aus den Wohngeldtabellen.

Im früheren Bundesgebiet gibt es das Wohngeld seit 1965, in den neuen Ländern und Berlin-Ost wurde das Wohngeld 1991 eingeführt. Seitdem ist es im Rahmen von Wohngeldnovellen periodisch an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst worden.

Bei der Wohngeldgewährung wurde bis 31. Dezember 2004 zwischen dem *allgemeinen Wohngeld* und dem *besonderen Mietzuschuss* unterschieden. Beim allgemeinen Wohngeld handelte es sich um die herkömmliche Form der Wohngeldgewährung, die entweder als *Mietzuschuss* für Mieter oder als *Lastenzuschuss* für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet wurde. Weil es sich in seiner Höhe letztendlich aus den Wohngeldtabellen ergab, bezeichnete man das allgemeine Wohngeld auch als „Tabellenwohngeld“.

Beim besonderen Mietzuschuss handelte es sich um Wohngeld für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge. Bis zum Jahr 2000 wurde es diesen

Mietern unter bestimmten Voraussetzungen als „pauschaliertes Wohngeld“ zusammen mit der Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge, auf die es angerechnet wurde, als Pauschale gewährt. Die Höhe dieser Pauschale bestimmte sich nach landesspezifischen Prozentsätzen der anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft. Ab Anfang des Jahres 2001 ergab sich der besondere Mietzuschuss in seiner Höhe ebenfalls aus den Wohngeldtabellen. Er wurde im Übrigen nur Mietern gewährt und entsprach insofern dem Mietzuschuss beim allgemeinen Wohngeld. Haus- und Wohnungseigentümer sowie Heimbewohner hatten grundsätzlich keinen Anspruch auf besonderen Mietzuschuss; sie konnten jedoch allgemeines Wohngeld beantragen. Der gleichzeitige Bezug von allgemeinem Wohngeld und besonderem Mietzuschuss war ausgeschlossen. Die Einführung des pauschalierten Wohngeldes im früheren Bundesgebiet zum 1. April 1991 führte seinerzeit zu einer Zweiteilung des statistischen Berichtssystems. Seitdem war eine geschlossene Gesamtdarstellung der Wohngelddaten nur für die Teilbereiche möglich, in denen sich die Erhebungsmerkmale beim besonderen Mietzuschuss mit denen beim allgemeinen Wohngeld deckten.

Infolge des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) haben sich im Wohngeldrecht erneut erhebliche Veränderungen ergeben. Seit diesem Zeitpunkt ist für Empfänger staatlicher Transferleistungen (z. B. von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft das Wohngeld entfallen. Dies hatte auch den Wegfall des besonderen Mietzuschusses zur Folge, sodass Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge seit dem 1. Januar 2005 nicht mehr zu den Wohngeldempfängern zählen. Die angemessenen Unterkunftskosten der Empfänger dieser Transferleistungen werden seitdem im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, sodass sich für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Für die Wohngeldstatistik bedeutete dies, dass sich dadurch ab 2005 der Kreis der Wohngeldberechtigten und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduzierte.¹⁾

Mit der von Bundestag und Bundesrat zum 1. Januar 2009 beschlossenen Wohngeldreform²⁾ sind – erstmals seit den Anpassungen 2001 – wieder Leistungsverbesserungen für die Wohngeldbezieher verbunden. Ferner wird sich durch diese Gesetzesreform die Zahl der wohngeldberechtigten Haushalte wieder erhöhen.

2 Ergebnisse der Wohngeldstatistik für Deutschland 2007

Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug

Am 31. Dezember 2007 bezogen rund 580 000 Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 1,5 % aller Privathaushalte

(siehe die Tabellen 1 und 6). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Empfängerhaushalte um 12,9 % gesunken. Ende 2004, also unmittelbar vor Inkrafttreten von „Hartz IV“, bezogen noch 3,5 Mill. Haushalte Wohngeld.

Im früheren Bundesgebiet und Berlin erhielten zum Jahresende 2007 knapp 419 000 Haushalte (– 12,9 % gegenüber dem Vorjahr) Wohngeld, das waren 1,3 % der hier lebenden privaten Haushalte. In den neuen Bundesländern ohne Berlin bezogen Ende 2007 mit rund 161 000 Haushalten (– 12,7 % gegenüber 2006) 2,4 % aller Privathaushalte Wohngeld.

Neben diesen 580 000 „reinen Wohngeldhaushalten“ gab es Ende 2007 in Deutschland noch rund 26 000 wohngeldrechtliche Teilhaushalte in sogenannten „Mischhaushalten“. Dabei handelt es sich um Haushalte, in denen Empfänger von staatlichen Transferleistungen, die selbst nicht wohngeldberechtigt sind, mit Personen zusammenleben, die wohngeldberechtigt sind. Nähere Einzelheiten hierzu sind dem Abschnitt 2.3 „Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten“ am Ende des Beitrags zu entnehmen.

Eine Ursache für den erneuten Rückgang der Zahl der Wohngeldhaushalte im Jahr 2007 dürfte – wie schon in den beiden Jahren zuvor – die weitere „Überleitung“ bisheriger Wohngeldbezieher in das Leistungsrecht des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“) sein: Die Leistungen nach dem SGB II beinhalten die Erstattung der Warmmiete, während das Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz nur einen Zuschuss zur Kaltmiete darstellt. Es ist daher zu vermuten, dass viele ehemalige Wohngeldbezieher mittlerweile in den Leistungsbezug nach dem SGB II „übergewechselt“ sind und daher nicht mehr in der Wohngeldstatistik erfasst werden.

Als weiterer Grund für die rückläufigen Empfängerzahlen dürfte die Tatsache eine Rolle spielen, dass Haushalte durch gestiegene Einkommen im Verhältnis zu den gleichgebliebenen Wohngeldtabellen aus dem Wohngeldanspruch „herausgewachsen“ sein könnten.

Wohngeldausgaben

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2007 bundesweit auf 923,9 Mill. Euro; dies entspricht einem Rückgang um 20,5 % gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2004, dem Jahr vor der Reform, beliefen sich die Ausgaben für das Wohngeld noch auf 5,18 Mrd. Euro (siehe Tabelle 1).

Im früheren Bundesgebiet und Berlin sanken die Wohngeldausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 20,7 % auf nunmehr rund 705,8 Mill. Euro. In den neuen Ländern ohne Berlin gingen die Wohngeldausgaben gegenüber 2006 um 19,7 % auf 218,1 Mill. Euro zurück. Die Wohngeldausgaben für reine Wohngeldhaushalte und wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten werden nicht getrennt erfasst und damit auch nur insgesamt ausgewiesen.

1) Zu den Auswirkungen der zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Gesetzesreformen auf die Wohngeldgewährung bzw. die Wohngeldstatistik siehe auch den Wohngeld- und Mietenbericht 2006 der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 16/5853 vom 26. Juni 2007).

2) Siehe das Gesetz zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung des Sozialgesetzbuches vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856).

Tabelle 1: Empfängerhaushalte von Wohngeld am Jahresende und jährliche Wohngeldausgaben

Jahr	Empfängerhaushalte am Jahresende			Jährliche Wohngeldausgaben ¹⁾		
	insgesamt	allgemeines Wohngeld ²⁾	besonderer Mietzuschuss ³⁾	insgesamt	allgemeines Wohngeld ²⁾	besonderer Mietzuschuss ³⁾
	1 000			Mill. EUR		
Deutschland						
1991	3541	3023	518	2326	.	.
1992	3850	3078	772	3515	.	.
1993	3212	2340	872	3315	.	.
1994	2744	1755	989	2954	.	.
1995	2595	1523	1072	2938	.	.
1996	2719	1495	1224	3127	.	.
1997	2861	1582	1279	3428	.	.
1998	2947	1586	1361	3635	.	.
1999	2816	1539	1276	3629	1680	1949
2000	2839	1498	1342	3541	1619	1922
2001	2820	1829	992	4056	2182	1875
2002	3101	1960	1141	4544	2564	1981
2003	3389	2226	1163	4859	2943	1916
2004	3524	2268	1257	5183	3181	2003
2005 ⁴⁾	781	781	-	1235	1235	-
2006	666	666	-	1162	1162	-
2007	580	580	-	924	924	-
Früheres Bundesgebiet						
1991	1757	1285	472	1946	.	.
1992	1847	1127	720	1947	1102	844
1993	1844	1026	818	1961	922	1040
1994	1902	980	923	2085	893	1192
1995	1938	942	996	2288	880	1408
1996	2091	954	1137	2470	916	1554
1997	2141	976	1165	2711	998	1713
1998	2206	977	1229	2817	1026	1791
1999	2074	937	1137	2771	1001	1770
2000	2073	891	1182	2678	949	1729
2001	1989	1144	845	3081	1440	1641
Früheres Bundesgebiet und Berlin						
2002	2341	1329	1012	3648	1864	1784
2003	2587	1559	1028	3904	2197	1706
2004	2702	1596	1106	4198	2418	1781
2005 ⁴⁾	565	565	-	962	962	-
2006	482	482	-	891	891	-
2007	419	419	-	706	706	-
Neue Länder und Berlin-Ost						
1991	1784	1738	46	380	.	.
1992	2003	1951	52	1568	.	.
1993	1369	1315	54	1354	.	.
1994	842	776	66	868	.	.
1995	657	582	75	650	.	.
1996	628	540	88	656	.	.
1997	720	606	114	717	.	.
1998	741	609	132	818	.	.
1999	742	603	139	858	679	179
2000	766	607	160	863	671	192
2001	831	684	147	976	742	234
Neue Länder ohne Berlin						
2002	760	631	129	896	699	197
2003	803	668	135	956	746	210
2004	822	671	150	985	763	222
2005 ⁴⁾	216	216	-	273	273	-
2006	184	184	-	272	272	-
2007	161	161	-	218	218	-

1) Aufteilung der Wohngeldausgaben für den besonderen Mietzuschuss und das allgemeine Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost war von 1991 bis 1998 nicht möglich. – Quelle für die neuen Länder und Berlin-Ost für die Jahre 1992 bis 1996: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. – 2) Bis 2000 sogenanntes Tabellenwohngeld. – 3) Bis 2000 sogenanntes pauschalisiertes Wohngeld. – 4) Rückgang der Empfängerzahlen bzw. der Wohngeldausgaben sowie Wegfall des besonderen Mietzuschusses aufgrund der gesetzlichen Änderungen zum 1. Januar 2005; bei den Empfängerhaushalten handelt es sich um die sogenannten „reinen Wohngeldhaushalte“.

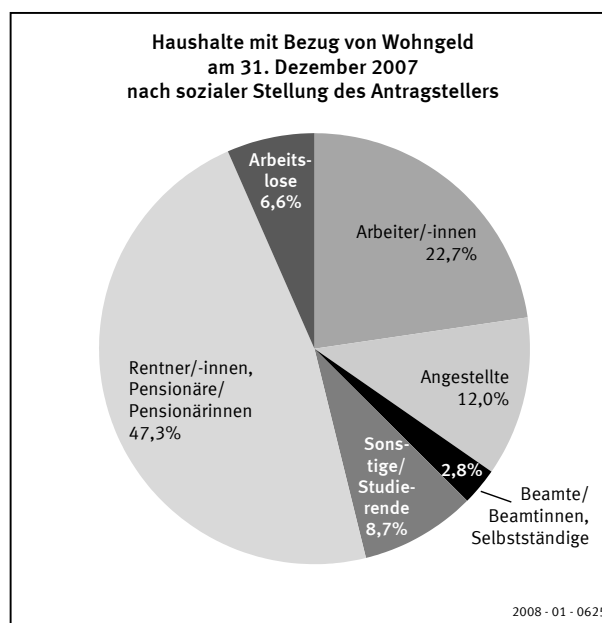
2.1 Haushalte mit Bezug von Wohngeld (reine Wohngeldhaushalte)

Personenkreis

Von den knapp 580 000 Empfängerhaushalten von Wohngeld am Jahresende 2007 bekamen rund 518 000 Haushalte einen Mietzuschuss und nur knapp 63 000 einen Lastenzuschuss. Das Wohngeld kommt also in erster Linie den Mietern zugute.

Wie Schaubild 1 zeigt, waren Ende 2007 nur noch 6,6% der Empfänger arbeitslos. Am Jahresende 2006 hatte der Anteil der Arbeitslosen an den Wohngeldbeziehern noch 8,3% betragen. Aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig waren 56,0% der Empfänger (nach 53,4% Ende 2006); dabei handelte es sich hier überwiegend (47,3%) um Rentner/-innen (2006: 44,4%). Einer beruflichen Tätigkeit gingen 37,5% der Wohngeldempfänger nach (Vergleichswert für 2006: 38,4%).

Schaubild 1



Das Wohngeld in Form eines Mietzuschusses wird zum größten Teil (72,5%) an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt, wobei bereits mehr als die Hälfte der Mietzuschussempfänger (58,3%) allein lebt. Bei den Lastenzuschussempfängern handelt es sich dagegen mehrheitlich (68,0%) um Familien mit drei oder mehr Personen (siehe Tabelle 2). Insgesamt haben sich die Größenstrukturen der Haushalte mit Wohngeldbezug gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert.

Wohnsituation

Da die Höhe des Wohngeldes u. a. von der Größe der Wohnung und von der Heizungsart abhängt, werden auch Angaben hierüber statistisch erfasst und können zur Beschreibung der Wohnsituation der Wohngeldempfänger herangezogen werden. Die überwiegende Mehrzahl der Bezieher von

Tabelle 2: Reine Wohngeldhaushalte am 31. Dezember 2007 nach Haushaltsgröße, Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Reine Wohngeldhaushalte					
	insgesamt		Mietzuschuss		Lastenzuschuss	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	580,3	100	517,7	100	62,6	100
	nach der Haushaltsgröße					
Haushalte						
von Alleinstehenden	315,0	54,3	301,9	58,3	13,1	21,0
mit 2 Familienmitgliedern	80,6	13,9	73,7	14,2	6,9	11,0
mit 3 Familienmitgliedern	49,0	8,4	43,0	8,3	6,0	9,6
mit 4 Familienmitgliedern	69,0	11,9	54,7	10,6	14,3	22,8
mit 5 Familienmitgliedern	40,8	7,0	29,3	5,7	11,5	18,4
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	25,9	4,5	15,1	2,9	10,8	17,2
	nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾					
I (unter –15)	49,6	8,5	36,6	7,1	12,9	20,6
II (– 15 bis unter – 5)	145,2	25,0	122,1	23,6	23,1	36,9
III (– 5 bis unter 5)	193,6	33,4	178,0	34,4	15,7	25,0
IV (5 bis unter 15)	109,2	18,8	102,3	19,8	6,9	11,0
V (15 bis unter 25)	62,4	10,8	59,3	11,5	3,1	4,9
VI (25 und mehr)	20,2	3,5	19,2	3,7	1,0	1,5
	nach der Wohnfläche					
von ... bis unter ... m ²						
unter 40	113,6	19,6	113,4	21,9	0,2	0,3
40 – 60	183,8	31,7	181,8	35,1	2,1	3,3
60 – 80	130,2	22,4	124,3	24,0	5,9	9,5
80 – 100	73,3	12,6	62,9	12,2	10,4	16,7
100 – 120	36,7	6,3	22,4	4,3	14,3	22,8
120 und mehr	42,6	7,3	13,0	2,5	29,7	47,4
	nach der Ausstattung der Wohnung					
Kategorie A ²⁾	563,1	97,0	503,4	97,2	59,7	95,4
Kategorie B ³⁾	17,2	3,0	14,3	2,8	2,9	4,6

1) Die Angaben zu den Mietenstufen I bis VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %. – 2) Mit Sammelheizung und mit Bad (Duschraum). – 3) Mit sonstiger Ausstattung.

Wohngeld (97,0%) lebte Ende 2007 in Wohnungen, die mit Sammelheizung und Bad (oder Duschraum) ausgestattet waren. 21,9% der Wohngeld beziehenden Mieterhaushalte in Deutschland hatten eine Wohnfläche von weniger als 40 m² zur Verfügung, über eine Fläche von 40 bis unter 80 m² verfügten 59,1% dieser Haushalte und 19,0% über eine Fläche von mehr als 80 m² (siehe Tabelle 2). Die Wohnflächenversorgung variiert natürlich in erster Linie mit der Haushaltsgröße; das heißt je mehr Personen zum Haushalt gehören, umso größer ist in der Regel die Wohnung.

Wohnkosten

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschussfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhausbeleuchtung u.Ä. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten, weswegen hier zuweilen auch von der „Bruttokaltmiete“ gesprochen wird. Zur Belastung bei den Eigentümerhaushalten zählen der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung des Wohnraums, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung der Empfängerhaushalte von Wohngeld belief sich im Dezember 2007 auf 5,69 Euro je m² Wohnfläche. In den alten Bun-

desländern lagen die durchschnittlichen Wohnkosten je m² bei 5,83 Euro, in den neuen Bundesländern betrug sie 5,28 Euro je m² Wohnfläche.

Während die durchschnittliche Quadratmetermiete der Mietzuschussempfänger 6,03 Euro je m² betrug, hatten Lastenzuschussempfänger im Durchschnitt eine Belastung von 4,33 Euro je m². Für besser ausgestattete Wohnungen (mit Sammelheizung und mit Bad bzw. Duschraum) musste deutlich mehr bezahlt werden als für die übrigen Wohnungen. So zahlte ein Empfänger von Wohngeld im Durchschnitt für eine besser ausgestattete Wohnung 5,73 Euro je m² und für eine der übrigen Wohnungen 4,48 Euro je m² (siehe Tabelle 3). Darüber hinaus verteuerten sich die Quadratmetermieten mit abnehmender Wohnungsgröße. Am höchsten war somit die Quadratmetermiete in kleineren Wohnungen mit weniger als 40 m² Wohnfläche (9,00 Euro je m²). Im Vergleich dazu zahlte ein Empfänger von Mietzuschuss für eine Wohnung mit mindestens 120 m² durchschnittlich 4,58 Euro je m².

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt. Bei der Berechnung des Wohngeldes werden die Wohnkosten nur bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt, die von mehreren Faktoren abhängig sind. Neben der Haushaltsgröße sowie der Bezugsmöglichkeit und Ausstattung der Wohnung ist hierfür die Mietenstufe der Gemeinde maßgebend, das heißt die Höchstbeträge, bis zu denen Mieten oder Belastungen durch Wohngeld bezuschusst werden können, sind nach dem regionalen Mietenniveau gestaf-

Tabelle 3: Durchschnittliche monatliche Miete/Belastung und Überschreitungsquoten der reinen Wohngeldhaushalte am 31. Dezember 2007 nach Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Reine Wohngeldhaushalte					
	insgesamt		Mietzuschuss		Lastenzuschuss	
	durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete/Belastung	durchschnittliche monatliche Miete	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete	durchschnittliche monatliche Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Belastung
	EUR je m ²	%	EUR je m ²	%	EUR je m ²	%
Insgesamt	5,69	55,7	6,03	55,2	4,33	60,1
	nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾					
I (unter – 15)	4,44	54,9	4,94	52,0	3,73	63,2
II (– 15 bis unter – 5)	5,06	53,4	5,46	52,2	4,04	59,6
III (– 5 bis unter 5)	5,74	55,4	5,93	54,9	4,66	60,2
IV (5 bis unter 15)	6,28	59,0	6,42	59,1	5,18	58,0
V (15 bis unter 25)	6,99	57,2	7,12	57,2	5,67	56,8
VI (25 und mehr)	7,30	54,9	7,47	54,9	5,38	55,8
	nach der Wohnfläche					
von ... bis unter ... m ²						
unter 40	8,99	13,7	9,00	13,7	6,98	36,2
40 – 60	5,95	63,5	5,96	63,8	5,35	39,2
60 – 80	5,73	66,0	5,77	67,1	4,83	42,6
80 – 100	5,54	65,8	5,69	68,4	4,67	50,2
100 – 120	5,04	69,9	5,27	76,3	4,68	59,9
120 und mehr	4,21	73,0	4,58	82,6	4,06	68,8
	nach der Ausstattung der Wohnung					
Kategorie A ²⁾	5,73	55,8	6,05	55,2	4,40	60,6
Kategorie B ³⁾	4,48	52,4	5,19	52,9	2,69	50,3

1) Die Angaben zu den Mietenstufen I bis VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %. – 2) Mit Sammelheizung und mit Bad (Duschraum). – 3) Mit sonstiger Ausstattung.

felt. Es gibt insgesamt sechs Mietenstufen.³⁾ Die zuschussfähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen die Anmietung von angemessenem und familiengerechtem Wohnraum ermöglichen. Andererseits verhindern sie aber auch, dass darüber hinausgehende Kosten für besonders teure oder große Wohnungen zu entsprechend hohen Wohngeldleistungen führen. Mieterhöhungen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrleistungen, solange die zuschussfähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempfängerhaushalt getragen werden.

Ende 2007 hatten 55,7% der Empfänger von Wohngeld in Deutschland eine Miete bzw. Belastung, die über den zuschussfähigen Höchstbeträgen lag und mussten den überschreitenden Betrag selbst tragen. Im Jahr zuvor hatte die Überschreitungsquote mit 56,3% geringfügig höher gelegen. Besonders hohe Überschreitungsquoten ergaben sich für die Gruppe der Empfänger von Wohngeld, die in Wohnungen über 100 m² wohnen.

In den alten Bundesländern sank die Überschreitungsquote der Empfänger von Wohngeld im Vorjahresvergleich wieder leicht von 59,8 auf 59,3%. In den neuen Bundesländern war die Überschreitungsquote mit 46,3% zum Jahresende 2007 nach wie vor vergleichsweise niedrig (Vorjahr: 47,1%).

Mietenstufenverteilung

Eine Analyse der Verteilung der Empfängerhaushalte von Wohngeld auf die sechs Mietenstufen ergibt eine deutliche Ost-West-Diskrepanz (siehe Schaubild 2): In den neuen

Erläuterungen zu den Mietenstufen sowie zum regionalen Mietenniveau

Im Wohngeldgesetz (WoGG) sind sechs Mietenstufen festgelegt. Die Zugehörigkeit einer Gemeinde zu einer Mietenstufe richtet sich nach dem örtlichen Mietenniveau. Dieses errechnet sich aus der durchschnittlichen prozentualen Abweichung der örtlichen Mieten in der Gemeinde vom Durchschnitt der Mieten für vergleichbaren Wohnraum im gesamten Bundesgebiet.

Die Mietenniveaus werden nach Maßgabe des § 36 Abs. 1 Nr. 2 WoGG festgestellt

- für einzelne Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 WoGG),
- für nach Kreisen zusammengefasste Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und kreisfreie Gebiete (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 WoGG).

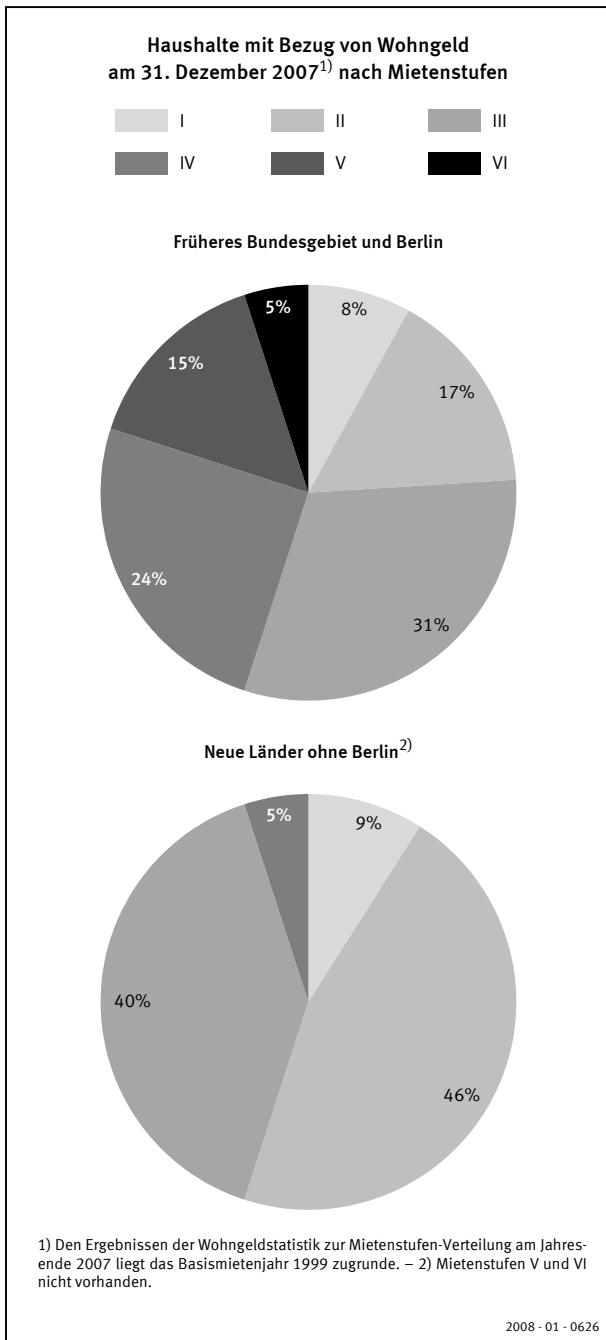
Der Festlegung der seit Anfang 2002 (und auch noch 2007) geltenden Mietenstufen der Gemeinden liegen die Daten der amtlichen Wohngeldstatistik zum Jahresende 1999 zugrunde.

Im Einzelnen sind den sechs Mietenstufen folgende Mietenniveaus zugeordnet:

Mietenstufe	Mietenniveau in %
I	unter – 15
II	– 15 bis unter – 5
III	– 5 bis unter 5
IV	5 bis unter 15
V	15 bis unter 25
VI	25 und mehr

3) Bis zum Jahr 2001 galt in den neuen Bundesländern einheitlich die fiktive Mietenstufe VII. Ab dem Jahr 2002 gilt für die neuen Länder ohne Berlin nunmehr auch die Höchstbetragstabelle für die zuschussfähige Miete oder Belastung, die bis dahin nur für das frühere Bundesgebiet anzuwenden war. Aufgrund ausdifferenzierter Mieten ist es seitdem möglich, auch in den neuen Ländern die Zuordnung zu Mietenstufen für Gemeinden und Kreise vorzunehmen.

Schaubild 2



Ländern ohne Berlin wohnte die Mehrzahl der Empfängerhaushalte (55%) in Gemeinden mit den günstigen Mietenstufen I und II. Die übrigen 45% der Bezieherhaushalte lebten in den mittleren Preisregionen der Mietenstufen III und IV. Hochpreisregionen mit den Mietenstufen V und VI sind in den neuen Ländern nicht vorhanden, das heißt es gibt dort keine Gemeinden, die den beiden teuren Mietenstufen zuzuordnen sind.

Für das frühere Bundesgebiet und Berlin ergibt sich ein anderes Bild: Dort lebten nur rund 25% der Empfängerhaushalte von Wohngeld in Gemeinden mit den günstigen Mietenstufen I und II. Die Mehrzahl der Empfängerhaushalte (55%) wohnte in Regionen, die den mittleren Mietenstufen

III und IV zugeordnet sind. Immerhin 20% der Empfängerhaushalte wohnten in den Hochpreisregionen der Mietenstufen V und VI.

Einkommensverhältnisse und Wohngeldanspruch

Die Höhe des Wohngeldes bemisst sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis der Wohnkosten zum Gesamteinkommen. Das Gesamteinkommen berechnet sich aus der Summe der Jahreseinkommen der Familie abzüglich bestimmter Frei- und Abzugsbeträge.

Da im Rahmen der Wohngeldstatistik keine Angaben zum verfügbaren Einkommen erhoben werden, kann die Einkommenssituation der Wohngeldempfänger lediglich anhand des Gesamteinkommens dargestellt werden, das der Wohngeldberechnung zugrunde liegt. Das Gesamteinkommen ist in der Regel etwas niedriger als das verfügbare Einkommen. Das statistisch erfasste durchschnittliche monatliche Gesamteinkommen der Wohngeldempfänger lag zum Berichtszeitpunkt bei 815 Euro (siehe Tabelle 5). In den alten Bundesländern betrug es 871 Euro und in den neuen Bundesländern 671 Euro.

Die Einkommenshöhe ist stark von der Größe des Haushaltes und von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes abhängig. So wurden in der Regel die höchsten monatlichen Gesamteinkommen von größeren Haushalten mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand erreicht.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Empfängerhaushalt von Wohngeld belief sich zum Jahresende 2007 auf 88 Euro (siehe Tabelle 4). An die Lastenzuschussempfänger, die in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen hatten, wurden mit im Durchschnitt 117 Euro deutlich höhere Beträge gezahlt als an die Empfänger von Mietzuschuss mit 85 Euro. In den alten Bundesländern betrug der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch Ende

Tabelle 4: Reine Wohngeldhaushalte am 31. Dezember 2007 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt		Davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... EUR			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch EUR
			unter 50	50 – 150	150 und mehr	
	1 000	%	% von Spalte 1			
Insgesamt	580,3	100	34,0	50,5	15,5	88
Mietzuschuss	517,7	89,2	35,1	50,8	14,1	85
Lastenzuschuss	62,6	10,8	24,6	48,5	27,0	117
nach der Haushaltsgröße						
Haushalte von Alleinstehenden ...	315,0	54,3	45,7	50,5	3,8	62
mit 2 Familienmitgliedern	80,6	13,9	30,9	55,0	14,1	87
mit 3 Familienmitgliedern	49,0	8,4	23,0	53,4	23,6	106
mit 4 Familienmitgliedern	69,0	11,9	16,1	53,9	30,0	121
mit 5 Familienmitgliedern	40,8	7,0	10,8	45,7	43,5	145
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	25,9	4,5	6,5	30,0	63,6	202

2007 rund 93 Euro. In den neuen Bundesländern lag der durchschnittliche Wohngeldanspruch im Dezember 2007 bei 76 Euro. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch umso höher, je größer der Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zugrunde liegende Gesamteinkommen ist.

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Antragsteller getragen werden. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen tatsächlichen Wohnkosten von 370 Euro auf 282 Euro. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betragen demnach bei den Empfängern von Wohngeld die selbst zu tragenden Wohnkosten durchschnittlich ein Drittel (34,6%) des Gesamteinkommens (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Durchschnittliches monatliches Gesamteinkommen und Wohnkostenbelastung der Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2007 nach der Haushaltsgröße
Reine Wohngeldhaushalte

Nachgewiesene Haushalte	Durchschnittliche(s) monatliche(s)				
	Gesamteinkommen	Wohnkostenbelastung			
		vor	nach	vor	nach
	Gewährung des Wohngeldes				
EUR		% von Spalte 1			
Empfängerhaushalte von Wohngeld insgesamt	815	370	282	45,4	34,6
mit ... Familienmitgliedern					
1	577	279	217	48,4	37,6
2	754	365	278	48,4	36,9
3	921	444	338	48,2	36,7
4	1 258	519	398	41,3	31,6
5	1 410	574	429	40,7	30,4
6 und mehr	1 582	648	446	41,0	28,2

2.2 Regionale Aspekte

Bei der Wohngeldförderung sind ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während – gemessen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte – im früheren Bundesgebiet und Berlin 1,3% der privaten Haushalte zum Jahresende 2007 Wohngeld bezogen, waren dies in den neuen Bundesländern 2,4%. Im früheren Bundesgebiet und Berlin gab es vor allem in den Nordländern und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempfänger (siehe Tabelle 6). Schleswig-Holstein wies dabei mit 2,0% die höchste Bezugsquote auf, es folgten Bremen (1,6%), Nordrhein-Westfalen (1,5%), Niedersachsen (1,4%), Hamburg (1,3%), Rheinland-Pfalz (1,2%) und Berlin (1,2%). Die geringsten Bezugsquoten wurden Ende 2007 in Bayern (0,9%), Hessen (1,0%) und im Saarland (1,1%) ermittelt. In den neuen Bundesländern wies – wie im Vorjahr – Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Wohngeldempfängern (3,2%) auf, gefolgt von Sachsen mit 2,9%; in Sachsen-Anhalt (1,6%) wurden hier die niedrigsten Bezugsquoten festgestellt.

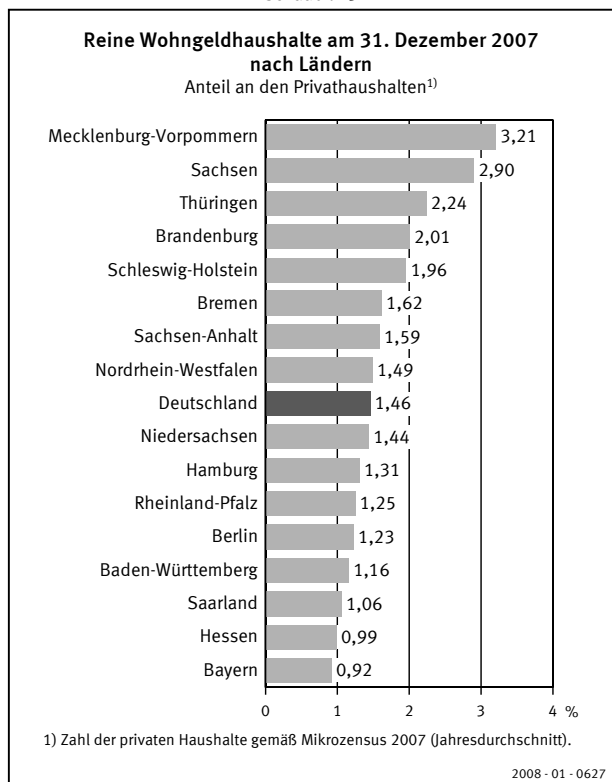
In den Ländern mit den höchsten Empfängerbezugsquoten wurden im Jahr 2007 im Allgemeinen auch die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner festgestellt. Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich in Sachsen auf 24 Euro und waren damit etwa dreimal so hoch wie im Saarland (7 Euro je Einwohner) bzw. in Bayern (8 Euro je Einwohner). Die mit Abstand teuersten Quadratmetermieten mussten die Wohngeldempfänger in Hamburg bezahlen (7,19 Euro je m²); sie hatten jedoch mit 101 Euro je Haushalt auch den höchsten monatlichen Wohngeldanspruch. Die niedrigsten Quadratmetermieten wurden in Thüringen (4,98 Euro je m²) und im Saarland (5,04 Euro je m²) sowie in Sachsen-Anhalt

Tabelle 6: Haushalte mit Bezug von Wohngeld am 31. Dezember 2007 und Wohngeldausgaben im Berichtsjahr 2007 nach Ländern

Land	Reine Wohngeldhaushalte				Im Jahr 2006 gezahlte Wohngeldbeträge ¹⁾	
	insgesamt	Anteil an den Privathaushalten ²⁾	durchschnittliche(s) monatliche(s)		insgesamt	je Einwohner
			Miete/Belastung je m ² Wohnfläche	Wohngeld		
	Anzahl	%	EUR		Mill. EUR	EUR
Baden-Württemberg	57 270	1,2	6,24	95	109,8	10
Bayern	54 052	0,9	5,66	85	95,6	8
Berlin	23 902	1,2	6,28	81	37,8	11
Brandenburg	24 959	2,0	5,28	75	35,7	14
Bremen	5 721	1,6	6,25	87	7,1	11
Hamburg	12 615	1,3	7,19	101	16,8	10
Hessen	28 788	1,0	5,91	98	58,3	10
Mecklenburg-Vorpommern	27 454	3,2	5,42	74	28,5	17
Niedersachsen	54 856	1,4	5,30	95	90,6	11
Nordrhein-Westfalen	126 661	1,5	5,91	95	203,0	11
Rheinland-Pfalz	23 472	1,2	5,12	94	40,8	10
Saarland	5 274	1,1	5,04	86	7,7	7
Sachsen	64 001	2,9	5,40	78	101,1	24
Sachsen-Anhalt ³⁾	19 086	1,6	5,12	68	20,7	X
Schleswig-Holstein	26 722	2,0	6,00	96	38,3	14
Thüringen	25 469	2,2	4,98	78	32,1	14
Deutschland ...	580 302	1,5	5,69	88	923,9	11
Früheres Bundesgebiet und Berlin	419 333	1,3	5,83	93	705,8	10
Neue Länder ohne Berlin	160 969	2,4	5,28	76	218,1	17

1) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen. – 2) Zahl der Privathaushalte gemäß Mikrozensus 2007 (Jahresdurchschnitt). – 3) In Sachsen-Anhalt fand zum 1. Juli 2007 eine umfassende Gebietsreform statt. In deren Folge war es nicht möglich, plausible Daten zu den gezahlten Wohngeldbeträgen für das dritte und vierte Vierteljahr 2007 zu liefern. Daher sind bei den gezahlten Wohngeldbeträgen nur die Ausgaben für das erste Halbjahr 2007 berücksichtigt.

Schaubild 3



und Rheinland-Pfalz (je 5,12 Euro je m²) festgestellt; den niedrigsten monatlichen Wohngeldanspruch hatten die reinen Wohngeldempfängerhaushalte in Sachsen-Anhalt (68 Euro), Mecklenburg-Vorpommern (74 Euro) und Brandenburg (75 Euro).

2.3 Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten

Neben den „reinen Wohngeldhaushalten“ gibt es seit 2005 auch eine Anzahl von wohngeldrechtlichen Teilhaushalten in Mischhaushalten. Dabei handelt es sich um Haushalte, in denen der Antragsteller Empfänger von Transferleistungen und damit nicht selbst wohngeldberechtigt ist, aber mindestens einer der übrigen Mitbewohner, oder um Haushalte, in denen der Antragsteller selbst wohngeldberechtigt ist, in dessen Gesamthaushalt aber auch Transferleistungsempfänger leben.

Einzelne Angaben der wohngeldrechtlichen Teilhaushalte werden kopfteilig ermittelt und dargestellt, bei den reinen Wohngeldhaushalten jedoch auf den gesamten Haushalt bezogen. Damit es deshalb zu keinen Verzerrungen bei statistischen Auswertungen kommt, werden die wohngeldrechtlichen Teilhaushalte und die reinen Wohngeldhaushalte in der Wohngeldstatistik grundsätzlich getrennt ausgewiesen.

Zum Jahresende 2007 erhielten rund 26 100 wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten Wohngeld (siehe Tabelle 7); dies entspricht einem Anstieg der Empfängerzahl um 3,5% gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil dieser Mischhaushalte an allen Wohngeldempfängerhaus-

Tabelle 7: Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten und durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch am 31. Dezember 2007 nach Ländern

Land	Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten		Dar.: selbst wohngeldberechtigte Antragsteller	
	insgesamt	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch	zusammen	durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch
	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR
Baden-Württemberg	1 534	78	1 006	69
Bayern	1 281	76	906	73
Berlin	1 032	87	686	76
Brandenburg	1 027	79	551	69
Bremen	200	83	116	69
Hamburg	689	98	689	98
Hessen	1 449	84	728	74
Mecklenburg-Vorpommern	1 132	72	669	67
Niedersachsen	4 122	106	1 822	95
Nordrhein-Westfalen	7 691	100	6 055	96
Rheinland-Pfalz	678	79	604	77
Saarland	133	77	91	72
Sachsen	2 350	80	985	63
Sachsen-Anhalt	877	75	708	73
Schleswig-Holstein	687	81	506	78
Thüringen	1 240	78	561	62
Deutschland	26 122	90	16 683	83
Früheres Bundesgebiet und Berlin	19 496	95	13 209	88
Neue Länder ohne Berlin	6 626	77	3 474	67

halten beträgt bundesweit 4,3%. Dabei ist in rund 16 700 Haushalten der Antragsteller selbst wohngeldberechtigt (63,9%), und in gut 9 400 Haushalten beantragt ein selbst nicht wohngeldberechtigter Antragsteller das Wohngeld für einen wohngeldberechtigten Teil seines Gesamthaushaltes (36,1%). Im früheren Bundesgebiet und Berlin gibt es knapp 19 500 wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten (davon haben 67,8% einen selbst wohngeldberechtigten Antragsteller), in den neuen Bundesländern ohne Berlin sind es etwa 6 600 (davon 52,4% mit selbst wohngeldberechtigtem Antragsteller).

Für die wohngeldrechtlichen Teilhaushalte in Mischhaushalten betragen die monatlichen Wohngeldleistungen im Durchschnitt 90 Euro; im früheren Bundesgebiet und Berlin betragen sie 95 Euro und in den neuen Bundesländern 77 Euro. [lu](#)

Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Karsten Sandhop

Preise im Oktober 2008

Im Oktober 2008 lagen die Preise auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen höher als im entsprechenden Vorjahresmonat Oktober 2007. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich im Oktober 2008 um 7,8% gegenüber Oktober 2007 (September 2008 gegenüber September 2007: +8,3%). Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag um 3,6% höher als ein Jahr zuvor (September 2008: +5,8%). Der Index der Einzelhandelspreise nahm um 2,3% zu (September 2008: +2,8%), der Verbraucherpreisindex erhöhte sich um 2,4% gegenüber dem Stand vom Oktober 2007 (September 2008: +2,9%).

Im Vergleich zum Vormonat September 2008 entwickelten sich die Preise auf den betrachteten Wirtschaftsstufen uneinheitlich. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte blieben im Oktober 2008 gegenüber dem Vormonat unverändert (September 2008 gegenüber August 2008: +0,3%). Die Großhandelsverkaufspreise gingen gegenüber September 2008 um 1,5% zurück (September 2008: -0,6%). Die Einzelhandelspreise änderten sich im Vormonatsvergleich nicht (September 2008: +0,3%). Der Verbraucherpreisindex sank im Oktober 2008 binnen Monatsfrist um 0,2% (September 2008: -0,1%).

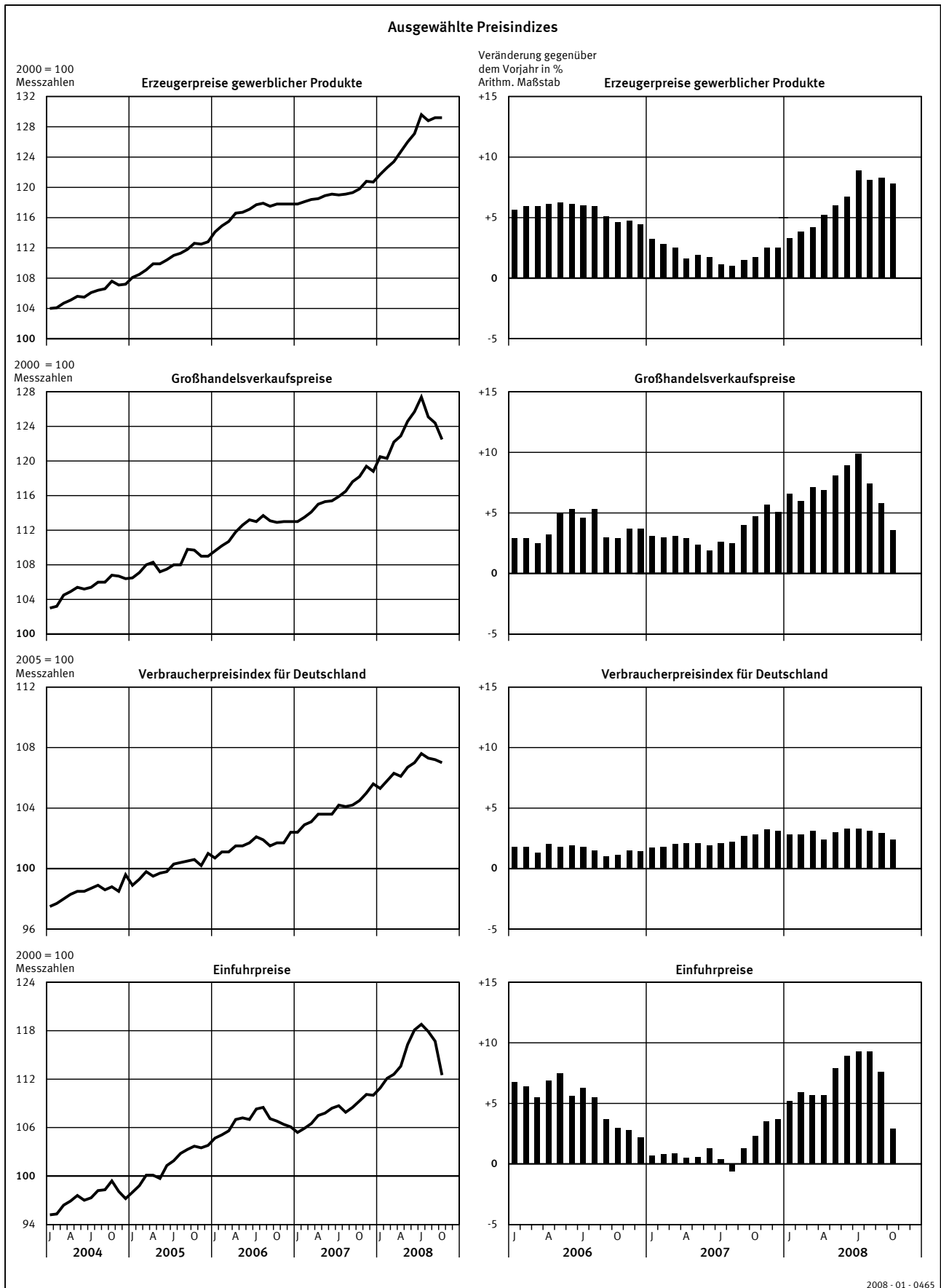
Die Energiepreise lagen im Oktober 2008 auf allen betrachteten Wirtschaftsstufen deutlich höher als ein Jahr zuvor. Im Oktober 2008 war Energie insgesamt auf der Erzeugerstufe um 22,4% teurer als im Oktober 2007, im Großhandel lagen die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse um 14,8% höher. Auf der Verbraucherstufe zogen die Preise für Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) binnen Jahresfrist um 9,8% an.

	Veränderungen Oktober 2008 gegenüber	
	September 2008	Oktober 2007
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	-	+7,8
ohne Mineralölerzeugnisse	+0,5	+7,9
Mineralölerzeugnisse	-8,4	+6,0
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	-1,5	+3,6
Index der Einzelhandelspreise	-	+2,3
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	-0,2	+2,4
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+0,2	+2,2
Heizöl und Kraftstoffe	-7,6	+6,9
ohne Saisonwaren	-0,1	+2,3
Saisonwaren	-2,5	+7,2

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Oktober 2008 um 7,8% höher als ein Jahr zuvor. Im September und im August 2008 hatte die Jahresteuerrate +8,3 bzw. +8,1% betragen.

Die Jahresteuerrate für Energie insgesamt betrug im Oktober 2008 +22,4%. Für Erdgas mussten 39,8% mehr bezahlt werden als ein Jahr zuvor, die Strompreise lagen um 16,9% höher als im Oktober 2007. Steinkohle und Steinkohlenbriketts verteuerten sich binnen Jahresfrist um 73,8%. Die Jahresteuerrate für Mineralölerzeugnisse lag im Oktober 2008 mit +6,0% weiterhin hoch, jedoch deutlich niedriger als in den Monaten zuvor (September 2008: +15,5%, August 2008: +20,1%). Bei einzelnen Mineralölprodukten ergaben sich im Oktober 2008 folgende Preisänderungen gegenüber dem Vorjahresmonat: schweres Heizöl +25,5%, leichtes Heizöl +13,2%, Dieselmotorenkraftstoff +6,7%,

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2003 D	104,1	102,3	102,0	96,9
2004 D	105,8	105,3	102,3	98,5
2005 D	110,7	108,2	103,0	100,0
2006 D	116,8	112,2	104,0	101,6
2007 D	119,1	116,1	106,0	103,9
2007 Sept. ...	119,3	117,6	106,2	104,2
Okt. ...	119,8	118,2	106,7	104,5
Nov. ...	120,8	119,4	107,3	105,0
Dez. ...	120,7	118,8	107,3	105,6
2008 Jan. ...	121,7	120,5	107,5	105,3
Febr. ...	122,6	120,3	107,9	105,8
März ...	123,4	122,2	108,4	106,3
April ...	124,7	122,9	108,8	106,1
Mai ...	126,0	124,6	109,1	106,7
Juni ...	127,1	125,7	109,2	107,0
Juli ...	129,6	127,4	109,1	107,6
Aug. ...	128,8	125,1	108,9	107,3
Sept. ...	129,2	124,4	109,2	107,2
Okt. ...	129,2	122,5	109,2	107,0
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2007 Sept. ...	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,1
Okt. ...	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3
Nov. ...	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5
Dez. ...	- 0,1	- 0,5	-	+ 0,6
2008 Jan. ...	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,2	- 0,3
Febr. ...	+ 0,7	- 0,2	+ 0,4	+ 0,5
März ...	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,5
April ...	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	- 0,2
Mai ...	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,6
Juni ...	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,3
Juli ...	+ 2,0	+ 1,4	- 0,1	+ 0,6
Aug. ...	- 0,6	- 1,8	- 0,2	- 0,3
Sept. ...	+ 0,3	- 0,6	+ 0,3	- 0,1
Okt. ...	-	- 1,5	-	- 0,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2003 D	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,7
2005 D	+ 4,6	+ 2,8	+ 0,7	+ 1,5
2006 D	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,0	+ 1,6
2007 D	+ 2,0	+ 3,5	+ 1,9	+ 2,3
2007 Sept. ...	+ 1,5	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,7
Okt. ...	+ 1,7	+ 4,7	+ 2,3	+ 3,0
Nov. ...	+ 2,5	+ 5,7	+ 2,8	+ 3,2
Dez. ...	+ 2,5	+ 5,1	+ 2,7	+ 3,1
2008 Jan. ...	+ 3,3	+ 6,6	+ 2,4	+ 2,8
Febr. ...	+ 3,8	+ 6,0	+ 2,5	+ 2,8
März ...	+ 4,2	+ 7,1	+ 2,7	+ 3,1
April ...	+ 5,2	+ 6,9	+ 2,7	+ 2,4
Mai ...	+ 6,0	+ 8,1	+ 3,1	+ 3,0
Juni ...	+ 6,7	+ 8,9	+ 3,2	+ 3,3
Juli ...	+ 8,9	+ 9,9	+ 3,3	+ 3,3
Aug. ...	+ 8,1	+ 7,4	+ 3,1	+ 3,1
Sept. ...	+ 8,3	+ 5,8	+ 2,8	+ 2,9
Okt. ...	+ 7,8	+ 3,6	+ 2,3	+ 2,4

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Motorenbenzin +0,2%. Ohne Berücksichtigung der Energie lag die Jahresteuering im Oktober 2008 mit +2,9% deutlich niedriger.

Für Vorleistungsgüter betrug die Jahresteuering im Oktober 2008 +4,0%. Die Preise für Düngemittel und Stickstoffverbindungen (+126,9%) zogen am stärksten an. Für Walzstahl insgesamt mussten im Oktober 2008 um 17,5% höhere Preise bezahlt werden als ein Jahr zuvor, warmgewalzter Walzdraht verteuerte sich binnen Jahresfrist um 31,4%.

Die Preise für chemische Grundstoffe lagen um 16,2% höher als ein Jahr zuvor.

Die Preise für Kupfer und Halbzeug daraus lagen dagegen im Oktober 2008 um 24,1% niedriger als im Oktober 2007, für Blei, Zink und Zinn und Halbzeug daraus wurden 44,6% weniger bezahlt.

Die Jahresteuering für Konsumgüter betrug im Oktober 2008 +2,5% (September 2008: +3,0%). Gebrauchsgüter waren um 2,9% teurer, die Preise für Verbrauchsgüter lagen um 2,5% höher als ein Jahr zuvor. Im Bereich der Verbrauchsgüter erhöhten sich die Preise für Margarine (+26,5%) und Teigwaren (+26,3%) besonders stark. Für Fleisch mussten 10,9% mehr bezahlt werden. Die Preise für Backwaren (+7,1%) lagen ebenfalls deutlich höher als im Oktober 2007, dagegen waren Milch und Milcherzeugnisse um 4,9% günstiger als vor Jahresfrist.

Die Jahresteuering für Investitionsgüter betrug im Oktober 2008 +1,7%. In diesem Bereich wurden bei Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen starke Preisrückgänge gegenüber Oktober 2007 beobachtet (-23,9%).

Gegenüber September 2008 blieb der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Oktober 2008 unverändert. Im Bereich der Energie stiegen die Erdgaspreise gegenüber September 2008 um 8,2%. Strom verbilligte sich dagegen um 1,4%. Die Preise für Mineralölerzeugnisse gingen deutlich zurück (-8,4%); im September waren sie bereits um 1,4% und im August 2008 um 8,1% gegenüber dem jeweiligen Vormonat gesunken.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich im Oktober 2008 gegenüber Oktober 2007 um 3,6%. In den Vormonaten September und August 2008 hatte die Jahresteuering bei +5,8 bzw. +7,4% gelegen.

Im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen wurden auch im Oktober 2008 sehr große Preissteigerungen (+14,8%) beobachtet, allerdings lag die Jahresveränderung niedriger als in den Vormonaten (September 2008: +19,4%, August 2008: +22,2%). Erze, Eisen, Stahl, Nichteisenmetalle und deren Halbzeug verteuerten sich binnen Jahresfrist um 12,3%. Für Obst, Gemüse und Kartoffeln wurden im Oktober 2008 8,1% mehr bezahlt als ein Jahr zuvor. Dagegen lagen die Preise im Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten um 2,7% niedriger als im Oktober 2007. Büromaschinen und -einrichtungen verbilligten sich binnen Jahresfrist um 9,1%. Getreide, Saaten und Futtermittel waren auf Großhandelsebene um 31,5% günstiger als im Oktober 2007.

Gegenüber September 2008 sank der Großhandelspreisindex im Oktober 2008 um 1,5%. Im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen gingen die Preise weiter zurück (-3,3%), nachdem sie bereits im September 2008 um 0,6% und im August 2008 um 7,4% gesunken waren. Erze, Eisen, Stahl, Nichteisenmetalle und deren Halbzeug verbilligten sich im Oktober 2008 um 4,7%. Die Preise für Getreide, Saaten und Futtermittel fielen um

11,0% – dies war der siebte Preisrückgang gegenüber dem Vormonat in Folge.

	Veränderungen Oktober 2008 gegenüber	
	September 2008	Oktober 2007
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	-6,8	-17,1
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	-0,4	+4,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+0,7	+1,7
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	-2,9	+9,5
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-	-1,5
Sonstiger Großhandel	-1,5	+0,3

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich unter anderem folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Oktober 2008 gegenüber	
	September 2008	Oktober 2007
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Düngemittel und Stickstoffverbindungen	+6,5	+126,9
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	-5,8	+73,8
Erdgas	+8,2	+39,8
Warmgewalzter Walzdraht	-17,5	+31,4
Margarine	-0,7	+26,5
Teigwaren	-	+26,3
Schweres Heizöl	-9,6	+25,5
Strom	-1,4	+16,9
Chemische Grundstoffe	-0,1	+16,2
Leichtes Heizöl	-12,2	+13,2
Fleisch	-1,8	+10,9
Backwaren	+0,5	+7,1
Dieselmotoren	-6,7	+6,7
Motorenbenzin	-8,6	+0,2
Milch und Milchzeugnisse	-0,6	-4,9
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	-1,8	-23,9
Kupfer und Halbzeug daraus	-14,2	-24,1
Blei, Zinn und Zinn und Halbzeug daraus	-9,5	-44,6
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen	-3,3	+14,8
Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und Halbzeug	-4,7	+12,3
Obst, Gemüse und Kartoffeln	-0,9	+8,1
Milch, Milchzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	-0,6	-2,7
Büromaschinen und -einrichtungen	-0,2	-9,1
Getreide, Saaten und Futtermitteln	-11,0	-31,5

Der *Index der Einzelhandelspreise* lag im Oktober 2008 um 2,3% höher als im Vorjahresmonat. Im September und im August 2008 hatte die Jahresveränderungsrate + 2,8 bzw. + 3,1% betragen. Gegenüber September 2008 blieb der Einzelhandelspreisindex unverändert.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* erhöhte sich von Oktober 2007 bis Oktober 2008 um 2,4%. In den Vormonaten September und August 2008 hatte die Jahresteuersrate + 2,9 bzw. + 3,1% betragen.

Die Jahresteuersrate wurde auch im Oktober 2008 stark von den Preisentwicklungen im Bereich der Energie geprägt. Ohne Energie hätte die Teuerungsrate im Oktober 2008 bei + 1,5% gelegen.

Für die Haushaltsenergie insgesamt mussten die Verbraucher im Oktober 2008 um 13,8% höhere Preise bezahlen als im Vorjahresmonat. Die Preise für leichtes Heizöl (+ 22,6%) und für Gas (+ 21,4%) lagen weit über dem Stand von Oktober 2007, Strom war um 6,4% teurer als ein Jahr zuvor.

Kraftstoffe verteuerten sich dagegen binnen Jahresfrist mit + 2,7% vergleichsweise moderat. Die Jahresteuersrate für Dieselmotoren lag mit + 8,7% deutlich über der Teuerungsrate für Superbenzin (+ 0,6%).

Die Preise für Nahrungsmittel insgesamt lagen gegenüber Oktober 2007 um 4,3% höher. Für Brot und Getreideerzeugnisse mussten die Verbraucher 7,2% mehr bezahlen. Speisefette und -öle verbilligten sich dagegen um 3,1%, die Butterpreise lagen im Oktober 2008 um 23,2% unter dem Stand des Vorjahresmonats.

Schaubild 2



Die Preise für Verbrauchsgüter lagen im Oktober 2008 um 5,3% höher als ein Jahr zuvor. Die Preisentwicklung bei langlebigen Gebrauchsgütern wirkte dagegen weiterhin dämpfend.

fend auf die Teuerungsrate: Hier lagen die Preise im Oktober 2008 um 0,5 % niedriger als ein Jahr zuvor. Für Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer mussten die Verbraucher 0,9 % mehr bezahlen als im Oktober 2007. Dienstleistungen verteuerten sich binnen Jahresfrist um 1,4 %.

Gegenüber dem Vormonat September 2008 ging der Verbraucherpreisindex im Oktober 2008 um 0,2 % zurück. Die Kraftstoffpreise verbilligten sich binnen Monatsfrist um 7,6 %. Die Preise für leichtes Heizöl sanken um 7,4 %, nachdem sie bereits im September um 1,9 % und im August 2008 um 10,5 % zurückgegangen waren. Dagegen zogen die Gaspreise binnen Monatsfrist kräftig an (+6,7 %), im September 2008 waren sie bereits um 3,2 % gestiegen.

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2005 = 100

	Veränderungen Oktober 2008 gegenüber	
	September 2008	Oktober 2007
	%	
Gesamtindex	-0,2	+2,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+0,2	+4,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+0,1	+2,3
Bekleidung und Schuhe	+1,1	+1,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+0,3	+3,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+0,2	+1,5
Gesundheitspflege	-0,1	+1,7
Verkehr	-2,1	+2,3
Nachrichtenübermittlung	-0,1	-3,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	-0,5	+0,2
Bildungswesen	-3,0	-3,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	-	+2,9
Andere Waren und Dienstleistungen	+0,2	+1,9

Der für europäische Zwecke berechnete *Harmonisierte Verbraucherpreisindex* (HVPI) für Deutschland erhöhte sich im Oktober 2008 gegenüber Oktober 2007 um 2,5 %. Im Vergleich zum Vormonat sank der Index um 0,3 %. Im Vormonat September 2008 hatte die Jahresveränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex +3,0 % betragen. In der Eurozone betrug die Inflationsrate im Oktober 2008 +3,2%. [u](#)



ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Organisationsfragen der deutschen und der europäischen Statistik		
Arbeiten und Ergebnisse der Ratsarbeitsgruppe Statistik während der Trio-Präsidentschaft Deutschland, Portugal, Slowenien	7	541
Neue Steuerungselemente, Qualitätsmanagement, Entlastung der Befragten		
Methoden und Verfahren zur systematischen Bewertung der Datenqualität	4	281
Die Zeitwerttabelle als Schätzinstrument für den Zeitaufwand zur Erfüllung staatlicher Informationspflichten	5	379
Regionalstatistik		
Regionalstatistik auf europäischer und nationaler Ebene	3	207
Forschungsdatenzentren		
Wirtschaftsstatistische Längsschnittdaten für die Wissenschaft	3	217
Statistik-Kooperation mit osteuropäischen und asiatischen Staaten		
Die Strukturreformen im chinesischen Statistiksystem	11	951
Neue Erhebungsinstrumente		
Fragebogen auf dem Prüfstand: Testmethoden und deren Einsatz in der amtlichen Statistik	8	641
Informationsgesellschaft		
Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten	9	764
Bevölkerung		
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung	2	123
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung	9	772
Bevölkerungsentwicklung 2006	1	39
Ehescheidungen 2006	4	287

	Heft	Seite
Mikrozensus		
Wohnsituation in Deutschland 2006	4	312
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung (Mikrozensus 2006)	2	123
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung (Mikrozensus 2007)	9	772
Zeitarbeit 2006	4	298
Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt		
Weiterentwicklung der Schnellschätzung in der Erwerbstätigenrechnung	5	388
Arbeitnehmerüberlassungen – Bestand und Entwicklungen	6	469
Zeitarbeit 2006	4	298
Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ 2005 bis 2007	7	553
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten	6	477
Ausgewählte Ergebnisse für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland 2005	3	225
Insolvenzen 2007	4	302
Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen	11	963
Produzierendes Gewerbe, Handwerk		
Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk	5	398
Bauen und Wohnen		
Wohnsituation in Deutschland 2006	4	312
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Der Kraftfahrzeughandel im Jahr 2006	10	852
Inlandstourismus 2007: Vorjahresergebnis deutlich übertroffen	6	483
Außenhandel		
Entlastungseffekte in der Intrahandelsstatistik durch vereinfachte Mengenangaben	9	784
Verwendung von Hot-Deck-Verfahren in der Außenhandelsstatistik	11	974
Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels 2007 weiterhin positiv	5	409
Verkehr		
Gefahrguttransporte 2006	5	429
Seeverkehr 2007	7	581
Eisenbahnverkehr 2007	5	420
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2006	3	242
Binnenschifffahrt 2007	8	662
Gewerblicher Luftverkehr 2007	4	322
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 2007	7	592
Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung		
Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007	11	982
Bildungsausgaben in Deutschland	11	993
Entwicklung des Durchschnittsalters von Studierenden und Absolventen an deutschen Hochschulen seit 2000	7	603
Öffentliche Sozialleistungen		
Wohngeld in Deutschland 2006	1	52
Wohngeld in Deutschland 2007	11	1001

	Heft	Seite
Öffentliche Finanzen und Steuern		
Indikatoren zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit öffentlicher Haushalte	10	862
Staatliche Förderung der Riester-Rente für das Jahr 2003	1	60
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	2	135
Umsätze und ihre Besteuerung 2006	9	790
Öffentliche Finanzen im Jahr 2007	5	438
Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2008	10	867
Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts 2007	6	496
Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets		
Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen	11	963
Drei Jahre Panelerhebung EU-SILC	8	650
LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006	9	796
Preise		
Neue Erzeugerpreisindizes für Nachrichtenübermittlung	8	672
Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 2005	9	808
Häuserpreisindex – Projektfortschritt und erste Ergebnisse für bestehende Wohngebäude	1	69
Häuserpreise – Ergebnisse für 2007 und erste Resultate für Transferkosten	10	875
Entwicklung eines Preisindex für Bauland	2	142
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2007	4	332
Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007	8	693
Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2005	4	339
Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland	8	681
Preisentwicklung 2007	1	82
Preise im Januar 2008	2	157
Preise im Februar 2008	3	251
Preise im März 2008	4	351
Preise im April 2008	5	446
Preise im Mai 2008	6	504
Preise im Juni 2008	7	609
Preise im Juli 2008	8	710
Preise im August 2008	9	823
Preise im September 2008	10	886
Preise im Oktober 2008	11	1009
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland ...	10	891
Einkommensentwicklung in Deutschland	3	197
Preisbereinigung der Dienstleistungen von Krankenhäusern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	10	845
Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland	1	28
Bruttoinlandsprodukt 2007	1	13
Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2008	9	735
Umwelt		
Umweltökonomische Aspekte der Globalisierung, Teil 2	2	148
Gastbeiträge		
Die Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung – eine empirische Analyse für Deutschland	2	162

	Heft	Seite
Gastbeiträge		
Wirkung eines Anstiegs der Öl- und Gaspreise auf die deutsche Wirtschaft	2	173
Wirtschaftsstatistische Längsschnittdaten für die Wissenschaft	3	217
Schätzung von linearen Regressionsmodellen mit mikroaggregierten Daten	3	256
Modellierung und Schätzung hedonischer Elementarpreisindizes	4	356
Die Zeitwerttabelle als Schätzinstrument für den Zeitaufwand zur Erfüllung staatlicher Informationspflichten	5	379
Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ 2005 bis 2007	7	553
Die Auswirkungen der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes zum 1. Januar 2007 auf die Verbraucherpreise: Einsichten aus Einzeldaten	8	704
Historische Beiträge		
Glaubensbekenntnis eines Statistikers	3	264
Die Grenzen des Erfindungsgeistes im Transportwesen	6	509
Körperliche Uebungen in der Erziehung der weiblichen Jugend in Deutschland	7	614
Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland ...	10	891

Neuerscheinungen¹⁾ vom 25. Oktober 2008 bis 21. November 2008

● Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]	Fachserie 16: Löhne und Gehälter	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Oktober 2008	15,-	Reihe 4.3 Index der Tariflöhne und -gehälter, Juli 2008	10,-
Datenreport 2008	4,-		
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Juli 2008	19,30		
 		Fachserie 17: Preise]	
● Fachserien		Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), September 2008	7,65
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Reihe 4 Preisindizes für die Bauwirtschaft – Neuberechnung auf Basis 2005 –, August 2008	8,50
Reihe 1 Ausgewählte Zahlen der Agrarstrukturerhebung 2007	18,-	Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, September 2008	11,-
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe		Reihe 7 Oktober 2008 (Eilbericht)	3,80
Reihe 3.1 Produktion im Produzierenden Gewerbe, 2. Vierteljahr 2008	21,50		

Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/publikationen

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.